G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Achim Maske
Militärische Entspannung als notwendige Konsequenz und Auftrag der KSZE

Jürgen Ostrowsky
Angola — der zweite Befreiungskrieg

Helga Bories
„Libertés" und öffentlicher Dienst in Frankreich

Rainer Hegselmann
Die Systemtheorie Luhmanns als technokratischer Institutionalismus und administrative Hilfswissenschaft

Heinrich Hülsmann
Die Schwierigkeiten des Jürgen Habermas beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern des Kapitalismus und in der Dritten Welt 1974/75
Jahresübersicht

1'76

Januar 1976 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Januar 1976

CHRONIK DES MONATS DEZEMBER 1975 1

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zur Situation der EG nach der Konferenz von Rom . . *Heinz-Jürgen Axt* 4

Angola — der zweite Befreiungskrieg . . . . . *Jürgen Ostrowsky* 8

Gesamteuropäische Jugendkonferenz in Brunn/Wien . . . *Berthold Meyer* 13

HAUPTAUFSÄTZE

Militärische Entspannung als notwendige Konsequenz und Auftrag der KSZE . . . . . *Achim Maske* 16

„Libertés" und öffentlicher Dienst in Frankreich . . . . . *Helga Bories* 23

Die Systemtheorie Luhmanns als technokratischer Institutionalismus und administrative Hilfswissenschaft . . . . . *Rainer Hegselmann* 38

Die Schwierigkeiten des Jürgen Habermas beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln . . . . . *Heinrich Hülsmann* 57

Die „neue politische Ökonomie" und Ansätze politisch-ökonomischer Neubesinnung in den Wirtschaftswissenschaften (II) . . . . *Wolfram Elsner* 71

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern des Kapitalismus und in der Dritten Welt 1974/75. Jahresübersicht 89

MEDIENKRITIK

Alles halb so schlimm? . . . . . *Henning Walter* 104

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 105

Vor der nächsten „Talsohle"? Zur Wirtschaftspolitik in der BRD . . . . . *Wolfgang Piaffenberger* 108

BÜCHER

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 110

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Ergebnisse der Landtagswahlen in der Bundesrepublik und in Berlin (West) im Jahre 1975 113

Ein Moratorium für den Bau neuer Kernkraftwerke — Appell des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) (Wortlaut) . . 115

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Einundzwanzigster Jahrgang · Heft 1/1976

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Dezember 1975

1. 12. — Naher Osten. Die UN-Generalversammlung eröffnet ihre Nahost-Debatte. Der syrische Vertreter begrüßt den Beschluß des Sicherheitsrates vom 30. 11. über die Verlängerung des Mandats der auf den Golan-Höhen stationierten Friedenstruppe der Vereinten Nationen (UNDOF) um weitere sechs Monate. Der Sicherheitsrat hatte außerdem beschlossen, ab 12. Januar 1976 das Nahost-Problem einschließlich der Palästina-Frage zu diskutieren und dazu auch Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) einzuladen. Ebenfalls am 1. 12. übernimmt Ägypten durch Vermittlung der Vereinten Nationen von Israel die Ölfelder von Abu Rodeis. Die Ölfelder von Ras Sudr, Assal und Matarma hatte Ägypten schon am 16. 11. zurückerhalten. — Am 8. 12. verhindern die Vereinigten Staaten im Sicherheitsrat durch ein Veto die Annahme einer Resolution, die die israelischen Luftangriffe auf den Libanon in der Vorwoche verurteilt und „geeignete Schritte" für den Fall der Wiederholung solcher Angriffe androht; 13 der 15 Ratsmitglieder hatten für die Resolution gestimmt.

1.—2. 12. — E G. Der Europäische Rat tagt in Rom unter Vorsitz des derzeitigen Ratspräsidenten, des italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro. Die Regierungschefs befassen sich mit der wirtschaftlichen Lage, mit institutionellen Problemen der Europäischen Gemeinschaften sowie mit der Vorbereitung der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit in

Paris (16.—19. 12.). Zu der Forderung Großbritanniens, sich auf der Pariser Konferenz gesondert vertreten zu lassen, wird eine Kompromißformel verabschiedet, die Großbritannien das Recht einräumt, in besonderen Fällen die Funktion des Sprechers der Gemeinschaft zu übernehmen.

— Laos. Ein „Nationaler Kongreß der Volksvertreter von Laos" beschließt in Vientiane die Abschaffung der Monarchie, die Errichtung einer „Demokratischen Volksrepublik Laos" sowie die Einsetzung einer neuen Staatsführung. Dem Kongreß liegen ein Abdankungsschreiben von König Savang Vatthana sowie eine Rücktrittserklärung von Ministerpräsident Souvanna Phouma vor. Neuer Staatspräsident wird Prinz Souphanouvong, das Amt des Ministerpräsidenten übernimmt Kayson Phomvihan. Der abgedankte König wird zum „Obersten Berater des Präsidenten" ernannt.

1.—4. 12. — China/USA. Der amerikanische Präsident Ford stattet in Begleitung von Außenminister Kissinger der Volksrepublik China einen Besuch ab. Ford konferiert vor allem mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiaoping und trifft auch mit dem Parteivorsitzenden Mao Tse-tung zusammen. Ein Kommuniqué über den Besuch wird nicht veröffentlicht.

2. 12. — Portugal. Der am 25. 11. verhängte Ausnahmezustand in der Region Lissabon (vgl. „Blätter", 12/1975, S. 1299) wird aufgehoben. Gleichzeitig wird ein Gesetz (befristet bis zum 20. 12.) eingeführt, das Hausdurchsuchungen „unabhängig von der Tageszeit und von Formalitäten" ermöglicht. Das Sondergesetz wird mit der Suche nach geheimen Waffenlagern begründet. — Am 3. 12. verfügt die Regierung die Zusammenfassung des Fernsehens und sämtlicher Rundfunkstationen des Landes in einem „öffentlichen Unternehmen". Ausgenommen bleibt nur der Sender „Radio Renascenca", der an die katholische Kirche zurückgegeben wird.

4. 12. — UNO. Als 144. Mitglied wird die Republik Surinam in die Vereinten Nationen aufgenommen. — Am 17. 12. wird die 30. Generalversammlung in New York beendet. Die Delegierten genehmigen das Budget für das Haushaltsjahr 1976/77 in Höhe von 745 813 800 Dollar.

4.—5. 12. — Rumänien/BRD. Bundesaußenminister Genscher konferiert in Bukarest mit seinem rumänischen Amtskollegen Macovescu. Themen sind die bilateralen Beziehungen, die Truppenabbaukonferenz in Wien und andere internationale Fragen. Genscher trifft auch mit Präsident Ceausescu zusammen.

5. 12. — Spanien. König Juan Carlos gibt in Madrid bekannt, daß der von General Franco ernannte Ministerpräsident Arias Navarro weiter im Amt bleiben werde. Arias Navarro nimmt am 11. 12. eine Regierungsumbildung vor; 17 der bisherigen 19 Kabinettsmitglieder werden ausgewechselt.

6. 12. — Indonesien/Timor. Der indonesische Außenminister Malik bestätigt in Djakarta Berichte, wonach Truppen seiner Regierung in den östlichen Teil von Timor (der westliche Teil gehört zu Indonesien) eingerückt seien. Auf dem Gebiet des bisher von Portugal verwalteten Territoriums hatte die Revolutionäre Front für ein unabhängiges Osttimor (Fretilin) Ende November die Unabhängigkeit ausgerufen und die „Demokratische Volksrepublik Osttimor" proklamiert. — Am 7. 12. unterbricht Portugal aus Protest die diplomatischen Beziehungen zu Indonesien.

8. 12. — NATO. Mit einer Zusammenkunft der „Eurogroup", der die europäischen Mitglieder mit Ausnahme Frankreichs angehören, beginnt in Brüssel eine Serie von Konferenzen der Militärorganisation. Es folgen Treffen der Verteidigungsminister im Rahmen des Komitees für Verteidigungsplanung (9.—10. 12.) sowie der Außenminister (11.—12. 12.). Thema im Rat der Außenminister ist u. a. die Ausarbeitung eines Dokuments zur Vorlage auf der Wiener Konferenz über den Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa.

8.—12. 12. — Polen. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) hält in Warschau den 7. Parteitag ab. An der Eröffnungssitzung nehmen die Ersten Parteisekretäre der osteuropäischen sozialistischen Staaten (mit Ausnahme Rumäniens) teil; zu den Gastrednern gehört auch KPdSU-Generalsekretär Breschnew. Edvard Gierek wird als Erster Sekretär der PVAP bestätigt.

10. 12. — Afghanistan/UdSSR. Der sowjetische Staatspräsident Podgorny und

der afghanische Ministerpräsident Daud unterzeichnen in Kabul einen Nichtangriffsvertrag zwischen beiden Ländern. Podgorny hatte sich zu einem zweitägigen Staatsbesuch in Afghanistan aufgehalten.

13. 12. — Zypern. Der UN-Sicherheitsrat verlängert das Mandat der auf Zypern stationierten Friedenstruppe der Vereinten Nationen (zur Zeit ca. 3000 Mann) um weitere sechs Monate (bis zum 15. Juni 1976). Ein entsprechender Beschluß wird mit 14 Stimmen in Abwesenheit der Vertreter der Volksrepublik China angenommen.

15.—16. 12. — Warschauer Vertrag. Die Außenminister der sieben Mitgliedstaaten halten eine Konferenz in Moskau ab. Die Minister erörtern, wie aus einem Kommuniqué hervorgeht, Probleme der europäischen Sicherheit und Entspannung, sowie die Lage im Nahen Osten. In dem Kommuniqué wird weiter die „entschlossene Unterstützung" für die Volksrepublik Angola bekräftigt.

16. 12. — Abrüstung. Die Vertreter der NATO-Staaten unterbreiten auf der Truppenabbaukonferenz in Wien einen vom Nordatlantikrat in Brüssel (11.—12. 12.) ausgearbeiteten Vorschlag. Das Dokument, dessen Text nicht veröffentlicht wird, sieht nach Presseberichten vor: Rückzug einer sowjetischen Panzerarmee von 68 000 Mann und 1700 Panzern aus Mitteleuropa; Verringerung der in Mitteleuropa lagernden taktischen Nuklearwaffen der USA um 1000 auf 6000 Einheiten und Abzug von amerikanischen Truppen in Stärke von 29 000 Mann. — Am 29. 12. heißt es in einem Korrespondentenbericht der „Prawda" aus Wien, jeder Teilnehmer der Truppenabbaukonferenz müsse von Anfang an konkrete Verpflichtungen über eine Reduzierung seiner Streitkräfte und Rüstungen übernehmen. Das bestehende Kräfteverhältnis dürfe nicht zum Vorteil der einen und zum Schaden der anderen Seite verändert werden.

16.—19. 12. — Frankreich. Auf Einladung von Staatspräsident Giscard d'Estaing findet in Paris eine Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit statt. Vertreten sind 27 Delegationen, darunter eine gemeinsame Delegation der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften. An den Beratungen nimmt auch UN-Generalsekretär Waldheim teil. Die Konferenz setzt vier Kommissionen ein (bestehend aus je 15 Mitgliedern, davon 10 Vertreter von Entwicklungsländern und 5 Vertreter von Industriestaaten), die die Arbeit der Konferenz fortführen sollen. Es handelt sich um Komitees für Energie (Ko-Präsidenten Saudiarabien und USA), Rohstoffe (Japan und Peru), Entwicklung (Algerien und Europäische Gemeinschaften) sowie für Finanzen (Europäische Gemeinschaften und Iran).

17.—21. 12. — Kuba. Im Karl-Marx-Theater von Havanna findet der erste Kongreß der Kommunistischen Partei Kubas statt, an dem 3136 Delegierte und 86 Gastdelegationen aus dem Ausland teilnehmen. Das Hauptreferat hält Ministerpräsident Fidel Castro. Der Parteitag billigt eine Programmplattform, die Parteistatuten sowie einen Verfassungsentwurf, der (nach einem Volksentscheid am 15. Februar) am 24. Februar 1976 in Kraft treten soll.

19. 12. — DDR/BRD. Staatssekretär Gaus (BRD) und der stellvertretende Verkehrsminister Schlimper (DDR) tauschen in Berlin Briefe aus, in denen Einzelheiten über den Ausbau der Transitstrecken nach Westberlin und über dessen Finanzierung enthalten sind. Gleichzeitig wird ein Protokoll über die Neufestsetzung der Transitgebühren im Verkehr zwischen Westberlin und der Bundesrepublik unterzeichnet.

26.—29. 12. — Türkei/UdSSR. Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin besucht die Türkei. Offizieller Anlaß ist die Einweihung eines mit sowjetischer Hilfe gebauten Stahlwerkes in Iskenderun. In einem Kommuniqué über die Gespräche zwischen Kossygin und dem türkischen Ministerpräsidenten Demirel wird mitgeteilt, beide Regierungen beabsichtigten, in naher Zukunft „auf hoher Ebene ein politisches Dokument über die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit" zu unterzeichnen.

28.—29. 12. — Griechenland/BRD. Bundeskanzler Schmidt konferiert in Athen mit der griechischen Regierung. Ministerpräsident Karamanlis trägt dem Bundeskanzler den Wunsch Griechenlands nach baldiger Vollmitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften vor und dankt bei dieser Gelegenheit für die Kapitalhilfe und die Rüstungslieferungen der Bundesrepublik.

Kommentare und Berichte

Zur Situation der EG nach der Konferenz von Rom*)

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft befindet sich in einer zweifachen Krise. Erstens sind sämtliche, in ihr zusammengeschlossenen Staaten durch hohe Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen, anhaltende Inflationierung, unvermindert niedriges Wirtschaftswachstum und politische Instabilität gezeichnet. Wirtschaftspolitische Steuerungsmaßnahmen, die noch vor einigen Jahren als Instrumente einer neuen, rationalen Lenkung der Volkswirtschaft gepriesen wurden, erweisen angesichts der globalen ökonomischen Probleme des kapitalistischen Systems ihre totale Unfähigkeit. Auch ein führendes Mitglied der EWG-Verwaltung gesteht ein: „Bisher hatte die Öffentlichkeit geglaubt, die Regierungen hätten die keynesianische Kunstlehre, wonach man den Kapitalismus beliebig manövrieren kann, mit Löffeln gefressen, und sie hätten für jede Rezessionsgefahr genügend „blueprints" in der Schublade, um antizyklisch zu reagieren und sie mit souveräner Hand zu beschwören. Dieses Märchen erwies sich als Luftballon, der bei der ersten scharfen Krise platzt." Wirtschaftliche Stagnation und Inflation sowie hohe Arbeitslosigkeit stellen nicht mehr alternative Pole des zyklischen Verlaufs der kapitalistischen Ökonomie dar, sondern treten gleichzeitig und in enger Verbindung auf. „Stagflation" ist der neue Begriff für diese Situation. Die Finanzen der westeuropäischen Länder sind in „permanenter Unordnung", die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist hoch, fast in allen Bereichen werden frühere Zielsetzungen wegen fehlender Finanzmittel zurückgeschraubt. Allerdings zeigen sich hier auch gewisse Unterschiede zwischen den einzelnen EWG-Staaten: Während in einigen Ländern die Rüstungsausgaben ebenfalls in die „Sparprogramme" mit einbezogen werden — Großbritannien, Belgien und die Niederlande wollen angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Kürzungen bei ihren der NATO unterstellten Kontingenten vornehmen und teilweise die Dienstzeit verkürzen —, gilt in der Bundesrepublik dem Rüstungsetat nach wie vor politisch-finanzielle Priorität. Dafür werden in diesem Land Einsparungen in Bereichen vorgenommen, wie z. B. dem Schul- und Hochschulsektor, in denen die BRD schon heute auch im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern schlecht abschneidet. Mehrere tausend arbeitslose Lehrer einerseits und überfüllte Klassen sowie hoher Stundenausfall in den Schulen andererseits beleuchten exemplarisch diese Situation.

Zweitens befindet sich die EWG selbst in der Krise, ihr Mechanismus und ihre Organe zeigen immer größere Mängel. Die Abstimmung der Wirtschafts- und Währungspolitik der Mitgliedstaaten geschieht nur in nahezu anarchischer Weise, jedes Mitgliedsland steuert seinen eigenen wirtschaftspolitischen Kurs, nicht selten auf Kosten seiner Partnerstaaten. Die ökonomische Krisensituation vermindert die Möglichkeiten zur gemeinsamen Lösung der anstehenden Probleme, statt dessen versuchen Länder wie z. B. die BRD aufgrund ihrer relativ starken ökonomischen Stellung, hegemoniale Positionen in der EWG auszubauen und die Folgen der Wirtschaftskrise auf die Nachbarstaaten abzuwälzen. Der politisch-administrative Mechanismus der EWG-Organe krankt an dem ihm wesenseigenen Strukturdefekt: der Ministerrat dominiert, die Europäische Kommission hat Kompe-

*) Zur Tagung des „Europäischen Rates" am 1. und 2. 12. 1975 in Rom.

tenzen eingebüßt, bzw. diese nie besessen, das Europäische Parlament hat zwar einige Haushaltsbefugnisse zusätzlich erhalten (so besitzt das Parlament in bezug auf den EWG-Haushalt für 1976 in Höhe von 27,3 Mrd. DM ein freies Verfügungsrecht über 250 Mio. DM), doch ändert dies nichts daran, daß nach wie vor das „demokratische Defizit" die EWG beherrscht.

Ökonomische Labilität und politische Instabilität produzieren eine weitere Krisensituation: Die ideologischen Grundlagen geraten in den entwickelten kapitalistischen Ländern ins Wanken. Leitbilder, wie das von der relativ krisenfreien wirtschaftlichen Entwicklung oder der Manipulierbarkeit der Wirtschaft über Instrumente wie z. B. die „Globalsteuerung" werden nachhaltig von der Realität widerlegt. Die ideologische Wirksamkeit des gängigen Klischees von der „westlichen Demokratie" muß nachlassen, wenn demokratische Rechte gemindert, autoritäre politische Konzeptionen stärker hervorgehoben werden und wenn der ökonomisch-politische Druck auf die Lohnabhängigen zunimmt. Antisozialistische und an den Kalten Krieg erinnernde Ideologeme werden deshalb derzeit verstärkt rekultiviert.

Die Regierungschefs der EWG-Länder trafen am 1. und 2. Dezember 1975 in Rom zur Tagung des „Europäischen Rates" also in einer Situation zusammen, die durch tiefgreifende Krisenmomente gekennzeichnet ist. Die Einrichtung eines „Europäischen Rates", auf die sich die Staats- und Regierungschefs ein Jahr zuvor in Paris geeinigt hatten, stellt dabei weniger einen Fortschritt des institutionellen Gefüges der EWG dar, sondern soll vielmehr die Treffen der Regierungschefs, die nun dreimal jährlich routinemäßig zusammenkommen, vom Zwang zu Erfolgen und Einigungen, den „Gipfel-Erwartungen", entlasten, denn die Öffentlichkeit setzt ohnehin „keine übertriebenen Erwartungen mehr in solche Routine-Treffen", worauf man in Brüssel nachdrücklich hinweist. Betrachtet man die Ergebnisse des römischen Rats, wobei zu berücksichtigen ist, daß „Europäische Räte" keine Entscheidungen treffen, sondern Aufträge an die zuständigen Ministerräte erteilen, so fällt ein eklatanter Widerspruch auf: Während in der EWG einerseits derzeit fünf Millionen Arbeitslose gezählt werden und die Regierungschefs über die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in der EWG, wie in den Sitzungsdokumenten nachzulesen, lediglich einen „Gedankenaustausch" geführt und die Notwendigkeit einer „engen Koordinierung zwischen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten" nur betont, also keinerlei konkrete Maßnahmen beschlossen haben, wird andererseits mit viel propagandistischem Aufwand von der Einführung eines „bordeauxroten Europa-Passes", der ab 1978 ausgegeben werden soll, berichtet. Die EWG-weite Einführung eines solchen Paßdokuments wird aber natürlich weder die Lösung der anstehenden ökonomischen und sozialen Probleme erleichtern, noch wird sie auch nur dazu führen, die Rechte der ausländischen Arbeitskräfte, die von der Krise besonders betroffen sind, zu erweitern. Dieser Personenkreis wird auch weiterhin — gleich, ob mit oder ohne Europa-Paß — konjunkturelle Manövriermasse, die je nach Bedarf angezogen oder abgestoßen werden kann, bleiben und die Funktion einer Reservearmee einnehmen, um Löhne und soziale Leistungen niedrig zu halten. Soll die auf der Ratstagung erfolgte Einigung auf einen gemeinsamen Europa-Paß die Tatsache in ideologischer Absicht überdecken, daß zwischen den EWG-Ländern tiefe Gegensätze bestehen, die durchaus den Bestand der Gemeinschaft gefährden und ihre Funktionstüchtigkeit seit einiger Zeit lähmen?

Unter diesem Aspekt ist auch die in Rom erzielte Übereinkunft zur direkten Wahl der Abgeordneten zum „Europä-

ischen Parlament" in Straßburg zu sehen. Dabei ist nicht nur von Bedeutung, daß zwei Mitgliedsländer, nämlich Großbritannien und Dänemark, Vorbehalte geltend gemacht haben, sondern daß der geänderte Wahlmodus für sich noch keine wesentliche Veränderung der wenig demokratischen Strukturen der EWG zustande bringt. Dabei sollte freilich bedacht werden, daß auch weiterhin der nationale Staat mit seinem politisch-administrativen Apparat dominiert und daß nur ein geringer, von der Bedeutung her weniger relevanter Teil der politischen Entscheidungen auf der EWG-Ebene getroffen wird. Der Industriellenverband der neun EWG-Staaten, UNICE, hat aus der unveränderten Dominanz der nationalen Staaten bereits Schlußfolgerungen gezogen, denn in seinem Jahresbericht vom Juni 1975 kündigt der Verband an, in Zukunft noch stärker auf die nationalen Regierungen Einfluß zu nehmen, da sich der politische Entscheidungsmechanismus von Brüssel wegbewege. Die EWG-Kommission erfülle keineswegs die Funktion, die die westeuropäische Industrie von ihr erwartet habe. Darüber hinaus haftet den meisten Konzepten einer „Demokratisierung der EWG" von vornherein eine Beschränkung auf bestimmte formelle Seiten des parlamentarischen Systems an, ohne ernthaft das politisch-soziale Kräfteverhältnis zu tangieren. Daß die geplante Direktwahl auch kaum dazu führen dürfte, die „Möglichkeit eines Interessenausgleichs über die Grenzen" zu erleichtern, wie einige Kommentatoren meinen, ist bereits bei den ersten Auseinandersetzungen über das zugrundezulegende Wahlrecht deutlich geworden. In anderen EWG-Staaten gibt es z. B. nicht das in der BRD gültige und zugunsten der etablierten größeren Parteien wirkende Prinzip der „Fünf-Prozent-Klausel". Da die EWG-Staaten sich auf ein gemeinsames Wahlrecht nicht einigen konnten, kommt jeweils das nationale Recht zur Anwendung.

Ein weiteres Problem tritt bei der Verteilung der Parlamentssitze auf, denn die kleineren Länder befürchten — nicht ohne Grund —, nicht in ausreichendem Maße repräsentiert zu sein. Bei einer strengen Anwendung vorliegender Proporzmodelle wäre Luxemburg überhaupt nicht vertreten. Den kleineren Ländern müssen daher zusätzliche Sitze zugestanden werden, was aber bisher auf den Widerstand Frankreichs stößt. Daß die Besorgnisse der Benelux-Staaten, Dänemarks und Irlands, von den mächtigeren EWG-Staaten übervorteilt bzw. zurückgedrängt zu werden, berechtigt sind, zeigt schon die Tatsache, daß wichtige Verhandlungen wie z. B. der „Krisengipfel" in Rambouillet vom 15./16. November 1975 zwar unter Beteiligung Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der BRD, aber ohne die kleineren EWG-Staaten stattfanden. Der luxemburgische Premierminister, Gaston Thorn, äußerte dazu seinen Unmut: „Ich glaube nicht, daß die Drei (gemeint sind Frankreich, Großbritannien und die BRD) plus vielleicht Italien schon ‚Europa' sind. Und ich bin auch nicht der Auffassung, daß man ‚Europa' wie eine große Firma führen kann, für die der Vorstand, weil er die Aktienmehrheit hinter sich hat, auch allein das Sagen hat. Entweder haben wir ein ‚Direktorium' oder eine ‚Gemeinschaft'." Trifft wohl eher die Bezeichnung des Direktoriums für die Verhältnisse in der EWG zu, so besteht andererseits ein ständiger Kampf zwischen den führenden EWG-Staaten um die Leitung dieses Direktoriums.

Der „Europäische Rat" von Rom war denn auch von langen und heftigen Auseinandersetzungen über die kommenden, bereits schon einmal im April 1975 im ersten Anlauf erfolglos gebliebenen Verhandlungen über Energie und Rohstoffe mit den Entwicklungsländern und den erdölproduzierenden Staaten, den sogenannten Nord-Süd-Dialog, geprägt. Bestanden bisher innerhalb der EWG vor allem scharfe Gegensätze

zwischen Frankreich einerseits und der BRD, die sich in dieser Frage eng an die Strategie der USA anlehnt, andererseits, so kam es diesmal zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Bundesregierung und britischen Regierungsvertretern. Mit der Aussicht, selbst bedeutender Erdölproduzent durch die Erschließung der britischen Nordseeölfelder zu werden, beabsichtigte Großbritannien, aus der gemeinsamen Front der EWG in der Energiepolitik auszubrechen und mit einer selbständigen Delegation auf der Pariser Energiekonferenz vertreten zu sein, um eigene Vorstellungen, abweichend von denen der anderen EWG-Partner, durchsetzen zu können. Daß die Bonner Regierung, der es bereits gelungen war, Frankreich den Vorstellungen der USA, die auf eine Konfrontation gegenüber den erdölproduzierenden Staaten ausgerichtet sind, gefügig zu machen, als Wortführer der EWG-Staaten gegenüber Großbritannien fungierte, beruht auf der Tatsache, daß die BRD ihre Energieinteressen nur in Verbindung mit den anderen westlichen Staaten gegenüber den Ölländern durchsetzen kann. Der Alleingang Großbritanniens könne der „hoffnungsvollen Entwicklung, in der sich Europa als Weltmacht darzustellen beginnt", entgegenwirken, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 1. Dezember 1975. Die Haltung Großbritanniens verdeutlicht in diesem Zusammenhang, daß die Regierungen der EWG-Mitgliedsländer den jeweiligen Bedürfnissen des nationalen Kapitals, vor allem der Sicherung spezifischer Wettbewerbsvorteile Vorrang einräumen, daß das „Gemeinschaftsinteresse" nichts als das Ergebnis eines zwischenstaatlichen Kompromisses zwischen den Verwertungserfordernissen der nationalen Kapitale und den jeweiligen politischen Interessen ist.

Diese Einschätzung wird im übrigen auch durch die Position der Bundesregierung zu den gegenwärtigen Problemen der Weltwirtschaft bestätigt. Die Tatsache, daß die BRD für „freien Welthandel" und gegen jeden „Dirigismus" eintritt, andere EWG-Länder dagegen protektionistische Maßnahmen favorisieren, gründet nicht in der Anerkennung oder Mißachtung der Gesetze der „marktwirtschaftlichen Ordnung", vielmehr wird die jeweilige Haltung zu diesen Fragen durch die Konkurrenzsituation des nationalen Kapitals bzw. seiner einflußreichsten Gruppen festgelegt. Schutzzoll oder Freihandel, darauf hat Engels schon 1888 verwiesen, Protektionismus oder Liberalismus sind keine einander ausschließenden Alternativen kapitalistischer Wirtschaftspolitik, sondern jeweils der besonderen Verwertungssituation des Kapitals geschuldet. Das Kapital verlangt nach protektionistischen Maßnahmen, wenn es von der Übermacht der ausländischen Konkurrenz bedroht ist, und es fordert Freihandel, wenn es selbst eine überragende Position auf dem Weltmarkt inne hat. Das Kapital ist also nationalistisch und kosmopolitisch zugleich. Übertragen auf die westeuropäische Integration, heißt das, gemeinschaftliche Aktionen werden gefordert, wenn sie den Interessen des Kapitals entsprechen, im gegenteiligen Fall wird der nationale Weg vorgezogen.

Daß Großbritannien im Streit um die Energiepolitik während der Verhandlungen in Rom schließlich doch nachgegeben hat, daß sich die EWG-Länder bei den Energieverhandlungen durch eine einheitliche Delegation vertreten lassen und daß England nur eine Sonderstimme zugebilligt wurde, dürfte letztlich darin begründet sein, daß Großbritannien zwar in Zukunft über bedeutende Erdölvorkommen verfügen wird — in London rechnet man damit, daß Großbritannien im Jahr 1980 rund 90 % des europäischen Öls und 45 % der gesamten Energieerzeugung der EWG produzieren wird —, daß damit das britische Kapital aber auf die EWG insgesamt nicht verzichten kann. In der

EWG aber besteht eindeutig das ökonomische Übergewicht der BRD, was Bundeskanzler Schmidt veranlaßte, deutlich zu machen, daß die BRD vermutlich das einzige Land sei, das einer erneuten Energiekrise widerstehen könnte, daß also die anderen EWG-Staaten auf die BRD und deren ökonomische Potenzen angewiesen seien — auch England, solange es noch nicht über seine Erdölquellen verfügen könne.

Wegen der langwierigen Auseinandersetzungen konnten die Regierungschefs der EWG-Länder in Rom auch keine weiteren Probleme abschließend erörtern. So wird zwar demnächst ein Mitglied der Kommission speziell als „Finanzkommissar" fungieren, dem bei bestimmten Ausgaben ein Vetorecht zustehen soll, doch werden echte finanzielle Einsparungen davon nicht erwartet. Ebensowenig wird die von der Bundesregierung mit viel Mühe durchgesetzte „Bestandsaufnahme" der EWG-Agrarpolitik Ausgangspunkt einer echten Reform des Agrarmarktes werden, d. h. auch in Zukunft bleiben die Lebensmittelpreise selbst bei vorhandenen Überschüssen hoch, erhalten die kleinen und mittleren Landwirte gegenüber den Großagrariern und den Nahrungsmittelkonzernen von den EWG-Agrarmaßnahmen relativ wenig und werden Überschüsse produziert, deren Lagerhaltung oder sogar Vernichtung hohe Summen kostet. Es wird auch weiterhin bei dem bleiben, worüber die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 6. Dezember 1975 berichtet: „In der Europäischen Gemeinschaft werden wieder Steuergelder verwendet, um Äpfel zu vernichten, damit der Marktpreis für Äpfel nicht sinkt... Den Bestimmungen nach müssen die zur Vernichtung vorgesehenen Äpfel erst sortiert und verpackt werden, bevor man sie vernichten kann, um Subventionen dafür zu empfangen...

In Frankreich zum Beispiel ist eine Verarbeitung zu Sprit deswegen nicht möglich, weil die Monopolverwaltung dort auf den hohen Spritvorräten aus der subventionierten Destillierung von Überschußwein sitzt. Die gesamte Interventionsmenge in der Europäischen Gemeinschaft (Vernichtung plus Verarbeitung) wird derzeit auf 300 000 Tonnen Äpfel veranschlagt."

Heinz-Jürgen Axt

Angola – der zweite Befreiungskrieg

Es gehört einiges an Arroganz dazu, nach Korea, dem Kongo, der Dominikanischen Republik, Chile und Vietnam vor der Weltöffentlichkeit die Entscheidung des US-Senats, Zuwendungen aus dem Kriegsetat der USA für geheime Waffenlieferungen an die US-Vasallen in Angola zu untersagen, als „eine tiefe Tragödie für alle Länder, deren Sicherheit von den USA abhängt", zu bezeichnen. Wie sein Herr, Präsident Ford, so's Gescherr, der für den Völkermord in Vietnam Mitverantwortliche, Außenminister Kissinger, oder ihr Sprachrohr in der UNO, Moynihan, dessen schäumende Tiraden gegen alles Nicht-Reaktionäre erkennen lassen, was unter jener „Zivilisiertheit" zu verstehen ist, welche die USA zumal den Ländern der Dritten Welt abfordern.

Es gehört freilich ein kaum geringeres Maß an Dreistigkeit dazu, im Vertrauen auf die geschichtslose Denkweise der meisten Konsumenten die Wahrheit derart auf den Kopf zu stellen, die Aggression gegen die am 11. November 1975 ausgerufene Volksrepublik

Angola als „Verteidigung" gegen eine angebliche „kommunistische Subversion" auszugeben und über die wirklichen Hintergründe derart den Schleier der Täuschung und Unterschlagung zu breiten, wie dies der überwiegende Teil der BRD-Massenmedien praktiziert. So, wenn der „Frankfurter Rundschau"-(FR-)Chefredakteur Holzer die „Schuld an der Tragödie Angolas" dem „persönlichen Machthunger" der „angolanischen Führer" zudiktiert; wenn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) die MPLA verantwortlich macht für den „Bruch des Burgfriedens" zwischen den drei miteinander kämpfenden Organisationen; zu schweigen von den Ergüssen der Springer-Presse, die den Beweis liefern, daß zumindest größte Sympathien für den Zionismus und Rassismus im „Stürmer"-Stil einander nicht ausschließen (z. B. in der „Welt" vom 4. Dezember 1975).

Gegen die massiv betriebene Gehirnwäsche, mit welcher der Widerstandskampf des angolanischen Volkes unter Führung der MPLA gegen den Neokolonialismus (der „zweite Befreiungskrieg" nach dem Kampf gegen die portugiesische Kolonialmacht) diffamiert und in eine „kommunistische Machtergreifungskampagne" (so sinngemäß die FAZ) zurechtgelogen wird, ist es angebracht, daran zu erinnern, um welche Sorte Organisationen es sich bei den zu „Befreiungsbewegungen" erklärten verbündeten Gruppen FNLA und UNITA sowie ihren Anführern Roberto und Savimbi handelt. In der Regel als „gemäßigt" und „prowestlich" etikettiert — was angesichts der Praxis dieser Gruppen eine lebhafte Vorstellung vom Wesen dieser in der bürgerlichen Presse so beliebten Prädikate vermittelt —, werden beide zuweilen sogar zu den „führenden Gegnern der portugiesischen Armee in dreizehn Jahren hartem Kolonialkrieg" stilisiert („Newsweek" vom 17. November 1975). Das Gegenteil ist der Fall:

Bereits seit ihrer Gründung 1954 wurde die UPA (ab 1962: FNLA) des Holden Roberto vom seinerseits ein Jahr zuvor gegründeten „American Committee for Africa" unterstützt, einer Vereinigung methodisch flexiblerer Kapitalgruppen, die unter Kennedy die Afrika-Politik der USA wesentlich beeinflussen sollte. Dies geschah dann u. a. durch die finanzielle und materielle Ausstaffierung der FNLA durch die CIA ab 1961 — als potentieller US-Vasall in einem unabhängigen Angola. Holden Roberto selber bezog seither jährlich ein Salär von 10 000 US-Dollar für Agentendienste von der CIA. Seine FNLA, ausschließlich vom Nachbarstaat Zaïre aus operierend, tat sich damals nur durch Überfälle auf MPLA-Truppen hervor. Heute stehen auf der Seite der FNLA — wie die Zeitschrift „afrique-asie" in ihren Ausgaben detailliert nachwies — Kräfte, die ein wahres Horrorkabinett abgeben: Soldaten des Zaïre-Diktators Mobutu, Angehörige der portugiesischen PIDE/DGS-Geheimpolizei aus den Zeiten des Faschismus, Söldner des Spinola-Heeres ELP, ehemalige Kongo- und Biafra-Söldner vom Schlage eines „Kongo-Müller", selbst Killer der brasilianischen „Todesschwadronen". Daneben spielen eine wesentliche Rolle in den USA über die CIA angeworbene Söldner mit Vietnam-Erfahrungen („Newsweek" vom 22. Dezember 1975). Waffen erhält die FNLA primär aus den USA, aber auch von Frankreich — beides über Zaïre; ihre Soldaten sind — wie Holden Roberto selbst in einem Interview mit „Le Monde" stolz behauptete — sämtlich von über 300 Ausbildern aus der VR China ausgebildet worden, die auch seit 1973 Waffen liefert. Im Februar 1975 — wenige Tage nach dem Übergangsabkommen von Alvor — verübte die FNLA erstmals Massaker gegen MPLA-Mitglieder. Wenn die Pekinger Propaganda gleichwohl behauptet, es seien „die sowjetischen Sozialimperialisten selber, die den Kriegsbrand in Angola entzündet" hätten („Peking Rundschau" vom

5. August 1975), so ist dies eine skrupellose Verkehrung der Realität und deckt sich auf makabre Weise mit den Auslassungen faschistischer Zeitungen in der BRD, die „Moskaus dunkles Spiel" und die „durch Terror begründete Macht" der MPLA angiften („Deutsche National-Zeitung" vom 5. September 1975).

Kaum anders verhält es sich mit der UNITA des Jonas Savimbi, der heute — als „charismatischer Philosoph" gepriesen („Newsweek") — in einem Flugzeug umherjettet, das ihm der britisch-rhodesische Lonrho-Konzern zur Verfügung gestellt hat. Ein von „afrique-asie" im Juli 1974 veröffentlichter Briefwechsel Savimbis mit portugiesischen Stellen belegt, daß die einzige Tätigkeit der seit ihrer Gründung 1966 von der VR China unterstützten UNITA in Überfällen auf die MPLA bestand. Agentendienste bescheinigen ihr auch die von Caetano im brasilianischen Exil verfaßten Memoiren „Depoimento" (etwa: „Zeugenaussage").

Im Unterschied zur MPLA, deren erfolgreicher Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus wesentlich auf ihrer konsequenten antiimperialistischen Ideologie und Programmatik beruht, besitzen FNLA und UNITA weder eine stringente Ideologie noch Ansätze eines Programms, das dem Fortschritt Angolas dienlich sein könnte. Ihre „programmatischen" Aussagen beschränken sich auf Bekenntnisse wie das Savimbis, „Nationalisierung (sei) eine Krankheit, welche die Stärke einer nationalen Volkswirtschaft untergräbt" („Newsweek" vom 19. Mai 1975). Besser kann man die Interessen der internationalen Konzerne nicht vertreten, die den Reichtum Angolas ausbeuten. Savimbi ist sich dessen bewußt: „Meine Hoffnung ist es, daß die westlichen Länder, die uns helfen, einsehen mögen, daß wir ihnen einen einträglichen Dienst erweisen, indem wir eine stabile Regierung bilden" („Newsweek" vom 1. Dezember 1975). All dies bestätigt nur, daß FNLA und UNITA lediglich Marionetten und Agenten des internationalen Monopolkapitals sind, die an die Stelle der portugiesischen Kolonialarmeen getreten sind, welche bis 1974 die militärischen Garanten der Ausbeutungsbedingungen in Angola gewesen waren. Weder handelt es sich bei ihnen um Befreiungsbewegungen — auch nicht um „prowestliche", was, nebenbei unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen ein Widerspruch in sich selbst wäre —, noch stellt der Krieg in Angola einen „Bürgerkrieg" dar, wie die bürgerliche Presse bis hin zur maoistischen Propaganda glauben machen will.

Daß das angolanische Volk das Opfer einer brutalen Aggression im politischen und ökonomischen Monopolinteresse ist, belegt nichts so drastisch wie die südafrikanische Invasion an der Seite der UNITA-Einheiten. Nachdem bereits im September 1975 Truppen des Rassistenregimes angolanisches Territorium verletzt hatten, ging Südafrika nach dem 11. November zum offenen Einmarsch über. Die bürgerliche Presse, in gewissen Fragen zu heller Empörung stets bereit, hüllte sich in beredtes Schweigen oder vermeldete die Kriegshandlung dezent herabgespielt. Offen übernahm sie statt einer Verurteilung der völkerrechtswidrigen Aggression die Argumente, mit denen die Republik Südafrika unisono mit NATO-Stellen — zum Beispiel dem Londoner „Institute for the Study of Conflict" — ihre Invasion legitimierte: Es gehe um die Verteidigung lebenswichtiger Seewege für den Westen und des verbliebenen rassistischen Blocks im südlichen Afrika. Springers „Welt" forderte rundheraus eine Art „Legion Condor" oder, besser noch, die Intervention „eines westlichen Staates". So hatte es der „Bayernkurier" am 7. September 1974 auch schon gefordert. Gleichwohl brachten es die Propagandisten des Imperialismus fertig, von einer „sowjetischen Einmischung" zu reden und „Gegenmaßnahmen" sowie Beeinträchtigungen

des Entspannungsprozesses anzudrohen. Die FAZ setzte flugs die vorgebliche sowjetische und kubanische Intervention mit dem US-Terror gegen das vietnamesische Volk in eins (den sie damals freilich stets rechtfertigte) und stufte sie vorbeugend gleich als weitaus massiver ein als die „angebliche" südafrikanische. Die CIA lieferte laufend, ohne je einen Beweis anzutreffen, steigende Zahlen kubanischer Soldaten, DDR-Generale und sowjetischer Einheiten, die angeblich für die MPLA kämpfen. Worum es sich handelte, stellte nüchterner „Le Monde" fest: Selbstverständlich seien Kubaner in der VR Angola — als Ausbilder, die an Kampfhandlungen nicht teilnähmen, geschweige denn, daß sie, wie die südafrikanischen Offiziere auf der FNLA- und UNITA-Seite, Truppen befehligten. Allerdings haben die sozialistischen Länder seit jeher die MPLA unterstützt — ebenso wie die FRELIMO oder die PAIGC, deren Führer Amilcar Cabral diese umfangreiche materielle Hilfe 1968 in einem Interview herausstellte. Sie taten dies, ohne je Druck auf die Politik der MPLA oder eine der anderen Befreiungsbewegungen in den früheren portugiesischen Kolonien auszuüben, wie Agostinho Neto zum Jahreswechsel 1975/76 in einem Interview ausdrücklich betonte. Dagegen stellt es eine Dreistigkeit dar, wenn ausgerechnet Amerikas UN-Botschafter Moynihan der UdSSR koloniale Ambitionen vorwirft. Waren es doch die USA und die übrigen NATO-Mächte, welche Portugals Kolonialkrieg von Beginn an massiv mit Waffen und Geld sowie mit der Propaganda, es gehe um die „freie Welt", unterstützten. Übertroffen wird diese Anmaßung beinahe noch von der Arroganz Bonns, insbesondere seines Außenministers Genscher, welcher der Sowjetunion und Kuba vorwarf, sie mischten sich direkt in Angola ein. Selbstredend wurde die südafrikanische Aggression mit keinem Wort erwähnt (FR vom 29. Dezember 1975). Derlei Auslassungen ausgerechnet von den Repräsentanten der Bundesrepublik, die Portugal gleichfalls bis zum bitteren Ende jede militärische und finanzielle Hilfe für seinen Kolonialkrieg zuteil werden ließ und die gegenwärtig im Zentrum internationaler Kritik steht wegen ihrer besonders engen Bindungen an Südafrika sowie ihrer atomaren Kooperation mit dem aggressiven Rassistenregime, sind schon starker Tobak. Sie verweisen freilich auf die Machtambitionen des nächst den USA zur stärksten westlichen Macht arrivierten NATO-Staates, dessen globale Unmäßigkeit gleichfalls der „Handelsreisende in Sachen Monopolinteressen", Genscher, laut „Spiegel" mit der Neuaufteilung der Welt in Einflußsphären der BRD (ganz Afrika, Nahost, Lateinamerika!) sowie Japans und der USA skizzierte („Der Spiegel", Nr. 48/1975).

Um ihre „politischen — Unterstützung einer freundlich gesonnenen Regierung in einem großen und potentiell mächtigen afrikanischen Land — und ökonomischen Interessen — Erhaltung amerikanischer Geschäftsinteressen" — und Ziele durchzusetzen (so die US-Zeitschrift „Foreign Affairs"), gingen die USA früh zur Eskalierung ihrer Hilfe für die FNLA über: Bereits im Januar 1975 wurde die CIA vom „40 Committee" unter Kissingers Vorsitz ermächtigt, eine erste Rate von 300 000 US-Dollar an die FNLA weiterzuleiten („Le Monde" vom 21. Dezember 1975); im Sommer 1975 wurde die Militärhilfe für Zaire vervielfacht; ebenfalls im Sommer erfolgten Waffenlieferungen aus US-Beständen in der BRD sowie aus den USA selbst; gleichzeitig setzten die USA das gegen Chile erprobte Mittel des ökonomischen Boykotts ein: Sperrung von Devisentransfers in die VR Angola, Nichtauslieferung bereits bezahlter Güter, inzwischen auch die Einstellung der Produktion und Zahlungen der Cabinda Gulf Oil Corp. Die Methoden sind Veränderungen unterworfen, das Wesen der imperialistischen Politik, Freiheitsbewegungen wo immer

möglich abzuwürgen, nicht: Am 1. März 1860 bereits intervenierten US-Truppen in Angola — wie es im US-Congressional Record 1969 heißt, „zum Schutz amerikanischer Bürger und amerikanischen Eigentums, als Eingeborene unruhig wurden"!

Um der Profitinteressen internationaler Monopole willen und um strategische Positionen gegen das weitere Vordringen der Nationalen Befreiungsbewegung in den Süden Afrikas zu erhalten, hat sich eine Allianz gefunden, deren Zusammensetzung Bände spricht: Von den USA über die BRD und die anderen EG-Staaten, über Zaïre bis zu den Rassistenregimen Rhodesiens und Südafrikas und zur VR China. Nicht von ungefähr erwähnte Kissinger beifällig, daß die VR China „Washingtons Besorgnis über sowjetische Aktivitäten teile" („Newsweek"). Und Moynihan sprach unverblümt aus, was bislang stets durch verbale Distanzierungen vor der Weltöffentlichkeit sorgsam verschleiert wurde: In der Angola-Frage stimmten die Interessen der Vereinigten Staaten und Südafrikas überein (FAZ vom 16. Dezember 1975). Bei diesem offenkundigen Bündnis ist anderen Repräsentanten der USA weniger wohl — sie befürchten hierdurch eine Diskreditierung der US-amerikanischen Positionen in Afrika. Übereinstimmung besteht indessen hinsichtlich der Legitimationsbehauptungen, in Angola greife der Weltkommunismus nach der Macht. Diese Methode, jedwede gegen den Imperialismus gerichtete Bestrebung als Werk Moskaus zu diffamieren, enthält, positiv gewendet, die uneingestandene Befürchtung, daß alle Wege der nationalen Befreiung letztlich im Sozialismus münden und damit an die Seite der sozialistischen Länder führen. So betrachtet ist das Schäumen der Moynihan oder Ford zwar Ausdruck unkontrollierter Aggressivität, vor allem aber der Defensivstellung des Imperialismus, die durch den Sieg des vietnamesischen Volkes noch stärker offenbar wurde. In Angola kämpft der Neokolonialismus gegen weitere „Terrainverluste", setzt er verstärkt seine Machtmittel ein, wird sogar mit dem Rückzug in Positionen des Kalten Krieges und mit Erpressungsmanövern gedroht.

Zeitweilig schien das Konzept der Zerschlagung der MPLA durch die Marionettenarmeen Robertos und Savimbis aufzugehen. Der Widerstandskampf des Volkes von Angola, das in seiner Mehrheit auf der Seite der MPLA steht, und die internationalistische Hilfe zumal der sozialistischen Länder, die der MPLA halfen, die Guerillatruppen der FAPLA in eine Volksarmee umzustrukturieren, veränderten jedoch die Situation wieder zugunsten der revolutionären Kräfte. Zugleich wuchs in den USA selber die Opposition: Die Erfahrung der Niederlage in Vietnam, die realistische Einsicht in die Notwendigkeit der Nichteinmischungspolitik setzten sich im US-Senat durch. Es wird den reaktionären Kräften in den USA kaum gelingen, ihre Macht in Angola in dem Maße auszuspielen, wie sie dies wünschen. Die Bedingungen für kriegerische Abenteuer des US-Imperialismus haben sich weiter erheblich verschlechtert. Zugleich wächst die Einsicht in den allen erzwungenen Anpassungen zum Trotz unveränderten Charakter der imperialistischen Politik, die in Angola ein Bündnis mit einem der reaktionärsten Regime der Welt eingegangen ist. Nicht zuletzt dieser Umstand hat dazu beigetragen, daß die VR Angola von einer wachsenden Zahl von Staaten als einziger Staat des angolanischen Volkes anerkannt wurde. Die Tatsache, daß bereits über 40 Staaten die VR Angola anerkannt haben, darunter neben den sozialistischen Ländern Algerien, die Republik Guinea (Conakry), Somalia, die VR Kongo, Nigeria, Tanzania, Ghana, Syrien, der Irak, die DR Vietnam, Belgien, selbst Brasilien, sowie selbstverständlich die ehemaligen portugiesischen Länder, stellt für die neokolonialen Pläne eine politische Niederlage dar, die es um

so schwerer macht, diesen Staat zu zerstören und seine territoriale Integrität durch Aufteilung etwa im Interesse der Republik Südafrika anzugreifen. Im Gegenteil: Gerade der Versuch des Rassistenregimes, seine Kolonialherrschaft über Namibia durch die Bildung eines südangolanischen Pufferstaates zu verlängern, dürfte sein eigenes Ende beschleunigen.

Obwohl der militärischen Niederwerfung der Aggressoren seitens der MPLA und der Regierung der VR Angola die höchste Dringlichkeit zugemessen wird, sind beide schon während der früheren Angriffe der Reaktion stets bemüht gewesen, das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben des angolanischen Volkes zu reorganisieren und zu verbessern. Unter der Losung „Produzieren für den Widerstand" erzielte die MPLA im Herbst 1975 beachtliche Erfolge bei der Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. Insbesondere versuchte sie, die Lebensbedingungen der Massen in den Slums von Luanda, den Muçeques, zu verbessern. Die MPLA trat schon während des ersten Befreiungskrieges in den befreiten Gebieten den Beweis an, daß sie dem angolanischen Volk eine Zukunft zu bieten hat, die es aus Elend und Abhängigkeit hinausführen wird. Der Angriff auf diesen Prozeß, der sich in der Intervention des Neokolonialismus manifestiert, ist seiner beispielhaften Bedeutung nach zugleich ein Angriff auf eine fortschrittliche Entwicklung ganz Afrikas. Der Präsident der Republik Guinea, eines Landes, das stets den Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien unterstützte, Ahmed Sekou Touré, wies in einem Beitrag Ende des vergangenen Jahres auf diesen Zusammenhang hin: „Das Problem ist das des angolanischen Volkes, der nationalen Unabhängigkeit Angolas, seiner territorialen Integrität, der Souveränität seines unabhängigen Volkes. In Angola findet heute der Kampf um Afrika statt. Dies ist eine Bewährungsprobe für uns. In ihm müssen wir sofort Partei ergreifen, und wir haben dies getan." Jürgen Ostrowsky

Gesamteuropäische Jugendkonferenz in Brunn/Wien

Als die europäischen Staats- und Regierungschefs in Helsinki Ende Juli/Anfang August 1975 miteinander über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa konferierten, surrten die Kameras, gab es ein Dauergewitter der Blitzlichter, wußten die Journalisten tagelang über viele Einzelheiten zu berichten. Zu Recht. Als dann Anfang Dezember 1975 im kleinen Brunn am Gebirge am Rande von Wien die erste gesamteuropäische Folgekonferenz der KSZE im Bereich der Zusammenarbeit stattfand, blieb es merkwürdig still in der Öffentlichkeit. Zu Unrecht?

Unter der Abkürzung ECYSTE trafen sich dort für fünf Tage 121 Vertreter von rund 20 internationalen Jugend- und Studentenorganisationen sowie der Dachverbände von Jugend- und Studentenreiseveranstaltern zur ersten Europäischen Konferenz über Jugend- und Studententourismus und -Austausch. Diese Konferenz war ein erster Versuch, konkrete Konsequenzen aus den zum Thema „Begegnung der Jugend" gefaßten Beschlüsse von Helsinki zu ziehen. Bei der KSZE waren die europäischen Staaten übereingekommen, „die Entwicklung von Kontakten und des Austausches unter der Jugend zu fördern" und durch ihre Jugendorganisationen die „Fragen

möglicher Abkommen über Rahmen multilateraler Jugendzusammenarbeit" prüfen zu lassen.

Diesen Ball, der einem Beschluß der Europäischen Jugendsicherheitskonferenz (Helsinki 1972) entsprach, hatten die Jugendorganisationen über ihre Regierungsvertreter in den langumstrittenen Korb Drei der KSZE einwerfen lassen. Nun griffen sie ihn auch gleich auf. Die Einladung zur ECYSTE ging vor allem aus vom Rat der (West-)Europäischen Nationalen Jugendkomitees (CENYC), in dem der Deutsche Bundesjugendring und der Ring Politischer Jugend über das DNK vertreten sind, und vom Weltbund Demokratischer Jugend (WFDY), in dem die Jugendverbände der osteuropäischen Staaten und die ihnen befreundeten Jugendverbände in anderen Ländern zusammengeschlossen sind. Der Einladung folgten Vertreter von internationalen Jugend- und Studentenorganisationen verschiedenster Schattierungen, von den Pfadfindern bis zur Europäischen Föderation für Interkulturelles Lernen, sowie von Reiseveranstaltern und Austauschdiensten.

Der Schwerpunkt der Arbeit der Konferenz lag auf drei Themenkreisen, die in drei parallel zu einander tagenden Kommissionen behandelt wurden:

1. Pädagogische Ziele und Methoden des Jugendtourismus und -austausches;

2. Förderung von Reiseerleichterungen für Jugendliche und Studenten;

3. die Rolle der Regierungen und von nicht zur Regierung gehörenden (nongovernmental) Organisationen bei der Entwicklung des Jugend- und Studententourismus und -austausches.

In allen drei Kommissionen wurde immer wieder betont, in welch engem Zusammenhang die Teilnehmer dieser Konferenz ihre eigene Arbeit und die in der Schlußakte der KSZE niedergelegten Grundsätze und Empfehlungen sehen. Dementsprechend heißt es auch im Schlußdokument der ECYSTE, die Fortentwicklung des Jugend- und Studententourismus und -austausches zwischen Ländern mit unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Systemen sei hauptsächlich ermöglicht worden durch die „positiven Veränderungen, die der Entspannungsprozeß, die friedliche Koexistenz und die Ausbreitung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den europäischen Staaten mit sich brachte. Die Jugend- und Studentenorganisationen haben wertvolle Beiträge zu diesem Prozeß gemeinsam mit anderen Kräften der Öffentlichkeit, die Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit suchen, geleistet."

Bei den Verhandlungen der Kommissionen fiel ein bezeichnender Unterschied zwischen den Beiträgen ost- und westeuropäischer Teilnehmer auf. Die Vertreter aus osteuropäischen Ländern hatten vielfach genau ausformulierte Reden vorbereitet, in denen zum einen die Ergebnisse von Helsinki und die darin liegenden Chancen für die Völkerverständigung hervorgehoben wurden, in denen zum anderen deutlich wurde, daß diese Wiener Konferenz aus ihrer Sicht vor allem das Klima für weitere und konkretere Verhandlungen verbessern sollte. Demgegenüber drängten die Delegierten aus den westeuropäischen Ländern viel stärker darauf, schon jetzt konkrete Ergebnisse zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder oder Kunden mit nach Hause nehmen zu können. Ein Beispiel hierfür lieferte auch das Abschlußplenum. Hier mußte die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrochen werden, als der britische Vertreter des Internationalen Jugendherbergsverbandes darauf bestand, die in der zweiten Kommission mitdiskutierte Förderung von Individualreisen im Abschlußdokument ausdrücklich hervorzuheben. Erst als zu diesem Punkt eine alle Seiten zufriedenstellende Formulierung gefunden worden war, konnte das Abschlußdokument verabschiedet werden.

Unter den vielen in diesem Dokument festgehaltenen Übereinstimmungen gibt es eine große Zahl von Aussagen, die Formulierungen und Empfehlungen aus der Schlußakte von Helsinki aufgreifen und damit zur Grundlage der zukünftigen Arbeit der ECYSTE machen. Daneben gibt es auch schon eine Reihe von Punkten, die wesentliche Details für die Ausweitung und Verbesserung der Reise- und Austauschmöglichkeiten enthalten, z. B. die Förderung von Aufenthalten bei Familien in den Gastländern; die Kooperation zwischen Organisationen, die dem Zakopane-Abkommen von 1964 entsprechend währungslose Verrechnungssysteme benutzen, und solchen, die bisher nur oder auch währungsbezogene Operationen vornehmen; die Koordinierung von Schulungsprogrammen für Reiseleiter und Dolmetscher und den Austausch dieser Personen zwischen den Ländern; die Absichtserklärung, von den beteiligten Organisationen alljährlich einen gemeinsamen Leitfaden herausgeben zu lassen, der spezielle Programme und Reiserouten enthalten soll.

Ein wichtiges Ergebnis dieser Konferenz dürfte auch sein, daß es den Teilnehmern gelungen ist, den Blick über Europas Grenzen hinauszuwerfen und in ihrer Erklärung Schulungs- und Austauschprogramme in Verbindung mit Ländern der Dritten Welt zu betonen. Ebenso wichtig ist auch die Einsicht in die privilegierte Situation der akademischen Jugend und die ausdrückliche Forderung an die europäischen Regierungen, durch Herabsetzung der Gebühren und anderen Kosten sowie durch Visaerleichterungen allen Jugendlichen, besonders aber jungen Industriearbeitern und in der Landwirtschaft Tätigen Möglichkeiten zu längeren Auslandsaufenthalten und damit zur Verbesserung ihrer beruflichen Qualifikation zu bieten.

Da es ausdrücklicher Wunsch der europäischen Regierungen beim Abschluß der KSZE in Helsinki war, die Jugendorganisationen selbst in diesen Fragen zu Wort kommen zu lassen, ist es nun auch an den Regierungen, die Forderungen und Empfehlungen der Jugendkonferenz Wirklichkeit werden zu lassen.

Berthold Meyer

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

55 *Abendroth / Fülberth / Hofschen / Ott / Stuby,* Sozialdemokratie und Sozialismus. August Bebel und die Sozialdemokratie heute. 284 S. DM 12,80

57 *Elsner,* Die EWG — Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften. 208 S. DM 9,80

59 *Krysmanski/Marwedel* (Hrsg.), Die Krise in der Soziologie. 294 S. DM 12,80

60 *Menschik* (Hrsg.), Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau. Ca. 320 S. ca. DM 14,80

62 *Kühnl,* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 512 S. DM 9,80

73 Badstübner/Thomas, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945—1955. 512 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Militärische Entspannung als notwendige Konsequenz und Auftrag der KSZE

Von Achim Maske

Jahreswechsel sind ein bevorzugter Zeitpunkt, Bilanz zu ziehen. Und Bilanz ziehen bedeutet immer, über die Tagesereignisse hinauszusehen, Fortschritte und Rückschläge miteinander abzuwägen, um Antwort auf die Frage zu erhalten: wo stehen wir heute?

Für viele Mitbürger mögen sehr unterschiedliche Ereignisse und Entwicklungen als bedeutsam erscheinen. Ergebnisse von Meinungsumfragen weisen das aus. Angesichts der tiefen ökonomischen Krise, der Massenarbeitslosigkeit und sozialen Unsicherheit sowie der beträchtlichen Verringerung des realen Lebensstandards stehen für viele Menschen ökonomische und soziale Probleme zu Recht im Vordergrund, greifen sie doch unmittelbar in das persönliche Leben ein. Für viele Demokraten in unserem Lande — und zunehmend auch in unseren Nachbarländern — hat die in der BRD praktizierte Politik der Berufsverbote, des Abbaus demokratischer Rechte und Freiheiten, das Aufpeitschen eines bösartigen Antikommunismus, die Hexenjagd auf Kommunisten, linke Sozialdemokraten und Liberale und andere Demokraten Empörung, wachsende Besorgnis und wachsenden Widerstand, aber auch Pessimismus über die Zukunft der demokratischen Entwicklung hervorgerufen. Für viele stand der Terror der faschistischen Junta in Chile und ihre weitere Isolation in der Weltöffentlichkeit im Mittelpunkt des Interesses. Millionen von Menschen freuten sich mit dem vietnamesischen Volk über die Beendigung des dreißigjährigen Krieges. Portugal, Moçambique, Angola — die Liste dramatischer Entwicklungen ließe sich fortsetzen.

Bei aller Bedeutung dieser Fragen steht doch zu vermuten, daß *das* Ereignis des Jahres 1975 der Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit mit dem historischen Gipfel der führenden Vertreter von 33 europäischen Staaten, der USA und Kanadas in Helsinki war. Über die Ergebnisse dieser Konferenz und ihre Bewertung ist in dieser Zeitschrift viel geschrieben worden, so daß es sich erübrigt, darauf erneut detailliert einzugehen. Doch eins bleibt festzuhalten: Helsinki ist ein Wendepunkt der Nachkriegsgeschichte. Helsinki hat die Perspektive eines Europas des gesicherten Friedens, der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit zum Wohle der Völker aufgezeigt und damit ein Beispiel für andere Regionen der Erde gegeben. Helsinki hat unterstrichen, daß Entspannung und friedliche Koexistenz die dominierenden Tendenzen der gegenwärtigen Entwicklung sind und daß die Möglichkeit besteht, sie unumkehrbar zu machen und der Menschheit die Vernichtung in einer atomaren Katastrophe zu ersparen. Damit ist diese Konferenz sehr unmittelbar verbunden mit der Zurückdrängung kolonialistischer und neokolonialistischer Unterdrückung in anderen Teilen der Welt, der Herstellung neuer gerechter weltwirtschaftlicher Beziehungen, so wie sie von der sechsten Sondertagung der Vereinten Nationen gefordert wurden, aber auch mit der Lösung zahlreicher Probleme des wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Fortschritts bei uns.

Nach dem Abschluß der KSZE konnte man in unseren Massenmedien und in den Äußerungen zahlreicher Politiker sehr widersprüchliche Töne vernehmen. Die-

jenigen, die den Erfolg dieser Konferenz durch vielfältige Manöver immer wieder behindert hatten, erklärten sich mit einemmal als die wahren Väter der Sicherheitskonferenz und machten die militärische Stärke des Westens, der NATO dafür verantwortlich, daß die sozialistischen Staaten zur Entspannung gezwungen wurden (woraus dann folgt, daß mit noch mehr Rüstung und Stärke die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu noch mehr Frieden und Entspannung gezwungen werden könnten). Andere wollten diesen Argumentations-Salto nicht mitmachen, erklärten Helsinki zum Sieg der Sowjetunion, weil diese es geschafft habe, ein Gefühl der Sicherheit zu verbreiten, während in Wirklichkeit ihre militärische Macht immer bedrohlicher anwachse. Und die CDU/CSU, die sich mit ihrer Ablehnung der KSZE unter den „christlich-demokratischen" und konservativen Parteien Europas merklich isolierte, blieb dann auch dem staunenden Publikum die Erklärung dafür schuldig, wieso die Regierungen aller NATO-Staaten dies nicht gemerkt, sondern sogar noch dabei mitgemacht hatten.

In ernsthaften Kommentaren, wie in den Reden beinahe aller Staatsmänner in Helsinki, darunter auch Bundeskanzler Schmidts, wurde die Konferenz als ein entscheidender Beitrag zur europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit gewertet, der es ermöglicht, nun die zentrale Frage der Begrenzung der Rüstungen, der Rüstungsverminderung und Abrüstung erfolgversprechend anzupacken. Dem ist zuzustimmen. Nach Helsinki kommt es darauf an, den Prozeß der Entspannung fortzuführen, zu festigen und irreversibel zu machen, indem Fortschritte bei der militärischen Entspannung, der Abrüstung und Rüstungsverminderung durchgesetzt werden, d. h. schrittweise die Mittel, mit denen Kriege geführt oder militärische Gewalt angedroht werden kann, zu beseitigen.

Weil Abrüstung zu einem Schlüsselproblem für die Vertiefung der Entspannung, wie auch für die Lösung zahlreicher wirtschaftlicher, sozialer und demokratischer Aufgaben geworden ist und die Versuche sich mehren, diese Tatsache mit neuen „Tatarenmeldungen" über angebliche massive Rüstungsanstrengungen der sozialistischen Staaten, die zu einem „wachsenden Ungleichgewicht" zwischen NATO und Warschauer Vertragsstaaten führten, aus den Köpfen der Bevölkerung zu vertreiben, scheint es angebracht, die Triebkräfte des Prozesses der Entspannung und der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz genauer zu untersuchen.

Unbestreitbar ist, daß der Frieden heute bedeutend sicherer geworden ist als zu den Hochzeiten des Kalten Krieges, in denen die Welt in mehreren Fällen unmittelbar am Rande eines atomaren Weltkrieges stand. Damals war es offizielle Politik, daß der Frieden nur gesichert werden könne, wenn es gelinge, durch eine Politik des Wettrüstens und der Stärke die sozialistischen Länder militärisch in die Knie zu zwingen und ihnen durch die gleiche Politik „ökonomisch das Rückgrat" zu brechen. Diese Politik der Stärke ist gescheitert. Die sozialistischen Staaten konnten ihre militärische Macht erhöhen, Vorsprünge in der Militärtechnologie ausgleichen, und gleichzeitig erzielten sie hohe und stabile ökonomische Wachstumsraten. Gleichzeitig mehrten sich in den kapitalistischen Industriestaaten des Westens wirtschaftliche und soziale Krisenerscheinungen. Das Kräfteverhältnis in der Welt hat sich seit Anfang der 50er und insbesondere seit den 60er Jahren deutlich zuungunsten der NATO-Staaten entwickelt, ihre zeitweilige Überlegenheit ist geschwunden, und dennoch „kamen die Russen nicht", wie Helmut Wolfgang Kahn 1969 in einem vielbeachteten Buch feststellte [1]). Was kam, war die Entspannung und zahlreiche Initiativen der sozialistischen Staaten zur Friedenssicherung, zum Gewaltverbot und zur Abrüstung.

[1]) Kahn, Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik, München/Bern/Wien 1969.

Diese reale Entwicklung ist auch von den Regierungen und führenden Kreisen, manchmal erst, wie in der Bundesrepublik, mit ziemlicher Verspätung, zur Kenntnis genommen worden. Die gefährlichen Doktrinen des Kalten Krieges machten zögernd einer realistischeren Einschätzung Platz. Die Erkenntnis wuchs, daß eigene Rüstung die Rüstung der anderen Seite nach sich zieht, daß mehr militärische Macht sich immer schwerer in politische umsetzen läßt und daß sie keineswegs mehr Sicherheit, sondern Unsicherheit und starke und wachsende wirtschaftliche Belastungen mit sich bringt.

Zum anderen meldete sich die Öffentlichkeit überall auf der Welt, und auch bei uns, immer drängender zu Wort. Aus „einsamen Rufern in der Wüste" wurden Mehrheiten in vielen Ländern, und diese Mehrheiten stellen eine Kraft dar, die nicht mehr ignoriert werden kann. Die Regierung der USA mußte die Erfahrung machen, daß sie trotz ungeheurer militärischer Anstrengungen nicht in der Lage war, den Widerstand des kleinen Vietnam, unterstützt von einer weltweiten Solidaritätsbewegung, die sich auch in den USA selbst machtvoll entwickelte, zu brechen.

Gleiches läßt sich in der Frage der Anerkennung der Grenzen, des Gewaltverzichts und der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit und der Abrüstung feststellen. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnte eine Fortsetzung der Konfrontationspolitik ab.

In den Dokumenten der NATO-Konferenzen kam dies in den Klagen über den „mangelnden Verteidigungswillen der Bevölkerung" immer wieder zum Ausdruck.

Auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa haben sich die Teilnehmerstaaten verpflichtet, „wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die durch ihren Umfang und durch ihre Natur Schritte darstellen, um schließlich eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen" [2]). Zahlreiche Staatsmänner äußerten die Erwartung, daß es möglich ist, Fortschritte im Bereich der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, der militärischen Entspannung zu erzielen. Helmut Schmidt sagte: „Die Gespräche in Wien über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen (MBFR) können nunmehr — auf Helsinki aufbauend — zu Fortschritten geführt werden. Wir denken, das Ziel muß sein, die Europäer von der Furcht vor einem Krieg zu befreien, die Rüstungslasten zu verringern und dabei ein stabiles Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich mir davon, zumal als Sozialdemokrat, zugleich eine Steigerung unserer sozialen Wohlfahrt und unseres wirtschaftlichen Fortschrittes erwarte" [3]).

Von der Wintertagung der NATO, die vom 8. bis 12. Dezember 1975 in Brüssel stattfand, war deshalb Aufschluß darüber zu erwarten, wie die NATO-Staaten, entsprechend den Verpflichtungen, die sie in Helsinki übernommen haben, ihre Ankündigungen zu verwirklichen versuchen. Doch trotz der erzielten Entspannungserfolge, der Festigung der Sicherheit durch das europäische Vertragswerk und die KSZE haben die NATO-Staaten — obwohl z. B. die Sowjetunion wiederum ihren Militärhaushalt nicht erhöht hat, was zumindest als eine Geste guten Willens zu bewerten ist — umfangreiche Verstärkungsprogramme beschlossen. Ihr Hauptaugenmerk richteten sie auf die Erhöhung der Schlagkraft der NATO-Truppen und die Standardisierung der Waffensysteme. Allein von den Staaten der „Euro-Group" werden 1976 1600 neue Panzerfahrzeuge, 1500 Panzerabwehr-

[2]) Vgl. „Blätter", 8/1975, S. 908.
[3]) Vgl. „Blätter", 8/1975, S. 857.

raketensysteme, 260 neue Militärflugzeuge und über zwanzig neue Kriegsschiffe in Dienst gestellt. Umfangreiche Mittel wurden für die Modernisierung der vorhandenen Waffensysteme bereitgestellt [4]). Begründet wurde dieser massive Rüstungsschub mit neuen Erkenntnissen über die Aufrüstung des Warschauer Vertrages. In Hinblick auf die Wiener Verhandlungen über die Verringerung der Truppen und Rüstungen auf dem Gebiet der DDR, Polens und der CSSR einerseits und der Benelux-Länder und der BRD anderseits wurden wiederum neue Zahlen über die Panzerbestände der NATO- und Warschauer-Vertragsstaaten in diesem Raum genannt. Die „Frankfurter Rundschau" (FR) berichtete noch am 8. Oktober 1975 über 13350 östliche gegen 6000 westliche, zusätzlich sollten die Warschauer Vertragsstaaten 2300, die NATO 5000 „eingemottete" Panzer haben. Nach einer Meldung der „Welt" vom 12. Dezember 1975 waren es dann schon 15 500 östliche gegen 5000 westliche Panzer. Die gleiche Zeitung berichtete am 15. Dezember über 16 000 gegen 6650 Panzer. Am 17. Dezember 1975 zitierte „Die Welt" Bundesminister Leber, der von 18 000 gegen 6500 Panzer sprach. Leber muß sich dabei wohl geirrt haben, wenn er darlegte, daß die Panzerbestände in den letzten 18 Monaten um 2000 erhöht worden seien, geht doch aus den Zahlen der „Welt" hervor, daß dies innerhalb von zwei Tagen, und nicht um zwei, sondern um dreitausend Panzer geschehen sein muß. Am 19. Dezember war der Panzerbestand dann wieder merklich reduziert! Hans Rühle berichtete in der „Deutschen Zeitung" über 15 500 gegen 6000. Am 26. Dezember wußte „Die Zeit" wieder über annähernd 18 000 östliche Panzer zu berichten.

Bei den Truppenstärken im Reduzierungsraum gibt es ähnliche Zahlenspielereien. Dem unvoreingenommenen Beobachter drängt sich der Eindruck auf, daß US-Senator Fulbright zu Recht andere Gründe als die tatsächliche Kräftesituation für den Erfindungsgeist mancher Militärs und Minister für ausschlaggebend hält, wenn er am 7. August 1974 gegenüber der „New York Times" äußerte: „. . . dies geschieht jedesmal, dies ist ein jährlich wiederkehrendes Ritual, wenn die Bewilligung der Finanzmittel unmittelbar bevorsteht — (Admirale der US-Flotte) plötzlich verkünden, wir seien unterlegen, unsere Flotte sei unterlegen, alles sei unterlegen, wir seien militärisch ganz schlecht in Form und brauchten deshalb mehr Geld."

Um unsere Öffentlichkeit vollends von der Notwendigkeit vermehrter Rüstungsanstrengungen zu überzeugen, erklärte Minister Leber am 9. Dezember 1975 in Brüssel, die industrielle Rüstungskapazität des „Ostblocks" sei fünfmal so groß wie die der NATO-Staaten [5]). Vielleicht hätte er auch noch erklären können, wieso die Warschauer Vertragsstaaten dann nicht — zumal bei ihrer Bevorzugung von Panzern — gleich 33 000 Panzer aufgeboten hätten. Der gleiche Leber wußte hingegen am 26. November 1975 noch zu berichten: „Wir müssen natürlich auch nach Osten sehen, aber ich verschweige nicht, daß in den letzten Jahren, seit ich Verteidigungsminister bin, die Bundeswehr aufgerüstet worden ist. Ihre Verteidigungskraft ist erheblich gewachsen." Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) schrieb weiter: „Der Warschauer Vertrag sei (nach Leber) nicht überlegen, sondern nur numerisch ungleich", und kommentierte: „Diese selbstbewußte Feststellung machte Verteidigungsminister Leber am Mittwochabend in Frankfurt vor einem Publikum, bei dem er sicher sein durfte, daß es sie mit Erleichterung und nicht mit Ablehnung zur Kenntnis nehmen würde. In einem Vortrag vor dem Wirtschaftsforum Hessen über aktuelle Fragen der Sicherheitspolitik zeigte er sich . . . zuversichtlich über die Verteidigungsfähigkeit der westlichen Allianz" [6]).

[4]) „Bulletin", hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 140 v. 11. 12. 1975, S. 1403.
[5]) FR v. 10. 12. 1975.
[6]) FAZ v. 27. 11. 1975.

Ganz offensichtlich sind die verbreiteten Zahlen über militärische Kräfteverhältnisse äußerst zweifelhaft und haben nur den Zweck, eigene Aufrüstungsvorhaben und gleichzeitig unrealistische Abrüstungsforderungen an die Staaten des Warschauer Vertrages in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Erstaunlich ist nur die Unverfrorenheit, mit der diese Manipulationen vorgenommen werden, die zumindest die Wirkung haben sollen, unserem Volk weitere Lasten aufzuerlegen; Wirtschaftskrise, Inflation, Arbeitsplatzunsicherheit und soziale Demontage sollen nach dem Willen der NATO-Minister also weitergehen.

Die Resolutionen der XXX. Generalversammlung der Vereinten Nationen zu Abrüstungsproblemen, die mit großen Mehrheiten bei Enthaltung der wichtigsten NATO-Staaten und der VR Chinas angenommen wurden, finden in den veröffentlichten Dokumenten der NATO-Wintertagung keine Erwähnung. Offiziell nimmt die NATO keine Notiz davon, daß 112 Staaten für ein Verbot der Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen und 94 Staaten für die Aufnahme von Verhandlungen bis zum 31. März 1976 über das Verbot aller Kernwaffenversuche stimmten. Auch zu den Resolutionen über die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz, das Verbot des militärischen Mißbrauchs der Umwelt und des Klimas, das Verbot und die Vernichtung der chemischen Waffen, das Verbot von Napalm und anderen Massenvernichtungswaffen sowie wirksame Maßnahmen zur Beendigung des Wettrüstens und zur Verringerung der Rüstungshaushalte nahm die NATO nicht Stellung.

Gleichzeitig ist aber unverkennbar, daß die positiven Entwicklungen des Entspannungsprozesses nicht ohne Auswirkungen auf die NATO bleiben. In dem Kommuniqué des Ministerrats vom 12. Dezember 1975 heißt es: „Die Minister stellten fest, daß die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses seit einigen Monaten ermutigende Merkmale aufweist. Sie bekräftigten erneut ihre Entschlossenheit, mit ihren Bemühungen fortzufahren, die Beziehungen zur UdSSR und anderen Staaten des Warschauer Pakts auf eine stabilere Grundlage zu stellen.

Auf politischem Gebiet erfordert die Entspannung Toleranz und gegenseitiges Verständnis und setzt daher voraus, daß der natürliche Widerstreit zwischen politischen und sozialen Ideen nicht in einer Weise geführt wird, die mit dem Buchstaben und dem Geiste der Schlußakte von Helsinki nicht zu vereinbaren ist . . .

Die Minister nahmen einen Bericht des amerikanischen Außenministers über die fortgesetzten Bemühungen der USA zur weiteren Begrenzung strategischer Offensivwaffen entgegen. Die Minister brachten ihre Befriedigung über die substantiellen Fortschritte zum Ausdruck, die seit dem Gipfeltreffen von Wladiwostok in Richtung auf ein SALT-zwei-Abkommen erzielt worden sind. Sie äußerten die Hoffnung, daß weitere Bemühungen zum Abschluß einer befriedigenden Vereinbarung führen würden . . ."

Diese Feststellungen heben sich in ihrer Gewichtung etwas von früheren NATO-Kommuniqués ab, in denen zumeist neben dem Hinweis auf die Notwendigkeit von Rüstungsanstrengungen wegen der angeblichen Aufrüstung des Warschauer Vertrages nur vage Andeutungen über die Aussichten von Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen gemacht wurden. Der Vergleich der NATO-Dokumente mit der Wiedergabe durch die Minister Leber und Genscher im Bundestag sowie die Berichterstattung in den Massenmedien unseres Landes weisen zudem darauf hin, daß Leber und Genscher sich in Brüssel gegenüber ihren NATO-Partnern nicht voll durchsetzen konnten. Gegen ihren hartnäckigen Widerstand, der von

der CDU/CSU und Franz Josef Strauß massiv unterstützt wurde, haben die NATO-Staaten beschlossen, ihre Verhandlungsposition bei der Wiener Konferenz über die Verringerung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa zu verändern. Durch gezielte Indiskretionen wurde ein neuer NATO-„Zusatzvorschlag" bekanntgemacht, der am 16. Dezember 1975 dann in Wien den Vertretern der Warschauer Vertragsstaaten übergeben wurde. Danach fordert die NATO in einer ersten Phase (wobei über den Inhalt weiterer Phasen keine Angaben gemacht werden) den Abbau einer sowjetischen Panzerarmee mit 68 000 Mann und 1700 Panzern und bietet dafür die Reduzierung von 29 000 US-Soldaten, 1000 von 7200 taktischen Atomsprengköpfen sowie nach einigen Presseberichten auch von einer Reihe von dazugehörigen Trägerwaffen an. Voraussetzung für die „Aufrechterhaltung dieses Angebots" ist das Einverständnis der Warschauer Vertragsstaaten, bei der Wiener Konferenz darauf zu verzichten, Höchststärken für den Mannschaftsbestand und die Waffensysteme *jedes einzelnen* Teilnehmerstaates festzulegen, sondern eine gemeinsame, nur personelle Obergrenze von ca. 700 000 Soldaten für jeden Block im Reduzierungsraum zu vereinbaren. Die „Frankfurter Allgemeine" berichtete: „In das Kommuniqué wurde auf deutschen Antrag ein Satz aufgenommen, in dem es heißt, daß dieser Vorschlag nur der Verwirklichung dieses Zieles diene. Außenminister Genscher erläuterte nach der Konferenz, es sei wichtig, daß dies auf allen Seiten, in der Öffentlichkeit der westlichen Länder und in der Führungsspitze der Sowjetunion, genau verstanden werde. Der Vorschlag gelte nur, wenn ihn die Sowjetunion mit der Konzession gleicher Höchstzahlen bei Landtruppen erwidere" [7]). Die FR wußte bereits am Vortage zu berichten, was auch von anderen Zeitungen bestätigt wurde: „Das westliche Zusatzangebot hat allerdings einen politischen Mangel: Der US-Kongreß hat sich gesetzlich verpflichtet, die Notwendigkeit der Lagerung von rund 7000 teilweise überalteten nuklear-taktischen Sprengköpfen in Europa spätestens 1977 zu überprüfen" [8]).

Sollte nach den Vorstellungen der NATO bisher in Wien nur über die Verringerung der Mannschaftstärken der Landstreitkräfte der Sowjetunion und der USA im Verhältnis drei zu eins verhandelt werden, so sollen nun, wie von den Warschauer Vertragsstaaten immer gefordert und schon von allen Teilnehmern bei der Eröffnung der Konferenz bereits festgelegt, taktische Atomwaffen (und vielleicht auch Trägerwaffen) in die Verhandlungen einbezogen werden. Dies ist gegen den Widerstand der Minister Leber und Genscher geschehen, wie aus zahlreichen Veröffentlichungen hervorgeht (insbesondere „Vorwärts" vom 2. Oktober 1975). Offensichtlich haben sich aber die USA mit ihrem Bestreben, ihre atomaren Waffen möglichst vollständig nationaler Verfügungsgewalt zu unterstellen, und die Einsicht einer Reihe von Regierungen kleinerer NATO-Staaten, daß eine Fortsetzung des Wettrüstens über ihre ökonomischen Möglichkeiten geht, teilweise durchgesetzt.

Die Koppelung dieses neuen Vorschlags — ganz abgesehen von seinen bereits erwähnten Mängeln (veraltete Sprengköpfe, Unvergleichbarkeit der Verringerungen) — mit dem Konzept der gemeinsamen Mannschaftshöchststärke für beide Blöcke im Reduzierungsgebiet, die auf Druck der bundesrepublikanischen Minister zustandegekommen ist, berücksichtigt aber nicht das für den Erfolg jeder Abrüstungsverhandlung grundlegende Prinzip der gleichen und unverminderten Sicherheit für alle beteiligten Seiten, das z. B. Grundlage des SALT I-Abkommens zwischen den USA und der UdSSR ist.

Die Verwirklichung dieses Konzepts würde bedeuten, daß die Bundesrepublik, die ohnehin schon die stärkste konventionelle Militärmacht der NATO in West-

7) FAZ v. 13. 12. 1975.
8) FR v. 12. 12. 1975.

europa ist, alle Verringerungen ihrer NATO-Partner durch die Erhöhung ihrer eigenen Rüstung ausgleicht. Auf der anderen Seite wären die von ihrer Bevölkerungszahl und ihrem Wirtschaftspotential her wesentlich kleineren Warschauer-Vertragsstaaten DDR, Polen und CSSR schwerlich in der Lage, die überproportionalen sowjetischen Reduzierungen in diesem Fall durch eigene Rüstungsanstrengungen auszugleichen. Dieses Konzept versucht also das bestehende militärische Kräfteverhältnis, das die bisherigen Entspannungserfolge ermöglicht, zumindest aber nicht verhindert hat, einseitig zugunsten der NATO zu verändern. Das ist der wirkliche „Felsblock" (Minister Genscher), der den Erfolg der Wiener Konferenz bisher blockiert.

Wegen dieser grundlegenden Mängel des „neuen" NATO-Vorschlags, den die USA in ähnlicher Form bereits 1973 bei der Eröffnung der Konferenz machen wollten, machte die „Prawda" am 29. Dezember 1975 darauf aufmerksam, er sei auf die Erzielung einseitiger Vorteile auf Kosten der sozialistischen Staaten ausgerichtet. Nach einem Bericht der FAZ vom 30. Dezember 1975 „schreibt die Prawda ... jeder Teilnehmerstaat sollte konkrete Verpflichtungen zur Reduzierung seiner Truppen und Bewaffnungen auf sich nehmen. Eine Reduzierung sollte Bodentruppen, Luftwaffe und auch Waffen, einschließlich atomarer, übernehmen."

Dennoch ist der NATO-Vorschlag in der Bundesrepublik auf heftige Kritik gestoßen. Der Militärkommentator der FAZ, Weinstein, nannte ihn am 12. Dezember schlichtweg „abenteuerlich": „... dieses politische Geschäft hat alle Merkmale des Absurden. Hier wird einem Ausverkauf in Schwäche das Wort geredet. Ein Bankrotteur verschleudert Werte ohne wirkliche Gegenleistung. Atomwaffen, Drohmittel einer anderen strategischen Dimension ... Der Westen ... gibt im Kraftfeld des psychostrategischen Krieges freiwillig Kapazitäten auf." Wolfram v. Raven wird am 13. Dezember in der „Welt" etwas konkreter: „Das ‚einmalige Angebot' könnte durchaus der erste gefährliche Schritt zur Schaffung einer Zone sein, die atomar wie auch konventionell Begrenzungen unterworfen wird." Da genau dies die offizielle Aufgabe der Wiener Verhandlungen ist, bleibt nur der Schluß übrig, daß die „Welt" bisher davon ausging, daß die NATO-Staaten keinen Erfolg dieser Konferenz zulassen wollen. Ob das nur die persönliche Meinung eines Journalisten ist? CDU-Rüstungsexperte Wörner äußerte: „Die NATO betritt ein schlüpfriges Pflaster", und forderte, daß die Reduzierung von 1000 Nuklearwaffen nur ein letzter, nicht ein erster Schritt auf nuklearem Gebiet sein dürfe [9]).

Es ist eigentlich eine recht paradoxe Situation, daß in der Bundesrepublik politische Kräfte, die sich zur „Mitte" zählen möchten, die gewiß nicht der Nachgiebigkeit gegenüber den sozialistischen Staaten verdächtige NATO vehement schelten. Hinter diesen Angriffen steht indes die gar nicht so abwegige Befürchtung — die für die Mehrheit der Bevölkerung eine Hoffnung ist —, daß die bisher blockierte Wiener Konferenz in diesem Jahr doch erste Ergebnisse erbringt. Mit der Einbeziehung von atomaren Waffen, Raketensystemen und Flugzeugen in die Wiener Verhandlungen hat die NATO anerkannt, daß eine Verringerung der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa nicht durch die Verminderung von Truppenstärken erreicht werden kann, sondern nur bei gleichzeitiger Senkung der Rüstungen.

Es bleibt aber festzustellen, daß die Haltung der Minister Leber und Genscher, die von den anderen NATO-Partnern mehr oder weniger widerstrebend hingenommen wurde, im Verein mit der unverhohlenen Absicht der CDU/CSU und der hinter ihr agierenden Rüstungsindustrien, jeden Fortschritt in Wien zu blok-

9) „Die Welt" v. 15. 12. 1975.

kieren, ein ernstes Hindernis darstellt. Die Öffentlichkeit unseres Landes sollte von der Bundesregierung kategorisch verlangen, ihre Obstruktionspolitik in Sachen Abrüstung aufzugeben. Dies gilt sowohl für das Auftreten in den Vereinten Nationen als auch für die Wiener Verhandlungen. Nötig ist es, wirklich konstruktive Vorschläge einzubringen oder zu unterstützen, die eine Verringerung der Truppen und Rüstungen in Ost und West ermöglichen, die also das Prinzip der gleichen und unverminderten Sicherheit für alle Staaten berücksichtigen. Nötig ist der Verzicht auf jede einseitige Verstärkung der Bundeswehr, also das Einfrieren des Militärhaushalts.

Eine solche konstruktive Abrüstungspolitik wäre nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Frieden in Europa und in der Welt, ohne den im nuklearen Zeitalter kein Volk überleben kann, sondern auch eine Möglichkeit, durch Einsparung von Rüstungsmilliarden Mittel für die dringenden wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben, die vor unserem Volk stehen, freizubekommen.

Dies den Regierenden in unserem Land klarzumachen, ist eine dringende Aufgabe aller verantwortungsbewußten Bürger unseres Landes, der demokratischen Organisationen, vor allem der Gewerkschaften.

„Libertés"*) und öffentlicher Dienst in Frankreich

Von Helga Bories, Toulouse

Alle reden von Freiheit, auch in Frankreich, und nicht zufällig gerade hier. Der Präsident der Republik und sein Innenminister, Fürst Poniatowski, führen seit gut 500 Tagen ständig den Liberalismus im Munde, rühmen die „société libérale avancée" (etwa: fortgeschritten liberale Gesellschaft), ein Begriff, der sich sicher nicht von ungefähr an den von der Linken geprägten Begriff „démocratie avancée" anlehnt.

Auch die Linke redet von Freiheit, und sie ist dabei, das Regierungslager auf diesem Gebiet in die Enge zu treiben. Im Mai 1975 haben die Kommunisten den Entwurf einer „Erklärung der Freiheiten", die ihren Platz an der Spitze der Verfassung einnehmen soll, vorgelegt und als Broschüre veröffentlicht [1]). Seitdem gibt es kaum eine politische Aktion, kaum ein Flugblatt in einem streikenden Betrieb, kaum eine öffentliche Versammlung, worin nicht die Diskussion über die Freiheiten einen wichtigen Raum einnähme.

*) Deutsch: „Freiheiten". D. Red.

1) Vivre libres, Projet de déclaration des libertés soumis á la discussion des Français, Paris 1975. Im folgenden seien einige Beiträge zur Diskussion um die „Freiheiten" genannt: P. Juquin, Les communistes et les libertés, in: „Cahiers du Communisme" (CC) 6/75, S. 46 ff., M. Cardoze, Les droites contre les libertés, CC 9/75, S. 20 ff., F. Hincker, Liberté en droit et en fait, in: „France Nouvelle" (FN) v. 14. 9. 1975, F. Hincker, Libertés, leur histoire, leur contenu, CC 6/75, S. 54 ff., P. Juquin, Liberté, Paris 1975, S. 49 ff.

Alle reden von Freiheit, aber sie sind sich durchaus nicht einig, sondern meinen damit sehr verschiedene, ja gegensätzliche Dinge. Wenn Giscard d'Estaing oder einer seiner Parteifreunde von „freien" Ländern spricht, so meint er z. B. ganz sicher nicht jene Völker, die sich vom Kolonialjoch, oder gar jene, die sich von den Fesseln des Kapitalismus befreit haben. Im Gegenteil: Freiheit wird, im Sprachgebrauch der Herrschenden, zum Synonym für Kapitalismus. Die Diskussion um den Inhalt von „Freiheit" ist also durchaus keine akademische Debatte, sondern betrifft direkt und konkret die tagtägliche Auseinandersetzung, ist ein wichtiges, mit den materiellen und politischen Forderungen der Bevölkerung verbundenes zentrales Element der ideologischen Auseinandersetzung. Regierung und Industrie halten auch hierzulande große Reden über die Freiheit des Individuums und schreiben beides mit pathetischen Großbuchstaben. Die Linke setzt dagegen die Forderung nach ganz konkreten Freiheiten, „libertés", klein geschrieben und im Plural. Und dabei geht es nicht um orthographische Differenzen, der Unterschied trifft den Kern des Problems.

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" steht an den öffentlichen Gebäuden in Frankreich, die Devise der Französischen Revolution. Die Monopolbourgeoisie sieht diese drei Begriffe heute allerdings nicht mehr gern so dicht beisammen.

I

Es wäre vermessen, auf die Frage, wie es denn heute mit den Freiheiten in Frankreich steht, eine globale Antwort geben zu wollen; es ist schon nötig, die Analyse auf einen Sektor zu beschränken und innerhalb dieses Bereichs noch weiter zu differenzieren. Nehmen wir den öffentlichen Dienst als Beispiel — einmal, weil seine Verbindung zum Staat besonders eng ist und den Charakter der aktuellen staatlichen Politik zeigen kann, zum anderen, weil es gerade hier in der Bundesrepublik flagrante Angriffe gegen die demokratischen Rechte gibt und ein Vergleich mit Frankreich naheliegt, und schließlich, weil dieser Bereich im Leben der französischen Gesellschaft einen wachsenden Raum einnimmt: Ende 1960 gab es 1 203 800 Beamte im öffentlichen Dienst, Ende 1967 waren es 1 420 900, Ende 1970 schließlich 1 639 400, d. h. eine Erhöhung in zehn Jahren um 36 % mit ständig steigender jährlicher Zuwachsrate [2]). 1973 erreichte die Zahl der Beamten 2 Mio.[3]), heute sind, wenn man die verstaatlichten Betriebe und das nichtbeamtete Personal mitzählt, etwa 4 Mio. Personen im öffentlichen Sektor beschäftigt, d. h. ca. 20 % der Beschäftigten Frankreichs [4]). Diese quantitative Ausweitung des öffentlichen Sektors trägt in der Hauptsache drei Tendenzen Rechnung: der verstärkten Repressivfunktion des Staates, seinen vermehrten und neuartigen Eingriffen ins wirtschaftliche Leben und schließlich einem erhöhten gesellschaftlichen Bedarf an öffentlichen Dienstleistungen [5]).

Aber nicht nur die Zahl derer, die den Staat zum Chef haben, ist besonders groß, sondern auch die Verschiedenheit ihrer Tätigkeit. Der öffentliche Sektor reicht vom Gasmann bis zum Ministerialrat, vom Chefarzt über den Briefträger zum Zugschaffner, vom Hilfsarbeiter bei Renault bis zum General. Eine Umfrage über den Begriff, den sich der Normalfranzose vom Staat macht [6]), hat dann auch ergeben, daß für die Bevölkerung der Staat sehr weit gefaßt und quasi allgegenwärtig erscheint. Diese spontane Auffassung von der Reichweite des Staates

2) J. Chatain, Croissance des effectifs de la fonction publique, in: „Economie et Politique" (EP), Juli 1973.
3) R. Bidouze, Quelques réflexions sur la fonction publique, EP, August/September 1973.
4) P. Juquin, a.a.O., S. 54.
5) Chatain, Croissance, a.a.O.

trifft durchaus mit der objektiv feststellbaren Weite des öffentlichen Sektors und der direkten Staatseingriffe überein, einem Charakteristikum des französischen staatsmonopolistischen Kapitalismus, und widerlegt die bürgerliche Ideologie, die sich alle Mühe gibt, diese Eingriffe und den bestimmenden Einfluß des Staates zu vertuschen.

Diese Vielfalt des öffentlichen Sektors läßt vorschnelle Verallgemeinerungen über den Grad an Freiheiten nicht zu, der in den einzelnen Sparten herrscht, denn die Freiheiten sind jeweils nicht nur von einem nationalen Kräfteverhältnis bestimmt, sondern auch von den Beschäftigten selbst erkämpft worden. Unterschiedliche Nähe zum Produktionsbereich einerseits, zum Staatsapparat im engeren Sinne andererseits und unterschiedliche soziale Zusammensetzung haben in den verschiedenen Betrieben und Ämtern sehr unterschiedliche Kampftraditionen entstehen lassen, denen es bei unserer Frage Rechnung zu tragen gilt.

Betrachten wir zunächst die öffentlichen, d. h. verstaatlichten Betriebe, die mehr oder weniger eng mit der Produktion verbunden sind und in anderen kapitalistischen Ländern privatwirtschaftlich betrieben wurden oder werden, d. h. unter bestimmten Bedingungen Profit abwerfen können. Einige Beispiele: SNCF (Eisenbahn), EDF-GDF (Gas- und Elektrizitätswerke), Air France (Luftfahrtgesellschaft), Renault, PTT (Post), Régie Française des Tabacs (Tabakmonopol), SNIAS (Flug- und Raumfahrzeugbau), CII (Informatik), ORTF (Rundfunk und Fernsehen), inzwischen in drei unabhängige Gruppen aufgelöst. Heute ist der größte Teil dieser Betriebe, vor allem die nicht direkt produktiven Bereiche, defizitär, weil sie ökonomisch völlig für die Dienste der Monopole eingespannt sind. So ist zum Beispiel die Gebührenpolitik, wie die Arbeiter und Angestellten dieser Bereiche immer wieder betonen, darauf angelegt, die privaten Benutzer, d. h. den Normalbürger, für die Vorzugstarife aufkommen zu lassen, die den Monopolen für Strom, Elektrizität, Transporte eingeräumt werden und die weit unter den Produktionskosten liegen [7]). Den Rest zahlen alle Bürger über die Steuern, die so wieder in die Taschen der Monopole fließen. Andere Betriebe, z. B. CII, SNIAS, leisten staatlich finanzierte kostspielige Pionierarbeit in Grundlagenforschung und Entwicklung, die anschließend privatkapitalistisch genutzt wird, ja, z. T. werden diese Betriebe sogar, sobald sie eine Serienproduktion aufnehmen können, an interessierte Monopole verkauft, so die CII, die inzwischen von Honeywell-Bull dirigiert wird. Die Auflösung des ORTF in verschiedene Elemente soll ebenfalls deren Verkauf an Privatfirmen vorbereiten [8]). Was SNCF, EDF-GDF, Air France, Renault und PTT betrifft [9]), so sichern sich die Großkonzerne durch staatlich verordnete Zwangsverträge und Gründung sogenannter „Gemischter Gesellschaften" [10]) den Profit aus den lukrativen Teilen ihrer Aktivitäten und verhindern eine Entwicklung des öffentlichen Dienstes, der ihnen eine Konkurrenz darstellen würde [11]).

Die Verfeinerung des Schmarotzersystems durch diese Maßnahmen schließt für das Personal z. T. ganz erhebliche Einbußen der erkämpften Rechte und der in den Kollektivverträgen festgelegten Arbeitsbedingungen ein, so z. B. den Verlust des Verwaltungsrats, der in allen öffentlichen Betrieben existiert und den dort Beschäftigten, wenn auch keine echte Mitbestimmung, so doch das Recht auf

6) L. Perceval, A propos de l'appareil d'Etat. Sa réalité contemporaine et sa réforme démocratique, EP, Januar 1975.
7) La politique monopoliste contre le secteur public et nationalisé, EP-Sonderheft: verschiedene Beiträge, November 1974.
8) G. Masson, Crise des Institutions, autoritarisme et atteine aux libertés, CC, 5/1974, S. 25 ff.
9) Y. Etienne/E. Puyraveau, La SNCF subordonnée aux intrêts monopolistes, EP, Mai 1973.
10) A. Jourlin, La démocratisation et l'extension du Secteur public, EP, Mai 1973.
11) La politique monopoliste . . ., a.a.O.

Information über so wichtige Dinge wie Beförderungen und Disziplinarfragen gibt. Deshalb sind diese, auf den ersten Blick rein ökonomischen, Vorgänge durchaus von Bedeutung für die „libertés".

Ein Blick in die französische politische Szene der letzten Jahre zeigt auch, daß gerade der öffentliche Sektor ein Zentrum von gewerkschaftlichen und politischen Aktionen der Beschäftigten ist: die Eisenbahn und Renault-Billancourt galten schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg als berüchtigte Hochburgen der FKP. 1975 hat es Streiks im Tabakmonopol, 1974 in der ORTF, bei Renault, im Herbst den monatelangen Poststreik gegeben, im gleichen Jahr haben die Arbeiter von Renault einen großen Teil ihrer Forderungen durchsetzen können, in der SNIAS und der CII gab es breite Aktionen, Arbeitsniederlegungen und rollende Streiks, im Augenblick (November 1975) streiken tageweise Radio France, EDF-GDF und Air France. Das politische Niveau der Forderungen, die bei diesen Streiks erhoben werden, ist äußerst entwickelt und zeugt zum einen von den Kampftraditionen dieser Arbeiter und Angestellten, zum anderen von dem Bewußtsein, dem Staat selbst gegenüber zu stehen. Illusionen über diesen Staat und das Flair des Klassenlosen, mit dem er sich gern umgibt, weichen hier im konkreten Kampf einer klaren Perspektive des Gegners. Damit geht eine wichtige Basis für den Reformismus verloren.

Von diesem Bereich der staatlichen Betriebe sind weitere Teilbereiche des öffentlichen Sektors zu unterscheiden: erstens der Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialbereich nebst Verwaltung, zweitens die direkten Exekutivfunktionen Polizei und Armee, drittens schließlich der Kern des Staatsapparats im engeren Sinne.

Dieser Kern umfaßt die politischen Schlüsselpositionen Frankreichs, also einen sehr beschränkten Personenkreis politischen Personals, hoher Ministerialbeamter etc. Als verschwindend kleine Schicht findet man diese direkt von der Regierung eingesetzten Funktionäre in den Spitzenpositionen der anderen Bereiche, in der Exekutive, der Verwaltung, im Erziehungs- und Sozialwesen. Diese Beamten sind im allgemeinen sorgfältig ausgewählt und dem Staat und den Monopolen treu ergeben. Es wäre dennoch verfehlt, den Angriff gegen sie zu richten. Es handelt sich hier um keine „Herrschaft der Technokraten", auf die die Regierung selbst gern die Verantwortung abschieben möchte, sondern um Werkzeuge der Umsetzung ihrer Politik [12]). Immer häufiger brechen hier sogar schlecht vertuschte Konflikte auf, die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und unterschiedliche Auffassungen vom Wert der „bürgerlichen Rechte" widerspiegeln.

Abgesehen von dieser kleinen Schicht hoher Beamter, kann man wohl von der Gesamtheit der übrigen Beschäftigten im Gesundheits-, Sozial- und Erziehungswesen sowie in der Verwaltung sagen, daß sie objektiv gemeinsame antimonopolistische Interessen haben, wenn das auch angesichts der Vielfalt der Grade, Kompetenzen und sozialen Differenzierungen bei weitem nicht immer deutlich wird. Grob unterschieden werden nach Schul- bzw. Studienabschluß, Besoldung und Funktion vier Kategorien von Beamten. 10,6 % aller Beamten zählen zur Kategorie A (Hochschulabschluß), wobei die große Mehrheit auf den Erziehungsbereich entfällt (Gymnasial- und Hochschullehrer), die Kategorie B zählt 13,4 % und umfaßt in der Mehrheit Volksschullehrer, die beiden restlichen Kategorien C und D stellen rein ausführende Funktionen und die Mehrzahl der Beamtenschaft dar: 45 %. 31 % sind schließlich außerhalb dieser Kategorien in spezielle Funktionen eingestuft [13]).

[12]) A. Weil, Les cadres et la démocratisation de la fonction publique, EP, August/September 1973.
[13]) Chatain, Croissance, a.a.O.

Alle diese Beamten verfügen seit 1946 über wichtige Rechte und Garantien, die in dem hauptsächlich auf die Initiative der an der Regierung beteiligten Kommunisten, namentlich auf Maurice Thorez, damals Vizepräsident des Ministerrats, zurückzuführenden „Statut du Fonctionnaire" verankert sind. Dies ist in der Tat der in der Geschichte Frankreichs wichtigste Fortschritt für die „libertés" im öffentlichen Dienst. Es ist wohl überflüssig, festzustellen, daß die gewerkschaftlichen Rechte, das Streikrecht und der weitgehende Kündigungsschutz für Beamte, die in diesem „Statut" garantiert sind, seither mannigfachen Angriffen ausgesetzt waren und sind.

Besonders beunruhigend ist dabei eine Form der indirekten Aushöhlung dieser Rechte, der schwer zu begegnen ist: die wachsende Beschäftigung nicht beamteten Personals mit Zeitverträgen. Rund ein Fünftel der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes befinden sich in dieser Situation, d. h. sie müssen fürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Ihr Anteil an der Zahl der Beschäftigten wächst überdurchschnittlich schnell. Von 1956 bis 1967 ist, nach offiziellen Angaben, die Beamtenschaft um 34,4 % gewachsen, die nicht beamteten Beschäftigten im öffentlichen Dienst dagegen um 65,6 %, und diese Disproportion verschärft sich zusehends [14]). Eine Kernfrage für die Garantie der demokratischen Rechte ist daher in Frankreich die Forderung nach „titularisation", d. h. Übernahme in den Beamtenstatus.

Der gesamte öffentliche Dienst steht in Frankreich bisher nicht unter einem besonderen Loyalitätsgebot dem Staat, und schon gar nicht der jeweiligen Regierung gegenüber, auch wenn das deren aktueller Wunschtraum ist. So ist die „Circulaire Chirac" vom 8. Oktober 1975 ein schwerwiegender Angriff auf die Rechte der Beamten, indem sie z. B. gewerkschaftliche Versammlungen stark beschränken will und eine Anzahl finanzieller und juristischer Sanktionen androht [15]). Schon 1946 sind Ansätze geschaffen worden, um die Rekrutierung der Beamten zu demokratisieren. So war die berühmte ENA (Ecole Nationale d'Administration) dazu bestimmt, den mittleren und höheren Beamten eine demokratische Qualifikation zu vermitteln und die Postenvergabe per „concours", das heißt nach reinen Leistungskriterien, zu regeln. Diese Maßnahmen sind allerdings seither ihres Inhalts beraubt worden: die hohen Beamten werden direkt von der Regierung eingesetzt, in der ENA sollen willfährige Staatsdiener ausgebildet werden, und die concours enthalten durchaus auch politische Kriterien, so sehr sie im Vergleich zum willkürlichen Einstellungsverfahren in der BRD als Positivum zu werten sind. Im öffentlichen Dienst sind natürlich kommunistische Beamte zu finden. Das ist für Franzosen eine Selbstverständlichkeit. In manchen Bereichen sind sogar politische Rechte de facto durchgesetzt worden, das heißt, sie sind noch nicht offiziell zugestanden, aber sie sind überall dort eine Art Gewohnheitsrecht, wo die Beschäftigten ein günstiges Kräfteverhältnis geschaffen haben [16]).

Wie vergleichbare Angestellte im privatwirtschaftlichen Bereich, so rekrutieren sich allerdings auch die Beamten zum großen Teil nicht aus der Arbeiterklasse, sondern aus der kleinen und mittleren, ehemals selbständigen und durch den Monopolisierungsprozeß zur Lohnarbeit gezwungenen Bourgeoisie aus Stadt und Land. Die ideologischen Vorstellungen ihrer Herkunftsklasse legen die Beamten und Angestellten nicht mit einem Schlage beim Eintritt in das neue Abhängigkeitsverhältnis ab, sondern sie bestimmen noch lange Zeit weiterhin ihr

14) Ebd.
15) „Humanité" v. 1. 11. 1975, S. 3.
16) F. u. A. Demichel/M. Piquemal, Institutions et pouvoir en France, Paris 1975, S. 208.

Verhalten und ihre Hoffnungen, aufzusteigen und die Klassenprivilegien der Bourgeoisie zu genießen. Diese Illusionen werden von der herrschenden Klasse so weit wie möglich aufrechterhalten, indem man beispielsweise den Verwaltungsbeamten durch die sogenannte „direction participative par objectifs" [17]) eine scheinbare Entscheidungskompetenz vortäuscht, obwohl heute in Wirklichkeit der Leiter einer Verwaltungszentrale weniger selbständig ist als der Vorsteher eines Büros noch vor 15 Jahren [18]). Die Illusionen sind daher auch nicht grenzenlos aufrechtzuerhalten. Immer mehr Beamte werden sich ihrer wirklichen Situation bewußt, und die Regierung sieht sich veranlaßt, zu Repressionen zu greifen, weil integrative Maßnahmen nicht mehr ausreichen.

Das politische Verhalten der Angestellten und Beamten mag noch in mancher Beziehung Zeichen der relativen Kampferfahrung aufweisen: Anfälligkeit für Reformismus einerseits, Radikalisierung und Fehlen des „langen Atems", Neigung zu einer vage gauchistisch-ständischen Ideologie andererseits. Die Fortschritte sind jedoch nicht zu leugnen [19]). Die Beamten, die Lehrer verfügen heute über mächtige Gewerkschaften, die, wie der SNES und der SNESup, nicht gezögert haben, mit den Kollegen in der BRD aktive Solidarität gegen die Berufsverbote zu üben. Beamte und Angestellte wählen heute in Frankreich, nach den Arbeitern, am häufigsten kommunistisch. Sie bilden übrigens 18,57 % der Mitglieder der FKP: 8,12 % im privaten Sektor und 10,45 % im öffentlichen Sektor [20]). Letztere Zahlen zeigen, wie die Wahlergebnisse, daß die Beamten gegenüber ihren Kollegen im privaten Sektor weiter nach links gerückt sind, zumal wenn man in Rechnung stellt, daß von allen Beamten und Angestellten zusammengenommen 1968 42,7 % im privaten und nur 31,2 % im öffentlichen Sektor beschäftigt (abgesehen von den 26,1 % im Handel) [21]) waren.

Die Aktionen im öffentlichen Dienst nehmen zu und werden in der politischen Stoßrichtung konsequenter: es geht heute nicht mehr nur um materielle Forderungen und um die Absicherung der zugestandenen Rechte, sondern um ein demokratisches Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, wie es im „Gemeinsamen Programm" der Linksparteien vorgeschlagen ist. Die Verwaltung darf dem Bürger nicht mehr als allmächtige Bürokratie gegenüberstehen, sondern muß zum Glashaus werden! Beamte und Bevölkerung fordern daher effektive Mitbestimmung der Beschäftigten und der „Kunden" des öffentlichen Dienstes, damit dieser seine eigentliche Aufgabe, nämlich der Bevölkerung zu dienen, erfüllen kann [22]). So könnte eine demokratische Verwaltung beispielsweise den Freiheiten der Bürger Geltung verschaffen helfen, statt als Werkzeug in den Händen des heutigen Staates zur Repression beizutragen [23]).

Das gleiche Problem stellt sich heute für die Bereiche Polizei und Armee, in denen demokratische Rechte noch weitgehend fehlen. Keine relevante soziale Gruppe leugnet in Frankreich die Notwendigkeit der Armee zur Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und der Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutz der Bürger.

Aber diese Aufgaben stehen heute weit hinter den Diensten zurück, die der Verteidigung der kapitalistischen Herrschaft geleistet werden; ein Blick auf Einrichtung und Ausstattung zeigt in beiden Bereichen, wozu Soldaten und Polizisten

17) La politique monopoliste . . ., a.a.O.
18) Weil, a.a.O.
19) J. Magniadas, Les employés en 1973, EP, Juli 1973.
20) Ebd.
21) J. Massoni, La place des employés dans l'appareil économique, EP, Juli 1973.
22) Jourlin, Démocratisation, a.a.O.
23) G. Braibant, Libertés: l'administration aussi, FN v. 25. 8. 1975.

heute eingesetzt werden. Armee und Polizei stehen um so mehr in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und im Interesse der öffentlichen Meinung, als demokratische Forderungen auch unter den Bediensteten selbst Fuß fassen. Französische Soldaten fordern, wirkliche „Bürger in Uniform" zu sein und nicht der elementarsten bürgerlichen Freiheiten beraubt zu werden. In einem Entwurf zu einem „Statut Démocratique du Soldat" haben sie detailliert ihre Vorstellungen dargelegt und eine realisierbare demokratische Alternative entwickelt. Auch die Polizei wendet sich gegen tiefgreifende Mängel in Ausbildung, Ausstattung und Personalstärke auf der einen Seite, die einen echten Schutz der Bürger unmöglich machen, und auf der anderen Seite Mißbrauch gegen den „inneren Feind", gegen streikende Arbeiter z. B., mit deren Forderungen sich Polizisten nicht selten identifizieren. So haben sich im Sommer 1975 einige an der Grenze zu Spanien eingesetzte Polizeibeamte geweigert, einen spanischen Antifaschisten, der sich in ihre Obhut geflüchtet hatte, an Franco auszuliefern. Fürst Poniatowski sah sich genötigt, persönlich einzugreifen.

Die Franzosen im öffentlichen Dienst wollen keine Bürger besonderer Art sein, sondern treten heute für ihre bereits errungenen und für weitergehende Freiheiten ein, um in einem demokratischen Frankreich ihre eigentliche Aufgabe erfüllen zu können. Im Vergleich zur BRD sind schon wichtige Schritte auf diesem Weg getan worden — sei es, daß hier Berufsverbote und ähnliche Willkürakte nicht möglich wären und daß Kommunisten und aktive Gewerkschafter zwar in ihrem beruflichen Fortkommen behindert werden können, aber intern, auf Intrigenwegen und niemals mit offen politischer Argumentation. Frankreichs öffentlicher Dienst ist allerdings noch kein Paradies für Demokraten, und viele Forderungen stehen noch zu erfüllen. Die Erweiterung dieser Freiheiten auf der Grundlage des Erreichten muß ständig gegen Rückschläge verteidigt und gegen die Macht der Monopole durchgesetzt werden.

II

Wenn die Bourgeoisie bestimmte demokratische Errungenschaften nicht verdrehen oder abschaffen kann, versucht sie, diese Rechte auf ihrem Konto zu verbuchen und für ihr liberales Image verwertbar zu machen. Wenn man so manche Erklärung aus dem Regierungslager hört, so verdanken wir allein der Bourgeoisie die Presse- und Meinungsfreiheit, das Demonstrations- und Streikrecht, das Koalitionsrecht und vieles andere mehr [24]). Deshalb ist es wichtig zu klären, wie die Freiheiten, auf die sich die Franzosen heute berufen können, historisch entstanden sind.

Der Fortschritt in der Eroberung immer weitergehender Freiheiten zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte Frankreichs [25]). Es würde hier zu weit führen, obwohl das sicher eine lohnende Aufgabe wäre, die Verankerung dieses Fortschritts und mancher Rückschläge im einzelnen an der Verfassungsentwicklung zu studieren: Von 1789 bis 1958 zählt Frankreich zwölf Verfassungen, zwei de-facto-Régimes und vier provisorische Regierungen, ganz zu schweigen von den oft genau so aufschlußreichen Verfassungsentwürfen [26]). Welche konkrete Epoche wir aber betrachten, alle weisen in verschiedenen Formen einen Grundzug auf: vom Mittelalter bis heute war es immer die unterdrückte Klasse, die ihre Rechte gegen die herrschende durchgesetzt hat, nur unter Druck fand letztere

24) Hincker, a.a.O.
25) Ebd. — Juquin, Communistes, a.a.O. — G. Marchais, Einleitung zu: Vivre libres, a.a.O.
26) Demichel/Piquemal, a.a.O., S. 42.

sich zu Zugeständnissen bereit. Die unterdrückte Klasse kann ihre Freiheiten nur zuungunsten der herrschenden Klasse erweitern.

Diese grundsätzlichen Bemerkungen werden gerade an der Französischen Revolution deutlich, auf die wichtige, zum Teil heute noch nicht verwirklichte sogenannte „bürgerliche" Freiheiten zurückgehen. In der Tat knüpft die französische Freiheitsbewegung an das revolutionäre Bürgertum im Frankreich des 18. Jahrhundert an, da dieses, anders als in Deutschland, die Revolution zu Ende führte, anstatt die eigene, bürgerliche Revolution zu verraten und sich auf halbem Wege mit Junkertum und Adel gegen die Arbeiterklasse zu verbünden. Die Angst vor den für ihre Ziele mobilisierten Volksmassen war in Deutschland schon während der Revolution größer als die Gegnerschaft zu den politischen Exponenten der Feudalherrschaft. Auch in Frankreich sollten bald reaktionäre Tendenzen die Oberhand gewinnen, aber die Tatsache, daß die bürgerliche Revolution mit sehr fortgeschrittenen Forderungen, z. B. der nach sozialer und politischer Gleichheit, durchgeführt wurde, ist von grundlegender Bedeutung für die europäische Geschichte und wirkt bis heute nach. So identifizieren sich noch gegenwärtig Teile der Klein- und Mittelbourgeoisie mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789, die sehr weitgehende Rechte und Freiheiten proklamiert, die objektiv sogar den Rahmen der bürgerlichen Demokratie sprengen.

Der historische bürgerliche Liberalismus in Frankreich, in dessen Genuß die Arbeiterklasse allerdings zu keiner Zeit gekommen ist — und das darf man nicht vergessen —, wird mit der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus allerdings in dem Maße inhaltsleerer, in dem die Bourgeoisie selbst von einer historisch fortschrittlichen Kraft zur Reaktion umschlägt. Seither übernimmt die Arbeiterklasse die Rolle des Fortschritts und der Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Freiheiten, die bürgerlich-demokratische Bewegung und ihre Forderungen werden in der Arbeiterbewegung fruchtbar. Eine wichtige Konsequenz dieser historischen Entwicklung sind die Traditionen des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und kleinbürgerlichen Schichten, die sich im Kampf gegen den Hitlerfaschismus erneuert haben und eine wichtige Voraussetzung dafür boten, daß die faschistische Gefahr in Frankreich selbst abgewendet werden konnte.

Diese demokratischen Traditionen sind auch heute wichtige Grundlagen für ein breites antimonopolistisches Bündnis, das allein die bestehenden Freiheiten gegen die Übergriffe des Großkapitals verteidigen und eine Erweiterung dieser Rechte durchsetzen kann. Die Bourgeoisie verleugnet, wie wir gesehen haben, bei jeder Gelegenheit die Traditionen ihrer revolutionären Vorfahren. Die demokratische Bewegung bestreitet ihr daher auch das Recht, sich in Festreden auf diese Traditionen zu berufen und sie für sich zu beanspruchen. Vergessen wir bei aller Kritik am unzureichenden gegenwärtigen Stand der Freiheiten in Frankreich nicht, daß sie ihre Existenz ausnahmslos der demokratischen Bewegung verdanken, sogar die sogenannten „formellen" oder „bürgerlichen" Freiheiten [27]). Die Monopolbourgeoisie respektiert selbst diese Rechte nur, solange man sie dazu zwingt. Für die Demokraten aber ist selbst die formale Festlegung eines erkämpften Rechtes schon eine wichtige Ausgangsposition zu seiner Verwirklichung in der Praxis, indem bisher zögernde Schichten und Kräfte bereit sind, ein Recht in Anspruch zu nehmen, sobald es verbrieft ist, und sei es nur auf dem Papier der bürgerlichen Legalität. Daß einmal Errungenes in der Klassengesellschaft nur durch Wachsamkeit und Verteidigung garantiert werden

27) J.-P. Cotten, Cotribution pour une analyse marxiste de la liberté, CC, 6/1975, S. 63 ff.

kann [28]), zeigt das Umschlagen der bürgerlichen Demokratie in den Faschismus, zeigen andere Rückschläge des Fortschritts der Freiheit, die immer dann möglich werden, wenn die demokratische Bewegung zu schwach oder gespalten ist.

Davon zeugt z. B. die langwierige Entwicklung des Arbeitsrechts. Das erste Sozialgesetz von 1841 begrenzt das Mindestalter für Kinderarbeit auf acht Jahre, 1848 bringt die Revolution einige Reformen, die schon ein Jahr später wieder abgeschafft werden. 1860 sieht sich Napoleon III. dazu gezwungen, das Koalitionsedikt fallen zu lassen. Nach der blutigen Niederlage der Commune de Paris dauert es 13 Jahre, bis 1884 das Koalitionsrecht und der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter zugestanden werden. Von da an wurden die organisierten Arbeiter und ihre Gewerkschaften die Hauptkraft zur Durchsetzung ihrer Forderungen, und alle weiteren Erfolge sind allein auf diesen Druck zurückzuführen: 1906 der wöchentliche Ruhetag, 1919 der Achtstundentag und die Sechstagewoche, 1928 Anfänge einer sozialen Sicherung. Die drei „großen Sprünge nach vorn" in unserer Zeit sind ebenfalls durch die Einheit und Stärke der demokratischen Bewegung erreicht worden: 1936 schaffte die Volksfront den bezahlten Urlaub und institutionalisierte die Vertrauensleute, 1945 nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus richtete die antifaschistische Regierung die Betriebsräte ein, im Mai 68 schließlich wurde den Gewerkschaften das Recht einer Betriebssektion zugestanden [29]). Welche Unverschämtheit, wenn Giscard sich damit brüstet, daß es der Arbeiterklasse heute ja besser als vor 200 Jahren gehe — wessen Verdienst ist denn das?

Noch aus einem anderen Grund ist die historische Perspektive wichtig, wenn man über Freiheiten spricht. Es geht ja nicht nur darum, das Erreichte zu verteidigen und die noch nicht zugestandenen Forderungen, die die Demokraten schon 1789 formulierten, endlich durchzusetzen. Heute genügt das nicht. 1975 brauchen wir neue Freiheiten, solche, die unserer Zeit und ihren Erfordernissen gerecht werden [30]). Es geht darum, den Freiheiten den historisch maximalen Inhalt zu geben. Denn Freiheiten sind keine statische, sondern eine dynamische Größe. Die tiefe Krise des Kapitalismus, die wir heute erleben, ist eine Ohnmachtserklärung der Monopolbourgeoisie. Sie ist, selbst wenn sie den Staat ganz für ihre Ziele einspannt, nicht mehr in der Lage, den immer weiter klaffenden Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privatem Profitstreben zu überbrücken. Eine Produktion, die sich immer weiter vergesellschaftet, immer komplexere Probleme stellt, in der Wissenschaft zur direkten Produktivkraft wird, verlangt nach gesellschaftlicher Planung und Leitung. Mitbestimmung, Verantwortlichkeit und daher Qualifikation und Kompetenz der Werktätigen werden zur ökonomischen Notwendigkeit, ebenso wie der Anteil aller am kulturellen Reichtum, an den wissenschaftlichen Erkenntnissen und historischen Erfahrungen von der Notwendigkeit, die Führung kollektiv zu übernehmen, gefordert wird. Es geht nicht nur um die persönliche Freiheit des Individuums, sondern diese wird zur Forderung der Zeit, weil die Gesellschaft sich befreien muß [31]).

Das Verfassungsprojekt der Kommunisten versucht, diesen modernen Erfordernissen Rechnung zu tragen, indem es neben den alten Forderungen und durchgesetzten Rechten neue Freiheiten formuliert, die dem Stadium der antimonopolistischen Demokratie entsprechen, d. h. den Werktätigen in jeder Beziehung günstige Ausgangsbedingungen für diese Periode sich zuspitzender Klassenkämpfe

28) M. Cardoze, Les droites contre les libertés, CC, 9/1975, S. 20 ff.
29) Juquin, a.a.O., S. 26 ff. — M. Cohen, Le tribunal est dans l'usine, FN v. 2. 6. 1975.
30) Cardoze, a.a.O. — R. Weyl, Toutes les libertés, in: „La Nouvelle Critique" (NC), Oktober 1975, S. 15 ff.
31) J. Brière, Pour les libertés, parceque contre l'austerité, FN v. 30. 9. 1975, S. 18/19. — J. Brière, Crise de la violence d'Etat, FN v. 13. 10. 1975, S. 13 f.

schaffen sollen [32]). Aber, so erklären die Kommunisten ebenfalls: weil die Freiheiten jeweils auf der Höhe der Zeit sein müssen, kann es selbst bei den heute als Forderungen formulierten Freiheiten nicht bleiben. Der Übergang zum Sozialismus ermöglicht und erfordert eine enorme Erweiterung dieser Freiheiten.

Schon jetzt aber sind die in der Verfassungsvorlage definierten individuellen und kollektiven Freiheiten, ökonomischen und sozialen Rechte, die Rechte auf Kultur und Information, die politischen Rechte und demokratischen Institutionen sowie die juristischen Garantien kein bloßes Sammelsurium, sondern erweisen sich als kohärent [33]). Wie alle Bereiche des Lebens selbst, so sind alle Freiheiten aufeinander bezogen und klammern nicht, wie das bürgerliche Recht, wichtige Bereiche aus diesem Zusammenhang aus. So trägt das Verfassungsprojekt der Tatsache Rechnung, daß ökonomische Rechte die individuellen und kollektiven Freiheiten konkretisieren und realistischer machen müssen. Es genügt nicht, ein abstraktes Recht zu erlassen und die realen Möglichkeiten nicht zu schaffen. Zu letzterem wird der künftige Staat allerdings verpflichtet sein. Was bedeutet einem Obdachlosen die Unverletzlichkeit der Wohnung, was einem Arbeitslosen das Recht auf Arbeit? Ohne den entsprechenden ökonomischen und politischen Hintergrund, die Verwirklichung des „Gemeinsamen Programms", bleiben diese Rechte Papier [34]).

Der Betrieb, den die Herrschenden so gern als „neutralen Sektor" aus dem Bereich der demokratischen Rechte ausklammern wollen, steht im Verfassungsentwurf der FKP im Mittelpunkt. Der Produktionsbereich bildet den Dreh- und Angelpunkt der wichtigen politischen Alternativen von heute. Hier stellt sich die Frage: Monopolprofit oder Produktion zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Hier verbringt der Durchschnittsfranzose den größten Teil seines Tages, hier wird über seinen Lebensstil, seine Freizeit, seine Familie, ja über die Zukunft seiner Kinder entschieden, und gerade hier soll er einen politischen Maulkorb anlegen, acht Stunden am Tag kein „citoyen" sein? [35]) Im übrigen: im Betrieb wird nicht nur objektiv, sondern auch ganz subjektiv erfahrbar Politik gemacht, von Unternehmerseite nämlich, und auch während der Arbeitszeit. Es würde hier zu weit führen, alle Verleumdungen und Verdrehungen gegen das „Gemeinsame Programm" und die Linksparteien zu zitieren, die die Unternehmer ganz offiziell in den Betrieben äußern. Ganz zu schweigen von den Werkszeitungen, die vor allem in den großen Konzernen kostenlos an die Belegschaft verteilt werden. Aber Flugblätter der Parteien dürfen weiterhin nur außerhalb des Betriebes verteilt werden, politische Stellungnahmen im Betrieb sind untersagt.

Als letztes Argument gegen die Forderungen der demokratischen Linken nach politischen Rechten im Betrieb wird das 1968 zugestandene Recht auf Betriebssektionen der Gewerkschaften mißbraucht. Wozu denn noch politische Organisationen im Betrieb, wenn es doch die Gewerkschaften gibt? Diese seien allein und ausschließlich für innerbetriebliche Fragen zuständig, und die Parteien hätten sich da nicht einzumischen. Diese Argumentation versucht, eine widersinnige Konkurrenz zwischen Parteien und Gewerkschaften zu konstruieren, sie gegeneinander auszuspielen. Aber die beiden größten Gewerkschaften, CGT und CFDT, haben schon gekontert; sie fordern offensiv politische Rechte im Betrieb.

---

32) F. Billoux, Liberté, liberté chériel, FN v. 19. 5. 1975, S. 7.
33) Casamayor/J. Hourdin/P. Juquin, H. Krasucki et Vercors parlent des libertés, FN v. 23. 6. 1975, S. 8 ff.
34) Roland Weyl, Libertés: droit et crédibilité, FN v. 18. 8. 1975, S. 8 f.
35) Place à la lutte politique, la lutte politique à sa place, verschiedene Beiträge, FN v. 14. 9. 1975, S. 9 ff. — J. Brière, Les libertés dans l'entreprise. Citoyens un jour sur sept, FN v. 1. 9. 1975, S. 9 ff.

III

In Frankreich entwickelt sich heute eine kampfbereite Massenbewegung für die Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Freiheiten. Giscard und seine Mannen geben sich empört: ausgerechnet Kommunisten rufen zum Kampf für die Freiheiten auf, wo doch jeder zu wissen hat, daß der Kommunismus das Ende aller Freiheit bedeutet! Und die Warnung vor den „kommunistischen Rattenfängern" richtet sich gegen die gesamte demokratische Bewegung und versucht, sie zu spalten.

Aber ist es hier nicht der Dieb selbst, der „haltet den Dieb" ruft, um die Bürger zu desorientieren? Der Kapitalismus, so erklärt Georges Marchais in der Einleitung zum Verfassungsentwurf, hat wahrhaftig genug vor der eigenen Tür zu kehren, bevor er die Kommunisten in diesem Punkte beschuldigt [36]). Er umreißt skizzenhaft die blutige Bilanz der letzten 200 Jahre, die von Ausbeutung, Repression und Unfreiheit gezeichnet sind, während sich die FKP wohl als einzige Partei dieses Landes rühmen könne, noch nie in der Geschichte die Hand gegen die Freiheiten erhoben zu haben [37]). Im Gegenteil, immer wenn sie stark genug war, die Politik Frankreichs mitbestimmen oder zumindest beeinflussen zu können — Volksfront 1936, Libération 1945 —, haben die Freiheiten einen ganz enormen Aufschwung erlebt. Immer wenn die Kommunisten schwach waren, mußte die Arbeiterbewegung insgesamt schwere Rückschläge hinnehmen (Kalter Krieg), und die Repression traf nicht von ungefähr immer die FKP besonders hart. Deshalb wissen wohl gerade Kommunisten die Freiheiten hoch einzuschätzen.

Sicher, wird man jetzt sagen, solange die Kommunisten in der Opposition oder gar Opfer von Repressionen sind, kämpfen sie natürlich für die Freiheiten. Aber wehe, sie kommen an die Macht. Die Frage ist in Frankreich von besonderer Aktualität, da schließlich die Verwirklichung des von Kommunisten, Sozialisten und Radikalen getragenen Gemeinsamen Programms und damit die Regierungsmitverantwortung der FKP eine greifbare Perspektive geworden ist. Um zu antworten, genügt es eigentlich, auf den Charakter dieses Programms selbst zu verweisen. Wie soll die antimonopolistische Demokratie denn verwirklicht werden, wenn nicht durch Mitsprache und Beteiligung aller an der Lösung der anstehenden Aufgaben? Wie soll der Weg zum Sozialismus anders gebahnt werden als von den Massen selbst, wie ist schließlich der Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen des gegenwärtigen Frankreich anders möglich als in der Ausübung der Macht durch die Mehrheit des Volkes, als in der gesellschaftlichen Leitung und Kontrolle über Wirtschaft, Staat und Verwaltung? [38]) Der Kampf für die Freiheiten ist daher nicht als rein taktisches Kalkül der Kommunisten vorstellbar, sondern ist einer der Hauptpfeiler ihrer Strategie. Die Freiheiten werden beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung nicht über Bord geworfen, sondern erst recht zur Entfaltung kommen. So ist „participation", Beteiligung an wichtigen Entscheidungen und in allen Bereichen, die ganz zentrale Kategorie im Verfassungsentwurf der FKP [39]). Verbindliche Artikel zu juristischen und verwaltungsmäßigen Problemen und allen übrigen Beziehungen zwischen Individuen, sozialen Gruppen und dem Staat lassen überall und so weit wie möglich der Diskussion und Überzeugung Vorrang vor administrativen Maßnahmen [40]).

36) Vivre libres, a.a.O., S. 12/13.
37) Ebd., S. 4. — F. Hincker, PCF et stalinisme, à propos d'un aspect important de la campagne anticommuniste, CC, 9/1975, S. 56 ff.
38) Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 4, Köln 1972.
39) Weyl, a.a.O. — Juquin, a.a.O., S. 134.
40) Ebd., S. 114. — Weyl, Gouverner „efficace" exige gouverner „vrai", FN v. 13. 10. 1975, S. 18/19.

Die Bourgeoisie spielt sich also zu Unrecht als Hüterin der Freiheit auf, und ihr Antikommunismus steht der Erweiterung der Freiheiten entgegen. Teilweise fällt ihre Kampagne jedoch auf fruchtbaren Boden, sogar bis in die Reihen der Linksparteien. Mitterrand übernimmt bisweilen in diesem Punkt den Antikommunismus des Regierungslagers, wenn er seine Partei als Garant der Freiheiten gegenüber den Kommunisten im Linksbündnis hinstellt, und nimmt in Kauf, mit dieser Haltung das Bündnis zu diskreditieren und die Entwicklung einer möglichst breiten demokratischen Bewegung für die Freiheiten zu behindern [41]). Gerade auf den demokratischen Massenkampf kommt es heute an, wenn die Forderungen durchgesetzt werden sollen. Nur so kann das Kräfteverhältnis günstig gestaltet werden. Und die Aktionen für die Freiheiten, die sich täglich vervielfältigen und verstärken, werden sicher auch die Rückkehr der Sozialistischen Partei und der Radikalen auf eine Ihrer Unterschrift unter das Gemeinsame Programm entsprechende Position herbeiführen können.

IV

Schon jetzt hat sich an einer konkreten Frage, nämlich den Berufsverboten in der Bundesrepublik, ein Zusammenschluß von Demokraten aller Couleur gebildet, die nicht auf die offizielle Stellungnahme der französischen Sozialistischen Partei zu diesem Problem warten mögen. Seit September 1975 faßt das Pariser Komitee gegen die Berufsverbote die zahlreichen Solidaritätsaktionen national zusammen und gibt neue Anstöße, stellt Informationsmaterial für lokale Initiativen zur Verfügung, veranstaltet Pressekonferenzen, etc.

Im Gründungsaufruf heißt es: „Mit der Konstituierung des Komitees für Meinungsfreiheit und gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland haben wir uns zur Aufgabe gestellt, die französische öffentliche Meinung über eine skandalöse und noch allzu oft verkannte Situation zu informieren. Wir beabsichtigen, für die Opfer dieser diskriminatorischen Maßnahmen aktiv einzutreten und durchzusetzen, daß dem ein Ende gemacht wird. Wir sind der Sache der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit zutiefst verbunden und bemüht, die Solidarität und die Freundschaft zwischen den Demokraten und den Völkern Frankreichs und der BRD zu verstärken. Daher rufen wir all jene auf, sich uns anzuschließen, die, ungeachtet ihrer mannigfachen religiösen, weltanschaulichen und politischen Bekenntnisse, unsere Sorgen teilen" [42]).

Anläßlich der Verabschiedung der Berufsverbotsgesetze durch den Bundestag stellt das Komitee in einem am 30. Oktober 1975 veröffentlichten Kommuniqué fest: „In Kenntnis der bisherigen Praxis, die das neue Gesetz nur bestätigen kann, hat das Komitee allen Anlaß zu der Auffassung, daß dieses Gesetz hauptsächlich gegen diejenigen gerichtet werden wird, die konsequent gegen eine Wiedergeburt des Nazismus in Deutschland und für eine echte Entspannungspolitik kämpfen. Die neue Gesetzgebung stellt ebenfalls einen üblen Angriff auf die Freiheiten dar. Deshalb verurteilt das Komitee nachdrücklich das vom Bundestag verabschiedete Gesetz und beschließt, alle Franzosen darüber zu informieren, damit sie ihre Solidarität mit den deutschen Demokraten verstärken" [43]).

Eine wesentliche Seite der Solidaritätsarbeit in Frankreich ist in der Tat die Information der Bevölkerung. Am Anfang herrschte eine breite Uninformiertheit, ja Ungläubigkeit angesichts eines solch flagranten Abbaus der Demokratie in

41) Vgl. dazu z. B. F. Lazard, Union de la gauche: les libertés et la qualité de l'union, FN v. 1. 9. 1975, S. 13/14.
42) NC, September 1975.
43) Zit. n.: „Humanité" v. 30. 10. 1975, S. 3.

der BRD. Einerseits verlautet in den offiziellen Nachrichten kaum etwas darüber, andererseits ist die Tatsache selbst für viele Franzosen schwer faßbar.

Am 5. November fand unter Beteiligung von Joachim Schwamborn, Gerhard Stuby, Helmut Stein, Sylvia Gingold und Susanne Rhode eine vom Pariser Komitee gegen die Berufsverbote veranstaltete Pressekonferenz statt, in der beispielhaft einige Berufsverbotsfälle genannt wurden und besonderer Nachdruck auf die Geschichte dieser Gesetze seit 1933 (Fall der Familie Gingold) gelegt wurde [44]). Inzwischen — dank dieser Initiativen, dank der demokratischen Presse und der Aktivitäten unzähliger Demokraten landauf, landab — hat die französische Öffentlichkeit von den „Schatten über der Bundesrepublik" [45]) Notiz genommen, und die Ungläubigkeit ist in Sorge und Bestürzung, in eine Welle der Empörung umgeschlagen. Das Beispiel des konservativen Politologen Alfred Grosser, der bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in Frankfurt sehr klare Worte gegen die Berufsverbote fand [46]), mag in der BRD Aufsehen erregt haben. Grosser vertrat hier jedoch die begründeten Befürchtungen eines ganzen Volkes, in dem die Erinnerung an die Zeit der faschistischen Besetzung seiner Heimat noch lebendig ist, so lebendig, daß die historische Verbindung zwischen Faschismus und Abbau demokratischer Rechte sofort und spontan gezogen wird, so lebendig, daß sich alle demokratischen Kräfte, die sich in der antifaschistischen résistance zusammengeschlossen hatten, heute mit den Berufsverboten in der Bundesrepublik nicht einverstanden zeigen und zum Teil aktiv diese Traditionen wieder aufnehmen und gemeinsam gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD eintreten.

In einem Aufruf an die französischen Demokraten, der als Unterschriftenliste in ganz Frankreich verbreitet worden ist und ein großes Echo gefunden hat, heißt es: „In der Bundesrepublik Deutschland überleben immer noch gewisse Traditionen, die Sie für Vergangenheit gehalten haben und unter denen Sie in jener für Frankreich und die ganze Welt unglücklichen Zeit gelitten haben. Erinnern Sie sich: zur Zeit der Deportationen in Konzentrationslager, als man Patrioten erschoß, als man Geiseln ermordete, als man die Frauen und Kinder von Oradour verbrannte, haben deutsche Antifaschisten (Christen, Sozialisten, Kommunisten) an Ihrer Seite gegen den faschistischen deutschen Unterdrücker gekämpft, sei es in der résistance, hier oder anderswo, sei es an der Seite Ihrer unglücklichen Brüder und Schwestern in den Lagern. Können Sie ruhig mitansehen, wie diese antifaschistischen Kampfgenossen und ihre Erben in der jungen Generation erneut verfolgt werden? ... Glauben Sie nicht, es handele sich um Unbekannte: es sind die gleichen, die einst gegen den Faschismus, für die Freiheit, für Frankreich gekämpft haben und die sich heute von neuem verfolgt sehen. Glauben Sie nicht, daß Sie das nichts angeht: es geht um die BRD, Ihr Nachbarland, wo Kriegsverbrecher wie Lischka (200 000 deportierte Juden), Lammerding (Oradour) usw. heute ein ruhiges, sattes Leben führen (oder bis zu ihrem natürlichen Tod geführt haben), obwohl unter ihrer Verantwortlichkeit Tausende von Franzosen ermordet worden sind und obwohl in Frankreich Urteile gegen sie gefällt worden sind. In derselben BRD werden hingegen die Opfer aus den Konzentrationslagern verfolgt oder zu einem miserablen Dasein verurteilt, da man ihnen die Ausübung ihres Berufs oder die Wiedergutmachung für Lagerhaft und erlittene Folterungen unter dem Vorwand, sie seien Kommunisten, versagt, obwohl man damit alle Demokraten trifft ... Bleiben Sie nicht passiv: zu viele Franzosen haben das Fehlen der Demokratie in Deutschland mit ihrem Leben

44) „Humanité" v. 6. 11. 1975, S. 3.
45) Titel einer dreiteiligen Artikelserie über die BRD, „Humanité" v. 13., 14., 15. 10. 1975, jeweils S. 2.
46) Vgl. „Deutsche Volkszeitung" v. 23. 10. 1975, S. 5.

bezahlen müssen. Heute ist die BRD in Gefahr: helfen Sie mit, der gemeinsamen Hexenjagd ein Ende zu machen" [47]).

Diese Feststellungen und die Aktionen gegen die Berufsverbote sind durchaus keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der BRD, sondern sehr wohl eine Angelegenheit der Franzosen selbst, denen es nicht gleich sein kann, was sich da in dem durch viele politische, wirtschaftliche, kulturelle und persönliche Verbindungen nahen Nachbarland zusammenbraut.

Für die Demokraten in der BRD ist die Information und ihr massiver Protest gegen die Berufsverbote sicher von großem Wert, zumal er ihren Forderungen auch international Gehör verschaffen kann. So unterstrich z. B. Serge Boucheny, kommunistischer Senator, am 2. Oktober vor der Vollversammlung des Europarats in Straßburg die Besorgnis, mit der man in Frankreich die Hexenjagd auf Demokraten in der BRD verfolgt [48]). Aber andererseits messen die Franzosen auch für ihr Land selbst den Vorgängen in der BRD große Bedeutung bei. Kaum eine Diskussion über die „libertés", kaum eine Stellungnahme einer demokratischen Organisation für die Erweiterung der Freiheiten in Frankreich, in der nicht mahnend von den Berufsverboten in der BRD die Rede wäre. „Wie hältst Du's mit den Berufsverboten?", dieser Gretchenfrage müssen sich zunehmend alle stellen, die den Anspruch erheben, Hüter der Freiheiten in Frankreich zu sein.

V

Aus der heutigen politischen Situation in Frankreich lassen sich sicher Erfahrungen gewinnen, aber nur, wenn man ihre Spezifik beachtet. Es gibt sicher ganz wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen unseren beiden Ländern. Wir haben es in beiden Fällen, wenn auch die Formen unterschiedlich sein mögen, mit einer entwickelten Stufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu tun, dessen politische Repräsentanten mehr und mehr zur Reaktion auf der ganzen Linie neigen. Auch die tiefgreifende wirtschaftliche Krise zeichnet das Gesicht der gesamten kapitalistischen Welt. Diesseits und jenseits des Rheins sollen die Krisenlasten auf die breite Bevölkerung abgewälzt werden, deren Lebensbedingungen immer schwieriger werden. Gleichzeitig versucht die Bourgeoisie beider Länder, die demokratischen Rechte zu beschneiden, wo sie nur kann. Herrschaftssicherung des Monopolkapitals — so heißt hier wie dort die Devise [49]). Und wenn die Franzosen keine Berufsverbote kennen, wenn der Spielraum für Demokraten heute in Frankreich größer ist als in der BRD, wenn in Paris heute niemand ernsthaft versuchen würde, das „Humanité"-Fest (1975: „Fête des libertés") zu unterdrücken wie in Düsseldorf das Pressefest der DKP-Zeitung UZ, dann nicht deswegen, weil die herrschende Klasse in Frankreich freundlicher oder sonst irgendwie anderen Charakters wäre. Der Unterschied liegt im Kräfteverhältnis, liegt in der Stärke der demokratischen Bewegung, die der politischen Manövrierfähigkeit der Rechten Grenzen setzt.

In der Tat ist, verglichen mit Frankreich, die bundesdeutsche demokratische Bewegung aus vielerlei Gründen relativ schwach. Das Erbe von zwölf Jahren Faschismus, von Kaltem Krieg und KP-Verbot 1956 wiegt noch schwer. Es ist für Helmut Schmidt in Bonn noch etwas leichter als für Giscard in Frankreich, die Bevölkerung zur Unterstützung einer systemstabilisierenden Politik zu gewinnen

47) Dieser Aufruf ist erwähnt und teilweise zitiert in: NC, April 1975, S. 64.
48) Vgl. „Humanité" v. 4. 10. 1975, S. 2.
49) Masson, a.a.O. — C. Michel, Libertés individuelles, intégration, répression, NC, Dezember 1970, S. 13 ff. — Weyl, Répression et prévention, NC, April 1971, S. 3 ff.

oder wenigstens zum Stillhalten zu bringen. Nicht zuletzt der Blick auf Frankreich läßt die Herrschenden in der Bundesrepublik alles an den Versuch setzen, es hier erst gar nicht so weit kommen zu lassen.

Die Position der französischen Monopolbourgeoisie ist in der Tat noch weniger beneidenswert. Mit knapper Mehrheit und einem blauen Auge aus den Präsidentschaftswahlen von 1974 hervorgegangen, sieht die Regierung Giscard sich einer starken Linken gegenüber, die ihre längst überfällige Ablösung durch eine Regierung des Volkes fordert. Jede lokale Aktion, jeder Streik, jede Demonstration sind ein Schritt weiter zur Realisierung des Gemeinsamen Programms. Jedes Zugeständnis der Monopolbourgeoisie bedeutet heute ein Stückchen Terrain, das sie für immer aufgibt. Die Möglichkeiten, „das Gesicht zu wahren" und Zugeständnisse demagogisch umzudrehen, sind aufs äußerste begrenzt. Jeder Kampferfolg verstärkt die Aktivitäten der demokratischen Bewegung, die ihre Energie nicht zuletzt aus der konkreten Perspektive der antimonopolistischen Demokratie schöpft. Dies muß man in Betracht ziehen, wenn man die antikommunistischen Ausfälle und die virulenten Angriffe gegen die Freiheiten in Frankreich verstehen will. Was die Herrschenden hier verteidigen, ist ihr blankes Überleben.

Es ist sicherlich ein bemerkenswertes Zeugnis für die Reife der demokratischen Bewegung in Frankreich, wenn sie, ausgerechnet in der Krise, wo der Kampf für ökonomische Forderungen, gegen Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen als so dringend nötig empfunden wird wie nie zuvor, zugleich eine enorme Kampagne für die Freiheiten führt und an ganz konkreten Forderungen die Einheit des ideologischen und politischen mit dem ökonomischen Kampf in die Praxis umsetzt.

Und im Regierungslager wird es als eine ernste Herausforderung verstanden, wenn die Kommunisten nicht nur, wie eh und je, die notorischen Angriffe gegen die Freiheiten zurückweisen, sondern den Spieß umdrehen: einen Verfassungsentwurf zu den Freiheiten vorlegen. Welche Provokation, daß sie heute das Feld der Auseinandersetzung bestimmen können und auf dem Lieblingsgebiet der bürgerlichen Demagogie Punkte für die Linke sammeln!

In der BRD stellt sich die Aufgabe der Verteidigung und des Ausbaus der demokratischen Rechte zwangsläufig anders als in Frankreich, und die Übergriffe des Staates auf die Freiheiten verfolgen kurzfristig andere Ziele. Während sie dort eine Ohnmachtserklärung gegenüber der starken Linken darstellen, versucht man in Bonn, die demokratische Bewegung abzuwürgen, noch bevor sie zu stark wird. Die konsequentesten Mitkämpfer sollen von den übrigen Demokraten isoliert werden — so trifft man am besten die ganze Bewegung. Ich glaube, die wichtigste Konsequenz, die bei aller Unterschiedlichkeit der konkreten politischen Bedingungen in beiden Ländern gezogen werden muß, ergibt sich direkt aus dieser Überlegung. Die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik kann, wie in Frankreich, nur unter einer Bedingung gewinnen: wenn sie sich niemals von den Massen isolieren läßt und sich ungeachtet der politischen und weltanschaulichen Unterschiede ständig um die Herstellung eines demokratischen Grundkonsenses in den eigenen Reihen bemüht.

Die Systemtheorie Luhmanns als technokratischer Institutionalismus und administrative Hilfswissenschaft

Von Rainer Hegselmann

1. Der Positivismusstreit in der westdeutschen Soziologie und die Diskussion der Systemtheorie Luhmanns

Seit mehreren Jahren gewinnt in der bundesdeutschen Soziologie der funktional-strukturelle Theorieansatz Niklas Luhmanns zunehmend an Bedeutung. Während in dem halbstaatlich/halbprivaten Wissenschaftszentrum Berlin die Ausbildung von Führungskadern auf Basis eines systemtheoretisch-technokratischen Theorieansatzes aufgenommen wurde [1]), wird innerhalb der Soziologie und Politologie eine Diskussion über den Status des systemtheoretischen Ansatzes geführt, deren Streitpunkt durch den Titel jener Buchveröffentlichung von Luhmann und Habermas gekennzeichnet ist, die den Beginn einer breiten Diskussion des systemtheoretischen Ansatzes markierte: „Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie — Was leistet die Systemforschung?" [2]) Zumindest aus der Perspektive einer an Emanzipation interessierten, kritischen Soziologie handelt es sich bei dieser Diskussion jedoch genaugenommen um die Fortsetzung eines älteren Streites, nämlich um die Fortsetzung des Positivismusstreits, wenn auch mit einem anderen Kontrahenten. Dabei erweist sich diese zweite Phase des Positivismusstreites insofern als fruchtbarer, als der kritischen Soziologie jetzt ein Gegner gegenübersteht, dem nicht durch weitläufige Rekurse auf die Struktur nomologischen Wissens der implizit technokratische Charakter seines Ansatzes bewiesen werden muß (Beweise, die von der anderen Seite dann als Unterstellung gewertet und mit Beteuerungen, auch die Soziologie im Interesse von Aufklärung, Emanzipation usw. einsetzen zu wollen, beantwortet wurden), sondern ein Gegner, der den herrschaftskonformen Charakter seines Ansatzes weitgehend sogar zugibt, dann jedoch die Relevanz des Einwands, sein Ansatz sei herrschaftskonform, bestreitet [3]). Ging es in der ersten Phase dieses Streites insbesondere um die wissenschaftstheoretische Frage nach Vorhandensein und Begründbarkeit erkenntniskonstitutiver Interessen, so geht es in dieser zweiten Phase insbesondere um die Frage nach verschiedenen Theorieansätzen korrespondierenden Gesellschaftskonzeptionen.

In der ersten Phase des sogenannten Positivismusstreites standen sich Kritische Theorie und Kritischer Rationalismus gegenüber. Da der Kritische Rationalismus einerseits den wissenschaftskonstitutiven Charakter erkenntnisleitender Interessen bestreitet und andererseits die Klasse der wissenschaftlichen Sätze auf analytische und empirisch falsifizierbare beschränkt, können zwei Vorwürfe erhoben werden:

1. Der Kritische Rationalismus beschränkt den Bereich wissenschaftlicher Erkenntnis auf den Bereich nomologischen Wissens, reduziert aber eben damit mögliche

[1]) Vgl. J. Hirsch/S. Leibfried, Materialien zur Wissenschafts- und Bildungspolitik, Frankfurt/M. 1971, bes. S. 172—287.
[2]) J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Was leistet die Systemforschung, Frankfurt/M. 1971.
[3]) Vgl. für diese Argumentationsweise, etwa: J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 293.

Rationalität auf Zweckrationalität, ermöglicht also lediglich eine rationale Mittelwahl für prinzipiell beliebige Zwecke. Diese Beschränkung auf den Bereich nomologischen Wissens verleiht unter der Hand dem partikularen technischen Erkenntnisinteresse unter theoretischer Liquidierung des emanzipatorischen und praktischen Interesses alleinige und universale Gültigkeit. Das gesellschaftliche Korrelat einer solchen Wissenschaftskonzeption kann aber nur eine durch technokratische Eliten gesteuerte Gesellschaft sein.

2. Indem der Kritische Rationalismus den Bereich sinnvoller Sätze zwar nicht wie der Logische Empirismus auf logische und empirische Sätze einschränkt, also eine Lösung des Sinnproblems (wie es sich für den Logischen Empirismus stellt) gar nicht erst anstrebt, dann aber lediglich die empirischen und logischen Sätze für entscheidbar hält und für Prüfung anderer Arten von Sätzen kein Verfahren angibt, werden die Regeln wissenschaftlichen Vorgehens, Regeln, die weder logischer noch empirischer Natur sind und sein können [4]), selber unbegründbar und müssen dezisionistisch eingeführt werden. Damit aber beruht Rationalität auf einem Entschluß zur Rationalität, der durch prinzipiell kein Argument mehr plausibel gemacht werden kann [5]).

Der Einwand 1 gegen den Kritischen Rationalismus ist nun deshalb nicht ohne Schwierigkeiten plausibel zu machen, weil von Popper und Albert die Intentionen der Kritischen Theorie, nämlich Aufklärung und Emanzipation, ebenfalls vertreten werden. D. h. der Kritische Rationalismus beschränkt zwar wissenschaftliches Wissen auf technisches Verfügungswissen, und insofern ist seine Rationalität „positivistisch halbiert" [6]), andererseits finden sich bei Popper, Albert u. a. Vertretern des Kritischen Rationalismus nicht minder emphatische Beschwörungen von Aufklärung und Emanzipation wie in der Kritischen Theorie — wenn auch nicht unter Berufung auf einen umfassenden Rationalitätsbegriff, sondern unter Berufung auf ein rationalistisches *Glaubensbekenntnis*. Damit aber verliert die Kritik der Kritischen Theorie zwar in keinem Punkt ihre Berechtigung, sie gerät jedoch in Schwierigkeiten hinsichtlich der Plausibilität ihrer Kritik: sie gerät in die Situation desjenigen, der einem anderen gegenüber, der das gleiche zu wollen immer wieder beteuert, schwerste Verdächtigungen ausspricht, nur weil der seinen gleichen Standpunkt nicht für begründbar hält; d. h. die erste Phase des Positivismusstreites kann leicht den Eindruck erwecken, als gebe es in dieser Kontroverse gar keine Streitfrage, es sei vielmehr nur eine Auseinandersetzung von zwei Streitsüchtigen, die nach einem Streitpunkt im eigentlichen Sinne noch suchten. Die in dieser ersten Phase des Positivismusstreites gegen den Kritischen Rationalismus erhobenen Vorwürfe werden daher auch erst völlig plausibel werden angesichts einer Theorie, die 1. Zweckrationalität zum einzigen Bereich möglicher Rationalität erklärt, Austauschbarkeit und Beliebigkeit von Zwecken zu einem zentralen Theorem erhebt, auch nicht durch Rückgriff auf Glaubensbekenntnisse die Wissenschaften wieder dem Ziel der Aufklärung unterwirft, sondern die Brauchbarkeit eines solchen Zieles zudem bestreitet, eine Theorie, die Emanzipation explizit für ein sinnloses und nicht anzustrebendes Ziel hält; 2. die Organisierung der Beherrschung der Gesellschaft nach dem Vorbilde der Naturbeherrschung, also als technische Beherrschung durch sozialkybernetisch versierte Eliten, zu ihrem Prinzip macht; 3. nicht mehr lediglich die Irrationalität der Entscheidung

4) Die Regeln wissenschaftlichen Vorgehens können vielmehr nur als Konstruktionsvorschriften, also durch präskriptive Sätze ausgedrückt werden.
5) So schreibt Popper etwa in seinem Aufsatz „Utopia and Violence": „... my rationalism is not self-contained, but rests on an irrational faith in the attitude of reasonableness. I do not see that we can go beyond this." K. R. Popper, Conjectures and Refutations, London 1963, S. 355—363, 357.
6) Vgl. J. Habermas, „Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus", in: J. Habermas, Zur Logik der Sozialwissenschaften, Frankfurt 1970, S. 39—70.

zur Rationalität behauptet, sondern selbst Irrationalismen (wie z. B. Ideologien) als rational ausgibt. — Eine solche Theorie ist die Systemtheorie Niklas Luhmanns.

2. Die Systemtheorie Luhmanns und der klassische amerikanische Funktionalismus

Luhmann hat in zwei Hinsichten den klassischen funktionalistischen Ansatz Parsons' weiterentwickelt: 1. in *theoretischer* Hinsicht durch eine Radikalisierung, die von einer strukturell-funktionalen zu einer funktional-strukturellen Systemtheorie führt, 2. in *methodischer* Hinsicht durch Transformation des kausalwissenschaftlichen Funktionalismus in einen Äquivalenzfunktionalismus.

1. Parsons' Ansatz ist insofern ein strukturell-funktionaler, als von ihm bestimmte Systemstrukturen jeweils als gegeben vorausgesetzt werden und nur innerhalb eines gegebenen Systems funktionale Analysen, d. h. Analysen unter dem Gesichtspunkt von Bestandserhaltung bzw. -gefährdung durchgeführt werden. Dies führt aber nicht nur zu dem theoretischen Defizit, Systeme und Strukturen nicht selber noch funktionalen Analysen unterziehen zu können, sondern verstrickt die Theorie obendrein in bisher ungelöste Probleme hinsichtlich ihrer empirischen Anwendung: Es müssen nämlich die Bestandsvoraussetzungen eines Systems präzise angegeben werden, auf die funktionale Analysen sich beziehen könnten. Andernfalls könnte die elementare Unterscheidung, die für funktionale Analysen auf Basis eines strukturell-funktionalen Ansatzes geradezu konstitutiv ist, die Unterscheidung von für den Systembestand funktionalen und dysfunktionalen Leistungen, nicht mehr getroffen werden. Die präzise Angabe von Bestandsvoraussetzungen sozialer Systeme ist daher conditio sine qua non funktionaler Analysen. Diese Angabe von Bestandsvoraussetzungen ist bisher jedoch nicht gelungen. Luhmann macht dafür nicht ein theoretisches Unvermögen Parsons' oder seiner Nachfolger geltend, sondern einen Grund, der in der Sache selbst liegt: ein Systembegriff, der in biokybernetischen Forschungen erfolgreich angewandt wird, kann nicht ohne weiteres in den Sozialwissenschaften angewandt werden, denn anders als in der Biokybernetik, die es mit Organismen zu tun hat, ist in den Sozialwissenschaften die Rede von Leben und Tod eines Systems eine Metapher [7]). Für Luhmann gilt daher als unentscheidbar, ob eine alte Gesellschaft noch fortbesteht oder schon eine neue an deren Stelle getreten ist. Dann jedoch ist die Frage nach Bestandsvoraussetzungen prinzipiell unbeantwortbar. In dieser Situation kann der funktionale Ansatz nur noch weiterverfolgt werden, wenn es gelingt, den funktionalen Ansatz von der Beantwortung der Frage nach den Bestandsvoraussetzungen sozialer Systeme abzukoppeln — und genau dies wird von Luhmann versucht: Systeme sollen selber noch funktional als Lösungen eines Problems begriffen werden. Als dieses allerletzte Bezugsproblem führt Luhmann die „Komplexität der Welt" an, womit ein alle menschlichen Potentiale für Erleben und Handeln übersteigender Möglichkeitsspielraum bezeichnet ist [8]). Die spezifische Leistung von Systemen ist dann: „Reduktion von Weltkomplexität", d. h. Einengung des Möglichkeitsspielraumes auf Ausmaße, die (angeblichen) Belastbarkeitsgrenzen der Individuen entsprechen. Problem für Systeme ist daher die Behauptung eines Komplexitätsgefälles, einer Innen/Außen-Differenz zwischen System und Umwelt [9]). Diese Funktionalisierung des Systembegriffes versetzt Luhmann in die Lage, jene Klippe der präzisen Angaben von Bestandsvoraus-

[7]) Vgl. N. Luhmann, Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Bd. 1, Opladen 1970, S. 18 ff.
[8]) Eine Einführung aller Grundbegriffe seiner Systemtheorie findet sich in Luhmanns Aufsatz „Sinn als Grundbegriff der Soziologie", in: J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 25—100.
[9]) Vgl. J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 11.

setzungen zu umgehen; nach dieser Funktionalisierung des Systembegriffs ist das Bestandsproblem seiner zentralen Stellung enthoben, es kann zu einem sekundären Problem der Theorie gemacht werden, ein Problem, von dessen Lösung der „Bestand" der Theorie nicht mehr abhängt.

2. In methodischer Hinsicht zeigt sich ein weiterer gewichtiger Unterschied zwischen dem Ansatz Luhmanns und dem des klassischen Funktionalismus. Hatte dieser Funktionen als „Bewirkung des Bestandes oder einzelner Voraussetzungen des Bestandes eines Aktionssystems" [10]) definiert, so wird ein solcher Funktionsbegriff für Luhmann zum einen schon deshalb unbrauchbar, weil diese Definition den Begriff der Funktion an die Lösung des unlösbaren Bestandsproblems bindet; zum anderen geht es nach Luhmann gar nicht um die Erkenntnis von Kausalrelationen, sondern um die Bereitstellung von funktionalen Äquivalenten. Ohne eine Identität von Intention und Funktion unterstellen zu wollen, soll nun im folgenden der Nachweis erbracht werden, daß Luhmann durch diese doppelte Weiterentwicklung des systemtheoretischen Ansatzes einen Theorieansatz ausgearbeitet hat, der gerade durch diese beiden charakteristischen Weiterentwicklungen unmittelbar auf die Lösung zweier für den Spätkapitalismus konstitutiver Probleme zugeschnitten ist: auf die Lösung von Problemen struktureller Stabilisierung einerseits und auf die Beseitigung bestandskritischer Legitimationsdefizite andererseits [11]).

Die Begründung dieser These scheint zunächst insofern auf Schwierigkeiten zu stoßen, als sie einerseits nur auf Basis einer Vorentscheidung für eine bestimmte Theorie des Spätkapitalismus möglich zu sein scheint, andererseits aber eine unumstrittene Theorie des Spätkapitalismus nicht existiert. Dennoch aber sind die Begründungschancen ungleich günstiger, denn eine Unterscheidung von *explicans* und *explicandum* in diesem Streit zeigt, daß die Entscheidung für eine der konkurrierenden Theorien nicht notwendig ist: Der Streit ist weitgehend kein Streit darüber, was erklärungsbedürftig ist, sondern ein Streit darüber, welche Erklärungen wissenschaftlich akzeptabel sind. Um die obige These aber zu begründen, muß nicht auf eine Erklärung, sondern lediglich auf ein *explicandum* zurückgegriffen werden, über das Konsens besteht. Einigkeit besteht zwischen den konkurrierenden Ansätzen zu einer Theorie des Spätkapitalismus darüber, daß — im Gegensatz zu frühen Phasen der kapitalistischen Entwicklung — der Spätkapitalismus nicht nur durch staatliche Sicherung allgemein rechtlicher und infrastruktureller Voraussetzungen der Kapitalverwertung sowie der Sicherung internationaler Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Wirtschaft gekennzeichnet ist, sondern sich das staatliche Eingreifen bis in den unmittelbar ökonomischen Bereich ausgeweitet hat; der spätkapitalistische Staat ist konfrontiert mit *Problemen struktureller Stabilisierung.* Wenn der spätkapitalistische Staat aber unmittelbar ökonomisch tätig ist, dann kann die Legitimation des spätkapitalistischen Systems nicht mehr durch die frühkapitalistische Ideologie der durch Marktmechanismen sich vollziehenden Selbstregulierung des ökonomischen Systems beschafft werden, die eine staatliche Regulierung des ökonomischen Prozesses gerade ausschließt. D. h. die staatliche Regulierung des Kapitalverwertungsprozesses wirft — und zwar unabhängig davon, ob sie erfolgreich ist oder nicht — *Legitimations-*

10) N. Luhmann, *Soziologische Aufklärung . . .*, S. 18.
11) Um die Struktur der folgenden Argumentation deutlich zu machen: Es soll gewissermaßen der Spieß funktionalen Denkens umgedreht und gegen die Systemtheorie selbst gerichtet werden; es soll gefragt werden, welche Funktionen sie erfüllen kann — allerdings nicht für das Problem der Reduktion von Weltkomplexität, sondern lediglich für die Probleme des Spätkapitalismus —.
Hinsichtlich der Bestimmung der für den Spätkapitalismus konstitutiven Probleme wird zurückgegriffen auf: J. Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973; und: C. Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M. 1972.

probleme auf. Damit lassen sich zwei Grundprobleme angeben, vor denen der Spätkapitalismus steht:

1. *das Problem der strukturellen Stabilisierung;*

2. *das Problem der Legitimationsbeschaffung zwecks Sicherung von Massenloyalität.*

Jetzt ist es möglich, die These, daß die Systemtheorie Luhmanns auf die Lösung für den Spätkapitalismus konstitutiver Probleme zugeschnitten ist, in zwei präzisierte Teilthesen zu zerlegen, die es dann zu belegen gilt: 1. Die Transformation des strukturell-funktionalen in einen funktional-strukturellen Ansatz, in dem die Systeme zu strukturierten Einheiten werden, die Reduktion von Weltkomplexität leisten, kann insofern Legitimationsdefizite beseitigen, als das Theorem von der Notwendigkeit der Reduktion von Weltkomplexität zur Legitimation jeder beliebigen Reduktionsstrategie herangezogen werden kann. In diesem Zusammenhang soll gezeigt werden, daß die Systemtheorie Luhmanns die anthropologischen Prämissen der „Philosophie der Institutionen" Gehlens teilt. Im Gegensatz zu Gehlens konservativem Institutionalismus soll die Systemtheorie Luhmanns jedoch als ein *technokratischer Institutionalismus* erwiesen werden. 2. Die Ersetzung des kausalwissenschaftlichen Funktionalismus durch einen Funktionalismus, dem es um die Suche nach funktionalen Äquivalenten geht, führt zur Entwicklung einer Sozialtechnologie, die auf die strukturellen Stabilisierungsprobleme des Spätkapitalismus zugeschnitten ist.

3. Die Systemtheorie Luhmanns als Institutionalismus

Philosophen wie Descartes, Leibniz, Voltaire, den Philosophen des Deutschen Idealismus bis hin zu Marx — um nur einige zu nennen — verdanken wir den Gedanken der Aufklärung. Kant entwickelte die Idee der Aufklärung als Prinzip der Selbstgesetzgebung der Subjekte; Autonomie wird zum „obersten Prinzip der Sittlichkeit" [12]), auf dessen Basis Kant eine formale Ethik begründet (eine Ethik, die auch nur formal sein kann, da jede materiale Ethik eo ipso Heteronomie bedeutet), deren kategorischer Imperativ lautet: „Handle so, daß du die Menschheit, sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchest" [13]). Die Befolgung dieses Imperativs führt zu jener „Welt vernünftiger Wesen (mundus intelligibilis) als ein Reich der Zwecke . . ., und zwar durch die eigene Gesetzgebung aller Personen als Glieder" [14]). Marx' Grundgedanke ist, daß dieser Selbstgesetzgebung der Subjekte sozioökonomische Barrieren entgegenstehen. Er erkannte, daß alle bisherige Geschichte Naturgeschichte ist, in der die Menschen von ihren eigenen Schöpfungen beherrscht werden, die quasi wie Naturgewalten Macht über die Menschen gewinnen. Marx' Kritik richtet sich deshalb auch nicht gegen das dogmatisch befangene Bewußtsein (wie noch bei Fichte), sondern gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst. Kants Aufklärungsidee wird daher von Marx dahingehend präzisiert, daß es die Naturgeschichtlichkeit aller bisherigen Geschichte zu überwinden gilt. Der kategorische Imperativ Kants wird umformuliert in den „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist . . ." [15]); aus der „Welt vernünftiger Wesen", wird bei Marx die Idee einer klassenlosen Gesellschaft, die Idee einer von den Menschen bewußt gemachten Geschichte.

12) I. Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Kant-Werke, Frankfurt/M. 1968, VII, S. 74.
13) A.a.O., S. 61.
14) A.a.O., S. 72.
15) K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 1, Berlin (DDR) 1972, S. 385.

Zur Skizzierung der Geschichte des Aufklärungsgedankens mögen diese vagen Andeutungen genügen. Deutlich werden soll aus ihnen lediglich, was mit Aufklärung gemeint ist: *Aufklärung* heißt, die Subjekte nur sich selbst, ihrer autonomen Vernunft unterwerfen zu wollen, Aufklärung ist die Idee einer von den Subjekten selbst und bewußt gemachten Geschichte. Auf Basis dieses Begriffs von Aufklärung kann der Begriff der „Gegenaufklärung" geklärt werden: *Gegenaufklärung* bedeutet, die Subjekte anderen Instanzen als ihrer autonomen Vernunft, also heteronomen Instanzen unterwerfen zu wollen. Damit wird eine Präzisierung des Begriffs „Institutionalismus" möglich: *Institutionalismus* soll eine Konzeption heißen, wonach die Subjekte Institutionen als heteronomen Instanzen unterworfen werden sollen. Per definitionem ist damit der Institutionalismus eine gegenaufklärerische Konzeption, denn dieser Begriff von Institutionalismus beinhaltet ja schon, daß die Institutionen Verbindlichkeit nicht aus der autonomen Vernunft der Subjekte, sondern ohne aus deren Selbstgesetzgebung zu stammen, dennoch als verbindlich anerkannt zu werden, beanspruchen. Daß die Systemtheorie in diesem institutionalistisch ist, soll im folgenden gezeigt werden.

3.1. Der systemtheoretische Institutionalismus Luhmanns und der klassische Institutionalismus Gehlens

Es können bei Luhmann zwei anthropologische Prämissen ausgemacht werden:

1. *der Mensch steht einer Welt ungeheurer Komplexität gegenüber;*

2. *diese Komplexität bedarf entlastender Reduktion*

1. Unter Verweis auf Husserls phänomenologische Methode [16]) führt Luhmann als „letztgewissen, elementaren Befund" [17]), ein, daß alles Erleben jeweils eingebettet ist in einen Horizont anderer Möglichkeiten; die Welt, in der der Mensch erlebt und handelt, zeichnet sich durch „Komplexität", d. h. „unheimliche Vielzahl der Möglichkeiten" [18]) aus. Als erster anthropologischer Befund ergibt sich, daß der Mensch in Erleben und Handeln mit einer Welt äußerster Komplexizität konfrontiert ist.

2. Dieses unbegrenzte Möglichkeitspotential wirft jedoch Verarbeitungsprobleme auf, da die menschlichen Potentiale für Erleben und Handeln begrenzt sind. Es bedarf daher der entlastenden Reduktion von Weltkomplexität [19]). „Komplexität heißt also praktisch Selektionszwang" [20]). Das beschränkte menschliche Handlungs- und Erlebnispotential erfordert eine Reduktion der Komplexität, durch die die Vielzahl der Möglichkeiten auf ein Maß reduziert wird, das den menschlichen Potentialen angemessen ist; Weltkomplexität muß soweit reduziert werden, daß sie überhaupt ertragen werden kann. Als zweite anthropologische Prämisse ergibt sich also die Notwendigkeit der Reduktion von Weltkomplexität. Mit diesen beiden Prämissen zeichnet sich bei Luhmann eine ganz bestimmte Form des menschlichen Erlebens und Handelns ab: einerseits wird Erleben und Handeln immer selektiv sein und aus der Überfülle des Möglichen auswählen müssen, andererseits geht durch diese Reduktion der Rest der Welt nicht definitiv verloren, sondern bleibt im Status der Potentialität erhalten. Diese Form menschlichen Erlebens und Handelns nennt Luhmann „Sinn" [21]). Sinn ist danach „eine

16) Vgl. J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 31.
17) Ebd.
18) N. Luhmann, Soziologische Aufklärung . . ., S. 72 f.
19) Vgl. J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 32; N. Luhmann, Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung, Opladen 1971, S. 44; N. Luhmann, Soziologische Aufklärung . . ., S. 73.
20) J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 33.
21) „Unausweichlich bleibt . . . das Problem, die Aktualität des Erlebens mit der Transzendenz seiner anderen Möglichkeiten zu integrieren, und unausweichlich auch die Form der Erlebnisverarbeitung, die dies leistet. Sie nennen wir Sinn. Es gibt demnach, diesen Sprachgebrauch unterstellt, kein sinnloses Erleben." J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 31 f.

bestimmte Strategie des selektiven Verhaltens unter der Bedingung hoher Komplexität" [22]).

Damit aber hat sich Luhmann bereits auf die Basis der anthropologischen Prämisse, der „Philosophie der Institutionen" Gehlens gestellt [23]). Macht Luhmann für die Komplexität der Welt „organische Grundlagen" [24]) geltend, ohne diese aber explizit anzugeben, so liefert Gehlen genau diese Explikation. Die morphologisch-biologische Untersuchung des Menschen führt bei ihm zu dem Ergebnis, daß der Mensch im morphologischen Sinne als ein Mängelwesen bezeichnet werden muß: er ist instinktlos, nicht spezialisiert, keiner Umwelt angepaßt, auf kein spezifisches Milieu zugeschnitten, kurz: er ist „weltoffen" [25]). Gehlen stellt eine „unendliche Variabilität der Handlungen" [26]) fest und nennt sie „Weltoffenheit"; Weltoffenheit bezeichnet damit genau das, was Luhmann „Komplexität" nennt, die „unheimliche Vielzahl der Möglichkeiten" [27]).

Wie die Komplexität bei Luhmann Verarbeitungsprobleme aufwirft, so auch die Weltoffenheit bei Gehlen; auch sie übersteigt die Belastbarkeitsgrenzen des Menschen, für den Weltoffenheit Orientierungslosigkeit bedeutet. „Entlastung" wird daher zu seinem zentralen Problem, „Entlastung erweist sich als eine wesentliche Kategorie der Anthropologie" [28]). Gehlen steht mit Luhmann vor dem gleichen Grundproblem: Kann der Mensch mit der Überfülle des Möglichen fertig werden? Wie Luhmann verneint auch Gehlen diese Frage und führt an dieser Stelle, wo Luhmann die Notwendigkeit der Reduktion von Komplexität anführt, sein Entlastungsprinzip ein [29]).

Die anthropologischen Prämissen Luhmanns und Gehlens haben sich damit als identisch erwiesen. Wenn aber für Gehlen wie auch für Luhmann gesichert ist, daß 1. der Mensch einer Welt äußerster Komplexität gegenübersteht bzw. ein weltoffenes Wesen ist und 2. Weltkomplexität reduziert bzw. der Mensch von einer Weltoffenheit entlastet werden muß, dann ergibt sich für beide das *anthropologische Grundproblem,* wie Reduktion bzw. Entlastung geleistet werden kann. Luhmann sieht dieses Grundproblem durch Systeme, Gehlen durch Institutionen gelöst. Die zentrale Leistung von Systemen ist Reduktion der Weltkomplexität auf Ausmaße, die von den Individuen ertragen werden können; Systeme erbringen Reduktionsleistungen, die „über die Fassungskraft des Einzelbewußtseins hinausgehen", und das Einzelbewußtsein „wird insoweit von Verantwortung entlastet" [30]). Institutionen sind es, die bei Gehlen die Leistungen erbringen, die Luhmann durch Systeme erbracht sieht. Angesichts des „naiven und tiefen Bedürfnisses der Menschen nach Stabilität der Welt" [31]) wird die Weltoffenheit zu einer Bedrohung, die nur durch Institutionen als „stereotypisierten und stabilisierten

22) J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 161.
23) Vgl. dazu die Ausführungen von Habermas in: J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 156 f.; vgl. G. Schmid, „Niklas Luhmanns funktional-strukturelle Systemtheorie: eine wissenschaftliche Revolution?", in: „Politische Vierteljahresschrift", 11/1970, S. 186—218, bes. S. 208 ff. — Luhmann selbst bestreitet eine Parallelität seiner anthropologischen Grundannahmen zu denen Gehlens nicht, weist jedoch auf den unterschiedlichen Kontext der Annahmen hin (vgl. J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 308, Anm. 29). Der unterschiedliche Kontext — bei Luhmann die Systemtheorie, bei Gehlen die Anthropologie — ist in diesem Zusammenhang jedoch irrelevant, denn es soll lediglich gezeigt werden, daß beider Grundannahmen (und das ist unabhängig vom Kontext) institutionalistisch sind.
24) J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 31.
25) A. Gehlen, Der Mensch — Seine Natur und seine Stellung in der Welt, Frankfurt/M. 1971, S. 35; vgl. auch S. 16. — Der Begriff der „Weltoffenheit" ist von Scheler übernommen.
26) A. Gehlen, Urmensch und Spätkultur, Frankfurt/M. 1964, S. 23.
27) N. Luhmann, Soziologische Aufklärung . . ., S. 73.
28) A. Gehlen, Der Mensch . . ., S. 62.
29) So schreibt Gehlen etwa: „Das ist, könnte man sagen, unser Lebensgesetz: Verengung der Möglichkeiten, aber gemeinsamer Halt und gemeinsame Abstützung; Entlastung zu beweglicher Freiheit, aber innerhalb begrenzter Gefüge." Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik, Frankfurt/M. 1969, S. 96.
30) J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 83.
31) A. Gehlen, Urmensch und Spätkultur . . ., S. 68.

Gewohnheiten" [32]) entschärft werden kann. An die Stelle des instinktiven Handelns der Tiere in ihrer jeweiligen biologischen Umwelt tritt beim Menschen das „quasi-instinktive" [33]) Handeln in einer kulturellen Umwelt. Insgesamt liefern Institutionen derart „die wohltuende Fraglosigkeit in den Elementardaten, eine lebenswichtige Entlastung" [34]).

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß Gehlens Konzeption gegenaufklärerisch ist. Zentrale Argumentationsstellen Gehlens (die ich hier, da sie weitgehend bekannt sind, nicht im einzelnen referieren will) — Entfremdung als Vorbedingung von Freiheit [35]), Freiheit als freiwillige Unfreiheit [36]), fragloses Akzeptieren der Geltungsansprüche von Institutionen [37]), exzessiver Antiintellektualismus [38]), Aufklärung als destruktive Kritik [39]) — weisen Gehlen eindeutig als Vertreter einer institutionalistischen Gegenaufklärung aus.

Daß Gehlen eine institutionalistische Gegenaufklärung vertritt, würde er vermutlich nicht einmal selbst bestreiten; daß aber auch Luhmann Vertreter einer institutionalistischen Gegenaufklärung ist, ist kontrovers. Die Entscheidung darüber läßt sich durch die Beantwortung der Frage herbeiführen, wer eigentlich das Subjet jener Reduktionsstrategie ist, die Luhmann Sinn nennt; d. h. es muß geprüft werden, ob Luhmann Systeme als für die Subjekte heteronome Instanzen konzipiert oder nicht ob die Reduktion auf Basis autonomer Vernunft erfolgen oder ob für Reduktion von Weltkomplexität andere Kriterien gelten.

Daß bei Luhmann die Reduktionsleistung *nicht* Leistungen autonomer Subjekte sind, zeigt sich an Luhmanns Theorem der Notwendigkeit latenter Funktionen. Latenz meint dabei *„... nicht nur die reine Faktizität des Außerachtlassens, sondern besagt, daß menschliches Handeln sich Teilaspekte seiner sozialen Wirklichkeit verdecken müsse, um Orientierbarkeit und Motivierbarkeit nicht zu verlieren ... ein notwendiger Selbstschutz personaler und sozialer Handlungssysteme, ohne den sie nicht in der Lage wären, ihre eigene Identität und ihre integrierende Struktur in einer höchst komplexen Umwelt konstant zu halten ...*[40]).

Alle bisherige Aufklärung kann als der Versuch angesehen werden, solche Latenz zu „entzaubern". Wenn aber „die Latenz der Grundprobleme die Funktion hat, die Strukturentscheidung selbst gegen Einsicht und Variation zu schützen" [41]), und diese Latenz für die Aufrechterhaltung reduktiver Strukturen notwendig ist, dann wird eine solche Aufklärung, die die Latenz aufdecken will, gefährlich. Für die Wissenschaft ergibt sich daher nach Luhmann die Pflicht, nicht unbekümmert um latente Funktionen Aufklärung voranzutreiben. Die Wissenschaft, die ebenfalls Reduktion von Weltkomplexität zu leisten hat, darf die Latenz nur dann ins Bewußtsein heben, wenn die latenten Funktionen ersetzt werden können [42]).

Seit je hat sich Aufklärung die Aufdeckung von Latenz zum Programm gemacht, denn Latenz bezeichnet gerade jene undurchschaute Irrationalität, die durch Vernunft ersetzt werden soll; Latenz bezeichnet einen naturgeschichtlichen Zustand, in dem sich das Handeln selbst nicht durchschaut und ideologisch befangen ist.

32) A.a.O., S. 22.
33) A. Gehlen, Der Mensch . . ., S. 79.
34) A. Gehlen, Moral und Hypermoral . . ., S. 98.
35) Vgl. A. Gehlen, Über die Geburt der Freiheit aus Entfremdung: Studien zur Anthropologie und Soziologie, Neuwied 1963, S. 232—246.
36) Vgl. Gehlen, Die Theorie der Willensfreiheit: Die Theorie der Willensfreiheit und frühe philosophische Schriften, Neuwied 1965, S. 54—238, bes. 204.
37) Vgl. A. Gehlen, Über die Geburt . . ., S. 245.
38) Vgl. A. Gehlen, Moral und Hypermoral . . ., S. 88, 92, 129, 152.
39) Vgl. a.a.O., S. 102.
40) N. Luhmann, Soziologische Aufklärung . . ., S. 69.
41) A.a.O., S. 41.
42) Vgl. a.a.O., S. 70.

Die Grenze von Vernunft und Unvernunft liegt daher zwischen dem Durchschauten und dem Verborgenen, der Latenz. Latenz kann danach niemals als rational gelten, denn Vernunft heißt gerade Autonomie der Subjekte (Kant), bzw. von den Menschen bewußt gemachte Geschichte (Marx). Anders Luhmann. Er führt einen Begriff von Rationalität ein, der mit Latenz durchaus vereinbar. Die Strategie, alle Begriffe zu funktionalisieren, führt Luhmann dazu, auch den Rationalitätsbegriff funktional einzuführen. Rationalität soll demnach auf das von Systemen zu lösende Grundproblem, die Reduktion von Weltkomplexität bezogen werden: Rationalität wird zur *Systemrationalität*. Als rational gilt ihm daher alles, was zur Erhaltung reduktiver Strukturen beiträgt.

„Rationalität in diesem Sinne ist mithin eine Systemkategorie. Sie bezieht sich nicht auf inhaltlich vorgezeichnete Werte oder Wirkungen des Handelns, sondern auf Erhaltung einer relativ einfachen, begrenzten und dadurch dem menschlichen Erlebnispotential angepaßten Systemordnung in einer überkomplexen Welt" [43]). Luhmann würde sich gegen die Identifikation seiner „funktionalen Vernunft" mit „instrumenteller Vernunft" sicherlich wehren, da er das dem instrumentellen Denken zugrundeliegende Zweck/Mittel-Schema bereits als Resultat funktionaler Rationalität ansieht [44]). Einen wesentlichen Punkt teilen jedoch die Konzeptionen instrumenteller und funktionaler Rationalität: beide sind indifferent gegenüber dem Problem vernünftigen Handelns. Instrumentelle Rationalität beurteilt Handlungen unter der Perspektive zu bewirkender Zwecke und läßt Kritik nur als Effizienzkritik in der Zweck/Mittel-Dimension zu; die funktionale Rationalität beurteilt Handlungen nur unter der Perspektive zu lösender Systemprobleme und läßt Kritik daher nur in der Problem/Lösungs-Dimension zu. Daß seine Rationalitätskonzeption gegenüber dem Problem vernünftigen Handelns indifferent ist, sieht Luhmann genau und vertritt explizit diese Konsequenz: „In einer solchen Konzeption gibt es keine absoluten Kriterien der Richtigkeit oder der Rationalität des Handelns" [45]).

Für das Problem latenter und manifester Funktionen bedeutet dies, daß für Luhmann die latenten Funktionen und Strukturen als rational gelten müssen, lösen doch auch sie Systemprobleme:

„Wir haben Systemrationalität als problemgebundene, funktionale Rationalität aufgefaßt. Funktionen können aber sowohl manifeste als auch latente Beziehungen sein; sie können in zweckbewußter sozialer Kooperation, aber auch durch Handlungsfolgen erfüllt werden, die nicht beabsichtigt oder doch nicht zum ausdrücklichen Thema sozialer Verständigung gemacht werden können. Diese Einsicht . . . darf weder übergangen werden, noch darf die Differenz von manifest und latent als Grenze der Rationalisierung verstanden werden. Auch latente Beziehungen müssen, selbst wenn sie nicht motivfähig oder nicht darstellbar sind, als rational gelten, wenn sie dazu dienen, Systemprobleme zu lösen. Diese These ist schon deshalb zwingend, weil manifest bzw. latent wirkende Beiträge zur Problemlösung funktional äquivalent sind, also gegeneinander ausgewechselt werden können" [46]).

So gelten Luhmann auch die latenten Strukturen als rational, da auch sie verhindern, daß den einzelnen Individuen Reduktionsleistungen aufgebürdet werden, die diese nicht zu erbringen fähig sind.

---

43) N. Luhmann, Theorie der Verwaltungswissenschaften. Bestandsaufnahme und Entwurf, Köln 1966, S. 92.
44) N. Luhmann, Zweckbegriff und Systemrationalität. Über die Funktion von Zwecken in sozialen Systemen, Tübingen 1968, S. 123—138.
45) N. Luhmann, Politische Planung . . ., S. 74.
46) N. Luhmann, Theorie der Verwaltungswissenschaften . . ., S. 97 f.

Folgerichtig wendet sich Luhmann gegen Emanzipation als erkenntnis- und handlungsleitendes Interesse, denn Emanzipation bedeutet genau jene Überforderung, vor der die Individuen durch Systeme geschützt werden müssen. Gegen Emanzipation macht Luhmann geltend: „Aber Emanzipation kann schrecklich werden, die Möglichkeiten bleiben zu unbestimmt" [47].

Damit ergibt sich ein wichtiges Resultat: Luhmann und Gehlen lösen das anthropologische Grundproblem, vor das sie durch die gleichen anthropologischen Prämissen gestellt werden, gleichartig: *durch für die Subjekte heteronome Instanzen müssen Möglichkeiten ausgeschlossen werden.* Die obigen Ausführungen belegen eindeutig die These, daß bei Luhmann nicht die Subjekte sich die Systeme unterwerfen und auf Basis autonomer Vernunft Weltkomplexität reduzieren, sondern die Subjekte den Systemen unterworfen werden. Daß die Subjekte selbst die Reduktionsleistungen der Systeme übernehmen, bedeutet für Luhmann gerade diejenige Überforderung, die durch Systembildung beseitigt werden soll. Sind aber die Leistungen, die Luhmann durch Systeme erbracht sieht, identisch mit denen, die bei Gehlen durch Institutionen erbracht werden, und sind sowohl Institutionen als auch Systeme für die Subjekte heteronome Instanzen, dann ist auch die Systemtheorie Luhmanns ein *Institutionalismus.*

3.2. Konservativer und technokratischer Institutionalismus

In zwei Hinsichten zeigen sich bedeutende Unterschiede zwischen dem Institutionalismus Luhmanns und dem Gehlens:

1. Zwar wenden sich Luhmann und Gehlen gleichermaßen gegen Versuche, die Geltungsansprüche von Institutionen der Vernunft als richtender Instanz zu unterwerfen, während aber Gehlen meint, Rationalität müsse vor den Geltungsansprüchen von Institutionen haltmachen, führt Luhmann einen Begriff von Rationalität ein, der zu behaupten erlaubt, daß dieses Haltmachen vor unbewußten Bindungen (latenten Strukturen) selber noch rational sei. Luhmann greift Aufklärung gleichsam von hinten her an, indem er einen Begriff von Vernunft einführt, der genau das nicht mehr zuläßt, was Vernunft leisten soll, nämlich Geltungsansprüche zu kritisieren und zu begründen. Auf Basis eines derart umfunktionierten Rationalitätsbegriffs wird es Luhmann dann möglich, selbst im Namen von Rationalität zu argumentieren.

2. Hinter Gehlens „Ethos der Institutionen" steckt die Konzeption eines Eigenwertes der Institutionen als Institutionen. Diese Konzeption bringt Gehlen zwar den argumentativen Vorteil ein, gegen Aufklärung bereits ein moralisches Verdikt aussprechen zu können, andererseits muß Gehlen dafür einen hohen Preis zahlen: Wenn Institutionen einen Eigenwert haben, dann werden sie auch unantastbar im Sinne einer rechtzeitigen Anpassung an sich ändernde Bedingungen (etwa der Kapitalverwertung). Gehlen gerät daher in das Dilemma, daß seine Konzeption von Institutionalismus selbst zu dem Institutionenzerfall führt, den sie verhindern will. Da sich auf Basis seiner Konzeption eine solche Anpassung von Institutionen als Verfall darstellen muß, wird für Gehlen ein Kulturpessimismus unausweichlich. (In Gehlens Schriften wird dieser Zusammenhang daran deutlich, daß er seine eigenen Überlegungen mit dem typisch kulturpessimistischen Terminus „unzeitgemäß" [48]) bezeichnet.) Anders Luhmann. Für ihn ist klar, daß gerade im Interesse von Systemstabilität laufend Strukturänderungen notwendig sind. Solche Strukturänderungen werden im Rahmen politischer Planung bewältigt. Insbesondere ist auch eine Ideologieplanung erforderlich, und Luhmann

[47] N. Luhmann, Soziologische Aufklärung . . ., S. 257.
[48] A. Gehlen, Moral und Hypermoral . . ., S. 116.

fordert die Ideologieplaner auf, „sich von dem Gefühl einer kognitiven und ethischen Minderwertigkeit zu befreien" [49]) denn „Ideologien sind ... nichts Irrationales, Gefühlsmäßiges, auch wenn sie manchmal so aufgezogen sind" [50]), tragen doch auch und gerade Ideologien zur Reduktion von Weltkomplexität bei. Daß diese politische Planung einer sozialtechnisch versierten Elite zufällt, ist schon deshalb erforderlich, weil der Erfolg solcher Planung, jedenfalls soweit latente Funktionen relevant werden, davon abhängt, daß die planungsrelevanten latenten Funktionen nicht allen, sondern nur den Planern selbst bekannt sind. Was derart für politische Planung im allgemeinen gilt, das gilt für die ideologische erst recht. Wenn Ideologie „künstliches Abschneiden anderer Möglichkeiten" [51]) ist, dann hängt deren Wirksamkeit ja gerade davon ab, daß die anderen Möglichkeiten nicht gesehen und die Künstlichkeit des Abschneidens nicht durchschaut wird.

Um diese Unterschiede zwischen dem Institutionalismus Gehlens und dem Luhmanns deutlich zu machen, könnte man den Institutionalismus Gehlens einen konservativen und den Luhmanns einen *technokratischen Institutionalismus* nennen. Dieser technokratische Institutionalismus Luhmanns erweist sich gegenüber dem konservativen Institutionalismus Gehlens als in doppelter Weise überlegen: erstens weil auf Basis von Luhmanns Systhemtheorie im Gegensatz zu Gehlens Philosophie der Institutionen eine Sozialtechnologie möglich ist und zweitens, weil Luhmann einen Eigenwert nicht jeder Institution schon als Institution zuspricht, sondern den Eigenwert auf höherer Ebene einführt: Wertvoll und notwendig ist lediglich die Reduktion von Komplexität, die Institutionen bzw. Systeme, die diese Reduktion leisten, sind dagegen durchaus veränderbar.

Mit diesem Theorem der Notwendigkeit einer Reduktion von Weltkomplexität ist die Systemtheorie in die Lage versetzt, eine geradezu einzigartige ideologische Funktion zu übernehmen: sie kann zur Rechtfertigung eines jeden beliebigen Systems herangezogen werden. Gegenüber Ideologien klassischen Stils hätte sie den ungeheuren Vorteil, nicht mehr nur spezifische Reduktionsstrategien zu legitimieren, sondern generell jede, und zwar einfach schon dadurch, daß sie überhaupt eine Reduktionsstrategie ist. *Der Luhmannsche Ansatz stellt ein Schema dar, in das jede beliebige Reduktionsstrategie nur eingesetzt zu werden braucht, um unmittelbar gerechtfertigt zu sein.*

Daß die Systemtheorie eine derartige ideologische Funktion übernehmen kann, beruht auf zwei sachlichen Fehlern Luhmanns:

1. dem Fehler, Systeme als Lösungen des Problems der Weltkomplexität anzusetzen, obwohl die Weltkomplexität allenfalls Problem für ein schon bestehendes System sein kann; d. h. Systeme erscheinen als Lösungen eines Problems, das erst durch Systeme selbst geschaffen wird. Man kann zeigen, daß die Grundbegriffe Luhmanns, nämlich „System" und „Komplexität" tautologisch eingeführt sind. Diesen Nachweis hat Habermas geführt [52]).

2. dem Fehler, mit diesen tautologisch eingeführten Begriffen ein Grundproblem, nämlich das der Reduktion von Weltkomplexität, zu konstruieren und auf die Lösung dieses Grundproblems dann auch noch den Rationalitätsbegriff zu beziehen. Derart wird Vernunft dann zu Systemrationalität, die Geltungsfragen schon nicht mehr zuläßt.

[49]) N. Luhmann, Soziologische Aufklärung . . ., S. 64.
[50]) A.a.O., S. 59.
[51]) A.a.O., S. 60.
[52]) Vgl. J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 153 ff.

Pahl-Rugenstein Verlag

5 Köln 51 · Vorgebirgstraße 115 · Telefon 362501

Betrifft: Buchbestellung

Abonnenten unserer Zeitschriften können nachfolgend aufgeführte Bücher beziehen, und zwar gegen Vorüberweisung des Kaufbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummern** sowie die **Anzahl** der Exemplare.
Die Lieferung der Bücher erfolgt **porto- und verpackungsfrei.**

Beispiel:

Bestell-Nr.	Anzahl	Preis
8	1	12,80
13 a+b	je 2	168,—
91	10	30,—

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis
1	*Abendroth u. a.:* Sozialdemokratie und Sozialismus. Bebel und die Sozialdemokratie heute, 284 S.	12,80 DM
2	*Badstübner/Thomas,* Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–55, 512 S.	9,80 DM
3	*Balzer,* Klassengegensätze in der Kirche, 2. Auflage, 296 S.	14,80 DM
4	*Beyer,* Zwischen Phänomenologie und Logik. Hegel als Redakteur der Bamberger Zeitung, 350 S.	19,80 DM
5	BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, 442 S.	12,80 DM
6	*Breuer,* Sozialismus in Kuba, 292 S.	14,80 DM
7	*Čagin,* Der subjektive Faktor, 257 S.	12,80 DM
8	*Casanova/Metzger/Prévost,* Intellektuelle und Klassenkämpfe, 127 S.	12,80 DM
9	Chile. Ein Schwarzbuch, 228 S.	12,80 DM
10	*Czichon,* Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 105 S.	9,80 DM
11	*Däubler,* Gesellschaftliche Interessen und Arbeitsrecht, 57 S.	9,80 DM
12	*Deppe,* Das Bewußtsein der Arbeiter, 359 S.	12,80 DM
	Deutschland im zweiten Weltkrieg, 4 Bände Je 650 S. Ln. mit Schutzumschlag, Großformat, je Band 42,– DM	
13a	Bd. 1: 1939–1941.	42,— DM
13b	Bd. 2: Juni 1941–November 1942.	42,— DM
14	*Doernberg/Galtung u. a. (Hrsg.),* Probleme des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit. Beiträge aus Ost- und Westeuropa, 355 S.	17,80 DM
15	*Elsner,* Die EWG – Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften, 208 S.	9,80 DM
16	*Engelberg (Hrsg.),* Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, 356 S.	38,— DM
17	*Engelhardt/Heise,* Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus, 304 S.	19,80 DM
18	*Foltin/Würzberg,* Arbeitswelt im Fernsehen. Programmanalyse, 126 S.	12,80 DM
19	*Freyberg/Fülberth u. a.,* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, 456 S.	9,80 DM
20	*Freyberg,* Sozialdemokraten und Kommunisten. Problem der Aktionseinheit 1934–1937, 186 S.	14,80 DM
21	*Granow u. a.,* Die gegenwärtige Sozialdemokratie. Neue sowjetische Analysen, 125 S.	9,80 DM
22	Das Grundgesetz. Verfassungsentwicklung und demokratische Bewegung in der BRD, 145 S.	14,80 DM

bitte wenden

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis
23	*Hahn,* Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie, 348 S.	14,80 DM
24	*Halfmann (Hrsg.),* Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, 239 S.	9,80 DM
25	*Hanstein,* Hand- und Kopfarbeit in der materiellen Produktion, 238 S.	14,80 DM
26	*Haug,* Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital", 196 S.	12,80 DM
27	*Hervé,* Studentinnen in der BRD, 206 S.	12,80 DM
28	*Hörz,* Marxistische Philosophie und Naturwissenschaft, 682 S.	25,— DM
29	*Hofschen/Ott,* SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie, 182 S.	12,80 DM
30	*Kedrow,* Klassifizierung der Wissenschaften. 2 Bände, Band 1 509 S.	17,80 DM
31	*Kempe,* SPD und Bundeswehr, 279 S.	12,80 DM
32	*Kievenheim/Leisewitz (Hrsg.),* Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, 384 S.	14,80 DM
33	*Kramer,* Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft, 279 S.	14,80 DM
34	Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Handbuch, StA., 566 S.	19,80 DM
35	*Krysmanski/Marwedel (Hrsg.),* Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader, 294 S.	12,80 DM
36	*Kuczynski,* Wissenschaft und Gesellschaft, 220 S.	14,80 DM
37	*Kuczynski,* Wissenschaft Heute und Morgen, 160 S.	12,80 DM
38	*Kühnl,* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 317 Dok. und 13 Abb., 512 S.	9,80 DM
39	*Maase,* Leseinteressen der Arbeiter in der BRD, 125 S.	12,80 DM
40	*Matthiessen,* Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus, 216 S.	9,80 DM
41	Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt. Sammelband, 396 S.	14,80 DM
42	*Meyer,* Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921–1923, Typoskript, 557 S.	40,— DM
43	Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen, 282 S.	10,— DM
44	*Nedbailo,* Einführung in die marxistische Rechts- und Staatstheorie, 150 S.	9,80 DM
45	*Opitz,* Der deutsche Sozialliberalismus 1919–1933, 304 S.	14,80 DM
46	*Oppolzer,* Entfremdung und Industriearbeit. Die Kategorie der Entfremdung im Denken von Karl Marx, 303 S.	19,80 DM
47	*Pätzoldt,* Ausländerstudium in der BRD, 190 S.	14,80 DM
48	*Parygin,* Grundlagen der sozialpsychologischen Theorie, 320 S. Ln.	17,80 DM
49	*Peter,* Literarische Intelligenz und Klassenkampf. Die „Aktion" 1911–1932, 221 S.	17,80 DM
50	*Priester,* Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, 336 S.	14,80 DM
51	*Quiniou,* Marxismus und Informatik, 160 S.	12,80 DM
52	*Räuschel,* Die BASF. Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns, 264 S.	9,80 DM
53	*Rupp,* Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, 331 S.	22,80 DM
54	*Schleier,* Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung in der Weimarer Republik, 594 S.	38,— DM
55	*Schuon,* Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik, 264 S.	12,80 DM
56	*Schwamborn,* Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, 2. überarbeitete Auflage, 166 S.	9,80 DM
57	*Semjenow,* Kapitalismus und Klassen. Zur Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, 379 S.	19,80 DM
58	*Sorg,* Marxismus und Protestantismus in Deutschland. Zur Marxismus-Rezeption in der evangelischen Kirche 1848–1948, 237 S.	14,80 DM
59	*Stiehler,* Gesellschaft und Geschichte. Grundlagen und Triebkräfte des historischen Fortschritts, 308 S.	19,80 DM
60	*Streisand,* Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, 3. Auflage, 484 S.	9,80 DM
61	*Stuby/Mayer,* Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, 338 S.	14,80 DM
62	*Suchodolski,* Einführung in die marxistische Erziehungstheorie, 562 S.	12,80 DM
63	*Tjaden-Steinhauer,* Das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter. Umrisse einer theoretischen Bestimmung, 184 S.	12,80 DM
64	*Tuchscheerer,* Bevor „Das Kapital" entstand. Die Entwicklungsgeschichte der ökonomischen Theorie von Karl Marx, 500 S.	19,80 DM
65	*Tumanow,* Kritik der bürgerlichen Rechtsideologie, 352 S. Ln.	17,80 DM
66	*Vilar,* Die spanische Opposition, 391 S.	20,— DM

Auf Basis dieser beiden sachlichen Fehler kommt Luhmann zu einer Theorie, die zur Lösung der Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus durchaus herangezogen werden kann. An die Stelle der unbrauchbar gewordenen klassischen Ideologie könnte das Theorem der Notwendigkeit der Komplexitätsreduktion treten, und dieses Theorem hätte als massenwirksame Ideologie den unschätzbaren Vorteil, daß gerade dessen Abstraktion von spezifischen Reduktionsstrategien die Legitimation jeder beliebigen möglich macht.

4. Die äquivalenzfunktionale Methode

Außer durch Funktionalisierung des Systembegriffs setzt sich Luhmann vom klassischen Funktionalismus durch Transformation des kausalwissenschaftlichen Funktionalismus in einen Äquivalenzfunktionalismus ab: kausale Erklärung soll ersetzt werden durch die Suche nach funktionalen Äquivalenten.

4.1. Äquivalenzfunktionale Untersuchungen

Ziel der äquivalenzfunktionalen Analysen ist Bereitstellung von Alternativen (1), die für die Lösung von Stabilisierungsproblemen sozialer Systeme herangezogen werden können (2).

1. Die Suche nach Alternativen ist eine Abwendung vom kausalen Denken. Von diesem wendet sich Luhmann ab, weil monokausale Erklärungen so gut wie nie möglich sind; schon die trivialsten sozialwissenschaftlichen Forschungen zeigen, daß in der Regel keine eindeutige Abbildung von Ursachen und Wirkungen möglich ist: eine Ursache hat mehr als eine Wirkung bzw. eine Wirkung kann durch mehr als eine Ursache hervorgerufen werden. Ist aber derart die Durchschnittsmenge aller Mengen der von bestimmten Ursachen jeweils hervorgerufenen Wirkungen nicht leer, dann kann man sich zwar weiterhin die Erkenntnis von Kausalrelationen zum Ziele machen, man kann aber auch die Erkenntnis von Ursachen unter dem Gesichtspunkt ihrer Austauschbarkeit für das Hervorbringen bestimmter Wirkungen zum Ziele erklären. Auch bei diesem Erkenntnisziel sind Kausalrelationen conditio sine qua non für das Erreichen des Erkenntniszieles, sie sind aber nicht das Erkenntnisziel selbst [53]; dieses ist vielmehr die Austauschbarkeit von Kausalrelationen.

Die Austauschbarkeit von Kausalrelationen kann sich allerdings erst unter einem Gesichtspunkt zeigen. Diesen Gesichtspunkt nennt Luhmann „Funktion", „Bezugsproblem" oder auch einfach „Problem". Die Funktion ist damit ein „regulatives Sinnschema, das einen Vergleichsbereich äquivalenter Leistungen organisiert" [54]. Funktionen in diesem Sinne können bestimmte Ursachen oder bestimmte Wirkungen sein [55]. Wird mit Funktion jener Gesichtspunkt bezeichnet, unter dem eine Austauschbarkeit sich zeigt, so bezeichnet Luhmann die Elemente der unter einem bestimmten Bezugsproblem sich ergebenden Klasse austauschbarer Möglichkeiten als „funktionale Äquivalente".

2. Damit ist klar, daß es um das Aufsuchen funktionaler Äquivalente geht; unklar ist jedoch, woher die Funktionen, unter denen sie sich erst als funktional äquivalent ergeben, genommen werden sollen. Luhmann beantwortet diese Frage dahingehend, daß zu lösende Systemprobleme als Bezugsprobleme funktionaler Analysen eingesetzt werden [56].

53) Vgl. N. Luhmann, Soziologische Aufklärung . . ., S. 16 f.
54) A.a.O., S. 14.
55) Vgl. a.a.O., S. 17.
56) Vgl. a.a.O., S. 39.

Daß es überhaupt solche Stabilisierungsprobleme gibt, liegt nach Luhmann daran, daß Systeme das Grundproblem der Erhaltung einer begrenzten Komplexität in einer überaus komplexen Welt nicht definitiv lösen können, sondern lediglich zu verschieben vermögen. Luhmann nimmt ein „Gesetz von der Erhaltung der Problemmenge" [57]) an.

„Erreichbar ist danach nur eine Umdefinition, Eingrenzung und Verteilung der Problematik, die solange kleingearbeitet werden muß, bis sie die Form von Verhaltenslasten annimmt, die bewältigt werden können [58]).

Lösungen bestimmter Systemprobleme rufen demnach neue Probleme hervor. Problemlösungen haben nicht nur günstige Folgen, sie gefährden in der Regel andere; Problemlösungen zeigen funktionale und dysfunktionale Folgen. Dies resultiert daraus, daß Systeme „nicht nur eine, sondern verschiedene, zueinander widerspruchsvolle Funktionen erfüllen müssen, wenn sie überleben wollen" [59]).

Systeme „müssen damit rechnen, daß jede Leistung für eine Funktion anderen Funktionen schadet, und müssen daher, wenn sie Strukturentscheidungen treffen, die bestimmte Funktionen bevorzugen, zugunsten der benachteiligten Notwendigkeiten Ausgleichseinrichtungen schaffen, Folgeprobleme lösen, kompensatorische Leistungen bereitstellen" [60]).

Jetzt wird deutlich, warum Luhmann sich die Suche nach funktionalen Äquivalenten zum Erkenntnisziel machen muß: Wenn Stabilisierungsprobleme zum Leitfaden gemacht werden sollen und Lösungen von bestimmten Systemproblemen dysfunktionale Folgen hervorrufen können, dann kommt es darauf an, Bündel von Lösungsstrategien zur Verfügung zu haben, aus denen dann unter Berücksichtigung der jeweiligen dysfunktionalen Folgen diejenige ausgewählt wird, die die wenigsten dysfunktionalen Folgen hervorruft bzw. deren dysfunktionale Folgen am ehesten kompensiert werden können. Nicht jede Lösung, die zunächst unter einem Bezugsproblem sich ergibt, ist brauchbar [61]). Die äquivalenzfunktionalen Analysen geben also austauschbare strategische Konzepte an die Hand; ihr Erkenntnisziel ist die „Kontrolle über Alternativen: zunächst die theoretische Kontrolle und dann, im Rahmen des Möglichen die praktische Kontrolle" [62]).

Wenn nun aber jede Lösung ihrerseits Folgeprobleme aufwirft, die auf nächst unterer Ebene gelöst werden müssen usw., dann gibt es offenbar eine „Stufenordnung von Bezugsproblemen" [63]). Oberstes Bezugsproblem wäre die Selbstbehauptung eines Systems, das permanent vor der Gefahr steht, seine Grenzen nicht behaupten zu können und sich in Welt aufzulösen. Die Lösung dieses Problems wirft dann weitere Probleme auf, die nun ihrerseits gelöst werden müssen, usw. ... Gelöst werden können Probleme auf diesem Wege prinzipiell niemals, aber sie können kleingearbeitet werden, und zwar soweit, bis sie die Form tragbarer Verhaltenslasten der Individuen angenommen haben. Damit ist der Punkt bezeichnet, an den äquivalenzfunktionale Analysen schließlich kommen müssen: sie müssen solange nach Lösungen von Problemen, Lösungen von deren Folgeproblemen usw. suchen, bis aus der ursprünglichen Problematik eine tragbare Verhaltenslast geworden ist.

57) N. Luhmann, Theorie der Verwaltungswissenschaft . . ., S. 93.
58) Ebd.
59) N. Luhmann, Politische Planung . . ., S. 135.
60) Ebd.
61) N. Luhmann, Soziologische Aufklärung . . ., S. 38.
62) A.a.O., S. 36.
63) A.a.O., S. 20.

4.2. Die Rolle der Individuen in äquivalenzfunktionalen Analysen

Der systemtheoretische Jargon Luhmanns verhindert, daß unmittelbar erkennbar ist, worum es bei äquivalenzfunktionalen Analysen geht. Um deren Zweck zu dechiffrieren, soll jene Größe untersucht werden, die Luhmann „tragbare Verhaltenslast" nennt.

Zunächst erscheint der Einwand naheliegend, daß mit Einführung der Größe „tragbare Verhaltenslast" ein Problem für Luhmann entsteht, das in seiner Schwere dem Problem der Angabe von Bestandsvoraussetzungen sozialer Systeme, wie es im Strukturfunktionalismus Parsons' entsteht, vergleichbar ist und die Durchführung äquivalenzfunktionaler Analysen verhindert: Um zu entscheiden, ob eine Verhaltenslast tragbar ist oder nicht, müßte ja zuvor exakt angegeben werden, wo die Grenzen noch tragbarer Verhaltenslasten liegen. Vermutlich weichen solche Belastbarkeitsgrenzen jedoch bei einzelnen Individuen signifikant voneinander ab; was für den einen noch tragbar ist, mag für andere schon Selbstmordgrund sein. Verhaltenslasten könnten sich darüber hinaus additiv oder nicht additiv verhalten, es könnten Abstumpfungs- aber auch Potenzierungseffekte auftreten. — Unter einer Bedingung trifft dieser Einwand jedoch nicht: Er trifft dann nicht, wenn die tragbaren Verhaltenslasten selber manipulierbar wären, wenn Systeme also selber Mittel in der Hand hätten, mit denen beeinflußbar wäre, was von den Individuen noch ertragen werden könnte — genau dies scheint aber in einem noch zu präzisierenden Sinne der Fall zu sein.

Zunächst fällt in Luhmanns Behandlung der äquivalenzfunktionalen Analysen ein eigentümlicher Perspektivenwechsel auf: Als Zweck der Analysen wird die Lösung von Stabilisierungsproblemen angegeben; der Sinn äquivalenzfunktionaler Analysen wird also bestimmt aus der Perspektive eines Systems und seines Grundproblems, nämlich eine Innen/Außen-Differenz einer Welt äußerster Komplexität abzutrotzen. Mit „tragbarer Verhaltenslast", jener Größe also, die den Punkt bezeichnet, an dem die äquivalenzfunktionale Analyse abgebrochen werden kann, ist jedoch kein Zustand im System bezeichnet. „Tragbare Verhaltenslast" ist vielmehr eine Größe, die einen Zustand in der Umwelt sozialer Systeme bezeichnet, denn „soziale Systeme bestehen aus erwartungsgesteuerten Handlungen, nicht aus Menschen. Menschen sind für sie stets Umwelt" [64]). Um Stabilisierungsprobleme zu lösen, zielen äquivalenzfunktionale Analysen also auf einen ganz bestimmten Zustand in der Umwelt sozialer Systeme. Sie tun das deshalb, weil es in der Umwelt des Systems zu Entwicklungen kommen kann, die die Systemstabilität aufs schwerste gefährden. Damit aber wird der von Luhmann im Dunklen gelassene Sinn des Begriffs „tragbare Verhaltenslast" deutlich: Er bezeichnet jene Grenze, jenseits derer es in der Umwelt des Systems, nämlich bei den Individuen, zu Reaktionen kommt, die die Behauptung einer stabilen Innen/Außen-Differenz gefährden. Gefährdung von Systemgrenzen bedeutet dann, daß Individuen sich an bestimmte Systemstrukturen nicht mehr halten, gegen bestimmte Erwartungserwartungen (so versteht Luhmann „Struktur") verstoßen. Was können solche Gefährdungen also anders sein, wenn nicht Erscheinungen individuellen Ausfalls oder kollektiven Widerstandes. Was die äquivalenzfunktionale Analyse leistet, wird damit deutlich: *sie gibt Lösungsmöglichkeiten angesichts von Systemproblemen an, die Auswahl und Konstruktion von Lösungsstrategien erfolgt jedoch unter dem Gesichtspunkt — und das läßt der systemtheoretische Jargon Luhmanns zunächst im Dunklen — Ausfall und Widerstand zu vermeiden.*

[64]) A.a.O., S. 45.

Auffallend ist nun, daß Luhmann nirgends Beispiele nicht mehr tragbarer Verhaltenslasten gibt; andererseits lassen sich bei Luhmann Texte finden, die belegen, daß sogar Selbstmord und Tötung von Individuen von ihm offenbar nicht als untragbare Verhaltenslasten angesehen werden. So schreibt Luhmann angesichts des Problems, illoyale Mitglieder formaler Organisationen aus diesen Organisationen auszuschließen:

„Das Ausscheiden kann durch Umregistrierung oder über den elektrischen Stuhl erfolgen. Für das Schicksal des einzelnen wird darin oft ein tragischer Unterschied liegen; für das Problem der Korrelation von Mitgliedschaft und Normanerkennung, also für die Stabilität des sozialen Systems, handelt es sich um funktional äquivalente Lösungen. Der Begriff des Austritts schließt Selbstmord, Tötung, Vertreibung ins Elend als Grenzfälle ein" [65]).

Diese Textstelle ist nicht nur instruktiv für das, was Luhmann „Systemrationalität" nennt (alle funktionalen Äquivalente sind ja gleichermaßen rational), sie ist auch instruktiv für das Problem der „tragbaren Verhaltenslast". Wenn selbst Tötung und Selbstmord schon keine untragbaren Verhaltenslasten sind, sondern brauchbare Lösungsstrategien für Systemprobleme, dann könnte das darauf hindeuten, daß es tragbare bzw. untragbare Verhaltenslasten bei Luhmann eigentlich nicht gibt, sondern der Begriff auf etwas anderes hindeutet. Wenn nämlich mit „tragbarer Verhaltenslast" eine Grenze bezeichnet ist, jenseits derer es in der Umwelt des Systems zu Erscheinungen von Ausfall und kollektivem Widerstand kommt, dann ist diese Grenze nicht fix, sondern variabel (und damit im eigentlichen Sinne des Wortes auch keine „Grenze"): Selbstmord von Individuen als ein Ereignis in der Umwelt des Systems kann ja von diesem so lange hingenommen werden, wie nicht gerade größere Teile der Bevölkerung sich sozialen Systemen auf diese Weise entziehen und dadurch bestimmte Systemfunktionen in ihrem Funktionieren gravierend beeinträchtigen; riskant steigenden Selbstmordraten könnte etwa durch Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenraten begegnet werden. Eine niedriger werdende Verweildauer in Systemen könnte also durch eine größere Anzahl von Individuen kompensiert werden. Auch etwa ein Phänomen wie Alkoholismus kann zum Teil durchaus hingenommen werden, zum anderen kann versucht werden, mittels kompensierender Maßnahmen, wie etwa durch Einsatz eigens für den Kampf wider den Alkoholismus bestellter Personen (Sozialarbeiter), diese Form individuellen Ausfalls in Grenzen zu halten. Neurotische Störungen können durchaus zugelassen werden, ja ganze Bevölkerungsgruppen können davon befallen werden; unter einem systemrationalen Gesichtspunkt ist das erst dann gefährlich, wenn Systemfunktionen in größerem Maße gefährdet werden; der harte Kern von Fällen, der selbst elementare Rollen nicht mehr wahrnehmen kann, könnte mittels therapeutischer Anstalten räumlich und sozial eingegrenzt und dem Anwachsen dieses harten Kerns könnte zunächst durch Ausbau der Anstalten begegnet werden.

Was für Erscheinungen individuellen Ausfalls gilt, das gilt auch für kollektiven Widerstand: Systeme können Mittel besitzen, um stabilitätskritische Entwicklungen aufzufangen, zurückzudrängen oder zu kompensieren. So dürfte sich etwa der Punkt, bei dem Widerstand für die Systemstabilität riskant werden könnte, reziprok proportional zur Größe und Schwere des Sanktionsarsenals, das ein System zur Verfügung hat, verhalten. Dieses Arsenal aber ist ausbaubar. Ultima ratio ist immer noch die Tötung von Individuen. Auch nackter Terror kann ein Mittel sein, mit dem Systeme ihre Innen/Außen-Differenz angesichts bedrohlicher Umwelt-

[65]) N. Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin (West) 1972, S. 44.

entwicklung behaupten; faschistische Polizeiapparate erscheinen unter funktionaler Perspektive als Garanten konstanter Reduktionsleistungen.

Damit wird an dem Begriff „tragbare Verhaltenslast" mehreres deutlich: Zum einen weist er auf systemgefährdende Reaktionen der Individuen hin, zum anderen dürfte klar sein, daß die Angabe einer festen Belastbarkeitsgrenze scheitern muß. Dennoch aber bleibt die „tragbare Verhaltenslast" eine Größe von systematischer Bedeutung im Rahmen äquivalenzfunktionaler Analysen: Hinter der „tragbaren Verhaltenslast" verbirgt sich der *Imperativ, Systemprobleme nur so zu lösen, daß individueller Ausfall und kollektiver Widerstand nicht Ausmaße annehmen, die ein System nicht mehr bewältigen kann.* Luhmann kann diesen Imperativ äquivalenzfunktionaler Analysen nur deshalb so erfolgreich im Dunklen lassen, weil „tragbare Verhaltenslast" eine doppelte Grenze bezeichnet: Was für Individuen noch tragbar ist, das ist auch die Grenze dessen, was Systeme den Individuen risikolos aufbürden können.

Insgesamt wird damit ein wichtiger Zusammenhang deutlich: *Die Systemtheorie Luhmanns konzipiert Systeme als für die Individuen heteronome Instanzen; äquivalenzfunktionale Analysen versuchen dann, die Probleme solcher Systeme so zu lösen, daß diese Heteronomie von den Individuen nicht gefährdet wird.*

Daß es Luhmann damit gelungen ist, im Ansatz eine Sozialtechnologie zu begründen, die der sozialtechnologischen Konzeption des Kritischen Rationalismus bei weitem an technologischer Effizienz überlegen ist, läßt sich wohl kaum bestreiten. Drei Gründe lassen sich dafür anführen:

1. Der Kritische Rationalismus konzipiert eine Sozialtechnologie auf Basis nomologischen Wissens, das technische Einwirkungsmöglichkeiten angibt. Dieses Wissen wird gewonnen im Rahmen von sozialwissenschaftlichen Forschungen, deren Ziel die Erkenntnis von Kausalrelationen ist. Der Kritische Rationalismus durchforstet daher angesichts zu lösender Systemprobleme gewissermaßen seinen Bestand an nicht falsifizierten Konditionalsätzen daraufhin, ob in irgendeinem der Nachsätze das zu lösende Systemproblem auftaucht, um dann die Vordersätze als Lösungen anzubieten. Damit ist die sozialtechnologische Anwendung des nomologischen Wissens quasi ein Abfallprodukt der an Erkenntnis von Kausalrelationen interessierten Forschung. Die funktional-strukturelle Systemtheorie Luhmanns orientiert die Forschung dagegen schon von vornherein auf zu lösende Systemprobleme. Um die Differenz zu pointieren: Während für den Kritischen Rationalismus die Erkenntnis von Kausalrelationen primäres Erkenntnisziel ist und die sozialtechnologische Anwendung dieses Wissens sich gewissermaßen nebenbei ergibt, ist für die funktional-strukturelle Systemtheorie die Bereitstellung von Lösungsstrategien für Systemprobleme bereits oberstes Erkenntnisziel, während sich das nomologische Wissen als „Abfallprodukt" ergibt.

2. Da die funktional-strukturelle Systemtheorie die Forschung von vornherein auf zu lösende Systemprobleme hin orientiert, ist ihre Effizienz auch größer: Indem ihr primäres Ziel nicht Erklärung, sondern Angabe funktionaler Äquivalente ist, liefert die nach diesem Schema verfahrende Forschung auch jeweils ganze Bündel von Strategien — im Gegensatz zum Kritischen Rationalismus, dessen Verfahrensweisen nicht systematisch, sondern allenfalls zufällig zu solchen Alternativenbereichen führen.

3. Durch die systemtheoretischen Forschungen weiß Luhmann ganz genau, daß es sich bei dem, was gemeinhin mit „Gesellschaft" bezeichnet wird, um einen inein-

ander verschachtelten Zusammenhang von Systemen und Subsystemen handelt, die durch In- und Output-Relationen miteinander verschränkt sind. D. h. aber, daß sich Krisen eines Systems epidemieähnlich ausbreiten und andererseits, daß Lösungen eines spezifischen Systemproblems Folgen zeitigen können, durch die in anderen Systemen Probleme auftauchen. Eine Minimalbedingung für eine erfolgreiche Sozialtechnik ist daher, daß sie die dysfunktionalen Folgen sozialtechnischen Eingreifens systematisch in den Blick rückt — und genau das ist im Rahmen der Sozialtechnologie auf Basis des Kritischen Rationalismus nicht geschehen. Dies ist nun wiederum kein Zufall, sondern hat selber systematische Gründe: der Ansatz des Kritischen Rationalismus ist kein systemtheoretischer und daher fehlt ihm der Blick für die In- und Output-Relationen zwischen Systemen. Das soll nicht heißen, daß der Kritische Rationalismus die jeweiligen Folgeprobleme völlig übersieht, sondern lediglich, daß er diese Folgeprobleme nicht systematisch in den Griff zu bekommen vermag.

Die Methode äquivalenzfunktionaler Analysen ist noch nicht eine perfektionierte Sozialtechnologie, wohl aber der Ansatz dazu. Nicht perfektioniert ist diese Sozialtechnologie insbesondere deshalb, weil sie nicht quantifiziert ist. Nur nach Quantifizierung der Soll- und Ist-Grade der Funktionstüchtigkeit von Systemen und deren In- und Output-Relationen ließe sich jedoch erst präzise angeben, welche Relevanz für die Stabilität insgesamt partielle Störungen der Funktionstüchtigkeit etwa irgendeines Subsystems hätten; erst dann ließen sich funktionale und dysfunktionale Folgen einer Problemlösung in einem nichtmetaphorischen Sinne, sondern auch faktisch gegenrechnen. Auf ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstand erwecken äquivalenzfunktionale Analysen Luhmanns allerdings oft noch den Eindruck, allenfalls die bei Administratoren (wenn auch nicht gerade bei unteren) immer schon vorhandene Schläue geringfügig zu systematisieren. Dennoch aber kann Luhmann für sich verbuchen, den Ansatz zu einer nach ihrer Quantifizierung wohl perfekten Soziokybernetik geliefert zu haben. Zugeschnitten ist die Methode äquivalenzfunktionaler Analysen auf für die Individuen heteronome Systeme, die sich dem wachsenden Druck um Emanzipation kämpfender politischer Gruppen gegenüberstehen. Daß sich diese Anwendungsbedingungen äquivalenzfunktionaler Analysen mit der politischen Situation der BRD decken, liegt auf der Hand. Luhmann spricht nirgends von Spätkapitalismus, aber dessen Problemen korrespondiert seine Theorie. Aus der Systemtheorie wird dadurch eine *administrative Hilfswissenschaft.*

5. *Aufklärung und Systemtheorie*

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß die Systemtheorie Luhmanns ein technokratischer Institutionalismus ist; in dieser Hinsicht kann die Systemtheorie zur Lösung von Legitimationsproblemen herangezogen werden. Darüber hinaus hat sich gezeigt, daß die Methode äquivalenzfunktionaler Analysen zu einer Soziologie als administrativer Hilfswissenschaft führt, die zur Lösung von Stabilisierungsproblemen des Spätkapitalismus herangezogen werden kann. Aus diesen Ausführungen darf nun aber nicht der Schluß gezogen werden, der systemtheoretische Ansatz sei notwendigerweise und apriori gegenaufklärerisch. Vielmehr kann er in der Soziologie durchaus zu einem brauchbaren Ansatz entwickelt werden. Dazu aber muß der Systembegriff von den institutionalistischen Prämissen, die er bei Luhmann hat, gelöst werden. Es ginge dann nicht mehr nur darum, daß Komplexität reduziert wird, sondern auch darum, wie dies geschieht; auch Geltungsfragen müßten also gestellt werden. Daß für eine Theorie des Spätkapitalismus ein von den falschen Prämissen Luhmanns gelöster, systemtheoretischer

Ansatz äußerst fruchtbar sein kann, zeigen insbesondere Veröffentlichungen von Habermas [66]) und Offe [67]). Naschold hat den systemtheoretischen Ansatz erfolgreich in demokratietheoretischen Untersuchungen angewandt [68]). Daß auch die Methode äquivalenzfunktionaler Analysen, sofern deren falscher Imperativ bei Luhmann aufgegeben wird, ein brauchbares Forschungsinstrument ist, zeigt eine Veröffentlichung von Bielfeldt und Senghaas [69]).

Auf Basis der Prämissen Luhmanns aber sind kritische Soziologie und Systemtheorie inkompatibel. Seinen Grund hat dies darin, daß dem Theorem von der Notwendigkeit der Reduktion von Weltkomplexität der Aufklärungsgedanke zum Opfer fällt. Luhmann ist die Vernünftigkeit der Subjekte „verdächtig geworden" [70]). Der Begriff der Vernunft wird daher auf Ebene der Systeme eingeführt, aus Vernunft wird Systemrationalität. Folgerichtig ist Aufklärung dann auch kein Prozeß, in dem Subjekte Autonomie gewinnen, sondern ein Prozeß, in dem Systeme den Bereich der beherrschten Umwelt vergrößern. Diese Art der Aufklärung, Luhmann nennt sie „soziologische Aufklärung" [71]) und stellt sie der klassischen Vernunftaufklärung gegenüber, ist mit Unvernunft der Subjekte und Gesellschaften durchaus vereinbar. Es geht lediglich noch darum, daß Komplexität reduziert wird, nicht aber wie. So ist bei Luhmann dann auch das Programm seiner „soziologischen Aufklärung" die „Abklärung der Aufklärung" [72]). Dieses Programm aber verbindet Luhmann und Gehlen: Der Vorwurf, den Gehlen den Intellektuellen macht, ist der, daß sie latente Strukturen bewußt zu machen suchten, obgleich sie doch — wie Gehlen meint — unbewußt bleiben müssen; die Notwendigkeit der Latenz zu übersehen, ist der sachliche Kern in Gehlens Vorwürfen gegen die Intellektuellen. Luhmann führt zwar keine Polemik gegen die Intellektuellen, aber er teilt die sachlichen Prämissen, die bei Gehlen zu dieser Polemik führen; an die Stelle der Anti-Intellektuellen-Polemik Gehlens tritt bei Luhmann die Forderung nach „Abklärung der Aufklärung".

Daß die Systemtheorie Geltungsfragen nicht zuläßt, wird von Luhmann nicht bestritten, sondern offensiv vertreten. In seinem abschließenden Beitrag zur Auseinandersetzung mit Habermas referiert Luhmann die wichtigsten Vorwürfe, die Habermas ihm macht. Luhmann schreibt, Habermas' Vorwürfe zusammenfassend: *„Die Wahrheit praktischer Fragen fällt aus; sogar ihre Wahrheitsfähigkeit wird von der Systemtheorie prinzipiell bestritten. Die Eliminierung des Unterschiedes von Praxis und Technik — darin gipfelt das Befremden — erscheint dann geradezu als Ziel meiner Systemtheorie. Wer nun aber, so folgert Habermas weiter, wichtige Bereiche möglicher Wahrheit verdunkelt, ja verleugnet, etabliert eine Ideologie, da er wahrheitssuchende Kommunikation einschränkt. Und er stützt die praktischen Geltungsansprüche der Herrschenden, indem er die Frage nach ihrer Wahrheit ausklammert"* [73]).

Luhmann bestreitet nun diese Vorwürfe nicht sachlich, sondern weist sie lediglich als irrelevant zurück; er schreibt: *„Die Darstellung von Habermas ist folgerichtig und trifft zu, nur ihre Relevanz und die Relevanz ihres Vokabulars läßt sich bestreiten"* [74]).

Diese Antwort Luhmanns ist nur konsequent, denn wenn alles auf das Problem der Komplexität und ihrer Reduktion bezogen werden muß, wie Luhmann meint,

66) J. Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973.
67) C. Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M. 1972.
68) F. Naschold, Organisation und Demokratie, Stuttgart 1972.
69) C. Bielfeldt/D. Senghaas, Kann die BRD abrüsten, in: „Leviathan" 3/1973, S. 291—309.
70) N. Luhmann, Soziologische Aufklärung . . ., S. 67.
71) Vgl. N. Luhmann, „Soziale Aufklärung", in: Soziologische Aufklärung . . ., S. 66—91.
72) A.a.O., S. 70.
73) J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft . . ., S. 293.
74) Ebd.

dann ist der Einwand, diese Theorie stütze die Geltungsansprüche von Herrschenden, tatsächlich irrelevant, steht er doch in keiner Beziehung zu deren Problem der Weltkomplexität. Angesichts dieses Problems kommt es darauf an, daß Komplexität reduziert wird, nicht aber wie — ob durch Konsens oder Befehl, keine der beiden Möglichkeiten zeichnet sich vor der anderen in irgendeiner Weise aus; sie sind einfach funktional äquivalent. Luhmann kann daher schreiben: *„Ich sehe nicht, wie sich an den Lebensverhältnissen der Menschen Wesentliches dadurch ändern ließe oder wie sich Menschen dadurch bilden könnten, daß man die Wahrheit der Geltungsbegründungen von Herrschenden oder von sonst jemandem diskutiert und auf vernünftigen Konsens zu bringen sucht"* [75]).

Luhmann demonstriert damit noch einmal, daß die Systemtheorie blind ist in der Dimension, in der die Probleme einer kritischen Gesellschaftstheorie allererst liegen. Er kann Habermas daher auch immer wieder die Irrelevanz seiner Einwände und die Unbrauchbarkeit seines Vokabulars vorhalten. So ist es insbesondere die Berufung auf Vernunft und das Festhalten am Begriff der Herrschaft, was Luhmann Habermas als Theoriefehler vorrechnet, denn erstens ist Habermas' Vernunftbegriff auf Ebene der Subjekte eingeführt und wirft unmittelbar Geltungsfragen auf, in denen es aber nach Luhmann keine Rationalität geben kann, und zweitens hängt Herrschaft an ungerechtfertigter ideologischer Geltung, so daß, wenn — wie Luhmann meint — Geltungsansprüche nicht rational begründet werden können, ihm dieser Begriff nur als politische Kampfformel erscheinen muß, nicht aber als wissenschaftlich brauchbarer Begriff; so schreibt Luhmann:

„Freilich mag es sein, daß, wer Vernunft sucht, irgendwie an Herrschaft glauben muß. Die Systemtheorie hat sich von Vernunft und von Herrschaft emanzipiert. Für sie ist Vernunft kein Kriterium ... Vernunft und Herrschaft sind für sie weder im Sinne der alteuropäischen Lehrtradition kongruent gesetzte, noch im Sinne der dagegen reagierenden Aufklärungstradition kontradiktorische Begriffe; sie sind überhaupt keine brauchbaren Begriffe mehr. Dies gilt für eine Vielzahl von partiellen Systemtheorien, vor allem für die Kybernetik, kraft methodischer Selbstbeschränkung. Für meinen Versuch gilt es deshalb, weil er am Verhältnis von Welt und System und damit im Indifferenzpunkt von Apologie und Kritik ansetzt. Deshalb trifft eine Kritik der Systemtheorie, die ihr Herrschaftskonformismus vorwirft, ihre Denkebene nicht" [76]).

So kann Luhmann, „im Indifferenzpunkt von Apologie und Kritik" ansetzend, all denjenigen, die ihn wegen Indifferenz gegenüber Geltungsproblemen kritisieren, stereotyp vorhalten, sie berücksichtigten das Problem der äußeren Komplexität der Welt nicht. Aber er kann diesen Vorwurf selbst nur deshalb erheben, weil er zuvor den Vernunftbegriff auf ein funktionales Format zurechtgestutzt hat.

Damit aber kann die Systemtheorie eine doppelte Aufgabe übernehmen: Indem sie am „Verhältnis von Welt und System" (s. o.) ansetzt, nimmt sie tatsächlich einen „Indifferenzpunkt" (s. o.) ein, einen „Indifferenzpunkt" allerdings, von dem dann die *Legitimation jeder beliebigen Reduktionsstrategie* und damit auch die Legitimation jeder beliebigen Herrschaft möglich ist. In dieser Hinsicht kann die Systemtheorie also Legitimationsdefizite decken. Zum anderen gibt sie das theoretische *Rüstzeug für Sozialkybernetiker* her. Die Autonomie des Subjekts kommt in der Systemtheorie nicht nur nicht vor, sie ist vielmehr die Systemgefährdung par exellance. An die Stelle der Idee einer von den Menschen bewußt gemachten Geschichte tritt bei Luhmann das „Lob der Routine", wie er bezeichnenderweise

75) Ebd.
76) A.a.O., S. 401 f.

einen seiner Aufsätze überschreibt. „Routine und Weisung ... (als; d. V.) zueinander funktional äquivalenten Formen der Koordination" [77]) treten an die Stelle einer Koordination durch Diskurs. Luhmann hält daher auch einen neuen Menschentyp für erforderlich, „der nicht darauf angewiesen ist, sich selbst laufend in elementaren Kontakten darzustellen" [78]), ein Menschentyp, der „seine expressiven Bedürfnisse vertragen lernt, um sie sodann in speziell dafür eingerichteten Situationen rasch und wirksam zu befriedigen" [79]). Luhmann ist entgangen, daß diese Charakteristik nicht die eines neuen Menschentyps, sondern die des preußischen Beamten ist, der allenfalls zu Karneval, an Kegelabenden oder anläßlich von Militärparaden als den dafür geeigneten Situationen „seine expressiven Bedürfnisse ... rasch und wirksam zu befriedigen" (s. o.) weiß. An die Stelle des autonomen Subjekts Kants tritt bei Luhmann der sein Leben auf Basis von Routine und Weisung organisierende Beamte, an die Stelle der Idee einer Assoziation freier Produzenten die Idee universalen Beamtentums. Mit Gehlen teilt Luhmann das Ideal des nicht reflektierenden Menschen. Bei der Ethik, die uns nach Luhmann leider noch fehlt, um solche Lösungen zu akzeptieren [80]), kann es sich daher wohl auch nur um eine auf Zivilisten angewandte und den heutigen Erfordernissen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung angepaßte Ausgabe der preußischen Exerzierordnung handeln.

Luhmann hat sich viel mit Problemen der Verwaltung und Verwaltungswissenschaft beschäftigt. Dies ist kein Zufall, denn seine Systemtheorie ist überhaupt eine Theorie universaler Verwaltung.

Die Schwierigkeiten des Jürgen Habermas beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln

Von Heinrich Hülsmann

Vorbemerkung [1])

Die Auseinandersetzung mit Habermas **bleibt notwendig. Nicht nur dies:** sie gewinnt an Relevanz; den mit dem Werk von Habermas bleiben konkrete Konflikt-

77) N. Luhmann, Politische Planung . . ., S. 130.
78) A.a.O., S. 138.
79) Ebd.
80) „Wir haben noch keine Ethik für solche Lösungen und neigen dazu, sie als menschlich unbefriedigend zu verfwerfen. Aber es könnte sein, daß uns da ein altes Vorurteil narrt." (Ebd.)
1) Zitiert werden folgende Arbeiten von Habermas: Theorie und Praxis (ThuPr). Sozialphilosophische Studien, Frankfurt/M. 1971. — Einige Schwierigkeiten beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln (ES), in: ders.: ThuPr, S. 9—47. — Erkenntnis und Interesse (EI), Frankfurt/M. 1968. — Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus (LSp), Frankfurt/M. 1973. — J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie (ThGoSt). Was leistet die Systemforschung?, Frankfurt/M. 1971.

lagen thematisiert, die im bundesrepublikanischen Roll back und in der provinziellen Bornierung einer konservativen Selbstreduktion mehr und mehr und nicht ohne Absicht anonymisiert werden [2]). Zum anderen erscheint das theoretische Niveau dieser Problemstellung, die Habermas in und aus der Tradition der Kritischen Theorie vorgibt, zwar nicht zu Unrecht vielen recht abstrakt, aber er repräsentiert die Tradition abendländischer Philosophie in einer Weise, in welcher deren Kontinuität auch in ihrer qualitativen Veränderung durch den dialektischen Materialismus vollziehbar bleibt [3]). Dafür ist die Stellung des Theorie-Praxis-Problems, die Frage nach einer gelingenden Aufklärung und Emanzipation ein deutliches Indiz.

Entgegen all jenen Intentionen, die es auf eine Tabuisierung von Philosophemen und Theoremen abgesehen haben und die eine ideologische Immunisierungsstrategie verfolgen, vermag Habermas seinen Diskurs mit den opponierenden Positionen offen zu halten. Wenn man einmal den Kritischen Rationalismus, die Systemtheorie und die Kritische Theorie sowie eine materialistische Dialektik als typisierende Kennzeichnung der relevanten Positionen einschätzt und sie als bestimmende Faktoren einer meta-theoretischen und ideologischen Kontroverse begreift, dann erscheint Habermas zweifellos als derjenige, der alle diese genannten Positionen in seinem Opus zu synthetisieren versucht.

Nun ist das Werk von Habermas inzwischen einigermaßen angewachsen, seine Position auf dem Markt genügend eindrucksvoll, um den Hinweis zu provozieren, daß ein Aufsatz ihm nicht wird gerecht werden können. Davon ist auszugehen. Das legitimiert eine Entscheidung hinsichtlich unseres Vorgehens, dem Habermas eine genügend plausible Chance selber anbietet, indem er eine Einleitung zur Neuausgabe von „Theorie und Praxis" (ThuPr) verfaßt hat, überschrieben: „Einige Schwierigkeiten beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln", die sowohl biographisch wie auch systematisch den bisherigen Weg nachzuzeichnen versucht und eine kritische Selbstanalyse unternimmt — mit Bezugnahme auf die kritische Rezeption seiner Thesen —, welche die Möglichkeit eröffnet, an dieser „Systemskizze zum eigenen opus" anzusetzen, um von ihr her eine kritische Kontroverse weiterzuführen. Damit wird verständlich, die so ausgezeichnete Problemstellung „Theorie und Praxis" — so wenig dies reduktiv genommen werden darf — aufzunehmen, dabei die verschiedenen Arbeiten je und je einzublenden, um eine auf die Gesamtskizze bezogene Argumentation zu konzipieren.

Der Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln, impliziert wesentlich mehr, als zunächst bewußt werden mag. Es ist darin doch zugleich der Versuch unternommen, eine Theorie der Gesellschaft zu leisten und darüber hinaus ein Subjekt von Theorie als Subjekt der Gesellschaft zu konstituieren. Das humane und das gesellschaftliche Engagement, das in dieser Intention lebendig ist, kann nur unsere Solidarität haben, auch dort und auch dann noch, wenn kritische Reflexion in polemischer Sprache sich artikuliert.

Theorie, Praxis und Strategie

Dieser Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln, geschieht meta-theoretisch [4]). Ein solcher Versuch der Vermittlung steht in der Tradition einer Unterscheidung, die für das, was sie unterscheidet, auch eine faktische Getrenntheit/Trennung in

[2]) Dazu auch: Thomas Neumann, Wissenschaft und Verantwortung, in: „Blätter", 10/1974, S. 1044 ff.; „Blätter", 12/1974, S. 1276 ff.; und W. Jens, Phantasie und gesellschaftliche Verantwortung, in: „Blätter", 12/1974, S. 1268 ff.
[3]) Entwickelt ist diese Perspektive bei Volker Gerhardt, Vernunft und Interesse, Dissertation, Universität Münster 1974, Kp. 2,5.
[4]) ES, S. 14.

Anspruch nimmt und nehmen muß. Dieser Trennung von Theorie und Praxis ist nicht nur theoretische, sondern auch soziale Bedeutung zuzumessen. Ob aber die Differenz von Theorie und Praxis eine solche soziale Relevanz und auch Effizienz erreicht, das wird kaum auszumachen sein dort, wo der Schritt aus der theoretischen Differenz in eine meta-theoretische oder auch kritisch-philosophische Reflexion das Problem gegen jene sozialen Konflikte immunisiert, die sie wohl nur noch als theoretische Problemstellung zu erreichen in der Lage ist [5]).

Ich möchte also behaupten, daß die Beziehung zu jener gesellschaftlichen Realität, um die es hier letztlich geht und gehen muß, kaum noch selber präsent erscheint, daß also die konkreten sozialen Aporien und Antagonismen oder Konflikte, die da wohl gemeint sein mögen und die in den Auseinandersetzungen mit Luhmann und Negt thematisch bleiben, doch in eine gewisse esoterische Ferne verschwinden. Die transzendentale Distanz bleibt das unverlorene Erbe; der spekulative Sinn die hypothetische Valenz [6]).

Vielleicht etwas allzu schnell gesagt, so mag man meinen. Aber es gibt zweifellos von ThuPr bis hin zu „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus" (LSp) eine in sich konsistente Tendenz, deren philosophische Kontinuität zugleich theoretische Konsequenz beinhaltet. In dem Rückblick auf die eigene systematische Entwicklung, dem Vorwort zur Neuauflegung von ThuPr, betont Habermas: „Alle diese Untersuchungen zum empirischen Verhältnis von Wissenschaft, Politik und öffentlicher Meinung in spätkapitalistischen Gesellschaftssystemen müssen unbefriedigend bleiben, solange seriöse Ansätze zu einer Theorie des Spätkapitalismus kaum ausgearbeitet sind" [7]).

Da wir also keine seriöse Theorie des Spätkapitalismus haben — haben wir sie wirklich nicht? —, ist von Fragenkomplexen auszugehen. Für diese wiederum haben wir keine seriösen Lösungen und überprüfbaren Hypothesen, was wiederum bedeutet, daß wir nicht über bewährte Antworten verfügen, weshalb wir auch keine Strategie im und für diesen Spätkapitalismus haben und haben können.

Da jedoch Theorie und Strategie nicht zu vermitteln sind, kann auch Theorie nicht in Strategie übergehen, was sie ihrer Bestimmung und Qualität nach sowieso nicht kann [8]). Aus Theorien können Strategien nicht folgen. Strategisch sind Theorien demnach folgenlos zu halten, da sie nach rückwärts schauen. Insofern Theorie und Praxis vermittelt werden sollen, Theorie und Strategie aber unvermittelbar bleiben, kann Strategie, insofern sie praktisch ist, die Praxis selber der Theorie vorenthalten — und muß dies auch wohl — und sie so zum Scheitern verurteilen. Insofern die Theorie ihre strategische Kompetenz niemals findet, findet wahrscheinlich Theorie ihre Kompetenz hinsichtlich der Praxis auch nie. Damit aber erscheint das gestellte Problem einer Vermittlung auf solch abstraktem Niveau und in jener transzendental reflexiven Manier, daß es als ein der Tradition verdanktes Pseudoproblem verdächtig wird [9]).

Mag sein, daß man sich dagegen wehrt, z. B. von seiten einer philosophischen Tradition, in welcher transzendentale Reflexion, transzendentale Kritik als Bedin-

5) T. Meyer, Zwischen Spekulation und Erfahrung. Einige Bemerkungen zur Wissenschaftstheorie von J. Habermas, Frankfurt/M. 1972, S. 10.
6) Dazu auch die Darstellung von K.-O. Apel, Wissenschaft als Emanzipation?, in: „Zeitschrift für allgemeine Wissenschaftstheorie", 1/1970, H. 2, S. 179 ff.
7) ES, S. 14. Siehe dazu U. Rödel, Forschungsprioritäten und technologische Entwicklung, Frankfurt/M. 1972, S. 16 ff.
8) ES, S. 43 ff.
9) N. Lobkowicz, Interesse und Objektivität, in: „Philosophische Rundschau", 16/1969, S. 249 ff.; E. Hahn, Die theoretischen Grundlagen der Soziologie von J. Habermas, in: H. v. Heiscber/R. Steigerwald/J. Schleifstein (Hrsg.), Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus, Frankfurt/M. 1970, S. 70 ff.

gung der Möglichkeit für theoretische Vernunft apriori zu akzeptieren waren. Die Koppelung von Tradition, Kritik und Reflexion indiziert jedoch für Habermas mit Recht ein Problem und eine Aporie, die es zu lösen gilt. Daß „Erkenntnistheorie als Gesellschaftstheorie" zu traktieren sei, macht jedoch im „als" empfindlich, wie sehr sich hier im Grunde ein neues meta-theoretisches Interesse etabliert und ein meta-theoretisches Feld perspektiviert wird. Eine solche neue Problemstellung — verfremdet an einer oder durch eine philosophische Tradition — macht allzu leicht jene Konflikte vergessen, die dieselben allererst verursacht haben [10]). Wenn das Theorie-Praxis-Verhältnis als theoretisches Problem das Verhältnis von Erkennen/Wissen und Handeln, insbesondere gesellschaftliches Handeln, betreffen, sozusagen einen konkreten gesellschaftlichen Konflikt auch reflektieren soll, dann verfremdet offenbar terminologisches Vokabular diesen sozialen Konflikt, um welchen es in der theoretisch etablierten Problemstellung doch eigentlich gehen sollte.

Daß nämlich Handeln, gesellschaftliches Interagieren, „theoretisch" ist, besagt, daß gesellschaftliches und individuelles Tun je und je ein bestimmtes und besonderes Wissen und Wollen zusammenschließt, als Momente enthält. Was wiederum darauf verweist, daß es als Wissen Zukunft meint — hypothetisch, prognostisch, präskriptiv, normativ, programmatisch etc. — und als Erfahrung umfaßt und im Handeln als bewirkendes Realisieren in Anspruch nehmen muß und nimmt. Zum anderen auch, daß sich in solchem Handeln eben dieses Wissen verändert und daß im Handeln sich Erkennen hervorbringt.

Sicherlich ist solche Redeweise eben doch metaphorisch; denn wo hätte je Handeln Wissen/Erkennen hervorgebracht? Was die theoretischen Subjekte, die gesellschaftlich handelnden Individuen, was also theoretische Arbeiter in ihrer Arbeit produzieren — und z. B. produzieren sie Theorien in staatlich finanzierten Instituten unter je speziellen Aufgaben und Problemstellungen, die ihren mehr oder weniger vermittelten Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Arbeitswelt haben, deren Widersprüche und Konflikte eben doch letztlich konstitutiv auch für diese Art von Arbeit und Produkt bleiben —, das bleibt doch ein Resultat, in dem Wissen und Tun koinzidieren, worin also Arbeit geleistet worden ist.

Daß also Theorie und Praxis auf den konkreten gesellschaftlichen Arbeitsprozeß und auf die konkrete Konfliktualität dieser Gesellschaft zu beziehen sind und sich von daher und dahinein zu orientieren haben, wie sie dafür Orientierungen und Strategien zu ermöglichen haben, das erscheint mir in diesem Konzept dann doch nur noch in Form einer akademischen Verfremdung präsent zu sein. Daß also Theorie notwendig praktisch und Praxis theoretisch notwendig ist und diese nicht voneinander zu trennen sind, mag als eine einsehbare Trivialität hier erwähnt sein, um uns an solche konkreten Zusammenhänge mit der gesellschaftlichen Arbeit überhaupt zu erinnern. Offenbar ist das so thematisierte „Theorie-Praxis-Problem" zu wenig damit vertraut, daß Theorien selber nichts anderes sind als Produkte theoretischer Arbeit und somit theoretischer Arbeiter [11]).

Solch kritischer Theorie fehlt die Gesellschaft, und sie kann eben nicht gesellschaftskritische Wissenschaftstheorie sein, weil sie Theorie und Strategie gegen-

10) H. Hülsmann, Theorie und Konflikt, in: „Soziale Welt", 4/1974.
11) Dazu Wulf D. Hund, Geistige Arbeit und Gesellschaftsformation, Frankfurt/M. 1973, Kp. 2. — Das Bedürfnis, hier differenzierter zu diskutieren, kann unter den gegebenen Bedingungen gewiß nicht befriedigt werden. Es wären der Theorie- und Strategiebegriff zu entfalten, der Unterschied darzulegen zwischen zweckrationalem Erkenntnisinteresse, das auf instrumentale und technische Beherrschbarkeit zielt, dem hermeneutisch-kommunikativen, praktischen Erkenntnisinteresse und sodann dem emanzipativ-reflexiven Erkenntnisinteresse. Die jeweils verschiedenen Tendenzen und Konsequenzen wären hier zu entwickeln, was aber auf dem verfügbaren Raum eine Illusion bleiben muß, aber auch an der Argumentation im Prinzip nichts verändern würde. Eine differenzierte Analyse bestätigt die vorgetragene These.

einander immunisiert. Im Grunde glaubt auch hier die Theorie noch an sich selber. Daß sie moralisch auf Strategien zu verzichten hat, daß sie also Ethik heranzieht, um die Abstinenz von Theorie gegen Strategie zu legitimieren, macht zugleich deutlich, daß sie eine Theorie des sittlichen Handelns — ergo einer spezifischen Wertordnung und Weltordnung — heranzieht, um ihren eigenen spezifischen Reflexionsstatus auszuweisen oder zu legitimieren [12]).

Die Praxis wird hier zwar ethisch theoretisiert, aber damit wird die Moral der Theorie zugleich die Abstinenz der Theorie von der Zukunft. Sie ist sodann notwendig Abstinenz von sozialer Praxis qua politischer Praxis qua strategischem Handeln im gesellschaftlichen Konflikt. Das ethische Pathos des Theoretikers ist zugleich das theoretische Pathos der Theorie als Meta-Theorie. Dies um so mehr, als Zukunft nicht ihre Konsequenz sein soll und sie angeblich nichts über Zukunft zu sagen hat. So wenig das einleuchtend ist für technisches Wissen, das diese gesellschaftliche Wirklichkeit verändert, so wenig für kommunikative und hermeneutische Praxis, die ideologisch verändert oder borniert, und noch viel weniger für eine „Kritische Theorie", die als Meta-Theorie sowohl über den technologischen Prozeß wie über die hermeneutische Praxis zu befinden vermag und in der Einheit von Interesse und Erkenntnis zugleich die Genesis einer emanzipierten Gesellschaft verwirklichen helfen will. Wenn das keine Zielvorstellung ist, die zugleich eine Strategie freisetzt!

Immerhin, das Verhältnis von Theorie, Praxis und Strategie wird thematisch. Es ist eines der wesentlichen Verdienste von Habermas, dieses Problem empfindlich gemacht und gehalten zu haben. Erscheint mir auch die Lösung idealistisch und esoterisch, so bleibt zugleich das emanzipative Engagement als gesellschaftliches Thema von konkreter Relevanz und auch Effizienz. Erscheint mir auch die Emanzipation als ein Ersatzbegriff für das, was bei Marx noch Revolution heißt, und Aufklärung als der Begriff, der den der Strategie zu ersetzen hat oder die einzig zulässige strategische Konsequenz darstellt, so bleibt doch die Tatsache, daß Habermas zumindest die Frage nach dem Verhältnis von Theorie, Praxis und Strategie noch auf ein Niveau stellt, das die Vermittlung von Theorie und Praxis als ein strategisches Problem enthüllt.

Aufklärung und Diskurs

> *„Und es erschienen ihnen Zungen, zerteilt, wie von Feuer; und er setzte sich auf einen jeglichen unter ihnen" (Apostelgeschichte, 2,3).*

Der Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln, ist der Versuch, eine aufgeklärte Gesellschaft zu verwirklichen, die Idee der Mündigkeit zu verwirklichen und für die Subjekte dieser Gesellschaft gelingende Emanzipation möglich zu machen. Aufklärung ist die entscheidende und die entscheidend humane Bedingung einer Gesellschaft, die nicht mehr naturwüchsig den Prozeß ihres geschichtlichen Lebens vollzieht, sondern dieses versucht und verwirklicht in einem Prozeß der Aufklärung, dessen konkrete Praxis eben der Diskurs und damit die Sprache ist. „In gewisser Weise ist Mündigkeit die einzige Idee, deren wir, ..., im Sinne der philosophischen Tradition mächtig sind" [13]).

---

12) ES, S. 37 ff.
Was die Gesellschaftskritische Wissenschaftstheorie als curriculares Projekt an der Universität Münster angeht, so ist sie strategieverpflichtet und praxisgeneriert, worin die theoretische Arbeit ihre spezifische Funktion hat. — Dazu: P. Hucklenbroich (Hrsg.), Gesellschaftskritische Wissenschaftstheorie, Reader in vier Bänden, Kronsberg/Ts. 1974. — Dazu: B. Kaddatz, Zum Problem der Selbststeuerung wissenschaftlicher Prozesse im spätkapitalistischen System (Magisterarbeit), Münster 1974.
13) ES, S. 23.

Habermas, das ist von vielen deutlich ausgesprochen und kritisiert worden, steht hier in der unvermittelten Tradition der idealistischen und transzendentalen Philosophie, auch wenn diese immer wieder zur „quasitranszendentalen" depotenziert wird. Aber es bleibt eben doch die Frage, was der Verweis auf eine transzendentale und hermeneutische Philosophie für das Theorem des Diskurses wirklich hergibt, außer daß hier ein theologisches apriori formuliert wird, dessen Herkunft kaum verkannt werden dürfte. Diese, wie Heidegger es formuliert hat, ontotheologische Tradition, die von einem immer schon zugrundegelegten Begriff des vernünftigen Konsensus [14]) ausgeht, nimmt etwas ideell und irreal [15]) in Anspruch, was dann sozial und real allererst wirklich werden soll. Die Idee wird der Realität dieser Gesellschaft und den in ihr handelnden Individuen substituiert in einer Weise, daß sie als ein Letztes und Fundierendes notwendig erscheinen muß, ja, daß sie der Faktizität dieser gesellschaftlichen Realität als immanentes Telos imputiert wird.

Die Wirklichkeit ist nicht mehr dialektisch, sondern dialogisch. Der Zwangszusammenhang, den Dialektik aufzusprengen unternimmt [16]), ist kein Letztes, sondern vielmehr ist eben dieses Letzte sozusagen und contrafaktisch die Idee des Diskurses, des Dialoges selber [17]). Die Inkarnation der Vernunft in die Realität ist immer schon geschehen. Die Dialektik kann wieder sich auf dem Kopfe bewegen, und die Freiheit ist doch kein leerer Wahn.

Zweifellos — und dies ist wohl nun ernsthaft zu betonen — steht Habermas in einer großen Tradition, von welcher wir uns genau in dieser Orientierung kaum lösen wollen, die sie vorgegeben und formuliert hat. Das humane Engagement eines Habermas, das in seiner Theorie der Gesellschaft und der Sprache zum Zuge kommt, enthüllt, wie sehr er auf der Suche nach einem sozialen Subjekt ist, das als Subjekt der Geschichte wird auftreten können. Entgegen solch technokratischen und dem menschlichen Subjekt indifferent gegenüberstehenden Theorien, wie sie Luhmann vertritt, ringt Habermas um den Weg zu einer Gesellschaft, in der sich diese Idee der Mündigkeit verwirklicht haben soll [18]).

Aber die Auflösung der Dialektik in Dialogik oder auch Hermeneutik verrät zugleich die idealistische Täuschung über eine gesellschaftliche Realität, in der verzerrte Kommunikation und konkrete Gewalt wirksam sind, sozusagen der Fall sind. Habermas meint: „Denn die Struktur der verzerrten Kommunikation ist kein Letztes, fundiert ist sie in der Logik unverzerrter sprachlicher Kommunikation" [19]).

Wenn aber die verzerrte Kommunikation auch noch ihre Abkunft in Anspruch nehmen kann in jenem Letzten, das da unverzerrte Kommunikation heißen mag und also aus der Logik solcher sprachlichen Kommunikation sich ergeben hat im geschichtlichen Gang des Menschen, so drängt sich die Frage auf, wieso überhaupt ein solch hohes Vertrauen und solche Erwartungen in die Sprache gesetzt werden können. Wenn der Diskurs eine geschichtlich gescheiterte Größe ist, dann wird man kaum von ihm das erhoffen können, was Habermas davon erwartet.

Es erscheint kaum zufällig, daß Habermas hier einen Begriff der Logik in Anspruch nimmt, der als Struktur sowohl die verzerrte wie die unverzerrte Kommunikation bestimmt, die jedoch sowohl Verstehen wie auch Mißverstehen zuläßt,

14) ES, S. 24.
15) ES, S. 25.
16) ES, S. 23.
17) ES, S. 23.
18) Siehe dazu R. Hegselmann, Die Systemtheorie Luhmanns als technokratischer Institutionalismus und administrative Hilfswissenschaft, in: „Blätter", dieses Heft.
19) ES, S. 23.

die sowohl Verständigung wie auch Irreführung ermöglicht, die jeweils in den pragmatischen Situationen Feindschaft wie Freundschaft, Irrtum wie Wahrheit zuläßt.

Sprachliche Kommunikation dient kaum immer schon — eben im teleologischen Sinne — der Verständigung [20]). Eine Universalpragmatik mit solch normativen Implikationen unterstellt schlicht ein idealtypisches Modell zum gattungsgeschichtlichen Konsens, zum geschichtlich-evolutiven Apriori des Menschen. Sie suggeriert eine hermeneutische Meta-Theorie als Wahrheit einer Theorie der Sprache und anonymisiert eben darin ihren eigenen meta-theoretischen Anspruch als idealtypisches Modell. Mehr noch — sie unterstellt diese als eine faktisch geltende und wirksame Beschreibung dessen, was im Sprechen je und je schon teleologisch geschieht.

Die Vermittlung zwischen sprachlicher Sozialität, dem konkreten Reden und Sprechen, und der abstrakt formulierten Theorie eines Diskurses fehlt nicht zufällig. Sie ist eo ipso unmöglich. Daß der soziale Konflikt in der Sprache aufhebbar sei, besagt zunächst nicht mehr als dies, daß die Sprache im gesellschaftlichen Konflikt als eine solche Möglichkeit in Anspruch genommen wird. Der Konflikt erscheint suspendiert. Daß die Sprache in solchen Konflikten versagen kann, daß sie und das Sprechen Mittel der Beherrschung, der Manipulation, der Suggestion sind, daß es die Tabuisierung der Sprache mittels Sprache gibt — wie sich dies deutlich in der augenblicklichen gesellschaftlichen Situation zeigt —, wird hier dann bestenfalls zu einer misère, der gegenüber festgestellt wird, daß wir es mit verzerrter Kommunikation zu tun haben. Aber — was soll's — sprich, was hilft's.

Daß die Spraße, sprich der Diskurs, als eine relativ autonome und irgendwie freigesetzte Dimension von Kommunikation und Kompetenz die Möglichkeit der Genesis eines sozialen Subjekts sein könne, wird bei Habermas angenommen, ja, eine Art immanenter Unvermeidlichkeit postuliert. Soll darin mehr gewonnen sein als ein theoretisches Modell, als die „unvermeidliche wechselseitige Antizipation und Unterstellung einer idealen Sprechsituation" [21]), so müßte ein solches Modell und die damit gesetzte theoretische und postulative Norm zurückorientiert und genetisch verstanden und erklärt werden aus den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen und Zusammenhängen.

Daß der Diskurs „Bedingung des Unbedingten" sei oder sein könne, ist kaum mehr als eine idealistische Träumerei [22]). Sie antizipiert hier schon ein Unbedingtes, das dann auch irgendwie und idealtypisch und contrafaktisch in dem anzunehmen sei und aufzusuchen sei, was da als Rede und Widerrede, als konkreter Konflikt, der sich in der Sprache artikuliert, als Kampf um Lohn und Arbeit, um Prestige und Reputation etc. wirklich vollzieht. Man hat dazu bemerkt, Habermas habe wohl vor allem die theoretische oder akademische Situation des Diskurses im Blick, wo es denn wahrhaftig um reine Geltung gehen könne. Aber — so wäre zu bemerken — diese Vorstellung ist ebensowenig oder noch viel weniger bestätigbar, denn die Sprache und das Sprechen der akademischen Subjekte ist keineswegs außerhalb und unberührt von den konkreten Macht- und Besitz-

20) Hier läßt sich das von H. Lang erwähnte Epigramm anführen: „So rechtfertigen psychoanalytische Erkenntnisse zunächst jenes philosophische Epigramm, das besagt, die Sprache sei dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen" (H. Lang, Die Sprache und das Unbewußte, Frankfurt/M. 1973, S. 66).
21) ES, S. 26.
22) Hierhin gehört die Kritik, die Ritsert und Rolshausen an Apel vorgetragen haben. Siehe dazu: J. Ritsert/C. Rolshausen, Der Konservativismus der kritischen Theorie, Frankfurt/M. 1971, S. 89.

bedürfnissen, von einem Durchsetzungswillen, der Subjekt und Position naiv identifiziert [23]).

Der Versuch mit der Sprache, den Habermas unternimmt, diese nämlich zu einer originären und metaphysischen, meta-realen und meta-sozialen Genesis von Sozialität zu kreieren, sie als die Möglichkeit, das Unbedingte im Bedingten zu generieren, Sprache als die eigentümlich menschliche Möglichkeit zur Freiheit und der Freiheit im und für den Menschen zu qualifizieren, muß notwendig mißlingen. Sie voraussetzungslos und in sich selber als denjenigen Ort zu bestimmen, wo und von woher möglich sei, was ansonsten unmöglich scheint, das verführt nur dazu, in ihr einer ideologischen Vernebelung zu verfallen.

„Universalpragmatik" und „Generalthesis" bedeuten dann aber jeweils eine Art Exodus aus der Geschichte, eine Ignoranz gegen die konkrete Wirklichkeit der Sprache, die jeweils die Sprache und das Sprechen in bestimmten sozialen Verhältnissen und in je konkreten gesellschaftlichen Widersprüchen ist, die sich kaum in der Sprache und im Sprechen werden aufheben oder auch nur zureichend abklären lassen. Der Hintergrundkonsens, von welchem Habermas ausgeht, könnte dann vielleicht ein Hintergrundkonflikt sein, der selber „immer schon" tabuisiert worden ist und anonymisiert wird [24]) und das Bewußtsein kaum adäquat erreicht, es sei denn über die konkreten Konflikte selber. Die Sprache und das Sprechen funktionieren dann aber in und gemäß den Verhältnissen, in welchen sie entstehen, entstanden sind, benutzt, gebraucht werden gemäß den Bedürfnissen und Interessen, denen sie zu dienen haben und in denen sie je und je funktionieren [25]). Bei Habermas aber erscheint mir die Sprache schon deshalb total überfordert, weil so nur „Sprache als Sprache zur Sprache" kommt [26]).

Arbeit und Sprache

> *„Die Sprache ist so alt wie das Bewußtsein — die Sprache i s t das praktische, auch für andere Menschen existierende, also auch für mich selbst erst wirkliche Bewußtsein, und die Sprache entsteht, wie das Bewußtsein, erst aus dem Bedürfnis, der Notdurft des Verkehrs mit den anderen Menschen" (Karl Marx/Friedrich Engels, Deutsche Ideologie, S. 72).*

Das skizzierte Resultat des Diskurses oder auch die utopische Funktion des Diskurses, der zugleich eine Sprachtheorie impliziert, die ebenso utopisch sein muß, ist im Kontext der Überlegungen, die Habermas produziert hat, keineswegs überraschend. Der Rückzug des Idealismus oder einer idealistischen Philosophie auf die Sprache vermeidet zugleich eine gesellschaftliche und materielle Selbstortung der Philosophie. Die Universalpragmatik erscheint als eine Grammatik des Allgemeinen, das in seiner Allgemeinheit die Frage nach seiner materiellen Aneignenbarkeit und seiner gesellschaftlichen Funktion nicht mehr zu stellen nötig hat, weil es immer schon den Konsensus der Sozialität in sich selber hergestellt zu haben vorgibt, den sich die konkreten Menschen dann nur noch anzueignen haben.

---

23) Hier wären wissenschaftssoziologische Analysen einzublenden. Ich verweise auf P. Weingart, Wissenschaftssoziologie 1 und 2, Frankfurt/M. 1972/73.
24) LSp, S. 56 ff.
25) Hier ist auf die Arbeiten der Sozio-Linguistik zu verweisen, auf die Arbeiten von B. Bernstein/U. Oevermann.
26) Was eine Heideggersche Formel ist. M. Heidegger, Der Weg zur Sprache, in: Die Sprache, Darmstadt 1959, S. 93 ff.; die Formel siehe S. 94.

Wie — das ist dann eine andere Frage, deren Lösung erneut auf Hintergrundkonsensus und geschichtlichen Freiraum bezogen bleibt, dessen elitäre Auszeichnung wiederum diskursiv zu sein hat. Der Rückgang auf das „normative Fundament umgangsprachlicher Kommunikation" erinnert nur [27]), daß eben diese Voraussetzung in Anspruch genommen werden soll und muß, wenn eine herrschaftsfreie und aufgeklärte Sozialität gelingen soll. Die Frage ist aber kaum, ob sie gelingen soll und muß, sondern wie sie gelingen kann.

Habermas etabliert die Differenz zwischen Idealität und Realität (oder mieser Wirklichkeit), um diese an der Idealität, der Idee neu zu orientieren und sie so zu verändern. Lobenswert! Wie aber diese Differenz gesetzt und von woher sie erfahrbar sei, warum sie ihre Relevanz hat, dieses eben bleibt anonym, weil der Konflikt anonym bleibt, der diese Erfahrung generiert, verursacht und so und von daher Konsensus idealiter antizipierbar macht.

Der Grund ist wohl dort zu finden, wo Habermas sich gegen die „Reduktion des Selbsterzeugungsaktes des Menschen auf Arbeit" [28]) wehrt, wo also letztlich Sprache und Arbeit, Arbeit und Erkenntnis/Selbstreflexion eigenständig nebeneinandergestellt werden, wo demnach der Arbeitsprozeß nicht mehr als Aneignung der Natur durch den Menschen und *zugleich* als Aneignung des Menschen durch den Menschen begriffen wird. Zwar beansprucht Habermas — implizite jedenfalls —, eine dialektische oder materialistische Analyse der Gesellschaft zu leisten, aber die „Idee einer Erkenntnistheorie als Gesellschaftstheorie" verführt dann dazu, die Selbstreflexion zu deuten als die Einheit von Erkenntnis und Interesse, der sich Arbeit und Sprache, Theorie und Praxis als Phasen darstellen, deren eigentümliches Verhältnis die Reflexion erklärt und begreift, aus welchen sie selber aber nicht mehr zu begreifen sein wird, weil sie immer schon eine gewisse Transzendenz, eine qualitative Differenz beansprucht, aus der heraus sich eine Struktur der Soziogenese vornehmen läßt, deren eigentümlicher Legitimations- und Geltungsboden allein diese Reflexion qua Vernunft zu sein hat.

Hier leidet Habermas nicht nur an einer vorschnellen Synonymisierung von Arbeit und Produktion, sondern ebenso oder mehr an einer mangelnden Analyse des Marx'schen Arbeitsprozeß-Modells, wie es z. B. im „Kapital" entwickelt ist und wie es in seiner kategorialen Struktur in den Grundrissen der Kritik oder politischen Ökonomie entworfen worden ist [29]). Aber es ist wenig reizvoll, hier auf einer interpretativen Aufgabe zu insistieren und den Anschein zu erwecken, es gehe um die hermeneutische Valenz. Worum es geht, ist vielmehr die Unmöglichkeit, Sprache und Erkenntnis, den theoretischen Prozeß neben den ökonomischen zu etablieren, ihm eine autonome oder originäre — z. B. in der Distributionssphäre zu ortende — Genesis und Funktion zuzugestehen.

Der Versuch, den „transzendentalen Bedingungen des Systems gesellschaftlicher Arbeit" in dieser Weise Geltung zu verschaffen, enthüllt nur, daß diese dann später als „quasitranszendentale Bedingungen" [30]) bezeichneten Bedingungen die theoretische Differenz zwischen Natur- und Geistes- oder Gesellschaftswissenschaften als eine konkrete und faktische Eigenständigkeit in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß rejizieren, ohne dies doch einsichtig machen zu können. Die Verlegenheit, durch solche Unterscheidungen wie instrumental und kommunikativ, äußerlich und innerlich eine qualitative Differenz von Natur und Mensch zu

27) ES, S. 26.
28) EI, S. 58.
29) K. Marx, Kapital, Kp. 5, und: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Wien, Einleitung, Kp. 3; Die Methode der Politischen Ökonomie, S. 21 ff.
30) ES, S. 16.

setzen, die dann doch in der qualitativen Differenz von Mensch zu Mensch sich wiederhole, läßt empfindlich werden, daß eben diese Differenzen zwar relativ anwendbare Unterscheidungen sein können, die aber im menschlichen Arbeitsprozeß ihre genuine Ursache und Herkunft haben. Sie lassen sich sehr wohl daheraus verstehen und herleiten, d. h. erklären, wie sie sich auch im Arbeitsprozeß je und je entfalten. Der Versuch also, den Kampf sozusagen neben die Arbeit und in Konsequenz dann die Sprache und die Theorie neben die Arbeit und die Produktion zu stellen, die dann später auf einem emanzipativen Niveau wieder versöhnt und vermittelt werden sollen, läßt die dialektische Untrennbarkeit verschwinden; d. h., sie verführt zu einer transzendentalen Emanzipation, statt zu einer realen und statt eine reale zu ermöglichen. Sie inszeniert eine Flucht in die akademische Dimension reflexiver Subjektivität, die sich schon als soziales Subjekt von Theorie und Gesellschaft selber antizipiert.

Entgegen Habermas ist für eine materialistische Analyse darauf zu insistieren, daß der Arbeitsprozeß sowohl die symbolische und kommunikative wie auch die instrumentale und kooperative Dimension aus sich entwickelt, daß er die Strukturen von Sprache, Erkenntnis und Werkzeug entfaltet. Das aber besagt dann auch, daß die kategoriale Struktur der theoretischen Prozesse wie auch die der praktischen Prozesse aus ihm heraus begriffen werden können und müssen. Auch die Theorie, die Wissenschaft konstituiert sich in den konkreten gesellschaftlichen Arbeitsprozessen. Das gilt für die sozio-ökonomischen, die sozio-politischen Prozesse ebensosehr wie für die sozio-theoretischen. Diesen Ausdifferenzierungsprozeß geschichtlich zu verfolgen, ist eine empirische Aufgabe, die, soweit sie in Angriff genommen worden ist, deutlich genug gezeigt hat, wie vermittelt diese Entwicklungen sind.

Habermas formuliert: „Die Synthesis durch Arbeit vermittelt das gesellschaftliche Subjekt mit der äußeren Natur als ihrem Objekt. Aber dieser Vermittlungsprozeß ist verschränkt mit einer Synthesis durch Kampf, welche ihrerseits zwei einander zum Objekt machende Teilsubjekte der Gesellschaft, nämlich soziale Klassen, vermittelt. In beiden Vermittlungsprozessen ist Erkenntnis, die Synthesis von Erfahrungsmaterial und Formen des Geistes, nur ein Moment: dort wird die Wirklichkeit unter technischen, hier unter praktischen Gesichtspunkten interpretiert. Die Synthesis durch Arbeit stellt eine theoretisch-technische, die durch Kampf eine theoretisch-praktische Beziehung zwischen Subjekt und Objekt her. Dort bildet sich Produktionswissen, hier Reflexionswissen" [31]).

Das Wort Verschränkung deutet wohl auf die Diffusion des Gedankens hin, der genau das, was er will, hier nicht zu leisten vermag. Kampf und Arbeit sind wohl ebensowenig zu trennen wie Sprache und Arbeit. Daß sich so ein Vermittlungsprozeß abspielt — soll das heißen: realisiert? —, bleibt wohl abstrakt. Was aber heißt es dann, daß in beiden Prozessen Erkenntnis „Moment" sei? Wird hier beansprucht, daß sie Moment sei — aber als ein Moment des Prozesses nicht selber Resultat solcher Prozesse? Welche Sprache wird hier von Habermas eigentlich praktiziert: Objekt- oder Meta-Sprache, wie man zu unterscheiden geneigt sein mag. Arbeit *und* Sprache, Arbeit *und* Kampf sind zunächst und unmittelbar nicht Interpretationen, ob der Natur oder des Menschen. Arbeit und Kampf sind je und je Situationen, in denen die Menschen die Bedingungen ihres Lebens produzieren und reproduzieren. Daß hier Produktionswissen und Reflexionswissen produziert werden, ist zugebbar, aber weder gegeneinander isolierbar noch eine primär erfahrbare und relevante Differenz. Der Versuch, die sogenannte Selbst-

31) EI, S. 77.

konstituierung der Menschengattung einerseits als eine Selbsterzeugung durch produktive Tätigkeit und andererseits durch kritisch-revolutionäre Tätigkeit — wobei der Zusatz kritisch zugleich die Folge reflexiv und dieses wiederum die Folge transzendental nach sich zieht — zu trennen, um sie nachträglich und theoretisch vereinigen zu können, läßt vermuten, daß es sich eben um eine theoretische Bemühung handelt, die selber wiederum der Vermittlung mit der sozialen Realität bedürftig ist, auf die sie sich zu beziehen vermeint — usf.

Das ermöglicht dann, nicht Sprache auf Arbeit zu beziehen, sondern Kampf und Sprache so zusammenzubringen, daß eben hier die „grammatischen Beziehungen einer durch Gewalt verzerrten Kommunikation" durch eine dialektisch-dialogische Bewegung lebenspraktisch und logisch zugleich aufgehoben werden.

Wenn aber die Sprache und die Erkenntnis mit dem Prozeß der Produktion „verschränkt" sind, wenn Arbeit und Kampf „verschränkt" sind, dann ist diese Erwartung keineswegs ein zureichendes Resultat, das den Konflikt zwischen den Klassen aufzuheben in der Lage wäre — um so weniger, als eben diese Funktion im Prozeß der Arbeit selber unbekannt und unbegriffen bleibt und unter diesen Bedingungen eines quasi-materialistischen Ansatzes auch notwendig unbegriffen bleiben muß. Insofern sich die Sprache wie die Erkenntnis gegen die Arbeit verselbständigt und sich neben dieser als ein eigentümlicher Prozeß der Gesellschaft etabliert, gleichsam ein prozessualer Parallelismus, weist die Metapher schon auf eine infinite Entwicklung hin.

Das aber bedeutet mehr als nur ein theoretisches Dilemma. Der Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln, scheint mir genau von hierhier auch destruiert zu sein, unvollziehbar zu werden. Ein solcher transzendental diktierter Ansatz hat keine Chance, die Wirklichkeit des gesellschaftlichen Prozesses zu erreichen, weil er aus der Differenz von Realität und Idealität, aus der Differenz von Theorie und Praxis immer schon und vorgängig bestimmt bleibt — und eben diese Differenz für ihn unpreisgebbar sein und bleiben muß. Die Sprache als das der Arbeit entfremdete Apriori eines sozialen Subjekts kann dann auch nur die reflexive Theoretizität eines entfremdeten Bewußtseins theoretischer Subjekte sein, die ihre eigene Voraussetzung, ihre materielle Notdurft unbegriffen läßt.

Evolution und Legitimation

In seiner Arbeit LSp stellt Habermas lapidar fest: „Ich sehe im Augenblick keine Möglichkeit, die Frage nach den Chancen der Selbsttransformierung des Spätkapitalismus mit triftigen Argumenten zu entscheiden" [32]).

Sie ist auch kaum argumentativ zu entscheiden, vor allem nicht innerhalb eines deskriptiv gehaltenen Modells, das sich vornimmt, den transformativen Prozeß zunächst einmal zureichend zu beschreiben. Ein deskriptives Modell reicht sicherlich nicht aus, um eine adäquate Situationsanalyse zu leisten, vor allem nicht unter den von Habermas formulierten Voraussetzungen. Das Verhältnis von Empirie und Hypothese muß notwendig selber hypothetisch bleiben, wie in den „Schwierigkeiten" [33]) deutlich gemacht worden ist. Der Begriff der Selbsttransformation nimmt in bestimmter Weise das wieder auf, was zu Anfang als jenes Defizit proklamiert worden ist: „Der programmatische Charakter des ersten Teils macht deutlich, daß eine Theorie der sozialen Evolution heute noch kaum ausgebildet ist, obwohl sie Grundlage der Gesellschaftstheorie sein müßte" [34]).

32) LSp, S. 66.
33) ES, S. 14.
34) LSp, S. 7.

Die Anwendung des Begriffs der Evolution auf die Gesellschaft hat seine Konsequenzen, die nicht rein theoretischer Natur sind und, wie mir scheint, keineswegs auf ein rein theoretisches Defizit hinweisen. Wenn man von den biologischen und naturalistischen Implikationen und der damit verbundenen terminologischen Metaphorik einmal absieht, so bleiben die Probleme zu erinnern, die Habermas selber in den „Schwierigkeiten" artikuliert [35]). Dort entwirft er die Skizze eines transzendentalen Modells von „allgemeinen kognitiven Strategien der handlungsbezogenen Organisation von Erfahrung" [36]). Daß genau diese Strukturen in den konkreten Arbeitsprozeß verweisen und auch aus diesem Arbeitsprozeß gemäß dem Modell, das Marx entwickelt hat, entstanden sind, muß hier angemerkt werden.

Dies aber besagt, daß die kognitiven Strukturen und die operativen Normen sowie die theoretischen Kategorien aus diesem Prozeß der Arbeit, der arbeitsteiligen Kooperation und Kommunikation sich entfalten und, wie sie von daher zu verstehen und zu begreifen sind, auch dahinein orientiert werden müssen, wo sie denn die ihnen eigentümliche theoretische Valenz zu bewähren haben. Dies gilt auch für die komplexen Produktionsweisen der augenblicklichen Gesellschaft.

Wenn demnach eine Theorie der gesellschaftlichen Evolution die deskriptive und deskribierbare Empirie des Spätkapitalismus selektiv bestimmt, wird sich in Konsequenz das Problem der möglichen Legitimation vor das einer möglichen Emanzipation schieben. Es wird die Legitimationskrise zur Stabilitätskrise werden müssen, einfach deshalb, weil die evolutive Gattungsgeschichte ein Lösungsmodell nahelegt, das die Frage der Substituierung von Wert durch Sinn deshalb zentralisiert, weil die Konkurrenz von polit-ökonomischen und sozio-kulturellen Faktoren anthropologisch etabliert und legitimiert erscheinen muß.

In seinem deskriptiven Modell des Spätkapitalismus unterscheidet Habermas das ökonomische, das administrative, das legitimatorische System, um sodann auf die Klassenstruktur zu sprechen zu kommen, wo er dann feststellt, daß sich die Klassenidentität weitgehend aufgelöst habe, daß die politische Anonymisierung der Klassenherrschaft noch durch die soziale überboten werde. Repolitisierung des ökonomischen Systems und Anonymisierung der Klassenstruktur, des Klassenkampfes, führen zu der Bemerkung, daß der Widerspruch einer vergesellschafteten Produktion für partikulare Ziele wieder unmittelbar eine politische Form annehme, aber eben nicht die Form des Klassenkampfes. Der „latent gehaltene" Klassenkonflikt kann sich selber transformieren [37]).

Dazu kommt der Hinweis darauf, daß die rapiden Wachstumsprozesse spätkapitalistischer Gesellschaften die Weltgesellschaft mit Problemen konfrontiert, die sich nicht als systemspezifische Krisen verstehen lassen. Damit sind wir bei dem Begriff einer postkapitalistischen Gesellschaft, bei der ökologischen Krise, den „Grenzen des Wachstums". Hier kann der Spätkapitalismus dann als ein Problem erscheinen, das nicht mehr im Horizont der Klassenantagonismen zu betrachten ist, sondern die Frage nach der Evolution der menschlichen Gattung stellt, die den sozialen Konflikt nicht mehr als einen Systemkonflikt, sondern als eine evolutionäre Krisis eben dieser Gattung zu begreifen aufgibt [38]).

Nun ist Habermas gewiß nicht derjenige, der die Systemkrise zur Loyalitätskrise umfunktionieren will. Zum anderen ist nicht zu leugnen, daß die Thematisierung

35) ES, S. 27/28.
36) ES, S. 28.
37) LSp, S. 56 ff. und S. 97.
38) LSp, S. 61 ff.; dazu auch E. Gärtner, Der „Club of Rome" und die gegenwärtige Krise des Kapitalismus, in: „Blätter", 6/1974, S. 620 ff.

des Klassenkonflikts als Legitimationsdefizit in den spätkapitalistischen Gesellschaften auf einer Dichotomisierung basiert, die polit-ökonomische und soziokulturelle/sozio-theoretische Faktoren nebeneinanderstellt, wozu diese These von der Wissenschaft als einer primären Produktivkraft zu führen scheint. Wie immer die Differenzierung des sozialen Systems in einzelne Subsysteme sich darstellen *mag — die Gefahr ist nicht zu ignorieren*, daß die Verschiebung der Krisen aus der ökonomischen in die politische und aus der politischen in die kulturelle Dimension keineswegs darüber hinwegtäuschen darf, daß sie in den materiellen polit-ökonomischen Antagonismen ihre eigentümliche Ursache haben.

Wenn es heißt: „Nachdem aber der liberalkapitalistische Bann des Warenfetischs gebrochen ist (...), kann sich die Naturwüchsigkeit ökonomischer Prozesse auf der Ebene des politischen Systems allenfalls in sekundärer Form wiederherstellen: der Staat muß sich einen Rest von Bewußtlosigkeit erhalten, damit ihm aus seinen Planungsfunktionen keine Verantwortlichkeiten erwachsen, die er nicht einlösen könnte, ohne seine Konten zu überziehen" [39]), so ist das dann zwar eine Situation, in der ideologische Manipulation ein wichtiges Mittel wird, aber es ist ein Symptom, das auf den Antagonismus zurückverweist, der selber nicht mehr manipulierbar ist. Das Problem der Legitimation kann darum nur adäquat gestellt werden, wenn es auf den sozialen Basiskonflikt hin orientiert bleibt. Ansonsten gelangt man notwendig dahin, diesen Konflikt über reine Bewußtseinsprozesse lösen zu wollen oder darin eine Möglichkeit zu deklarieren, die den Konflikt, indem sie ihn aus dem Bewußtsein verschwinden läßt, auch aus der sozialen Realität *habe verschwinden lassen*.

Die Legitimationskrise als Geltungskrise und Loyalitätskrise empfiehlt dann eo ipso einen Aufklärungsprozeß, der den Diskurs als eine oder auch die entscheidende Möglichkeit in Sicht bringt, die es erlaubt, diejenigen transformativen Prozesse zu verwirklichen und in Gang zu setzen, die dann jene verallgemeinerungsfähigen Interessen zu Normen des Handelns werden läßt, die den Klassenkonflikt dann selber zum Verschwinden bringen können. Dies um so mehr, wenn die postkapitalistische Apokalypse allgemeinmenschliche Solidarität zur unmittelbar letzten Alternative werden läßt.

Damit allerdings scheint dann wiederum eingestanden, daß die konkreten Konflikte auch für den Diskurs den relevanten Inhalt und die entscheidende Orientierung bereitstellen müssen. Wenn die latent gehaltene Klassenstruktur *die* Ursache des Legitimationsdefizits ist [40]), dann mag Habermas mit Recht sagen, daß „Sinn" zur knappen Ressource geworden ist, aber dies doch letztlich eben darum, weil Wert selber zu einer solchen geworden ist und immer mehr wird. Sie sind dann nicht durcheinander substituierbar. Sozialer Sinn ist nur als gesellschaftlicher Wert aneigenbar. Daß er dazu notwendig ist, kann niemand ernsthaft leugnen; daß er diesem substituierbar wäre, kann nur der Reflex einer ideologischen Irritation sein.

Anders als viele Theoretiker ist Habermas auf der Suche nach dem sozialen Subjekt, das fähig sein soll, die gesellschaftliche Evolution zu leisten und die Transformation des spätkapitalistischen Systems zu verwirklichen. Während man sich zumeist für die Stabilität dieses Systems und seine Funktionsfähigkeit interessiert, ohne der Belastbarkeit der Subjekte und der Verallgemeinerbarkeit der Interessen wesentliche Beachtung zu schenken [41]), sieht Habermas die Krisen in

[39]) LSp, S. 97.
[40]) LSp, S. 103.
[41]) Dazu R. Hegselmann, a.a.O.

ihrem Zusammenhang mit den Klassenstrukturen sehr wohl. Daß es ein solches soziales Subjekt sehr wohl gibt, bleibt dabei aus gewissen Gründen anonym.

Das mag auch daran liegen, daß die Situationsanalyse, die Habermas bietet und deren analytische Qualität keineswegs zu bestreiten ist, sich doch allzu provinziell orientiert. Sie sieht die Situation entschieden oder doch weitgehend intern. Sie sieht zu wenig und reflektiert zu wenig die Situation als eine solche, für welche die Dritte Welt und die sozialistischen Staaten selber weitgehend die Situation mitbestimmende Faktoren sind. Das ist mit dem Hinweis auf ökologische Systemzwänge, die selber allzusehr kapitalistisch sind, keineswegs adäquat geschehen. Wenn aber der Kapitalismus selber eine Weltsituation konstituiert, die als solche die eigentlich revolutionäre Situation genannt werden muß, da sie auch in revolutionäre Konsequenzen führt, so kann die vorgelegte Analyse ihren sehr begrenzten Charakter nicht verleugnen.

Damit kann bewußt werden, wie wenig hier eine evolutionäre Theorie und die Thematisierung des Legitimationsproblems innerhalb des Spätkapitalismus zu genügen vermögen. Es kann auch bewußt machen, daß Emanzipation und Legitimation in Hinsicht auf die konkreten sozialen Konfliktlagen nicht als die primären in Anspruch zu nehmen sind, über die eo ipso oder von woher eigentlich die Lösung eben dieser Konflikte zu ermöglichen ist. Vielmehr wird oder kann dann deutlich werden, daß wir es mit Faktoren zu tun haben, deren je relative Relevanz nicht zu leugnen, deren Effizienz nur in und aus diesem Zusammenhang zu bestimmen sein wird. Eine solche Perspektive kann sich aber auf den Chorismos von Theorie und Strategie ebensowenig einlassen wie auf eine „Parteilichkeit für Vernunft", für wen sie denn nun Partei ergreife, wenn sie aus der Metaphorik heraus müsse und wo und wer das soziale Subjekt sei, welches hier seine Vernünftigkeit in ein konkretes Engagement überführe [42]).

Es ist nicht schwer zuzustimmen, daß wir keines blinden Aktionismus bedürfen, es ist aber doch zu fordern, daß wir einer Vermittlung von Theorie und Praxis bedürfen, die uns strategisch sinnvoll zu orientieren in der Lage sein muß und nicht Legitimation aus Diskursen gegen konkrete Konsequenzen immunisiert. Eine solche idealtypische Abstinenz mag zwar aufklärenden Diskursen wohl bekommen, aber sie verbleiben letztlich in der Beliebigkeit einer luxurierenden Reflexion, deren theoretische Valenz mit ihrer praktischen Impotenz unlösbar verbunden bleibt.

[42]) Dazu auch V. Gerhard, Vernunft und Interesse, Dissertation, Münster 1974, Kp. 2, 5; und J. Schmitter, eingereichte Dissertation, Münster 1974, Parteilichkeit als strategisches Konzept wissenschaftlicher Arbeit, Kp. 1,2.

Die „neue politische Ökonomie" und Ansätze politisch-ökonomischer Neubesinnung in den Wirtschaftswissenschaften (II)*)

Von Wolfram Elsner

4. „Optimalbudget", „öffentliche Güter" und „externe Effekte" — Die Staatstätigkeit im Verständnis der „npÖ"

Die Erkenntnis, daß der Staat nicht mehr länger „exogener Faktor" der Analyse bleiben darf, eine fruchtbare Einbeziehung aber über den Erkenntnisstand deskriptiver Steuer- und Staatsausgaben-Systematiken der Finanzwissenschaft hinausgehen muß, wird von der „npÖ" an zentraler Stelle formuliert. Realer Hintergrund dieser Erkenntnis ist die quantitativ und qualitativ *gewachsene Bedeutung des Staates* für den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß [53]). Der Versuch der theoretischen Erfassung der Staatstätigkeit stützt sich einerseits auf den formalen „wohlfahrtsökonomischen" Ansatz eines allgemeinen, Privat- und Staatsbereich gleichermaßen umfassenden Gleichgewichtsmodells. Die wohlfahrtsökonomische Argumentation zielt auf den (logischen) Nachweis *„optimaler" Allokation* der Produktionsfaktoren, also maximaler Effizienz durch die private Konkurrenzordnung. Die Einbeziehung des Staates in diese Modellkonstruktion stand entsprechend unter der Fragestellung „optimaler" Ressourcenaufteilung auf privaten und staatlichen Bereich. Die theoretischen Probleme des Eintritts des Staates in den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß wurden auf die Frage des „optimalen" Anteils des Staates an den Ressourcen (Optimalbudget) reduziert. Der wohlfahrtstheoretische Versuch, diese Optimalaufteilung logisch aus dem individualpsychologischen Nutzenkonzept zu konstruieren [54]), gelang nicht: die Einführung staatlicher Aktivität (Produktion „öffentlicher Güter") hätte eine gesellschaftliche Bewertung, also modell-logisch die Aufstellung einer *gesellschaftlichen Präferenzfunktion* durch Aggregation der Individualpräferenzen erforderlich gemacht. Die vollkommene Inkommensurabilität der Individualpräferenzen, der ökonomische Subjektivismus, ist aber gerade eine ideologische Konstante der Gleichgewichtsökonomik schlechthin. Die Konstruktionen erbrachten also, durch die eigenen Prämissen behindert, keine Lösung (die ohnehin bloß formal gewesen wäre). Während einige Wissenschaftler den Ausweg in der weder wissenschaftlich befriedigenden noch sonderlich originellen Einführung eines „weisen Diktators" (Samuelson) suchten, bemühten sich andere, eine gesellschaftliche Präferenzfunktion mit Hilfe modellhafter politischer Abstimmungsverfahren zu konstruieren. Theoretiker der „npÖ" sehen hierin „das Grundproblem der Politik" (Frey) schlechthin. Den formallogischen Bemühungen gelang hierbei der Nachweis, daß die verschiedenen Wahlsysteme

*) Vgl. „Blätter", 11/1975, S. 1233 ff.

53) Die verschiedenen finanzwissenschaftlichen Entwicklungshypothesen der Staatsausgaben haben bisher jeweils einzelne Ursachen dieses Prozesses (Industrialisierung, Urbanisierung, gewachsenes „Bedürfnis nach öffentlichen Leistungen" usw.) verabsolutiert, ohne den Prozeß insgesamt theoretisch hinreichend zu erfassen; auch hier hat die „Gruppentheorie" als neuestes Erklärungselement Einzug gehalten; vgl. K. Schmidt, Entwicklungstendenzen der öffentlichen Ausgaben im demokratischen Gruppenstaat, in: „Finanzarchiv", NF 25 (1966).

54) Z. B. P. A. Samuelson, Eine Theorie der öffentlichen Ausgaben: Grafische Darlegung, in: H. C. Recktenwald (Hrsg.), Finanztheorie, Köln und Berlin (West) 1970.

nicht unbedingt zu eindeutigen (konsistenten) Ergebnissen führen müssen (sogenanntes Arrow-Paradoxon, Unmöglichkeitstheorem), also „daß auch die Demokratie zu logisch widersprüchlichen gesellschaftlichen Entscheidungen führen kann" [55]). Da also auch über diesen Weg die gesellschaftliche Präferenzfunktion nicht zu konstruieren war, hätte die „npÖ" eigentlich keine Veranlassung mehr, diese theoretisch obsoleten Bemühungen zu einem ihrer integralen Bestandteile zu machen, wenn nicht neueste Versuche dahin gingen, der Erzwingung des gewünschten Ergebnisses essentielle Bestandteile der bis dahin gültigen Demokratieauffassung zu opfern. Die nunmehr umgekehrte Fragestellung lautet: Unter welchen Bedingungen bringen modellhafte Wahlverfahren das erstrebte harmonische Ergebnis zustande? Interessanterweise wird die bis dahin an demokratische Wahlverfahren gestellte Bedingung aufgegeben, daß alle gesellschaftlichen Auffassungen sich der Abstimmung stellen können. Als Forschungsfrage der „npÖ" stellt sich heute die Frage nach der „zulässigen Abweichung von der Uniformität in den individuellen Präferenzen" [56]). Ist die Verlagerung des wissenschaftlichen Interesses in diese Richtung bereits bemerkenswert, so sind die letzten Forschungsergebnisse brisant (wenn auch nicht minder tautologisch): „Neueste Arbeiten kommen zu dem Ergebnis: Soll das Unmöglichkeitstheorem umgangen werden, so muß fast vollständige Einigkeit in den Meinungen der Individuen bestehen" [57]). Die wirklich interessante Frage lautet: Wie lange wird es dauern, bis sich demokratiefeindliche Kräfte offen derart „politisch-ökonomisch" legitimieren werden?

Auch andere Ansätze der „npÖ" gelangen zu dem Schluß, daß in einer gut funktionierenden Demokratie „rationale" Politiker sich zur politischen Uniformität („Mitte") hin bewegen müßten. Der „pragmatische" Ansatz [58]) der Erklärung „optimaler" regierungspolitischer Aktivität stützt sich dabei auf das bekannte Stimmenmaximierungsmodell. Während Staatsausgaben (für konjunktur- und beschäftigungs- oder sozialpolitische Maßnahmen) der Regierung Stimmengewinne bringen werden, wird deren Finanzierung (durch Steuern) Stimmenverluste bringen. Die optimale Budgetgestaltung ist dann eine einfache Optimierungsaufgabe zwischen den entgegengesetzten Effekten der Budgetausweitung.

Neben diesem einfachen Optimierungsproblem stellt sich einer „rationalen" Regierung in der Praxis eine Reihe von taktischen Fragen [59]). Staatsausgaben sind z. B. propagandistisch möglichst so zu präsentieren, daß die Stimmengewinne hoch sind, die Finanzierung dagegen ist möglichst unmerklich vorzunehmen (Verschuldung, Inflationsgewinn u. ä.). Ferner sind Einnahmen und Ausgaben optimal mit Wahlterminen zu synchronisieren. Folge dieses Regierungsverhaltens ist eine empirisch feststellbare Kumulation von Sozialgesetzen, Steuerfreibeträgen etc. in Wahljahren [60]). Die „npÖ" geht so weit, Wirtschaftszyklen als „politische Konjunkturzyklen" auf das wahlorientierte Budgetverhalten der Regierung zurückzuführen. Die notwendige kurzfristige (Wahl-)Orientierung mache die Regierung ferner auch ignorant gegenüber langfristig notwendigen Infrastrukturinvestitionen. Erst wenn sich die vernachlässigte Infrastruktur zum Wachstumshemmnis entwickelt, gerät die Regierung unter Druck und handelt. Auch länger-

55) B. S. Frey, Neue Politische Ökonomie, WISU 1/74, S. 28.
56) Ebd.
57) Ebd., ausführlich: K. J. Tristram, Aggregation von Präferenzordnungen durch Abstimmung, Meisenheim am Glan, 1974.
58) Als „pragmatisch" wird der Ansatz deshalb bezeichnet, weil er vom Ziel maximaler „Wohlfahrt" Abstand nimmt und das praktische Verhalten jenseits von formalen Abstimmungsspielen realistisch zu beschreiben vorgibt.
59) Vgl. A. Downs, Ökonomische Theorie der Demokratie, a. a. O., z. B. S. 274 ff., F. O. Harding (Ph. Herder-Dorneich), Politisches Modell zur Wirtschaftstheorie, Freiburg 1957; M. Kalecki, Politische Theorie der Vollbeschäftigung, in: B. S. Frey und W. Meißner (Hrsg.), Zwei Ansätze . . ., a. a. O.
60) Z. B. H.-P. Bank, Sozialpolitik und Wahlpolitik, Köln 1968.

fristige Wachstumsschwankungen sind somit Folgen des „rationalen" Politikerverhaltens [61]). Die Tatsache, daß Krisenzyklen heute staatlich-budgetär vermittelt (und modifiziert) sind, schlägt sich in der „npÖ" darin nieder, daß zu den zahlreichen, ohnehin mehr oder minder unvermittelt aufgeführten Konjunkturursachen der Gleichgewichtsökonomik „die Politik" als weitere (wiederum angeblich für sich erklärungsfähige) Ursache addiert wird. Die *Addition einer „politischen" Konjunkturerklärung* zu den bisherigen „ökonomischen" ist kennzeichnend für die bloß formal einheitliche Erfassung von Politik und Ökonomie durch die „npÖ", also für deren Auffassung von politischer Ökonomie überhaupt.

Die Erfassung der Staatstätigkeit von der *„Sinngebung"* her stützt sich auf die Konstruktion „kollektiver" oder *„öffentlicher Güter"*. Staatliche Tätigkeit wurde unter gleichgewichtsökonomischen Prämissen in der Tat erst da (logisch) möglich und nötig, wo der „Markt" gewisse gesellschaftliche Bedürfnisse nicht (in befriedigendem Ausmaß) erfüllte. Die mangelnde Funktionsfähigkeit des „Marktes" wurde dabei vornehmlich auf die technischen Eigenschaften (Unteilbarkeit, räumliche Dimension etc.) der „öffentlichen Güter" zurückgeführt, die sie für eine „marktmäßig"-monetäre Bewertung und damit für privatkapitalistische Produktion unzugänglich mache. Die Definitionsversuche und -streite um „öffentliche Güter" vermochten weitgehend die Brisanz dieser aus den Kategorien der Gleichgewichtsökonomik geborenen Konstruktion zu verdecken. Die Brisanz für Modellökonomik und Marktwirtschaftstheorie besteht darin, daß die privatunternehmerische (individualpsychologische, subjektivistische) Perspektive letztlich gesprengt wird. Die *„externen Effekte"* öffentlicher Güter, also die Wirkungen, die bei Produktion oder Konsumtion dieser Güter außerhalb des individuellen Bereichs bei Dritten oder der Allgemeinheit anfallen, machen die damit verbundenen ökonomischen Probleme zwangsläufig zu gesellschaftlichen. Teilweise wegen solcher „externer Effekte", etwa der Möglichkeit, daß Dritte als „free-rider" („Trittbrettfahrer") partizipieren könnten, wird der „Markt" solche gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht befriedigen. Hier läge nach den Kategorien der Gleichgewichtsökonomik eine „suboptimale" Situation vor, die den planenden Staatseingriff erfordert [62]). Daß dieser aber die Probleme ebenfalls nicht lösen kann, wird von der „npÖ" mit dem Hinweis auf den kurzfristigen Wahl- und Stimmenmaximierungsdruck, unter dem die Regierung steht, nur teilweise richtig erklärt. Der Konflikt zwischen langfristig zu planendem Staatseingriff und dem Demonstrationscharakter kurzfristig orientierten Parteienstreits kann das Problem letztlich nicht erklären. Auch diese spezifische Form der Parteienkonkurrenz kann je aktuell vor dem Hintergrund antagonistischer gesellschaftlicher Interessen erklärt werden. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Anteile an den Kosten „öffentlicher Güter" werden von der „npÖ" ebenfalls wenig überzeugend individualistisch als Kampf aller gegen alle um die „free-rider-Position", interpretiert [62a]).

Insgesamt würde das Vorliegen jeder Art „externer Effekte" privatkapitalistischer Produktion — je nach gesellschaftlicher Bewertung ihres Ausmaßes — theoretisch die privatkapitalistische Produktion selbst aus dem Schutzbereich „rein ökonomischer", „wertfreier" Gesetzmäßigkeiten, den ihr die Gleichgewichtsökonomik errichtet hat, herausnehmen und gesellschaftlicher Diskussion zugänglich

[61]) B. S. Frey, Eine politische Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, in: „Kyklos", 1968, S. 70 ff.
[62]) Die Finanzwissenschaft muß aber heute den Staatseingriff schon dort rechtfertigen, wo klassische „private Güter" vorliegen, aber nach Auffassung einer herrschenden „informierten Gruppe" vom „Markt" in zu hohem oder zu geringem Maße produziert werden („meritorische Güter"); sie tut dies unter Verweis auf eine „soziale Führungsrolle des Staates" (R. A. Musgrave, Finanztheorie, a. a. O., S. 15 f.); s. dazu weiter unten.
[62a]) *Vgl.* dazu unten, Abschnitt I, 6.

machen [63]). Die politische Aktualität dieser Feststellung erweist sich anhand der Diskussionen um bestimmte negative „externe Effekte" (soziale Kosten) [64]), insbesondere anhand der *Umweltdiskussion*. Je nach Bewertung dieser Probleme kann der Staatseingriff in den privatkapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß mehr oder weniger tiefgreifend, aber auch mehr oder weniger stark *gegen* das Kapitalinteresse theoretisch gerechtfertigt werden [65]). Dieser Möglichkeit vielfältiger Dimensionierung verdanken die Theorien der öffentlichen Güter und der externen Effekte ihre Beliebtheit und ihre zentrale Plazierung auch innerhalb einer Reihe systemkritischer politisch-ökonomischer Neuansätze [66]). Ihre große Interpretationsfähigkeit und theoretisch-konzeptionelle Verwendbarkeit machen deutlich, daß es sich bei diesen Konstruktionen weniger um analytische als um *„positivistische" Kategorien* handelt, deren Vorliegen mehr oder weniger beliebig, je nach gesellschaftspolitisch notwendig oder opportun erscheinendem Staatseingriff, festgestellt werden kann. In der Praxis ist es eben nicht so, daß das Vorliegen öffentlicher Güter von Ökonomen objektiv festgestellt würde, die dann das Startsignal für den Staatseingriff gäben. Der Staatseingriff macht vielmehr umgekehrt jedes beliebige „private Gut" zu einem „öffentlichen" oder „meritorischen" [67]). Das heutige Ausmaß des Staatseingriffs läßt deshalb aufmerksame Ökonomen zu der Feststellung kommen, „daß die Grenze zwischen privaten und öffentlichen Gütern fließend wird" [68]).

Ihrem theoretischen Bezug auf den (empirisch zunehmend irrelevanten) „Regelfall" des „privaten Gutes" und eines angeblich intakten individuellen Kosten- und Nutzenkalküls entsprechend [69]) sind diese Konstruktionen im vorherrschenden Gebrauch darauf abgestellt, speziell den begrenzt-korrigierenden Staatseingriff, der im Prinzip den funktionierenden „Markt" wiederherstellen oder imitieren soll, theoretisch zu erklären. Was mit der These von der zunehmenden Bedeutung „öffentlicher Güter", „externer Effekte" und damit des lenkenden Staatseingriffs aber (wenn auch unzulänglich) reflektiert wird, ist letztlich der zunehmende Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktions- und Reproduktionsprozesse und privater Aneignung, Verfügung und Len-

---

63) Vgl. S. Katterle, Wohlfahrtsökonomik und Theorie der Staatswirtschaft, in: „Finanzarchiv", NF Bd. 30, H. 1, S. 21 ff.

64) Eine in diesem Sinne systemkritische Diskussion der Theorie der sozialen Kosten innerhalb der Wirtschaftswissenschaften findet sich schon früh bei K. W. Kapp, Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft, Tübingen/Zürich 1958.

65) Die Tatsache etwa, daß große Unternehmen über Monopolpreise eigene Kapitalkosten auf Verbraucher, durch Aneignung von Profitteilen auf nicht-monopolistische Unternehmen und über diverse Umverteilungshebel der Geld- und Fiskalpolitik auf Staat und Allgemeinheit abwälzen, eben „externalisieren" können (s. etwa Gewinnstützungsmaßnahmen von Aufschwungprogrammen, ausführlich J. Goldberg, Konjunkturzyklus und Arbeitslosigkeit, in: „Blätter", 1/1975, S. 16 ff.), könnte unmittelbar die Frage adäquater (gesellschaftlicher) Eigentums- und Planungsformen stellen; aber auch eine Forderung der Tagespolitik, wie etwa die nach einer Nahverkehrsabgabe für Kaufhäuser und Industrieunternehmen, böte sich nach dem Konzept geradezu als Re-Internalisierung externer Kosten dieser Unternehmen an.

66) Aus dem gleichen Grunde warnten weitsichtige Gleichgewichtsökonomen bereits früh vor der Gefahr einer inhaltlich weitgefaßten Verwendung dieser Begriffe, „denn dann liefen alle Diskussionen um soziale Kosten auf eine Art Kulturkritik des privatkapitalistischen Systems hinaus" (G. Gäfgen auf einer Arbeitstagung des Vereins für Socialpolitik 1962, in: E. v. Beckerath und H. Giersch [Hrsg.], Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung, Berlin (West) 1963, S. 553).

67) Zum Begriff „meritorischer Güter" s. Anm. 62; ausführlich J. Frank (Anm. 69), S. 321 f.

68) H. C. Recktenwald, Theorie der Staatswirtschaft in der Gegenwart, in: ders. (Hrsg.), Geschichte der Politischen Ökonomie, Stuttgart 1971, S. 621.

69) Obgleich die Möglichkeit der Interpretation a l l e r ökonomischen Beziehungen und a l l e r Güter als gesellschaftliche entsprechend dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion auf dieser Grundlage gegeben wäre, wird weiterhin die Fiktion des „privaten Gutes" als Regelfall angesehen; z. B. läge es nahe, auch innerhalb des betrieblichen Produktionsprozesses „externe Effekte" (der privatkapitalistischen Produktion auf die Arbeiter) zu untersuchen; dennoch bleibt innerhalb der herrschenden Diskussion die Bezugsbasis von „Externalitäten" das Privatunternehmen als Interesseneinheit; die Analyse der gesellschaftlichen Relevanz, also von „Externalitäten" des individuellen Konsums würde gänzlich die gleichgewichtsökonomische Anthropologie (Eigennutzmaximierer) sprengen; die herrschende Theorie schreckt vor diesen Konsequenzen der „externen Effekte" zurück; die konsequente Aufgabe der Fiktion vom privaten Charakter der Produktion würde vermutlich das Konzept der „externen Effekte" selbst überflüssig machen, vgl. ausführlich v. a. J. Frank, Neue Politische Ökonomie als Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie?, in: H. P. Widmaier (Hrsg.), Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, a. a. O., insbesondere S. 318 ff.; sowie W. Vogt, in: ders. (Hrsg.), Seminar . . ., S. 191 ff.

kung, dessen Auswirkungen den quantitativ und qualitativ zunehmenden korrigierenden und organisierenden Staatseingriff notwendig machen [70]).

Die *Anerkennung „des Staates" als Untersuchungsgegenstand* ist das zentrale Element politisch-ökonomischer Neuorientierung in den Wirtschaftswissenschaften und führt selbst bei der „npÖ" zu deutlicher Abgrenzung von „neoliberalen" Wirtschaftsordnungssystematiken [71]). Die Verengung des Problems auf die Frage nach dem „ökonomisch-rationalen" Verhalten des Staates, die Reduktion aller Staatsfunktionen auf die Budgetpositionen, der Versuch, den Inhalt staatlicher Aktivität aus den technisch dimensionierten „öffentlichen Gütern" und den elitär bestimmten „meritorischen Gütern" [71a]) zu deduzieren, überdecken alle Probleme realer gesellschaftlicher Prozesse und verraten ein autoritäres, „technokratisches" Staatskonzept [72]). Die Betonung der Dichotomie und zugleich Analogie von „Staat" und „Privaten" (etwa in der Frage der Konkurrenz um die ökonomischen Ressourcen und des analogen Kalküls beim Ressourceneinsatz) verkennt grundlegend die systemhafte („gesamtkapitalistische") Bedeutung des Staates als Bedingung „privater" ökonomischer Aktivität [73]). Während dabei die wohlfahrtsökonomischen Versuche alle praktischen Probleme hinwegmodellieren, hat die Theorie der „externen Effekte" eine größere praktische Bedeutung für die Erklärung und Konzipierung begrenzt-korrigierenden Staatseingriffs [74]).

5. *„Planung" und „System" als Ausgangspunkte „moderner" politischer Ökonomie*

Die vornehmlich „technokratische" Sichtweise des Staates ist gemeinsames Kennzeichen vor allem solcher Ansätze, die von „Systemtheorie" und „Planungstheorie" geprägt sind. Die „Systemtheorie" als eine „interdisziplinäre" (Hilfs-) Wissenschaft [75]) scheint in besonderer Weise für die Formulierung komplexer Planungs- und Steuerungsprobleme geeignet zu sein [76]). Entstehung und Bedeutungszuwachs der „Systemwissenschaften" sind aufs engste verknüpft mit der Zunahme von strategischer Planung im Unternehmensbereich, der Verschmelzung von staatlicher und privatwirtschaftlicher Planung und der Erweiterung finanzieller Planung zu einer globalen gesellschaftspolitischen Planung [77]).

---

70) Vgl. etwa E. Altvater, Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität. Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus, Frankfurt/M. 1972, S. 9 ff.

71) Während der „Neoliberalismus" diese auf dem Gegensatzpaar „Marktwirtschaft" und „Zentralverwaltungswirtschaft" aufbaut, plädiert z. B. Frey: „Der in der Wirtschaftstheorie oft noch konstruierte Gegensatz zwischen Markt und Plan (. . .) sollte fallengelassen werden" (WISU, 1/74, S. 26 f.).

71a) Siehe Anm. 62.

72) Zum „unpolitischen" Demokratie- und „technokratischen" Staatsverständnis s. S. Katterle, Wohlfahrtsökonomik und Theorie der Staatswirtschaft, a. a. O., S. 14 ff.

73) Den Anreizcharakter staatlicher (Infrastruktur-)Investitionen für private Investitionen berücksichtigt im wohlfahrtstheoretischen Zusammenhang immerhin K. Häuser, Über Ansätze zur Theorie der Staatsausgaben, in: H. Timm und H. Haller (Hrsg.), Beiträge zur Theorie der öffentlichen Ausgaben, Berlin (West), 1967, insbesondere S. 52 ff.

74) Vgl. E. J. Mishan, The Postwar Literature on Externalities: An Interpretative Essay, in: „Journal of Economic Literature", Vol. IX (1971), Altvater, a. a. O., S. 7; die praktische Bedeutung „moderner" politisch-ökonomischer Ansätze wurde bisher mehrfach im Hinblick auf den wachsenden Staatseingriff gezeigt; dabei wurde bewußt eine wichtige Richtung nicht behandelt, die zumindest verbal die Zurückdrängung des Staatseinflusses postuliert; nämlich die rigide Variante eines Neo-Neoliberalismus in Gestalt des Monetarismus und seiner Sozialkonzeption, vgl. dazu aber H. Schui, Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus? Ideologie und Technik eines Konzepts, in: „Blätter", 6/1975, S. 632 ff. Philosophie und Sozialkonzeption einer konservativen „Politischen Ökonomie der sozialen Marktwirtschaft" für die siebziger Jahre werden neu thematisiert in: E. Tuchtfeldt (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft im Wandel, a. a. O.

75) Vgl. G. Kade und R. Hujer, Brücke zwischen den Wissenschaften, in: „Wirtschaftswoche", 46/1970.

76) Vgl. dies., Chancen für neue Planungskonzeption, in: „Wirtschaftswoche", 47/1970.

77) Diese praktische Bedeutung des „interdisziplinären", „systemtheoretischen" Denkens erläuterte von seinem Interessenstandpunkt aus das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, A. Herrhausen, in einem Referat auf einem Bochumer Universitätsseminar: „Wer die Ebene der obersten Unternehmensführung erreicht hat, muß das Unternehmen als ein umfassendes System verstehen (. . .) Die Konzentration auf das Nur-Ökonomische (. . .) führt (. . .) zu einer geistigen Verengung, mit der Manager sich disqualifizieren. Der moderne Manager muß sich den großen politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit stellen, dem Problem des Umweltschutzes (. . .), der Dringlichkeit öffentlicher Infrastrukturen, der wachsenden Bedeutung des Staates usw." (vgl. Top-Leute müssen im System denken. Beschränkung auf das Nur-Ökonomische nicht mehr zeitgemäß, Handelsblatt Nr. 126, 4. Juli 1972), besonders unter dem Krisenaspekt hat die Systembetrachtung

Entsprechend sind systemwissenschaftliche Ansätze konstitutive Elemente einer ganzen Reihe „moderner" politisch-ökonomischer Ansätze geworden [78]). Der systemwissenschaftliche Denkstil und die Systeminterpretation von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft reichen aber weit über die streng formalisierte „Systemtheorie" hinaus und lassen sich in vielen theoretischen Bemühungen nachweisen, die, aus verschiedensten Richtungen kommend, zu einem politisch-ökonomischen Selbstverständnis gelangen [79]).

Ein systemtheoretisch orientiertes Produkt der vornehmlich US-amerikanischen „Politischen Ökonomie der Unorthodoxie" [80]) ist die *Transferwirtschaftstheorie* („grants economy") [81]). Ihr Ausgangspunkt ist die beschränkte empirische Relevanz des äquivalenten Tauschs der Markttheorie und der ihr zugrundeliegenden Nutzenanthropologie. Der reine äquivalente Tausch sei in der Realität die Ausnahme. Zumindest sei er in der Regel begleitet von erkennbaren oder verdeckten, freiwilligen oder unfreiwilligen Transfers (einseitigen Übertragungen) von Einkommen, Vermögen und Macht, die mit anderen Verhaltensmotiven als der stereotypen Eigennutzmaximierung zu erklären seien. Insbesondere der Staatseingriff lasse den Transfer, also die nicht-äquivalente, „nicht-marktmäßige" Beziehung zu einem praktisch höchst bedeutsamen Faktor werden. Erst die Berücksichtigung dieser Transferbeziehungen spiegele die politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse einer Gesellschaft und ihrer einzelnen Mitglieder wider.

In dieser umfassenden Orientierung zielt der Ansatz auf die Erkenntnis realer gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse sowie auch gesellschaftlicher Wirkungen des Staatseingriffs. Diese nicht durch marktmäßig-quantifizierende Reduktion eingeengte Erkenntnismöglichkeit, die „Ausweitung der traditionellen Ökonomie auf eine breitere und realistischere Ebene" [82]) könnte durchaus eine differenziertere und effizientere staatliche Regulierung der ökonomischen und sozialen Prozesse ermöglichen. Die Praxisfunktion dieses Ansatzes liegt zweifellos in der Möglichkeit realistischerer Erkenntnis von Machtverhältnissen in den Marktbeziehungen einer kapitalistischen Gesellschaft, wie sie vor allem durch die Kategorie des nicht-äquivalenten Tausches eröffnet wird.

in jüngster Zeit erheblich an Bedeutung gewonnen, vgl. M. Jänicke (Hrsg.), Politische Systemkrisen, Köln 1973; auch die Planungsdebatte der letzten Jahre ist ja bekanntlich eine „Tochter der Krise" (J. H. Kaiser [Hrsg.], Planung, Bände I—VI, Baden-Baden, 1965—1972).

78) Vgl. die Übersicht „Varianten Politischer Ökonomie", bei B. S. Frey, Die Renaissance der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 361; auch die Beiträge in G. v. Eynern (Hrsg.), Wörterbuch zur politischen Ökonomie, Opladen 1973, orientieren sich (neben der „npÖ") vornehmlich an systemwissenschaftlichen Ansätzen (Vorwort, S. 5).

79) So wäre etwa der Versuch zu nennen, in der Politologie eine „Politische Wirtschaftslehre" als eine „Integrationswissenschaft" zu etablieren (G. v. Eynern, Grundriß der Politischen Wirtschaftslehre, Opladen 1968 [Neuauflage 1972]; zur Kritik s. K. P. Tudyka, Politische Ökonomie — Ein Desiderat der Politikwissenschaft, in: „Politische Vierteljahresschrift", Bd. 10 (1969), insbesondere S. 140 ff.; ferner wären hier Ansätze zu nennen, die „historische Perspektive" wieder in die Wirtschaftswissenschaft einzuführen; W. W. Rostow, The Stages of Economic Growth, London 1971, etwa versucht mit seiner Entwicklungstheorie, die Gesellschaftsentwicklung wieder als einheitlichen Prozeß zu fassen, um so der marxistischen Theorie in adäquater Weise entgegenzutreten, wozu die wirtschaftswissenschaftlichen Teiltheorien nicht mehr in der Lage waren (zur marxistischen Replik s. z. B. A. Schabad, Die Politische Philosophie des gegenwärtigen Imperialismus, Berlin [DDR] 1970, S. 186 ff.); bei der Rekonstruktion einer „modernen" politischen Ökonomie wird auf eine historisch-methodologische Fundierung in diesem Sinne stärker zurückgegriffen werden müssen als auf die vollends insuffizienten mathematisierten Modelle der „Wachstumstheorie" oder die vielfach platonischen Betrachtungen des nationalökonomischen Lehrfachs „Wirtschaftsgeschichte"; schließlich wäre auf die mit neokeynesianischer Wirtschaftspolitik eng verbundene „Theorie der Wirtschaftspolitik" hinzuweisen, die das Ziel hat, der Wissenschaft einen ungehinderten Praxiszugang zu eröffnen und den Staatseingriff dadurch qualitativ zu verbessern; von ihrer Zielsetzung her weist sie sich heute als Kernstück einer „politischen Ökonomie" aus (vgl. Frey, Die Renaissance . . ., a. a. O., S. 361); die neuere „Theorie der Wirtschaftspolitik" hat die wirtschaftspolitische Steuerungssituation in formalisierte Entscheidungsmodelle gefaßt (vgl. z. B. J. Tinbergen, Über die Theorie der Wirtschaftspolitik, in: G. Gäfgen [Hrsg.], Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Köln und Berlin [West] 1970; zur Kritik s. Kade und Hujer, Chancen für neuere Planungskonzeption, a. a. O.).

80) Dazu zählt B. S. Frey, a. a. O., eine Reihe von Kritikern einiger Erscheinungen der US-Gesellschaft: Galbraith, Boulding, Rostow.

81) Vgl. K. E. Boulding und M. Pfaff, Transferwirtschaft. Regelungstheorie der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: „Wirtschaftswoche", 36/1972, H. C. Recktenwald, Grants Economy. Zweite Krise der Wirtschaftstheorie? in: „Wirtschaftswoche", 34/1972.

82) Boulding u. Pfaff, a. a. O., S. 38.

Die Autoren selbst haben diese Möglichkeiten ihres Ansatzes offenbar gefürchtet und durch Reduktion ihres Erkenntnisanspruchs antizipativ verbaut. Der Ansatz wird von ihnen nicht zur Analyse des „Marktsystems" und zur Revision der Marktheorie eingesetzt. Sie beschränken sich auf die Konstatierung „politisch und sozial unerwünschter Resultate" des Marktsystems, ohne dieses selbst mit ihrem eigenen Ansatz zu analysieren. Das Transferkonzept wird dann zurückgenommen auf den Einsatz der Transfers als bloße Regulatoren dieser Marktfehler, vor allem hinsichtlich der Einkommensverteilung, „d. h. die Transferwirtschaft wird (nur noch, d. Verf.) als Regler der Tauschwirtschaft eingesetzt" [83]), wobei man soweit geht, den Umfang der „Transferwirtschaft" (Staat) ausschließlich durch die Gesetzmäßigkeiten des „Tauschsystems" bestimmen zu lassen und somit selbst eine aktiv-reformerische Strategie des Staates konzeptionell zu untersagen. Ein allgemeines, aus Tauschwirtschaft und Transferwirtschaft bestehendes Regelungssystem soll dann nur noch der Erkenntnis der „Interdependenzen" zwischen beiden Systemebenen dienen. Die wissenschaftsorganisatorische Konsequenz der Erkenntnis solcher „Interdependenzen" ist die formale „Integration" bestehender Teilwissenschaften „in Richtung eines allgemeinen Systems" [84]).

Das Zurechtschneidern des Ansatzes für eine inhaltlich minimale staatliche Eingriffsstrategie kann nur durch den Verzicht auf mögliche relevante Erkenntnisse erkauft werden. Der Anspruch, „ein besseres Fundament für die allgemeine Sozialwissenschaft (zu) liefern" [85]), wird fragwürdig.

Der Einwand überzeugter „Marktwirtschaftler", das Markttauschkonzept sei wie das klassische Nutzenmaximierungskonzept nach wie vor gültig und die „Tauschwirtschaft" gegenüber der „Staatswirtschaft" effizienter [86]), trifft dieses reduzierte Konzept deswegen kaum noch. Gleichwohl drückt er die Gefahr aus, die von einem solchen, nichtäquivalente Beziehungen berücksichtigenden und die „Marktanthropologie" in Frage stellenden Ansatz für die Marktwirtschaftstheorie ausgehen könnte.

Der durchaus nicht eindeutig systemkonforme Charakter zunehmenden Staatseingriffs hat ja bekanntlich die konservative Skepsis gegenüber jedem Staatseingriff immer wieder aufkommen lassen. Die in der Tradition des „Neoliberalismus" stehende Theorie hat, da sie zugleich die stattgehabten realen Veränderungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zur Kenntnis nehmen mußte, deshalb zu einer „politischen Ökonomie unter neuen Voraussetzungen" [87]) gefunden. Der neokeynesianistischen Eingriffspolitik wird das *„Ordnungsdenken" des „Neoliberalismus"* entgegengesetzt, das ja insofern immer politisch-ökonomisch war, als es die unlösbare Verknüpfung von „Wettbewerbswirtschaft" und „Demokratie" (entsprechend „Zentralverwaltungswirtschaft" und „Totalitarismus") postulierte. Dieses Denken bestand bekanntlich darin, daß der Staat den „Wettbewerb" wegen dessen „immanenter Zerstörungskräfte" ständig aktiv zu sichern, ansonsten aber das „Markt"-System sich selbst zu überlassen habe. Diese Konzeption soll heute auf den Staat und den Bereich der gesellschaftlichen Organisationen übertragen werden. Auch für diese Bereiche soll der „Wettbewerb" als Ordnungskriterium eingeführt werden. Dem „Marktpreis"-Mechanismus

83) A. a. O., S. 36.
84) A. a. O., S. 42.
85) Ebd.
86) H. C. Recktenwald, a. a. O., S. 33 f.
87) Ph. Herder-Dorneich, Der Markt und seine Alternativen in der freien Gesellschaft. Ökonomische Theorie des Pluralismus, Hannover/Wien/Freiburg 1968, S. 36 (zu der anderen als der hier besprochenen Variante s. wiederum H. Schui in „Blätter", 6/1975, S. 632 ff.).

entspricht dann in der Politik der „Wahlmechanismus" und im Bereich der gesellschaftlichen Organisationen der „Gruppenverhandlungs-Mechanismus". Die „Sozialwahlsysteme" Markt, Politik und Verbandswesen sollen nach denselben Prinzipien der neoklassischen Ökonomie erfaßt werden. Die Markttheorie, die „ökonomische Theorie der Politik" und die „ökonomische Theorie der Verbände" gehen so „in der allgemeinen ökonomischen Theorie auf" [88]). Die Gewichtsverlagerung vom „Markt" auf Parteien und Verbände entspreche der derzeitigen „gesellschaftspolitischen Phase der Sozialen Marktwirtschaft" [89]). „Der Wettbewerb — nun in seiner umfassenden pluralistischen (d. h. auf alle drei Mechanismen bezogenen, d. Verf.) Interpretation — erweist sich weiterhin als gültiges Gestaltungsprinzip bei der Formgebung unserer Gesellschaft" [90]).

Dieser Kerngedanke „ordnungspolitischer" Steuerung und Selbststeuerung komplexer Systeme ist auch auf viele (aktuelle) Detailprobleme angewendet worden [91]). Dabei bot er sich vor allem für eine systemtheoretisch-kybernetische Formulierung an [92]).

Die Wiederbelebung, Neufundierung und Ausdehnung dieses Ordnungskonzepts soll in aktuellen politischen Auseinandersetzungen die gesellschaftspolitische Alternative des *„neuen" Konservativismus* gegenüber jeder reformerisch-interventionistischen Staatspraxis formulieren helfen [93]). Der Gedanke einer über Automatismen harmonisierten Gesellschaft soll nicht nur attraktiv gemacht, sondern auch (etwa durch „Wettbewerbs-", d. h. Zwangskooperationsgesetze für die Verbände) zwangsweise realisiert werden [94]).

Die *Zwangsharmonisierung* der „Konfliktgesellschaft" [95]) durch „Strukturveränderungen" (nicht etwa in den strukturbestimmenden gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern nur in gewissen Überbau-Bereichen, v. a. im Bereich der gesellschaftlichen Organisationen) nach dem Ebenbild harmonisierter Modellentwürfe scheint in der Tat der konsequente Schluß aus einer falschverstandenen und verselbständigten „Systemtheorie" [96]). Relevante, darin fortmodellierte gesellschaftliche Probleme könnten durchaus systemtheoretisch adäquat formuliert werden. Damit könnte die Systemtheorie „eine entscheidende Rolle in der kritischen Auseinandersetzung mit der traditionellen Gleichgewichtsökonomie" und für eine politische Ökonomie spielen [97]). Die Systemanalyse der Gesellschaft, das Herausarbeiten des „Systemhaften" in ihren Erscheinungsformen war immer Charakteristikum kritischer Gesellschaftswissenschaft. Andererseits ist der

88) A. a. O., S. 19.
89) Im Gegensatz zur ersten, „wirtschaftspolitischen Phase" der fünfziger und ersten sechziger Jahre.
90) A. a. O., S. 71.
91) Vgl. ders. und W. Kötz, Zur Dienstleistungsökonomik. Systemanalyse und Systempolitik der Krankenhauspflegedienste, Berlin (West) 1972; ders. (Hrsg.), Zur Verbandsökonomik. Ansätze zu einer ökonomischen Theorie der Verbände, Berlin (West) 1973, sowie ders., Wirtschaftsordnungen. Pluralistische und dynamische Ordnungspolitik, Berlin (West) 1974 (alle Beiträge in einer Reihe „Nicht-Markt-Ökonomik").
92) Vgl. ders., Wirtschaftssysteme. Systemtheorie einer allgemeinen Mikroökonomik, Opladen 1972.
93) Z. B. ders., Diskussion um Arzneimittelversorgung — Ein Lernprozeß?, „pharma dialog", 28, hrsg. v. Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie, Frankfurt/M. 1974; die Reformpolitik beschwört angeblich die Gefahr der Systemvernichtung herauf; insbesondere die Unternehmer werden deshalb aufgerufen, „marktgerechte" Lösungen der anstehenden Ordnungsprobleme zu liefern (so auf einem Seminar der BdA; s. Soziale Marktwirtschaft. Die Lenkungsprobleme häufen sich, in: „der arbeitgeber", 5/27, 1975, S. 161); zweifellos liegt hier eine Konzeption vor (vgl. für den deutschen Sprachraum z. B. noch die Arbeiten N. Luhmanns), die wegen ihrer aktuellen Forderungen (etwa Rückvermarktung staatlicher Leistungen, v. a. sozialer Sicherungssysteme, Erhöhung der Risiken von Streiks für die Lohnabhängigen) und ihrer potentiellen Verwendungsmöglichkeiten in der Krise näherer Analyse bedürfte.
94) Hier ergeben sich enge Verbindungen zur „modernen" politischen Ökonomie des Monetarismus (vgl. Anm. 74); zum Hintergrund einer solchen „Verbändeordnung" s. bereits Abschnitt I, 3, zur Kritik s. ferner K. P. Tudyka, Politische Ökonomie . . ., a. a. O., S. 141 ff.
95) Herder-Dorneich, Wirtschaftsordnungen, a. a. O., S. 42.
96) Kade und Hujer, Brücke zwischen den Wissenschaften, a. a. O., S. 68 ff., zeigen den harmonistischen Mißbrauch der Systemtheorie durch die übliche Übernahme des neoklassischen Denkstils in die systemtheoretischen Modelle.
97) Kade/Hujer, ebd.

Systemaspekt stets Kennzeichen jeder Philosophie gewesen [98]) und insofern die (inhaltlich zwar weitgehend auf Überbauerscheinungen reduzierte) systemtheoretische Begründung „moderner" politischer Ökonomie nur Zeichen für Versuche neuer philosophischer Fundierung der Ökonomie. Sie reflektiert die mit der Entfaltung der Produktivkräfte erhöhten gesellschaftlichen Planungsanforderungen ebenso wie die damit verbundene Tendenz der Wissenschaften zur Integration. Apologetische oder kritische Verwendung der Systemtheorie ist also nicht aus dieser selbst heraus determiniert, sondern ergibt sich nur im größeren Theoriezusammenhang [99]). Systemtheoretisch konzipiert werden kann durchaus auch eine „technokratische" Staats- und Gesellschafts-„Reform". Gerade hier hat ja die Idee selbstregulierender Systeme im Sinne der vorgestellten „Ordnungstheorie" ihre große praktische Bedeutung [100]).

Notwendige Bedingung einer kritischen Analyse der gesamtgesellschaftlichen Prozesse ist, daß diese nicht auf abstrakt-allgemeine Begrifflichkeiten, die Benennung und unbewertete Gleichschaltung von Subsystemen und ihren Interdependenzen, Strukturen und ihren Funktionen, reduziert werden, der Instrumentalcharakter der Systemtheorie erhalten bleibt und ihr, „von den Gesellschaftswissenschaften ein Begriff der jeweiligen Gesellschaft vorgegeben wird, in dem die qualitative Spezifik des zu untersuchenden Dings und die Hierarchie in bezug auf wesentliche, dominierende Strukturen und Prozesse bereits ermittelt ist. Die Anwendung der Systemwissenschaften (...) muß also (...) an den konkret-allgemeinen Begriff des Dings geknüpft werden, der (...) in bezug auf die Gesellschaft der Begriff der ökonomischen Gesellschaftsformation ist (...)" [101]). Eine praktische Anwendung systemtheoretischer Konzeptionen setzt, wenn sie nicht zwangsläufig zum Formierungsinstrument werden sollen, grundsätzlich solche gesellschaftlichen Bedingungen (d. h. ein solches Ausmaß demokratischer Ressourcenverfügung) voraus, die eine bewußte Systemsteuerung der Gesellschaftsentwicklung real ermöglichen. Wenn heute politische Planung nur noch „im System" sinnvoll ist [102]), so genügt es für System- und Planungswissenschaften und ihnen verwandte Wissenschaften also nicht, bloß allgemeine „Interdependenzen" zu konstatieren und entsprechend ihren interdisziplinären (aber deswegen noch nicht minder kontemplativen) Charakter zu beschwören [103]). Erst auf der Grundlage einer konkreten Bestimmung des „Interdependenz"-Verhältnisses von Politik und Ökonomie im gegenwärtigen Kapitalismus wären Möglichkeiten und Grenzen, Charakter und Richtung politischer Planung und speziellere Forschungsfragen (Legitimation und Effizienz von Planung u. ä.) zu klären [104]). Auf dieser Grundlage könnten System- und Planungstheorie Ausgangspunkt kritischer politischer Ökonomie werden.

---

98) Vgl. G. Klaus und M. Buhr, Philosophisches Wörterbuch, Berlin (DDR) 1972, S. 1062 ff.
99) R. Werner, System, in: G. v. Eynern, Wörterbuch zur politischen Ökonomie, a. a. O., S. 404 f.
100) Das Argument, „Ordnungspolitik" in diesem Sinne sei gegenüber den realen wirtschaftspolitischen Problemen ineffizient und deshalb auch den Unternehmern unerwünscht (U. Steger, Ordnungspolitik — Deckmantel für strukturpolitische Ineffizienz?, in: „WSI-Mitteilungen", 1/1975) ist richtig; auch ultrakonservative Regierungen können auf den direkten und zunehmenden Staatseingriff objektiv nicht verzichten, zumal derartige (monetaristische) Experimente bereits gescheitert sind (USA 1969/70); das Argument isoliert vorgetragen verkennt aber den Charakter von „Ordnungskonzeptionen" als Vehikel für Formierungsprozesse v. a. mit Stoß auf „die Verbände" (Gewerkschaftsgesetz).
101) C. Warnke, Die „abstrakte" Gesellschaft ..., a. a. O., S. 31, vgl. a. Böhret, a. a. O., S. 300, Werner, a. a. O., S. 404 f.
102) Vgl. Th. Ellwein, Politische Planung, in: „Wirtschaftswoche", 50/1972.
103) Vgl. etwa P. Eichhorn, Was die Ökonomen ignorieren (zur Verwaltungswissenschaft in der Bundesrepublik), in: „Wirtschaftswoche", 22/1973.
104) Vgl. etwa V. Ronge und G. Schmieg, Restriktionen politischer Planung, Frankfurt/M. 1973, S. 14 ff. („Ein politökonomischer Ansatz zur Planung").

6. *Wachstumskrise, Intensivierung und die Erweiterung der Wirtschafts- zur Gesellschaftspolitik*

Gruppen- und Konflikttheorie, „öffentliche Güter", „externe Effekte" und Systemplanung sind als Kristallisationskerne einer umfassenden Reaktion der Sozialwissenschaften auf neue Gegebenheiten kapitalistischer Reproduktion gezeigt worden. Der unmittelbare Problemdruck dieser neuen Realitäten bringt auf einem spezifischen Wege die Tendenz zu politisch-ökonomischer Umorientierung hervor bzw. verstärkt sie.

War die Krise von 1966/67 noch mit Hilfe musterhafter Anwendung Keynesschen Instrumentariums überwunden worden, so zeichnen sich für die derzeitige Krise diese Perspektiven nicht ab. Die Verschärfung des Stagnationsproblems hat die Begrenztheit des globalen keynesschen Steuerungsansatzes immer stärker hervortreten lassen. Die derzeitige Krise ist ganz offenbar nicht eine allgemeine zyklische, sondern auch eine weitgehend strukturelle. Dies zeigt sich v. a. an der neuen Qualität strukturbedingter Arbeitslosigkeit [105]). Was sich in diesem Sachverhalt widerspiegelt, sind zwei Momente, die die qualitativ neuen Wachstumsbedingungen kennzeichnen: Wachstumsentscheidend sind zum einen immer weniger quantitative Faktoren, wie die Ausdehnung des Arbeitspotentials oder die Menge der (Erweiterungs-)Investitionen, sondern immer mehr die qualitativen Seiten des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und des Kapitaleinsatzes; Wachstumseffekte hängen zum zweiten immer weniger von der Veränderung einzelner Wachstumsfaktoren, sondern von ihrer strukturellen Kombination innerhalb des gesamtwirtschaftlichen Prozesses ab. Beide Momente zeigen, daß solche Wachstumsfaktoren entscheidend werden, deren Handhabung wegen ihrer finanziellen, organisatorischen und zeitlichen Dimensionen, oder anders: wegen ihrer großen „externen Effekte", tendenziell nur noch außerhalb des Mechanismus des Einzelkapitals möglich ist, daß die Sicherung einer intensiv erweiterten Reproduktion mithin eine neue Qualität planenden Staatseingriffs erforderlich machen würde [106]).

In der Phase extensiven Wachstums des Nachkriegszyklus hatte man geglaubt, sich neben der global-stabilisierenden Konjunkturpolitik voll und ganz auf die Dynamik des „Marktes" als entscheidendem Wachstumsgaranten verlassen zu können [107]). Daß es eine eigenständige Wachstumspolitik, zumal eine auf differenzierter struktureller Steuerung basierende nicht zu geben brauche und geben dürfe, war eine ideologische Konstante, die vom wohlfahrtsökonomischen Denken abgesegnet war. Die Konkurrenzordnung war angeblich aus sich heraus am besten in der Lage, alle strukturellen Fragen zu lösen und den technischen Fortschritt optimal voranzubringen. „Wettbewerbspolitik" war demnach die beste Wachstums- und Vollbeschäftigungspolitik. Diese „Erklärung" widersprach den realen Reproduktionsmechanismen unter monopolistischen Bedingungen, teilweise beachtlicher monopolistischer Innovationsträgheit und vielfach Disproportionalitäten verschärfender privater Investitionspolitik. Die beachtlichen BSP-Wachstumsraten der Nachholphase der 50er Jahre waren noch in der Lage, diesen Widerspruch zu verdecken. Angesichts der Krise ist die Nationalökonomie aber in den letzten Jahren wesentlich stärker gefordert, lösungsrelevantes Wissen für die Wirtschaftspolitik zu liefern. So mußte sie beginnen, sich mit der

105) Goldberg, Konjunkturzyklus und Arbeitslosigkeit, a. a. O., S. 30 ff., J. Marx, Arbeitslosigkeit in der BRD, in: „IPW-Berichte", 4/1975, S. 11 ff.
106) J. Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt/M. 1974, insbesondere S. 82 ff., R. Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin (West) 1974, insbesondere S. 169 ff.
107) Dem entsprachen die Aussagen der Wachstumstheorie, die alle qualitativen und strukturellen Fragen des Arbeits- und Kapitaleinsatzes in den nicht operationalisierten Residualfaktor „technischer Fortschritt" verbannte.

Tatsache auseinanderzusetzen, daß gewisse Wachstumsgrenzen nur über die geplante Organisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts hinausgeschoben werden können. Daß erfolgreiche Stabilisierungs- und Wachstumspolitik zu einem großen Teil regionale und sektorale Infrastrukturpolitik sein muß, die über pragmatische Engpaßbeseitigung hinausgeht und in einem differenzierten Gesamtkonzept betrieben wird, zählt heute zum festen Bestand wirtschaftspolitischer Empfehlungskataloge.

Die neuen Steuerungsanforderungen haben die Erforschung und Beeinflussung von Investitions-, Konsum-, Bildungs- und Mobilitätsverhalten in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses rücken lassen. Neben der Qualifikations- und Mobilitätsforschung nimmt sich die *„Arbeitswissenschaft"* im weitesten Sinne aller Fragen der Intensivierung der Arbeit und gewisser darauf abgestimmter Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft an. Fragen innerbetrieblicher und speziell der Arbeitsorganisation erhalten Interesse im Hinblick auf strukturellen Wandel unter Vermeidung sozialer Unruhe. Neue betriebliche und gesamtgesellschaftliche Informations- und Rechnungssysteme (Sozialbilanzen, erweiterte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Soziale Indikatoren-Systeme etc.) sollen über monetäre Fakten hinaus Aufschluß über gesellschaftspolitische Veränderungen und die Wirkungen sozial- und gesellschaftspolitischer Maßnahmen geben. Die Lohnpolitik soll nicht mehr nur für konjunkturelle, sondern auch für strukturelle Erfordernisse instrumentalisiert werden.

Daß hier ökonomische Erfordernisse übergreifender struktureller Steuerung unmittelbar in gesellschaftspolitische und sozialstrukturelle Probleme hineinreichen, ist dabei unübersehbar [108]). Wirtschaftspolitik (Konjunktur- und insbesondere Lohnpolitik) und Sozialpolitik verschmelzen (etwa unter dem Stichwort „soziale Symmetrie") zur innenpolitischen Globalstrategie („Gesellschaftspolitik") [109]). Alle mit struktureller Regulierung verbundenen ökonomischen Probleme werden schon deshalb zwangsläufig stärker Felder der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um den Charakter der Problemlösung, ihre Kosten und deren Träger [110]).

Der herrschende Mechanismus gesellschaftspolitischer Regulierung bringt den Staat in das Dilemma, „zur Sicherung der Reproduktion des Gesamtkapitals gesamtökonomische ‚Wachstums'-Kalküle zu entwickeln, ohne den Produktionsprozeß selbst planen oder kontrollieren zu können" [111]). Der staatlichen strukturellen Planung fehlt die eigentliche Grundlage. Eine indirekte („marktwirtschaftliche") Strukturpolitik, die allenthalben individuelle Verwertungsanreize anbieten (Finanzköder auslegen) muß und die zunehmend durch kostspielige Kompensation negativer externer Effekte privatwirtschaftlicher Produktivkraftentwick-

108) Z. B. D. Schröder u. a., Wachstum und Gesellschaftspolitik. Gesellschaftspolitische Grundlagen der längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums, Stuttgart 1971.
109) Rau, Der Verfall . . ., a. a. O., S. 232, wegweisend die Jahresgutachten des Sachverständigenrates in den letzten Jahren; K. Lompe, Gesellschaftspolitik und Planung, Freiburg 1971, v. a. S. 119 ff.; Bergedorfer Gesprächskreis (Hrsg.), Infrastrukturreformen als Innenpolitik, Hamburg 1971; H. Rohde, Gesellschaftspolitische Planung und Praxis, Bonn-Bad Godesberg 1973, „Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975—1985", Bonn 1975; ferner die Arbeiten der offiziösen „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" in deren Publikationsreihe, Göttingen 1973 ff.
110) Z. B. H. O. Vetter (Hrsg.), Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe, Protokoll der DGB-Konferenz, München, Mai 1974, Frankfurt/M. 1974, Schwerpunktheft „Regionale Strukturpolitik" der „Gewerkschaftlichen Monatshefte", 1/1975; Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.), Aufgabe Zukunft. Qualität des Lebens, Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der IG Metall, Oberhausen, April 1972, Frankfurt/M. 1973 und 1974; die „npÖ" interpretiert an dieser Stelle die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um die Kosten der „öffentlichen Güter" als Kampf aller gegen alle um die „free-rider-Position", ohne dies fundieren zu können; die von ihr selbst genannten Beispiele weisen die Auseinandersetzungen um Richtung und Charakter staatlicher Aktivitäten weniger als individuelle denn als gesellschaftlich-antagonistische aus (vgl. B. S. Frey, Die politischen Durchsetzungschancen einer Umweltpolitik in: Frey/Meißner (Hrsg.), Zwei Ansätze . . ., a. a. O., insbesondere S. 230 ff.); die individualistische Konfliktinterpretation folgt durchaus nicht zwingend aus dem Konstrukt „öffentliche Güter".
111) Hirsch, a. a. O., S. 203.

lung ergänzt werden muß, bedeutet zwangsläufig wachsende Belastung der Staatsfinanzen und aktualisiert die „fiskalische Krise", die dann das „Ende der Reformen" einläutet [112]). Die Finanzkrise des Staates kann natürlich nur die weitere Desorganisation des volkswirtschaftlichen Prozesses, die Stagnation auf lange Sicht, zur Folge haben. Die objektive Notwendigkeit strukturell-regulierenden Staatseingriffs zur Organisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (Wachstums) und der mit ihm verbundenen sozialen Prozesse garantiert also noch nicht dessen erfolgreiche Realisierung. Das Hinausschieben der Wachstumsgrenzen und damit auch die teilweise Befriedung gesellschaftspolitischer Konflikte scheint nach dem Einmünden der ersten Versuche einer Modernisierung der Volkswirtschaft in eine erhebliche „fiskalische Krise" heute sogar unwahrscheinlicher denn je.

Eine grundsätzliche Alternative zur Einbeziehung des Staates steht aber nicht zur Verfügung. Die Alternative kann nur die noch umfassendere Einbeziehung sein. Solange aber die umfassendere Einbeziehung den Mechanismus individueller Kapitalverwertung nicht tangiert, solange hier der gesamtwirtschaftlich orientierte Eingriff erfolgreich abgewehrt werden kann (vorausgesetzt, daß er staatlicherseits überhaupt gewollt würde), steht er, kompensatorisch, um so eher als noch tieferer Eingriff in die Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen zu erwarten — eine „gesellschaftspolitische" Formierungsstrategie von neuer Qualität.

Die Finanzkrise aktualisiert deshalb auch die Notwendigkeit, die autonomen, verwertungsunabhängigen Reproduktionsansprüche der Arbeitskraft in der Tagespolitik verstärkt zum Ausdruck zu bringen und gegen Abwälzung von Krisenlasten, geforderte „soziale Entschlackungskuren" und staatliche Austerity-Politik durchzusetzen. Bildung und Qualifikation, Wohn- und öffentliche Verkehrsverhältnisse, Umweltqualität usw. werden zu Bestandteilen der erweiterten Reproduktion der Arbeitskraft mit zunehmender Bedeutung. Sie sind nur über gesellschaftliche Konsumtionsformen und mithin u. a. über eine erweiterte Staatsaktivität zu realisieren.

Die Wachstumseuphorie der klassisch-marktwirtschaftlichen Theorie schlägt heute angesichts der zu „Null-Wachstums"- und Umwelt-„Wellen" mystifizierten Probleme der ökonomischen Stagnation, der Ressourcenerschöpfung und geplanten Ressourcenreproduktion häufig in ihr direktes Gegenteil um. Galt noch in den fünfziger Jahren die reine Bruttosozialproduktsziffer als Nachweis der Überlegenheit des kapitalistischen Konkurrenzsystems, so neigt die vielfach apokalyptische Behandlung der „Grenzen des Wachstums" und gewisser menschenfeindlicher Erscheinungen individueller Kapitalverwertung („urbane Krise" u. ä.) heute oft dazu, diesen Indikator als Maßstab für die Qualität einer Volkswirtschaft überhaupt in Frage zu stellen und den Gedanken der Lebensqualität als Alternative zu ökonomischen Kategorien in den Vordergrund zu schieben. Der kritische politisch-ökonomische Ansatz, die Leistungsfähigkeit des Marktsystems hinsichtlich Wachstumssicherung, den Inhalt bisherigen Wachstums und die Erklärungsfähigkeit wohlfahrtsökonomischer und wachstumstheoretischer Theoreme grundlegend in Frage zu stellen, schlägt dann oft in die Behauptung um, traditionelle ökonomische Ziele wie Preisniveaustabilität und Wachstum seien angesichts „letzter Ziele" der Gesellschaftsentwicklung geradezu bedeutungslos [113]).

112) A. a. O., S. 204, J. O'Connor, Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt/M. 1974; W. Krüer-Buchholz und A. Sörgel, Zur Entwicklung der Haushaltskrise in der BRD, in: „Blätter", 5/1975, S. 501 ff., aber auch: Huffschmid, a. a. O., Kade/Ipsen, a. a. O.

113) Für eine Instrumentalisierung der traditionellen ökonomischen Ziele der Wirtschaftspolitik („magisches Viereck") für übergeordnete Ziele wie Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit, plädiert die prognos-Studie von D. Schröder u. a., Wachstum und Gesellschaftspolitik, a. a. O.

Ausgeklammert bleibt meist vor allem die Frage, ob Expansionsstopp mit dem Charakter individueller Kapitalverwertung, ob Wachstumsstopp mit gewissen Grunderfordernissen gesamtwirtschaftlicher Reproduktion überhaupt (und unter welchen Bedingungen) vereinbar wäre [114]).

Da die entscheidende Frage nicht heißt „Wachstum — ja oder nein?", sondern „Wachstum — wofür und wie?", rückt aber immer häufiger das Problem von Richtung, Zweck und Verfügungsgewalt der Investitionen in den Mittelpunkt. Im Rahmen der neueren Diskussionen um Investitionslenkung und -kontrolle entstehen gewisse politisch-ökonomische Neuansätze, die zu den Grundproblemen vorstoßen und für die Investitionslenkung, Preiskontrolle und Mitbestimmung zentrale und zusammengehörende Ansatzpunkte darstellen. Die unter dem Druck der Realitäten heute vonstattengehende Aufweichung der ideologischen Verknüpfung von gesichertem Wachstum und optimaler Gesellschaftsentwicklung einerseits und kapitalistischer Konkurrenzordnung andererseits führt nicht selten zu vorwärtsweisenden politisch-ökonomischen Neuansätzen aus den Wirtschaftswissenschaften heraus, die nicht nur den Rahmen traditioneller Gleichgewichtsökonomik vollständig sprengen, sondern über die Fragen des Charakters und Ziels der Investitionsprozesse zur Notwendigkeit demokratischer Wirtschaftsplanung vorstoßen [115]).

Angesichts der in der Krise aktualisierten konkreten Probleme von Wachstum, Intensivierung und umfassender (Gesellschafts-)Politik entsteht hier bei konsequentem Problembezug am ehesten eine vorwärtsweisende politisch-ökonomische Neubesinnung, die mehr anzubieten in der Lage ist als gleichgewichtsökonomische Ideologie auf der einen und handfeste Interessenpolitik auf der anderen Seite. Diese Tendenz besteht v. a. deshalb, weil diese konkreten Probleme eine große Nähe zu den wirklichen gesellschaftlichen Prozessen aufweisen. Die konsequente Distanzierung gegenüber „technokratischen" und neo-konservativen politisch-ökonomischen Eingriffsstrategien wird aber nur in der Überwindung eines Verständnisses möglich sein, worin jede Vertiefung des Staatseingriffs und Ausdehnung des Staatsanteils mit gesellschaftlichem Fortschritt identifiziert wird [116]). Obgleich die tagespolitischen Auseinandersetzungen darüber, welche Proportionen privatkapitalistische Elemente gegenüber staatlichen haben sollen, sich durchaus verschärfen, und obgleich der Umfang der staatlichen Dienstleistungen eine in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen keineswegs nebensächliche Frage ist, sagt doch die Tiefe des Staatseingriffs über dessen Richtung und Charakter ohne weiteres nichts aus. Entscheidend wird sein, ob politisch-ökonomische Neuorientierungen über den großen gedanklichen Entwurf und das Setzen auf „den" Staatseingriff hinausgelangen, ob sie soziale Träger, Verbündete und Hauptgegner sowie die Schritte des Veränderungsprozesses realistisch aufzuzeigen in der Lage sind. Politische Ökonomie wird dann über die ideologie-

114) Da, wo Wachstumsstopp, wenngleich auch nicht Akkumulationsstopp monopolistischer Kapitalien, bereits unfreiwillig praktiziert wird, haben sich die sozialökonomischen Probleme ja nur verschärft; Wachstumsstopp würde bei fortschreitender wissenschaftlich-technischer Rationalisierung 1980 in der BRD eine unvorstellbare Arbeitslosenquote zur Folge haben; eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von „nur" 3,5 % (800 000 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt, saisonal weit über 1 Mio.) von 1975 bis 1980 würde ein reales BSP-Wachstum von durchschnittlich 3 % erfordern (1975: ca. — 2,0 %; Berechnungen aus den Arbeiten zum „Orientierungsrahmen '85"; vgl. R. Graeff, Zur politischen Ökonomie des Orientierungsrahmens, in: „Die Neue Gesellschaft", 4/1975, S. 303), „Null-Wachstum" würde die Arbeitslosenquote u. U. auf 6, 8 oder gar 10 % treiben.

115) Etwa W. Glastetter, Wachstumskonzeption und Politische Ökonomie, Köln 1971; H. P. Widmaier, Das Dilemma der Wachstumspolitik im Wohlfahrtsstaat, in: R. Molitor (Hrsg.), Kontaktstudium, a. a. O.; diese möglichen Konsequenzen wirklichen strukturpolitischen Staatseingriffs sind es, die auch von Interessenvertretern der „Marktwirtschaft" feinfühlig registriert werden und hier zur weitgehenden Ablehnung von Strukturpolitik führen; z. B. G. Tholl, Strukturpolitik und Wirtschaftsordnung, Schriften zur Mittelstandsforschung, Bd. 55, Köln 1972, insbesondere S. 108 ff.

116) Klassisch etwa J. K. Galbraith's Forderung nach Ausdehnung des Staatsanteils zur Herstellung des „Sozialen Gleichgewichts" zwischen privater Produktion und öffentlichen Dienstleistungen (Gesellschaft im Überfluß, München/Zürich 1959, S. 220 ff.).

kritische Konstatierung der praktischen Funktion jeder Wissenschaft hinausgelangen zur Erhöhung und Effektivierung ihres eigenen praktischen Beitrags bei der Herstellung solcher gesellschaftlicher Strukturen, die der Hauptproduktivkraft Mensch erst maximale freie Entfaltung und damit gesichertes Wachstum seiner Lebensqualität ermöglichen.

II. Politisch-ökonomische Neubesinnung zwischen Formierungskonzepten und kritischer Wissenschaft — Zum Begriff politischer Ökonomie

Die große Zahl der Ansatzpunkte und Ausprägungen „moderner" politischer Ökonomie läßt darauf schließen, daß wir es hier mit einem breiten und dauerhaften Prozeß der Neubesinnung in den Wirtschaftswissenschaften zu tun haben. Dieser Prozeß erfaßt sowohl die abstrakt-logischen Theorien („reine Ökonomie") und prägt sie v. a. zur „npÖ" aus, als auch die lange Zeit in den Hintergrund gedrängten sozialökonomischen (soziologisch-historisch) orientierten Theorien, denen in diesem Prozeß ein gewisser Erklärungsvorsprung zugute kommt. Als Hintergrund dieses Prozesses konnten die realen Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Reproduktion — die neue Qualität der Monopolisierung und der Funktionsverlust des Allokationsmechanismus „Markt" (Strukturkrise, Wachstumskrise), der Bedeutungszuwachs des Allokationsmechanismus „Plan" bei Staat und Unternehmen v. a. zur Organisierung wissenschaftlich-technischer Veränderungen, die fortschreitende funktionelle und materielle Verschmelzung von „Ökonomie" und „Politik" sowie die verstärkte Institutionalisierung gesellschaftlicher Antagonismen im Zeichen staatlich dominierter „konzertierter Aktion" — herausgearbeitet werden. Der aufgrund des langanhaltenden Nachkriegsbooms außerordentlich große Wirkungsgrad der Marktwirtschaftsidee hatte den Wirtschaftswissenschaften die Basis geschaffen, auf der sie (unter rhetorischem Bezug auf die Grundidee) eine „reine Ökonomie" entwickeln konnten, die nach Realitätsbezug nicht zu fragen brauchte. Die fundamentale Infragestellung der behaupteten Leistungsfähigkeit des Marktes durch die veränderten Realitäten hat heute den Einfluß der Markttheorie erheblich eingeschränkt. Das Streben nach Wiedererrichtung einflußreicher Leitbilder und nach erklärungsfähigeren Theorien ist heute die Quelle allen Suchens nach einer „modernen politischen Ökonomie". Eine neue Leitidee mit entsprechender Breitenwirkung, wie sie das Marktwirtschaftskonzept in den fünfziger und sechziger Jahren besaß, konnte aber bisher noch nicht formuliert werden; die konservative Neufundierung der alten Leitidee jedenfalls hat trotz angeblicher Tendenzwende nicht die Chance, die alte Integrationskraft wiederzuerlangen.

Da wo der Glaube an eine Autoharmonie des gesamtgesellschaftlichen Prozesses politisch-ökonomisch restituiert werden soll, muß zumindest die Behauptung fallen gelassen werden, das (möglicherweise) erlangte „Gleichgewicht" sei zugleich das gesellschaftliche „Optimum". Die konkurrenztheoretische („antimonopolistische") Wohlfahrtsökonomie und ihr politisches Abbild, die klassische, frühbürgerliche Demokratietheorie, hatten beide dieses „Optimum" definiert, das bis heute überwiegend in den Wirtschaftswissenschaften akzeptiert wird. Ebenso wie die das Fehlen „vollständiger Information" und andere „Mängel" der Realität berücksichtigende Oligopoltheorie ihre „Lösungen" deshalb als Abweichungen vom „Markt-Optimum" definieren muß, kann die „npÖ" (speziell die „ökonomische Theorie der Politik"), die die oligopolistische (Zwei-)Parteien-Konkurrenz untersucht (also die politische Oligopoltheorie), keineswegs mehr behaupten, ihr politisch-ökonomisches Gleichgewicht sei „optimal". Die Übertragung der

„ökonomischen Rationalität" (Kapitalperspektive) auf alle gesellschaftlichen Bereiche durch die Analogisierung von Unternehmer, Politiker und Verbandsfunktionär sowie Konsument, Wähler und Verbandsmitglied, die den grundlegenden Formierungszweck des Ansatzes kennzeichnet [117]), hat theorieimmanent (!) die Konsequenz, daß ökonomische Ungleichgewichte politisch nicht kompensiert, sondern reproduziert und potenziert werden [118]). Wo aus Gründen der Rettung des angeblich bewährten Instrumentariums der Gleichgewichtsökonomie die „Nicht-Markt-Mechanismen" lediglich zur subsidiären Durchsetzung gleicher („ökonomischer") Interessen(-kalküle) funktionalisiert werden, wo bereits im Teilbereich Ökonomie desavouierte Entscheidungslogiken auch dem Teilbereich Politik unterstellt werden, kann (schon theoretisch) der politische Eingriff nicht mehr korrigierend sein, kann er nicht durch wenigstens partielle Realisierung einer anderen Rationalität positive externe Effekte für den ungleichgewichtigen Marktprozeß produzieren. Die Tatsache, daß dies *so* mit der Realität keineswegs übereinstimmt — der Staatseingriff bezweckt in der Tat die Produktion solcher „externen Effekte", v. a. könnte er eine andere Rationalität durchsetzen helfen —, zeigt, daß diese Theorie der Politik ebensowenig erklärungsfähig ist, wie die „Markttheorie". Die „reine" Ökonomie hatte bisher gerade wegen ihrer axiomatischen und methodischen Beschränkung „die Politik" wohlweislich als exogen angenommen. Der Versuch der „npÖ", „die Politik" nun doch mit dem gleichen Apparat der „reinen" Ökonomie zu analysieren, muß dessen Versagen also noch deutlicher hervortreten lassen [119]).

Der Begriff der „npÖ" von politischer Ökonomie ist ein formaler. War die strikte Trennung von „Politik" und „Ökonomie" in der „reinen" Ökonomie bereits willkürlich, so stellt ihre Verknüpfung über bloße Analogien im formal-methodischen Bereich durch die „npÖ" in dieser Hinsicht keinen Fortschritt dar. Die Bereiche sind lediglich dadurch verknüpft, daß die autonom-nutzenmaximierenden Subjekte die verschiedenen Markt-, Wahl- oder Verbandsmechanismen beliebig je nach deren aktueller Leistungsfähigkeit für die Durchsetzung ihrer in Inhalt und Form gleichbleibenden subjektiven Kalküle heranziehen. Was zuvor ein „rein ökonomisches" Kalkül war, bleibt ein solches. Die engere Verschmelzung von „Politik" und „Ökonomie" hat angeblich keinen Einfluß auf das „Innere" der Bereiche. Da die „npÖ" keine objektiven Gesetzmäßigkeiten unabhängig vom ewig identischen „rationalen" Kalkül anerkennt, kann diese Verschmelzung weder ökonomische noch politische Gesetzmäßigkeiten irgendwie modifizieren. Da zudem eine übergreifende Kategorie zur Charakterisierung eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems fehlt, kann eine historisch-qualifizierende Einordnung des Verschmelzungsprozesses als bestimmte Etappe in der Entwicklung des Gesamtsystems nicht gegeben werden. Die Beliebigkeit alternativer gesellschaftlicher Mechanismen in einem *„gemischten Wirtschaftssystem"* läßt den Eindruck entstehen, als könnten die Allokationsmechanismen „Markt" und „Zentralplanung" beliebig widerspruchsfrei integriert werden. Eine Erklärung der historisch gewachsenen Notwendigkeit des geplanten Staatseingriffs kann auf dieser Grundlage nicht gegeben werden. Die „npÖ" erweist sich hier als auf den gegenwärtigen Zustand zugeschnittenes Konzept.

Das Fehlen von politisch-ökonomischen Kategorien bedingt auch den mangelnden theoretischen Zusammenhang zwischen „gesellschaftlichen Entscheidungs-

117) Rau, Der Verfall . . ., a. a. O., S. 230 f.
118) H. P. Widmaier, Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: ders. (Hrsg.), Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, a. a. O., der aber den Inhalt „ökonomischer Rationalität" im Kern nicht in Frage stellt.
119) Vgl. J. Frank, Neue Politische Ökonomie als Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie?, a. a. O., S. 316 f.

mechanismen", „Präferenzaggregation durch Abstimmungen", „Modellen der Parteienkonkurrenz", „Theorie der Gruppen" etc.[120]) und die mangelnde Stringenz bei Anwendungsversuchen auf praktische Probleme[121]). Die „npÖ" erscheint eher als Konglomerat verschiedenster Ansätze und Überlegungen.

Die Kritik der „npÖ" hat auf den Zusammenhang zwischen deren Modell-Formalismus und deren theoretischer und empirischer Flachheit hingewiesen. Neben „Bruchstücke(n) schlichten Common-sense-Wissens"[122]) stehen „Tatsachenbehauptungen, deren inhaltliche Naivität frappiert"[123]). Den Realitäten stellt sich die „npÖ" trotz der von ihr vielbeschworenen *„Politometrie"* selten und oft „in Form vorschneller Identifizierung"[124]). Eine der wenigen aus ihren Modellen (hier: der ökonomischen Theorie der Gruppen) abgeleiteten materiellen Aussagen über den langfristigen Mitgliederschwund der Gewerkschaften[125]) hat sich als nicht haltbar erwiesen.

Der untheoretisch-formale Charakter der „npÖ" steht nicht im Widerspruch zu ihrem erheblichen Formierungspotential. Einige politische Teilprozesse und Einzelphänomene, die durch die ökonomische Demokratietheorie treffend beschrieben werden, harmonieren nur auf den ersten Blick mit den gebotenen Modellerklärungen. So wenig die Modellerklärungen *wirklich* den Realitäten standhalten, so sehr zielen sie auf die Formierung der Gesellschaft nach ihrer „Rationalität" ab. Als Alternative zu den allenthalben nachgewiesenen gesamtwirtschaftlichen „Irrationalitäten" einzelwirtschaftlich „rationaler" Verhaltensweisen hält die „npÖ" je nach Ausprägung mehr oder weniger offen das Prinzip autoritärer Führung in Staat und Verbänden[126]) für verschärfte Krisensituationen in Reserve bzw. arbeitet auf ständestaatliche Konzepte hin[127]). Dabei verteidigt sie in jeder Hinsicht die Grundlagen dieses Widerspruchs: „Marktwirtschaftliche" Lösung ökonomischer Probleme bedeutet nichts anderes als die Kompensation der gesamtwirtschaftlich irrationalen Auswirkungen der Rationalität des Einzelkapitals durch Transfer öffentlicher Mittel an das Einzelkapital (Anreize), mit der Konsequenz neuer gesamtwirtschaftlicher Irrationalitäten (strukturelle Arbeitslosigkeit infolge Rationalisierungsinvestitionen, „fiscal crisis" etc.).

Der politisch-ökonomische Charakter der „npÖ" liegt darin, die Stärkung des „technokratischen" Staatseingriffs zu fördern. Um die Steuerungsmöglichkeiten in diesem Sinne zu verbessern, weist die „npÖ" gegenüber der „reinen" Ökonomie gewisse Annäherungen an die realen sozialen Prozesse auf, so etwa in der Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters ökonomischer und politischer Prozesse („Sozialwahlsysteme") oder gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um den Charakter der Lösung ökonomischer Probleme („öffentliche Güter", Inflations- und Gruppentheorie).

Das Postulat „rationalen" oder „ökonomischen" Verhaltens, das die „npÖ" mit der Übernahme des neoklassischen Nutzenkonzepts axiomatisiert, leitet sich auch bei ihr aus dem Anspruch einer formalisierten, „operationalen" Wissenschaft ab. Da Fragestellungen und Problemlösungen mit der wissenschaftlichen Methode immer eng verknüpft sind, muß auch bei der „npÖ" die positivistische

120) So die Abschnitte bei Frey, Neue Politische Ökonomie, a. a. O.
121) Vgl. Frey, Die politischen Durchsetzungschancen einer Umweltpolitik, a. a. O.; hier fließen zahlreiche Gedanken ein, die mit den theoretischen Darstellungen der „npÖ" kaum in Zusammenhang stehen.
122) Fach, S. 372.
123) Tudyka, S. 135.
124) Fach, S. 374.
125) Frey, Die ökonomische Theorie . . ., S. 15; N. Eickhof, Das Dilemma der Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, in: R. Molitor (Hrsg.), Kontaktstudium . . ., a. a. O.
126) Frey, Inflation und Verteilung . . ., S. 158.
127) Vgl. Herder-Dorneich, s. o. Abschnitt I, 5.

Einengung theoretischen Denkens die Problemverdrängung rechtfertigen [128]). Die postulierte Schließung des Erklärungsdefizits der ökonomischen Theorie muß so im Ansatz scheitern. Die „npÖ" hätte gesellschaftliche Interessen und objektive Gesetzmäßigkeiten eines Gesellschaftssystems zur Kenntnis zu nehmen, um Mechanismen in Frage stellen zu können, die den Widerspruch zwischen individueller und gesamtwirtschaftlicher Rationalität produzieren. Da (und solange) sie beides nicht zur Kenntnis nimmt, bleibt ihr eine erklärungsfähige und kritische Perspektive verschlossen.

Im Zeichen sprunghafter wissenschaftlich-technischer Entwicklung verschmelzen ökonomisch-technische und soziale Prozesse zu einer immer komplexeren Realität. Die erhöhte Steuerungsnotwendigkeit stellt an die Wissenschaft die Anforderung nach realistischer Erkenntnis dieser Prozesse. Weder die Übertragung modellökonomischer Methoden auf andere Objektbereiche im Sinne der „npÖ" noch das Zauberwort *„Wissenschaftsintegration"*, sofern es sich um die Formalintegration hochformalisierter und gleichermaßen erklärungsschwacher Disziplinen handelt, noch die Ergänzung „reiner" Ökonomie durch soziologische Daten u. ä. werden die Gesellschaftswissenschaften aber letztlich dazu befähigen. Politisch-ökonomische Restituierungsversuche nach dem Muster des „Methoden- und Konzeptpluralismus" und des „Ende-offen"-Prinzips [129]) können, sofern es sich nicht ausschließlich um ideologische Abwehrformeln handelt, wissenschaftlichen Fortschritt schon vom Anspruch her nur zufällig produzieren.

Jeder tragfähige politisch-ökonomische Restituierungsversuch ist auch unter diesem Aspekt an ein neues Wissenschaftsverständnis gebunden [130]). Von verschiedenen Ansätzen herkommend, etwa der Theorie der „sozialen Kosten" [131]) oder der Planungstheorie [132]), wird heute aus den Sozialwissenschaften heraus gelegentlich der Versuch gemacht, den Realitätsbezug der Wissenschaft auf der Grundlage eines veränderten Wissenschaftsverständnisses langfristig effizienter zu gestalten. Diese Bemühungen sind zum einen der Versuch, dem Produktivkraftcharakter der Gesellschaftswissenschaften gerecht zu werden, zum anderen reflektieren sie ein (damit zusammenhängendes) Emanzipationsstreben in den Gesellschaftswissenschaften. Es entstehen neue Ansätze, die positivistische Ziel- und Wertabstinenz wieder explizit aufzugeben, die alle grundlegenden Fragen (vordergründig) einer irrationalen Beliebigkeit überließ. Die methodologische Akzeptierung und Rehabilitierung wissenschaftlicher Ziel- und Wertediskussion und -bestimmung vergrößert nicht nur tendenziell die Möglichkeiten praktischen Wissenschaftseinsatzes, sondern eröffnet dem Wissenschaftler auch die Möglichkeit der Bewertung gesellschaftlicher Erscheinungen (einschließlich der gesellschaftlichen Werte), der Differenzierung und Strukturierung der gesellschaftlichen Gesamtheit, der Frage nach und Infragestellung der Bedingungen gesellschaftlicher Mechanismen. Für die Restituierung einer politischen Ökonomie bedeutete dies eine Perspektive, in der die Infragestellung des angeblich „rein Ökonomischen", der Ergebnisse und Mechanismen der kapitalistischen „Marktwirtschaft" wieder explizit als wissenschaftliche Frage möglich wird [133]). Politische

128) „(. . .) zur Diskussion stehen (. . .) nicht individuell zurechenbare Versäumnisse, sondern Thematisierungs- bzw. Dethematisierungserscheinungen, deren Erklärung nur unter Berücksichtigung des Wechselprozesses zwischen wissenschaftlichen Selektionsprinzipien und gesellschaftlichen Verwertungsinteressen gelingen kann" (Fach, S. 374); s. ferner G. Kirsch, Ökonomische Theorie der Politik, Tübingen 1974, S. 132 f.

129) Etwa G. v. Eynern (Hrsg.), Wörterbuch zur politischen Ökonomie, a. a. O., S. 5; L. Köllner, Wirtschaftswissenschaft versus politische Ökonomie, Stuttgart u. a. 1973, S. 9.

130) Vgl. A. Kade, in: Vogt (Hrsg.), Seminar . . ., S. 153.

131) Etwa K. W. Kapp, Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft, a. a. O., Abschnitt XVII („Auf dem Weg zu einer neuen Wissenschaft der politischen Ökonomie").

132) Etwa K. Lompe, Gesellschaftspolitik und Planung, a. a. O., S. 37 ff., 216 ff.; H. Lenk, Erklärung, Prognose, Planung. Skizzen zu Brennpunktproblemen der Wissenschaftstheorie, Freiburg 1972, S. 63 ff., 95 ff.

133) Z. B. S. Katterle, Wohlfahrtsökonomik und Theorie der Staatswirtschaft, a. a. O., S. 25 f.

Ökonomie könnte auf diesem Wege zur Erschließung der Totalität der gesellschaftlichen Wirklichkeit fortschreiten. Die wissenschaftlich adäquate Bewältigung dieser Aufgabe würde die Einsicht in die historische und soziale Bedingtheit wissenschaftlicher Erkenntnis selbst implizieren [134]).

Anknüpfungspunkte, den verfehlten Ansatz der „reinen" Ökonomie zu überwinden, bestehen für politisch-ökonomische Ansätze mit kritischem Anspruch in großer Zahl: Die Fragen der Realisierung von Alternativen der unterstellten Entscheidungskalküle, die Problematisierung von Entstehung, Veränderung und Beeinflussung „privater Präferenzen" aufgrund der Analyse „externer Effekte", die Analyse politischer und gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse anhand der Implikationen „öffentlicher" und „meritorischer Güter" etc.[135]). Eine kritische politische Ökonomie hätte davon ausgehend die sogenannte private Produktion selbst als gesellschaftliches Verhältnis, das Kapitalverhältnis als Herrschaftsverhältnis zur Kenntnis zu nehmen, in dem sich „Politik" und „Ökonomie" bereits grundlegend verknüpfen. Die Analyse von „Gruppenmacht" kann sich dann nicht auf selektierte Überbauphänomene beschränken, die dann „alle Katzen grau" und antagonistische Interessen als gleichlaufende erscheinen lassen, ohne die private Verfügung über Kapital als entscheidende systemkonstituierende Quelle von Macht zu registrieren. Die fortgesetzte Abstraktion von den Produktionsverhältnissen dagegen bedeutet letztlich die Negation aller Postulate, mit denen auch die „npÖ" angetreten ist, bedeutet die Leugnung einer ihres eigenen gesellschaftlichen Charakters und des politisch-ökonomischen Charakters ihres Objekts bewußten politischen Ökonomie.

Die „moderne" politische Ökonomie hätte ihre an teils leerformelhaften, teils ideologischen „Optimalitäts-" und „Wirtschaftlichkeits-"Begriffen orientierten, überwiegend irrelevanten Fragestellungen [136]) vollends aufzugeben. Politische Ökonomie würde dann nicht mehr als die Frage nach der „optimalen Produktion von Gütern" (eher ein Problem der Technologie), nicht mehr als eine Ontologie der Knappheit angesehen, sondern würde wieder als die Wissenschaft von den gesellschaftlichen Beziehungen der Individuen in Produktion und Austausch, deren historischer Bedingtheit und Veränderbarkeit erkannt [137]).

---

134) Ein Klassiker der herrschenden Nationalökonomie verdeutlicht dies so: „Sobald wir ernsthaft damit beginnen, die wirtschaftlichen Phänomene als ein Ganzes zu betrachten und nach den Bedingungen der Wohlfahrt des Ganzen zu suchen, müssen die Interessen des Proletariats in Betracht gezogen werden; von da aus ist es nur ein kurzer Schritt zur Proklamation gleicher Rechte für alle. Der eigentliche Begriff einer politischen Ökonomie oder die Existenz einer Wissenschaft mit einem solchen Namen impliziert deshalb strenggenommen ein einschneidendes revolutionäres Programm" (K. Wicksell, Vorlesungen über Nationalökonomie, Jena 1928, Einleitung, zit. nach J. Robinson, Die Gesellschaft als Wirtschaftsgesellschaft, München 1971, S. 112).

135) Ausführlich Frank, S. 318 ff.; G. Kirsch, a. a. O., S. 126 ff.

136) Zu einem Katalog solcher Fragestellungen s. P. Bernholz, Grundlagen der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 4 f.

137) Zur Restitution der politischen Ökonomie in diesem Sinne s. die bereits erwähnten Aufsätze in: Vogt (Hrsg.), Seminar . . ., a. a. O.

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Strukturmerkmale der Arbeitslosigkeit

Sämtliche Prognosen über die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitsmarkt sind sich einig, daß die Zeit der Vollbeschäftigung der Vergangenheit angehört. Für eine absehbare Zukunft wird die Arbeitslosigkeit zu einem Bestandteil der gesellschaftlichen Realität der BRD werden. Diese Erkenntnis aber sagt noch nichts über den Charakter dieser Arbeitslosigkeit aus. Das soziale Gewicht der Unterbeschäftigung hängt nicht nur von ihrem Umfang, sondern auch vom Kreis der unmittelbar Betroffenen und von ihrer Dauer für den Einzelnen ab.

Erste Aufschlüsse über die strukturellen Faktoren geben die Strukturuntersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit, die in regelmäßigen Abständen im Mai und im September durchgeführt werden. Je länger die Krise andauert, desto deutlicher schälen sich diejenigen Merkmale heraus, die voraussichtlich auch in der Zukunft die Arbeitslosigkeit kennzeichnen werden.

Wichtig ist vor allem, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit für den einzelnen Betroffenen zunimmt.

Tabelle 1
Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit

	September 1973		*September 1974*		*September 1975*	
	in %	*absolut*	*in %*	*absolut*	*in %*	*absolut*
Bis 1 Monat	*28,4*	*62 226*	*26,1*	*145 519*	*16,4*	*165 177*
1 bis 3 Monate	*28,8*	*63 102*	*31,1*	*173 545*	*25,5*	*256 963*
3 bis 6 Monate	*16,1*	*35 276*	*18,3*	*101 652*	*21,2*	*213 706*
6 bis 12 Monate	*18,2*	*39 877*	*19,3*	*107 331*	*27,3*	*274 030*
1 bis 2 Jahre	*6,6*	*14 461*	*4,0*	*22 341*	*8,3*	*83,812*
Über 2 Jahre	*1,9*	*4 163*	*1,2*	*6 488*	*1,3*	*12 866*
Zusammen	*100,0*	*219 105*	*100,0*	*556 876*	*100,0*	*1 006 554*

Es bildet sich allmählich eine Gruppe von Dauerarbeitslosen heraus, deren Vermittlung immer schwieriger wird. Die Bundesanstalt für Arbeit weist darauf hin, daß es sich bei den in den letzten Monaten erfolgreich vermittelten Arbeitern und Angestellten vor allem um solche handelt, die nur kurzfristig arbeitslos waren. Dagegen können die längerfristig Arbeitslosen nur schwer vermittelt werden. Die Dauer der Arbeitslosigkeit und die Chance, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, scheinen sich umgekehrt proportional zueinander zu verhalten. Dieser Zusammenhang — ein Teufelskreis für den Betroffenen — ist sozial um so bedeutsamer, als das System der Arbeitslosenversicherung ihm nicht Rechnung trägt. Denn nach spätestens einem Jahr wird der Arbeitslose in die Arbeitslosenhilfe ausgesteuert, die nicht nur bedeutend niedriger, sondern infolge der Bedürftigkeitsklausel auch sozial diskriminierend ist (Vgl. „Blätter" 9/1975). Der Arbeitslose wird gleichsam auf eine „soziale Rutschbahn" gesetzt, die immer steiler nach unten führt.

Für die Zukunft besteht die Gefahr, daß so eine ganze Gruppe der Gesellschaft sozial deklassiert und an den Rand gedrängt wird. Hier liegt der Kern für die Herausbildung einer „industriellen Reservearme" mit all ihren sozialen Konsequenzen.

Arbeitslosigkeit nicht als vorübergehende Erscheinung in einem langen Arbeitsleben, sondern als existenzbedrohendes „Schicksal" steht für eine zunehmende Zahl von Jugendlichen am Beginn ihres Arbeitslebens. In Verbindung mit einer auch bei den betroffenen Jugendlichen zunehmenden Dauer der Arbeitslosigkeit werden dadurch ihre Zukunftschancen von vorneherein reduziert. Ein Jugendlicher, der zu Beginn seines Arbeitslebens, ohne Berufsausbildung, längere Zeit arbeitslos ist, hat nur noch geringe Aussichten auf ein „normales" Berufsleben. Zwar ist der Anteil der längerfristig arbeitslosen Jugendlichen geringer als im Durchschnitt: 17,7 % der Arbeitslosen unter 20 Jah-

ren waren länger als 6 Monate arbeitslos. Das hängt aber auch damit zusammen, daß die Jugendarbeitslosigkeit eine vergleichsweise neue Erscheinung ist. Jedenfalls erhöht sich die Dauer der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen schneller als im Durchschnitt: von September 1974 bis September 1975 nahm der Anteil derjenigen Jugendlichen unter 20 Jahren, die länger als 6 Monate arbeitslos waren, von 8,1 auf 17,7 % zu, während der Anteil im Durchschnitt aller Arbeitslosen „nur" von 24,5 auf 36,9 % stieg.

Tabelle 2
Arbeitslose nach Altersgruppen

	September 1973		September 1974		September 1975	
	Absolut	in %	Absolut	in %	Absolut	in %
Unter 20	21 341	9,6	69 793	12,5	115 753	11,5
20 bis 25	30 017	13,7	88 258	15,9	171 620	17,1
25 bis 30	25 416	11,6	73 894	13,3	152 333	15,1
30 bis 40	44 040	20,1	125 304	22,5	227 611	22,6
40 bis 50	34 180	15,6	93 092	16,7	165 960	16,5
50 bis 60	35 714	16,3	71 337	12,8	119 498	11,9
60 bis 65	27 169	12,4	34 118	6,1	53 779	5,3
Über 65	1 534	0,7	1 125	0,2	—	—

Wenn auch die Tendenzen zur Herausbildung einer durch die Arbeitslosigkeit deklassierten Gruppe nicht zu übersehen sind, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß die Arbeitslosigkeit etwa nur für eine relativ kleine Gruppe der Lohnabhängigen eine unmittelbare Gefahr darstellt.

Das zeigt sich vor allem an dem wachsenden Anteil der arbeitslosen Angestellten, eine Gruppe, die noch 1967 wenig betroffen war.

Tabelle 3
Arbeitslose Arbeiter und Angestellte in % der Gesamtzahl

	September 1967	September 1973	September 1974	September 1975
Arbeiter	81,1	60,7	67,1	66,2
Angestellte	18,9	39,3	32,9	33,8

Der Rückgang des Anteils der Angestellten von 1973 auf 1974 ist vor allem den konjunkturellen Einflüssen zu verdanken. Wie auch 1966/67 werden Arbeiter in der Krise immer noch schneller entlassen als Angestellte. Strukturell und langfristig aber ist der Angestelltenanteil zunehmend. Nur zu einem geringen Teil ist das darauf zurückzuführen, daß der Angestelltenanteil an der Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten zwischen 1967 und 1974 von 41,2 auf 46,5 % zunahm. Der Angestelltenstatus schützt also keineswegs mehr vor Arbeitslosigkeit. Die Rationalisierungswelle hat inzwischen auch die typischen Arbeitsbereiche der Angestellten in den Verwaltungen und Dienstleistungsbetrieben erfaßt. Zudem dürfte auch die Konzentrationsbewegung im Handel eine Ursache der stark gestiegenen Angestelltenarbeitslosigkeit sein. Hinzu kommt die Personalentwicklung im öffentlichen Bereich. Allerdings werden sich die Auswirkungen der Personaleinsparungen dort erst in der Zukunft statistisch voll niederschlagen.

Tabelle 4
Arbeitslose nach Berufsausbildung

	September 1973		September 1974		September 1975	
	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut
Nicht abgeschlossen [1])	57,6	126 204	60,0	333 443	58,1	584 940
Lehre	33,1	72 524	33,1	184 050	34,8	349 584
Fachschule	4,8	10 517	3,4	18 714	4,1	41 622
Fachhochschule	2,1	4 601	1,8	10 264	1,5	14 917
Hochschule	2,5	5 478	1,7	9 618	1,5	15 491

[1]) Entsprechend der neuen Systematik werden Angelernte einbezogen

Zwar ist der Anteil der Arbeitslosen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung nach wie vor hoch. Trotzdem stellt die jüngste Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit im September 1975 fest, „daß bei einer länger abgeschwächten Beschäftigungslage wie derzeit auch eine gute berufliche Qualifikation keinen absoluten Schutz gegen Arbeitslosigkeit gewähren kann" (s. Tabelle 4).

Bei einer Beurteilung der Prozentzahlen sollte allerdings berücksichtigt werden, daß auch die absoluten Zahlen einbezogen werden müssen. Die 5500 arbeitslosen Universitätsabsolventen vom September 1973 machten zwar 2,5 % der Gesamtzahl der Arbeitslosen aus. Eine gewisse Zahl erklärt sich jedoch aus Fluktuationsvorgängen, d. h. aus vorübergehender Arbeitslosigkeit im Zuge eines Stellenwechsels. Die 15 500 „Diplom-Arbeitslosen" vom September 1975 aber, obwohl „nur" 1,5 % der Gesamtzahl, können so nicht mehr erklärt werden.

Bei der Interpretation der Ergebnisse und bei Rückschlüssen auf die zukünftige Entwicklung muß berücksichtigt werden, daß die Arbeitslosigkeit der Lohnabhängigen mit Ausbildung weniger konjunkturelle als strukturelle Momente aufweist. Ein qualifizierter Facharbeiter oder ein Akademiker dürfte allein aus kurzfristigen konjunkturellen Gründen weniger leicht arbeitslos werden als ein unqualifizierter Arbeiter oder Angestellter. Denn die meisten Betriebe werden versuchen, solche ausgebildeten Kräfte auch in „Durststrecken" zu halten, weil sie bei einer wirtschaftlichen Belebung schwerer zu bekommen sind.

Die relative Konstanz des Anteils der Arbeitslosen mit abgeschlossener Berufsausbildung in der Krise macht also deutlich, daß es sich hierbei zu einem erheblichen Teil bereits um strukturelle, langfristig angelegte Arbeitslosigkeit handelt.

Maßnahmen der Qualifikation allein reichen also nicht aus, um die Arbeitslosigkeit auf Dauer zu reduzieren. Auch Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Erwachsenenbildung der Bundesanstalt sind nicht vor Arbeitslosigkeit geschützt. Immerhin waren im September 20 000 Arbeiter und Angestellte arbeitslos, obwohl sie innerhalb der letzten drei Monate vor der Arbeitslosmeldung eine solche Schulung abgeschlossen hatten. Trotzdem können solche Maßnahmen in vielen Fällen die Anpassung der Qualifikation an den Bedarf erleichtern — ohne den Bedarf selbst zu vergrößern.

Tabelle 5
Spezifische Arbeitslosenquoten

	September 1975	*September 1974*	*September 1973*
Gesamt	*4,4 %*	*2,4 %*	*0,9 %*
Unter 20 Jahre	*5,8 %*	*3,4 %*	*1,0 %*
Über 60 Jahre	*5,0 %*	*3,0 %*	*2,4 %*
Männer	*3,8 %*	*2,0 %*	*0,7 %*
Frauen	*5,5 %*	*3,2 %*	*1,4 %*
Deutsche	*4,2 %*	*2,4 %*	—
Ausländer	*5,6 %*	*2,8 %*	—
Angestellte	*3,2 %*	*1,8 %*	—
Arbeiter	*5,4 %*	*3,0 %*	—

Betrachtet man die Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung und andere wirtschaftspolitische Instanzen aus den vorliegenden Untersuchungen ziehen, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß eine gewisse „Reservearmee" zur Disziplinierung der Beschäftigten geradezu erwünscht ist. Während offen erklärt wird, daß ein „Aufschwung" im Sinne eines wirtschaftlichen Wachstums nicht in der Lage ist, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, werden Maßnahmen durchgeführt, die die langfristige Arbeitslosigkeit eher vergrößern. Auf der einen Seite wird durch Investitionsprämien der Rationalisierungsprozeß in der Industrie beschleunigt, auf der anderen Seite werden im öffentlichen Bereich Stellen gestrichen, werden Arbeitsplätze vernichtet. Selbst wenn der Aufschwung kommt — der gegenwärtig noch keineswegs in Sicht ist —: die sozialen Hauptprobleme, vor allem die Arbeitslosigkeit, werden durch ihn nicht gelöst werden. Jörg Goldberg

Vor der nächsten „Talsohle"?

Zur Wirtschaftspolitik in der BRD

Angesichts der allgemeinen Freude der Kommentatoren über den nun endlich doch einsetzenden Aufschwung fühlt sich der Kritiker in die Rolle Till Eulenspiegels versetzt, der beim Anstieg auf einen Hügel die Gefühle der mit ihm Gehenden nicht teilen mochte, da er vor seinem geistigen Auge schon die nächste „Talsohle" sah. Nun gut, alle Anzeichen stehen auf Konjunkturbelebung, die Exporte steigen, die Verbrauchsnachfrage ist stabil, der unvermeidliche Lagerzyklus wird das seine beitragen, Gewinnsteigerungen sind prognostiziert, die Gewerkschaften vergleichen sich zu kaum reallohnhaltenden Lohnsätzen. Endlich müssen jene zwei Jahre gelockten und gestreichelten Pferde, von denen alles abhängt, doch wieder saufen: Die Investitionen sollen wieder steigen.

Deutsche Volkszeitung

ein demokratisches Wochenblatt — unentbehrlich für den kritischen Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

Was aber kommt danach? Der Optimismus der Kommentatoren ist gedämpft. Denn es ist nicht auszuschließen, daß die gegenwärtige Krise den Auftakt einer ökonomischen Dauerkrise bildet, wie sie andere Länder schon kennen. Die Gewinne werden zwar steigen, mit einem erheblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit ist jedoch auch im nächsten Jahr nicht zu rechnen. Die geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren auf den Arbeitsmarkt drängen werden, bereiten den Politikern schon heute Kopfzerbrechen; denn die noch bis vor kurzem fast für selbstverständlich gehaltene faktische Vollbeschäftigungsgarantie kann nicht mehr aufrechterhalten werden.

In einem Beitrag zur Jahresschlußausgabe des „Handelsblatt" brachte Bundeskanzler Schmidt dies deutlich zum Ausdruck, indem er die ursächliche Verantwortung der Regierung für die Wirtschaftskonjunktur von sich wies: „Wir könnten jeden Gedanken an die Marktwirtschaft vergessen, wenn wir weiterhin den Irrtum zuließen, Konjunkturen würden im Schoß der Bundesregierung ausgeheckt." Weiter erklärte er, daß man heute wirtschaftliches Wachstum nicht mehr als normal voraussetzen könne und daß die internationalen Bedingungen eine binnenorientierte (und das heißt allemal Vollbeschäftigung sichernde) Konjunkturpolitik nicht mehr ermöglichen würden. Wie muß sich die wirtschaftliche Situation gewandelt haben, wenn der Bundeskanzler der BRD angesichts der Wirkungslosigkeit des gegenwärtigen Instrumentariums seine Hilflosigkeit eingestehen muß!

Was aber als Hilflosigkeit gegenüber dem berechtigten Anspruch der großen Mehrheit der Bevölkerung erscheint, ihre berufliche und persönliche Zukunft in Sicherheit zu entwickeln, entbehrt nicht einer planmäßigen Logik, wie ein Rückblick auf die Entwicklung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zeigt.

Die seit Mitte der sechziger Jahre zunehmenden Wachstumsschwierigkeiten der kapitalistischen Volkswirtschaften drückten sich zu jener Zeit in immer heftigeren

internationalen Währungskrisen aus und führten schließlich zum Zusammenbruch des auf festen Wechselkursen aufbauenden internationalen Währungssystems, das nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt worden war, um dem internationalen Handel stabile Ausgangsbedingungen zu verschaffen. In der Bundesrepublik wurden schon lange vor 1973 — dem endgültigen Zusammenbruch der festen Wechselkurse — immer wieder Forderungen nach der Einführung flexibler Wechselkurse laut. Als Vorteil eines solchen Systems wurde die Möglichkeit einer autonomen Konjunkturpolitik der Bundesbank angeführt.

Wie eine solche Politik aussieht, demonstrierte die Bundesbank — dabei keinem Parlament verantwortlich —, indem sie 1973 eine Politik der Geldverknappung mit dem Ziel des Abbaus inflationärer Spielräume begann. Nach allem, was damals bekannt war, mußte bei einer solchen Politik mit größerer Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Diese Politik lief jedoch offensichtlich auch den damaligen Intentionen der Bundesregierung nicht zuwider, die ebenfalls stark auf konjunkturdämpfende Mittel zur Bremsung der inflationären Preissteigerungen setzte und sich dabei ausrechnen mochte, daß ein Konjunkturaufschwung 1975 nach erfolgreicher Inflationsbekämpfung für die Bundestagswahl 1976 die beste Ausgangsbasis bilden würde. Eine solche Politik erwies sich auch aufgrund der veränderten internationalen Bedingungen notwendig, um den verschärften Wettbewerbsdruck, der durch den Zusammenbruch der festen Wechselkurse eine Aufwertung der DM zur Folge gehabt hatte, durch besonders niedrige Preissteigerungen in der BRD aufzufangen. Dazu wiederum war es notwendig, die Lohnsteigerungen zu reduzieren und die öffentlichen Ausgaben einzuschränken.

Beide Konsequenzen der „Antiinflationspolitik" liefen den bis dahin formulierten Intentionen der Koalition zuwider und dementsprechend widersprüchlich vollzog sich die Wende der Politik. Der heutige Bundeskanzler hat jedoch deutlich zu erkennen gegeben, daß die Prioritäten für die Wirtschaftspolitik der BRD sich aus internationalen Zusammenhängen ergeben. Um der sich abzeichnenden Gefahr einer chronischen Wachstumskrise zu begegnen, soll die Wirtschaftspolitik in den Dienst des Aufbaus einer besonderen internationalen

Demokratische Erziehung

1/76 (Januar)

Berichte und Kommentare

W. Rügemer: Die Jugendpolitik der Bundesregierung — *W. Stodtmeister:* Kolloquium Friedliche Koexistenz und Schulbücher — *K. H. Heinemann:* Auswertung eines Lesergesprächs — *A. Degen:* GEW-Fachtagung zur Weiterbildung — *H. Stang:* Aktionskonferenz zur Lehrerarbeitslosigkeit — *H. Lührig:* Bericht aus Bonn

Hauptaufsätze

Zur Sozialisation und Erziehung behinderter Kinder und Jugendlicher
W. Jantzen: Materialistische Erkenntnistheorie und Behindertenpädagogik — *H. Reiser:* Konzentrationsstörungen in der Schule — *R. Wellen:* Verhaltenstherapeutische Behandlung eines mutistischen Kindes — *D. Pilz:* Legasthenie — *H. Deppe-Wolfinger:* Die berufliche Eingliederung Behinderter — *U. Preuß-Lausitz:* Tendenzwende in der Heilpädagogik?

Weitere Aufsätze

R. Koch/G. Rocholl: „Gleichgültigkeit der Lohnerzieher?" — *D. Kramer:* Jugendzentren und Jugendarbeitslosigkeit

Rezensionen zur Sonderpädagogik, zum Thema Freizeit und zu aktuellen Neuerscheinungen.

Bildungspolitische Kurzinformationen

Dokumente

Beschlüsse der GEW-Fachtagung zur Weiterbildung

Herausgeber: Georg Auernheimer · Frank Benseler · Horst Bethge · Karl H. Bönner · Dankwart Danckwerts · Alfred Degen · Frank Deppe · Helga Deppe-Wolfinger · Lottemi Doormann · Karl-Heinz Heinemann · Horst Holzer · Hans Rainer Kaiser · Karl Chr. Lingelbach · Michael Otte · Karin Priester · Erich Roßmann · Gerwin Schefer · Stephan Voets · Herbert Vorgrimler — Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 5,— DM; im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten, Schüler, Wehr- und Zivildienstleistende 3,— DM.

Bestellungen über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115

Position der BRD gestellt werden. Dafür ist es notwendig, die Lebensinteressen der Bevölkerung hintanzusetzen und Wirtschaftspolitik als Profitsicherungspolitik im umfassendsten Sinne zu betreiben.

Zweifellos hat die Bundesregierung die gegenwärtige Krise nicht verursacht, ebenso zweifellos aber hätte es bessere Möglichkeiten der Krisenbekämpfung gegeben, wenn der Versuch gemacht worden wäre, den inflationären Prozeß direkt bei den Preissetzungen der Unternehmungen anzugehen. Wesentliche Bereiche der Wirtschaft unterliegen heute nicht mehr dem klassischen Konkurrenzmechanismus, sondern einem Planungskalkül großer Konzerne. Wie Untersuchungen des Bundeskartellamtes bestätigen, hat dadurch auch die Reagibilität gegenüber konjunkturpolitischen Maßnahmen erheblich nachgelassen. Dennoch versucht sich die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gegenüber der Tatsache zu verschließen, daß Entscheidungen, die heute in Großunternehmen „privat" getroffen werden, in Wahrheit öffentliche Angelegenheiten betreffen, daß eine parlamentarische Demokratie die Entwicklung der Wirtschaft nicht einem Selbstlauf überlassen kann, sondern daß öffentliche Aufmerksamkeit und Kontrolle der privaten Wirtschaftsimperien die Voraussetzung für die Entwicklung der Demokratie darstellt. Die Chancen für eine solche Entwicklung werden verspielt, wenn die Tatsache, daß ein großer Teil der Arbeitnehmer die Krisenpolitik der Bundesregierung trägt, dazu benutzt wird, eine gegen ihre Interessen gerichtete Politik weiterzuführen. Auf den nächsten Konjunkturabschwung, der in spätestens drei Jahren zu erwarten ist, sollte sich die Bundesregierung schon heute durch entsprechende Veränderungen des Stabilitätsgesetzes im Sinne einer arbeitnehmerfreundlichen Krisenpolitik vorbereiten.

Bücher

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Internationale Beziehungen

World Armaments and Disarmament. SIPRI Yearbook 1975, The MIT Press, London / Almquist & Wiksell, Stockholm 1975, 618 S., 106,— skr.

Arms Trade Registers. The Arms Trade with the Third World, hrsg. v. Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), The MIT Press, London / Almquist & Wiksell, Stockholm 1975, 176 S., 42,— skr.

Chemical Disarmament. New Weapons for Old, hrsg. v. SIPRI, Humanities Press, New York / Almquist & Wiksell, Stockholm 1975, 151 S., 50 skr.

The Nuclear Age, hrsg. v. SIPRI, The MIT Press, London / Almquist & Wiksell, Stockholm 1975, 158 S., 50,— skr.

Safeguards against Nuclear Proliferation, hrsg. v. SIPRI, The MIT Press, London / Almquist & Wiksell, Stockholm 1975, 114 S., 50,— skr. — Die hier angezeigten Bücher, allesamt Arbeiten mit ungewöhnlichem Informationsgehalt, sind für diejenigen, die sich ernsthaft mit den Problemen der Rüstung und Abrüstung beschäftigen, Pflichtlektüre. Es dürfte kein anderes Institut in der Welt geben, dessen (aus verschiedenen Ländern rekrutierte) Mitarbeiter als Team einen so hohen Sachverstand besitzen. Um so bedauerlicher ist es, daß es nach wie vor keine Übersetzungen ins Deutsche gibt.

Wladlen Kusnezow, Internationale Entspannungspolitik aus sowjetischer Sicht, Europaverlag, Wien 1975, 184 S., 21,— DM.

Medienkritik

ALLES HALB SO SCHLIMM?

Am Dienstag, dem 22. November 1975, faßte das ZDF in der Sendung „Impulse" ein heißes Eisen an: Unter dem Titel „Für die Schule streiken?" sollten die Hintergründe für die Mißstände an den Schulen erörtert und Hinweise für deren Bewältigung gegeben werden — und zwar von „Betroffenen, Erfahrenen und Verantwortlichen".

Zunächst schien man die Legitimität der Schulstreiks unterstreichen zu wollen: hatte Kultusminister Mahrendorf (Niedersachsen) eingangs noch betont, daß angesichts leerer Kassen „das Menschenmögliche getan" sei (dann bleibt ja wohl nichts mehr?), insistierten Schüler-, Eltern- und Lehrervertreter mit überzeugenden Argumenten (Minderung der Bildungs- und Berufschancen durch Unterrichtslücken) auf einer Beseitigung der Mißstände und forderten die Einstellung aller Lehrer.

Das Hauptproblem wurde nach dieser kurzen Nennung praktisch ausgeblendet, indem im folgenden ein Nebenproblem extensiv ausgewälzt wurde: man befragte *die Wissenschaft,* ob Unterrichtsausfall in der weiteren Ausbildung „ausgeglichen werden könne". Ein Vergleich der universitären mit den schulischen „Leistungen" (gemessen in Noten) im Rahmen eines universitären Modellversuchs mit Mathematikstudenten bewies deutlich, daß Lücken ausgeglichen werden können — und zwar durch verstärkten Medieneinsatz und verbesserte Kooperation der Lehrenden. (Die unmittelbare Vergleichbarkeit von Schulerfolg und Leistung auf der Universität wurde scheinbar naiv unterstellt. Daß hier das mittleiweile selbstverständliche Wissen über die qualitative Verschiedenheit dieser beiden Momente aus der wissenschaftlichen Reflexion ausgespart blieb, weist darauf hin, daß der Zweck hier die Methode bestimmte: berücksichtigt wurde nur das, was zum gewünschten Ergebnis führte).

Diese Untersuchungen gaben nun die Grundlage ab für *pragmatische* Hinweise dafür, wie angesichts der „ohnehin knappbemessenen Unterrichtsstunden" die Effektivität durch interne Maßnahmen erhöht werden kann. Staunend erfuhr der Zuschauer, daß noch viele Möglichkeiten ungenutzt seien:

1. Die Freistunden der Schüler könnten für zusätzlichen Unterricht verwendet werden. Durch „Singen und Spielen" würde gar zur „Humanisierung" (sic!) der Schule beigetragen.

2. Durch verstärkten Medieneinsatz ließe sich die Lehrerknappheit ausgleichen (freudiges Aufhorchen bei der Elektroindustrie?).

3. Es könnte eine engere „Kooperation" zwischen den Schulen in Form einer Art pädagogischer Feuerwehr stattfinden. Fallen in einer Schule Unterrichtsstunden aus, wird einfach ein Lehrer einer anderen Schule in seiner Freistunde angefordert.

4. Fällt zu viel Unterricht aus, könnten Schüler auch gleich zu Hause bleiben und Selbstbeschäftigung üben, für die ihnen der Lehrer tags zuvor einige Hinweise gibt.

Die eingeblendeten Spielszenen suggerierten die Sinnhaftigkeit dieser Vorschläge: der als pädagogische Feuerwehr eingesetzte Lehrer wurde am Klavier inmitten einer halben Hundertschaft begeistert singender und klatschender Schüler gezeigt; zu 4. erschien ein froh konzentriert an einer Camera obscura bastelnder Schüler, der bei sanfter Hintergrundmusik von der Mutter umhegt wurde — ein schönes Bild.

Den Schlußakkord setzte ein Professor der Pädagogik, der die Forderungen nach Lehrereinstellung und Effektivitätssteigerung als zwei Seiten einer „Reform" ausgab und damit im Handumdrehen die Misere zum Regelfall machte.

Nach kleinen Seitenhieben auf solche, denen es *mehr um Ideologie* als um die Schüler gehe, wurde dem verblüfften Rezipienten als Schlußweisheit angetragen, man müsse halt die gegebenen Umstände besser nutzen, „damit die Lehrer sich besser für die Schüler einsetzen können" und mehr Zeit für die Eltern haben.

Dann wünschte man einen Guten Abend. Henning Walter

Dokumente zum Zeitgeschehen

Ergebnisse der Landtagswahlen in der Bundesrepublik und in Berlin (West) im Jahre 1975 [1])

Wahl zum Westberliner Abgeordnetenhaus (2. März 1975) [2])

Wahlberechtigte	1 581 691	
Wahlbeteiligung	1 393 487	= 88,1 %
Ungültig:	12 068	= 0,9 %
Gültig:	1 381 419	
Zahl der Abgeordneten:	146	

	Stimmen	Prozent	Mandate
SPD	590 219	42,7	67
CDU	607 229	44,0	68
FDP	99 784	7,2	11
SEW	25 598	1,9	—
KPD	10 312	0,7	—
KBW	786	0,1	—
BFD	47 491	3,4	—

Quelle: Berliner Wahlergebnisse 1975 unter der Lupe (Hrsg. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit), Juli 1975

Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz (9. März 1975) [3])

Wahlberechtigte:	2 648 336	
Wahlbeteiligung:	2 141 144	= 80,8 %
Ungültig:	20 663	= 1,0 %
Gültig:	2 120 481	
Zahl der Abgeordneten:	100	

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	1 143 360	53,9	55
SPD	817 018	38,5	40
FDP	118 762	5,6	5
NPD	22 942	1,1	—
DKP	11 101	0,5	—
FW	5 280	0,2	—
Wählervereinigung „Kämpft mit der KPD"	2 018	0,1	—

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, B VII 2, 21. März 1975

Wahl zum Landtag von Schleswig-Holstein (13. April 1975) [4])

Wahlberechtigte:	1 840 596	
Wahlbeteiligung:	1 514 646	= 82,3 %
Ungültig:	9 963	= 0,7 %
Gültig:	1 504 683	
Zahl der Abgeordneten:	73	

1) Die Wahlergebnisse aus dem Jahre 1974 vgl. „Blätter", 1/1975, S. 119 f.
2) Auf Antrag der Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger (WUB) hat das Wahlprüfungsgericht im November 1975 die Wahlen vom 2. März 1975 in zwei Wahlkreisen Westberlins für ungültig erklärt. Die Wahl muß in diesen beiden Wahlkreisen Anfang 1976 wiederholt werden. — Vgl. die Ergebnisse der Wahl zum Westberliner Abgeordnetenhaus vom 14. März 1971 in „Blätter", 1/1972, S. 111.
3) Vgl. die Ergebnisse der Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz vom 21. März 1971 in „Blätter", 1/1972, S. 111.
4) Vgl. die Ergebnisse der Wahl zum Landtag von Schleswig-Holstein vom 25. April 1971 in „Blätter", 1/1972, S. 111.

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	758 227	50,4	37
SPD	603 360	40,1	30
FDP	107 042	7,1	5
SSW	20 703	1,4	1 *)
NPD	8 123	0,5	—
DKP	5 926	0,4	—
DMP	472	0,0	—
KPD	699	0,0	—
Einzelbewerber	131	0,0	—

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

*) Für den Südschleswigschen Wählerverband, die Partei der dänischen Minderheit, gilt die Fünf-Prozent-Klausel nicht.

Wahl zum Landtag von Nordrhein-Westfalen (4. Mai 1975) [5])

Wahlberechtigte:	12 035 289	
Wahlbeteiligung:	10 358 108	= 86,1 %
Ungültig:	95 903	= 0,9 %
Gültig:	10 262 205	
Zahl der Abgeordneten:	200	

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	4 828 554	47,1	95
SPD	4 630 995	45,1	91
FDP	689 623	6,7	14
NPD	36 281	0,4	—
DKP	54 777	0,5	—
Zentrum	10 487	0,1	—
UAP	648	0,0	—
KPD/ML	1 731	0,0	—
KPD	7 711	0,1	—
EAP	311	0,0	—
Einzelbewerber	1 087	0,0	—

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Landtagswahl 1975, Heft 3

Wahl zum Landtag des Saarlandes (4. Mai 1975) [6])

Wahlberechtigte:	803 669	
Wahlbeteiligung:	714 039	= 88,8 %
Ungültig:	7 801	= 1,1 %
Gültig:	706 238	
Zahl der Abgeordneten:	50	

	Stimmen	Prozent	Mandate
SPD	295 406	41,8	22
CDU	347 094	49,1	25
DKP	6 864	1,0	—
FDP	52 100	7,4	3
NPD	4 774	0,7	—

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Amtes des Saarlandes, B VII 2 — Landtagswahl 1975

[5]) Vgl. die Ergebnisse der Wahl zum Landtag von Nordrhein-Westfalen vom 14. Juni 1970 in „Blätter", 1/1971, S. 110.
[6]) Vgl. die Ergebnisse der Wahl zum Landtag des Saarlandes vom 14. Juni 1970 in „Blätter", 1/1971, S. 110.

Wahl zur Bremischen Bürgerschaft (28. September 1975) [7])

Wahlberechtigte:	527 191	
Wahlbeteiligung:	433 285	= 82,2 %
Ungültig:	2 894	= *)
Gültig:	430 391	
Zahl der Abgeordneten:	100	

	Stimmen	Prozent	Mandate
SPD	209 802	48,8	52
CDU	145 306	33,8	35
FDP	55 739	13,0	13
DKP	9 233	2,2	—
KPD	1 413	0,3	—
KBW	2 425	0,6	—
NPD	4 781	1,1	—
PFB	1 516	0,4	—
Spartacusbund	117	0,0	—
Wählerinitiative EAP	59	0,0	—

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

*) Prozentanteil nicht ausgewiesen.

7) Vgl. die Ergebnisse der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft vom 10. Oktober 1971 in „Blätter", 1/1972, S. 112. BFD = Bund Freies Deutschland / CDU = Christlich-Demokratische Union / DKP = Deutsche Kommunistische Partei / DMP = Deutsche Mittelstandspartei / EAP = Europäische Arbeiterpartei / FDP = Freie Demokratische Partei / FW = Freie Wählervereinigung Rheinland-Pfalz / KBW = Kommunistischer Bund Westdeutschlands / KPD = Kommunistische Partei Deutschlands / KPD/ML = Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten / NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands / PFB = Partei Freier Bürger / SEW = Sozialistische Einheitspartei West-Berlins / SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands / SSW = Südschleswigscher Wählerverband / UAP = Unabhängige Arbeiterpartei.

Ein Moratorium für den Bau neuer Kernkraftwerke — Appell des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi)

Der Bundesvorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi), gezeichnet von Prof. Dr. Wilhelm Alff, Prof. Dr. Urs Jaeggi und Prof. Dr. Walter Jens, richtet folgenden Appell an alle Wissenschaftler:

In der Bundesrepublik Deutschland werden Ausbau und Export von Kernkraftwerken mit Hektik vorangetrieben. Auf eine mächtige Lobby gestützt, werden warnende Stimmen verantwortungsbewußter Wissenschaftler in der Öffentlichkeit unterdrückt.

Der BdWi fordert ein Moratorium für den Bau neuer Kernkraftwerke und dazugehörender Wiederaufbereitungsanlagen, solange nicht folgende Probleme gelöst sind:

— Die Sicherheit eines Kernkraftwerks muß so weitgehend sein, daß eine nukleare Katastrophe, die Hunderttausenden das Leben kosten kann, auszuschließen ist.

— Kernkraftwerke und kerntechnische Anlagen können bis heute nicht umfassend vor Terror und Sabotage geschützt werden.

— Die mit dem forcierten Ausbau von Kernkraftwerken entstehenden Abwärmeprobleme müssen umfassend mit ihren möglichen Auswirkungen auf die Ökologie untersucht werden.

— Die Ablagerung von hochaktivem Atommüll, der sicher 500 000 Jahre aufbewahrt werden muß, ist ungelöst.

— Wiederaufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe stellen nach dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik ein umfassendes Sicherheitsrisiko dar.

— Untersuchungen über die langfristigen Auswirkungen bei Abgabe von radioaktiven Stoffen im niedrigen Dosisbereich auf Mensch und Umwelt sind völlig ungenügend.

— Jede gesamtgesellschaftlich vertretbare Kosten-Nutzen-Analyse für die Kernenergie fehlt.

— Die Rechte der durch Kernkraftwerke betroffenen Bürger sind völlig unzureichend. Die Atomgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland muß geändert werden. Ein Mitspracherecht der Bürger ist einzuräumen.

— An der Ruhr wachsen die Kohlenhalden. Eine neue Stillegungswelle von Kohlenzechen droht! Es ist ein Gebot der Stunde, diese Energiequellen zu nutzen.

— Die Bundes- und Länderregierungen haben nichts unternommen, um die Verschwendung von Energie zu unterbinden. Wir fordern, bevor neue Kernkraftwerke gebaut werden, ein Programm zur nützlichen Verwendung von Energie.

— Wir appellieren an alle Wissenschaftler der Bundesrepublik, sich diesen Forderungen anzuschließen. Es ist eine Konsequenz wissenschaftlicher Verantwortung, ein solches Moratorium zu unterstützen, solange nicht von der Forschung klare Lösungen der genannten Probleme vorliegen. Aus dem gleichen Grunde ist eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden Bürgerinitiativen und deren Unterstützung sinnvoll und notwendig.

Unterschriften bitte senden an: Bund demokratischer Wissenschaftler e. V., 355 Marburg, Gisselberger Str. 7, Postfach 1162.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 36 22 41.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

AXT, Heinz-Jürgen, geb. 1946 in Dillenburg, Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Bochum, promoviert z. Z. zu einem Thema der westeuropäischen Integration; Veröffentlichung: „Westeuropäische Integration, Nationalstaat und Arbeiterbewegung", in: F. Deppe (Hrsg.), EWG und westeuropäische Arbeiterbewegung, Köln 1976 (erscheint in Kürze). *** *OSTROWSKY, Jürgen,* geb. 1945 in Kattowitz, Studium der wissenschaftlichen Politik und der Soziologie, Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MEYER, Berthold,* geb. 1944, Studium der Politologie und Soziologie an der Universität Tübingen, Mitglied der AG KSZE — Friedenssicherung der Deutschen Jungdemokraten und Mitglied der Sicherheitskommission der FDP. *** *BORIES, Helga,* geb. 1953 in Hilden, Studium der französischen Sprache und wissenschaftlichen Politik an den Universitäten Köln und Marburg, z. Z. an der Universität Toulouse. *** *MASKE, Achim,* geb. 1945 in Labes/Polen, Doktorand der Politischen Wissenschaften, lebt in St. Augustin bei Bonn. *** *HEGSELMANN, Rainer,* geb. 1950, Studium der Sozialwissenschaften und der Philosophie, z. Z. wissenschaftlicher Assistent im Fach Philosophie an der Gesamthochschule Essen. *** *HULSMANN, Heinrich,* geb. 1916, Professor für Philosophie und Wissenschaftstheorie, Leiter des Projekts Gesellchaftskritische Wissenschaftstheorie am Philosophischen Seminar der Universität Münster. *** *ELSNER, Wolfram,* geb. 1950 in Fritzlar, Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu EWG-Fragen. *** *PFAFFENBERGER, Dr. Wolfgang,* geb. 1940 in Berlin, Studium der Volkswirtschaftslehre in München und Berlin, Prof. für Wirtschaftspolitik an der Universität Oldenburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, v. a. zur Theorie der Wirtschaftspolitik.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt eine Werbekarte des Monitor-Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

A. Diedenhofen L5
Geldern 1
Neuhaueweg 22

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	70,–	78,–	94,–	110,–	117,–	164,–	203,–	242,–
8 Seiten	117,–	133,–	156,–	176,–	195,–	273,–	332,–	390,–
12 Seiten	176,–	195,–	226,–	254,–	289,–	363,–	429,–	499,–
16 Seiten	234,–	254,–	293,–	332,–	371,–	456,–	538,–	632,–
20 Seiten	293,–	324,–	363,–	398,–	437,–	558,–	663,–	788,–
24 Seiten	332,–	371,–	421,–	468,–	507,–	651,–	772,–	975,–
28 Seiten	382,–	421,–	476,–	538,–	585,–	706,–	874,–	1092,–
32 Seiten	429,–	468,–	527,–	585,–	632,–	761,–	983,–	1209,–
36 Seiten	455,–	496,–	554,–	605,–	644,–	850,–	1084,–	1295,–
40 Seiten	476,–	519,–	578,–	636,–	675,–	909,–	1154,–	1334,–

Autoren dieses Heftes

AXT, Heinz-Jürgen, geb. 1946 in Dillenburg, Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Bochum, promoviert z. Z. zu einem Thema der westeuropäischen Integration; Veröffentlichung: „Westeuropäische Integration, Nationalstaat und Arbeiterbewegung", in: F. Deppe (Hrsg.), EWG und westeuropäische Arbeiterbewegung, Köln 1976 (erscheint in Kürze). *** *OSTROWSKY, Jürgen,* geb. 1945 in Kattowitz, Studium der wissenschaftlichen Politik und der Soziologie, Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MEYER, Berthold,* geb. 1944, Studium der Politologie und Soziologie an der Universität Tübingen, Mitglied der AG KSZE — Friedenssicherung der Deutschen Jungdemokraten und Mitglied der Sicherheitskommission der FDP. *** *BORIES, Helga,* geb. 1953 in Hilden, Studium der französischen Sprache und wissenschaftlichen Politik an den Universitäten Köln und Marburg, z. Z. an der Universität Toulouse. *** *MASKE, Achim,* geb. 1945 in Labes/Polen, Doktorand der Politischen Wissenschaften, lebt in St. Augustin bei Bonn. *** *HEGSELMANN, Rainer,* geb. 1950, Studium der Sozialwissenschaften und der Philosophie, z. Z. wissenschaftlicher Assistent im Fach Philosophie an der Gesamthochschule Essen. *** *HULSMANN, Heinrich,* geb. 1916, Professor für Philosophie und Wissenschaftstheorie, Leiter des Projekts Gesellchaftskritische Wissenschaftstheorie am Philosophischen Seminar der Universität Münster. *** *ELSNER, Wolfram,* geb. 1950 in Fritzlar, Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu EWG-Fragen. *** *PFAFFENBERGER, Dr. Wolfgang,* geb. 1940 in Berlin, Studium der Volkswirtschaftslehre in München und Berlin, Prof. für Wirtschaftspolitik an der Universität Oldenburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, v. a. zur Theorie der Wirtschaftspolitik.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt eine Werbekarte des Monitor-Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.